

POLITISCHE STUDIEN

373

Patrick Moreau

POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch
mit dem Politikwissenschaftler zu
der Herausforderung durch Rechts-
extremismus und Populismus in Europa

Andreas Feser

Mehr Transparenz für die SPD-Finzenzen

Daniel Dietzfelbinger

Von der Religionssoziologie
zur Sozialen Marktwirtschaft:
Leben und Werk Alfred Müller-Armacks

Schwerpunktthema:

**Die Neue Ökonomie –
Handel im Internet**

mit Beiträgen von

Roland Fleck

Hans-Joachim Heusler

Hans-Joachim Lindstadt

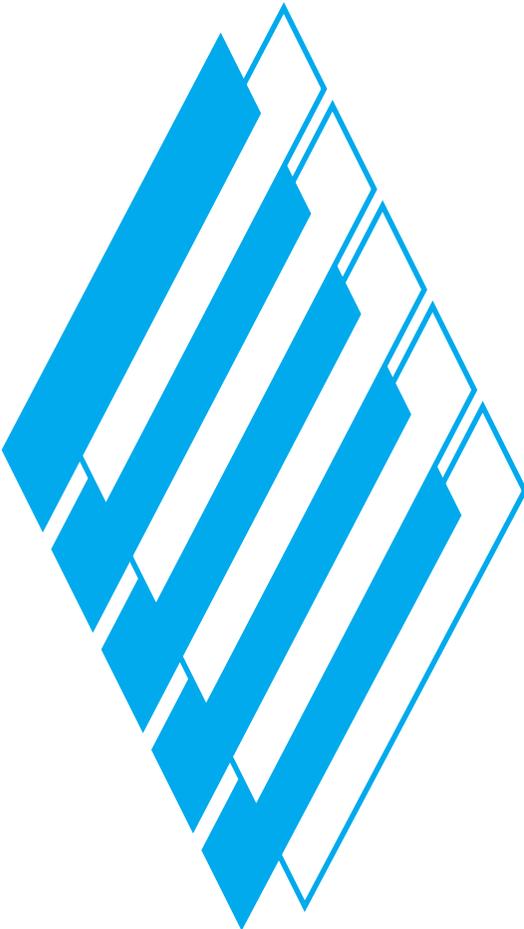
Christian Löffmann

Markus Söder

Steffen Städtler

 **Hanns
Seidel
Stiftung eV**

Atwerb-Verlag KG



POLITISCHE STUDIEN

373

Patrick Moreau

POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch
mit dem Politikwissenschaftler zu
der Herausforderung durch Rechts-
extremismus und Populismus in Europa

Andreas Feser

Mehr Transparenz für die SPD-Financen

Daniel Dietzfelbinger

Von der Religionssoziologie
zur Sozialen Marktwirtschaft:
Leben und Werk Alfred Müller-Armacks

Schwerpunktthema:

**Die Neue Ökonomie –
Handel im Internet**

mit Beiträgen von

Roland Fleck

Hans-Joachim Heusler

Hans-Joachim Lindstadt

Christian Löffmann

Markus Söder

Steffen Städtler



**Hanns
Seidel
Stiftung eV**



**Hanns
Seidel
Stiftung eV**

Herausgeber:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Vorsitzender: Alfred Bayer, Staatssekretär a. D.
Hauptgeschäftsführer: Manfred Baumgärtel
Verantwortlich für Publikationen, Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit: Burkhard Haneke

Redaktion:

Dr. Reinhard C. Meier-Walsler (Chefredakteur)
Wolfgang Eltrich M. A. (Redaktionsleiter)
Barbara Fürbeth M. A. (stellv. Redaktionsleiterin)
Paula Bodensteiner (Redakteurin)
Verena Hausner (Redakteurin)
Irene Krampfl (Redaktionsassistentin)

Anschrift:

Redaktion POLITISCHE STUDIEN
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33
80636 München
Telefon 089/1258-260/261
Telefax 089/1258-469
Internet: <http://www.hss.de>
e-mail: krampfl@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der

Redaktion reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Redaktionelle Zuschriften werden ausschließlich an die Redaktion erbeten.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis: Einzelhefte DM 8,80.
Jahresabonnement DM 53,40. Für Studierende 50 % Abonnementnachlass gegen Vorlage eines Hörscheins ihres Instituts.
Die Zeitschrift POLITISCHE STUDIEN erscheint im Periodikum, Sonderheft und Sonderdruck. Sonderausgaben sind im Abonnement nicht enthalten.
Bestellungen nehmen entgegen: Die Redaktion und alle Buchhandlungen.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich, spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres vorliegen, wenn der Bezug über das laufende Jahr hinaus nicht mehr gewünscht wird.

ATWERB-VERLAG KG Publikation ©

Inhalt

Reinhard C. Meier-Walser	Vor 50 Jahren: Gescheiterte Machtergreifung der österreichischen Kommunisten – Der spektakuläre Putschversuch der KPÖ im Herbst 1950 ist heute fast vergessen 5
Dieter Kiehl	Johannes Hampel wurde 75 11
Patrick Moreau	POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch mit dem Politikwissenschaftler zu der Herausforderung durch Rechtsextremismus und Populismus in Europa . 17

Schwerpunktthema: Die Neue Ökonomie – Handel im Internet

Siegfried Höfling	Einführung 25
Markus Söder	Das Internet als Chance für den Mittelstand..... 27
Hans-Joachim Lindstadt	Kommt „Otto Normalsurfer“? – Entwicklung und Bedeutung des elektronischen Handels für die Wirtschaft... 31
Hans-Joachim Heusler	Der Virtuelle Marktplatz Bayern – Ein All-Winners-Game? 35
Christian Löffmann	Bezahlen im Internet..... 47
Roland Fleck	Chancen des E-Commerce aus der Sicht der Stadt Nürnberg 57
Steffen Städtler	Die Neue Ökonomie – Handel im Internet: Ein Statement..... 65

Andreas Feser	Mehr Transparenz für die SPD- Finanzen	67
Daniel Dietzfelbinger	Von der Religionssoziologie zur Sozialen Marktwirtschaft: Leben und Werk Alfred Müller-Armacks	85
Ludger Helms	Das britische Parteiensystem in der Ära Blair	101
Jutta Engbers	Ausgrenzung oder Integration – Auf- bzw. Übernahme des Personals des Staatsapparates der DDR in den öffentlichen Dienst der Bundes- republik Deutschland.....	113
Das aktuelle Buch	128
Buchbesprechungen	130
Ankündigungen	142
Autorenverzeichnis	143

Vor 50 Jahren: Gescheiterte Machtergreifung der österreichischen Kommunisten

Der spektakuläre Putschversuch der KPÖ im Herbst 1950 ist heute fast vergessen

Reinhard C. Meier-Walser

Das gewaltige internationale Medien-echo, das die Bildung der schwarz-blauen Regierungskoalition in Wien und die Krise zwischen Österreich und den übrigen 14 EU-Regierungen auslösten, täuscht über die Tatsache hinweg, dass wichtige Stationen der zeitgeschichtlichen Entwicklung Österreichs nach wie vor im Ausland kaum geläufig sind. Nahezu unbekannt ist etwa, dass vor 50 Jahren Österreich das Schicksal drohte, durch einen kommunistischen Putschversuch eine „volksdemokratische Ordnung“ übergestülpt zu bekommen. Mit einem Aufruf zum Generalstreik im September 1950 zielte die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) auf eine grundlegende Veränderung der politischen Verhältnisse. Der radikale Flügel der Partei initiierte Gewaltaktionen, um ein Eingreifen der Besatzungsmächte zu provozieren, womit auch eine Spaltung des Landes bewusst in Kauf genommen wurde.

Mit einem Wähleranteil von lediglich rund fünf Prozent stand die Kommu-

nistische Partei Österreichs (KPÖ) im Jahre 1950 vor einem machtpolitischen Scherbenhaufen: Im Gegensatz zu den Schwesterparteien in den von der Sowjetunion beherrschten Nachbarstaaten Ungarn und Tschechoslowakei besaßen sie weder Rückhalt bei den Gewerkschaften noch die Potenz einer Arbeiter-Einheitsfront oder gar eine Beteiligung an der Regierung. Die machtpolitische Auseinandersetzung zwischen den österreichischen Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ einerseits und der sich mit dem Stalinismus vollkommen identifizierenden KPÖ andererseits schien, mit Ausnahme zweier hypothetischer Fälle, bereits endgültig entschieden zu sein. Die erste Ausnahme wäre der Fall einer militärischen Intervention der Sowjetunion mit dem Ziel einer Abtrennung des östlichen Teiles Österreichs von den westlichen Bundesländern gewesen. Die zweite Ausnahme bezog sich auf den Fall einer tiefgreifenden Unzufriedenheit in der österreichischen Bevölkerung mit der Koalitionsregierung und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund

(ÖGB). Dieser zweite Fall trat 1950 ein und entwickelte sich im September/Oktober unter der Regie der KPÖ zu einem bedrohlichen Massenstreik mit schweren, putschartigen Auseinandersetzungen.

Weit verbreitet war damals der Ärger über das vierte sog. „Lohn-Preis-Abkommen“. Diese Abkommen waren wenig wirksame Abmachungen zwischen dem ÖGB, den Kammern der gewerblichen Wirtschaft und den Landwirtschaftskammern in Übereinkunft mit der Bundesregierung, um die seit 1945 starke Inflation zu dämpfen und das verzerrte Preis- und Lohngefüge zu korrigieren. Allmählich schöpfte jedoch die Arbeiterschaft den Verdacht, die Regierung wolle ihre gesamten finanziellen Schwierigkeiten mit Hilfe dieser Abkommen auf dem Rücken des Volkes bereinigen – eine Vorstellung, die die Kommunisten propagandistisch geschickt auszuschlachten verstanden.

Als jedenfalls am 22. September 1950 im Rundfunk amtlich mitgeteilt wurde, dass eine vierte Lohn-Preis-Einigung zwischen den Sozialpartnern erzielt worden sei, malte die kommunistische Tageszeitung „Volksstimme“ sofort eine drastische Senkung des Lebensstandards an die Wand und forderte die Zurücknahme des „Preistreiberpaktes“. Die KPÖ konzentrierte ihre Agitation zunächst darauf, die von der Regierung versprochene „volle Abgeltung der Preiserhöhungen“ bestimmter Grundnahrungsmittel zu verhöhnern und die Bevölkerung aufzuwiegeln. Am 26. September begann dann gleichzeitig in Wien, Nieder- und Oberösterreich die kommunistisch initiierte und mit Flugblättern vorbe-

reitete Streikaktion. Bis zum 30. September traten mehr als 100.000 Arbeiter in den Ausstand. Kommunistische Rollkommandos aus den unter sowjetischer Verwaltung stehenden USIA-Betrieben (des ehemaligen „Deutschen Eigentums“ in Österreich) fuhren umher und zwangen die Belegschaften anderer Unternehmen mit Gewalt zur Arbeitsniederlegung. Es kam zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitswache-Beamten. Das Kanzleramt am Wiener Ballhausplatz wurde von rund 6000 Menschen, die die Absperrungen überwunden hatten, regelrecht belagert.

Noch bedrohlicher als die Zusammenstöße, die zahlreiche Schwerverletzte forderten, waren für die innere Sicherheit der Republik an diesem Streiktag jedoch die Versuche der niederösterreichischen Kommunisten, das Nachrichten- und Verkehrsnetz zu blockieren und die ringsum von dem sowjetisch besetzten Niederösterreich umgebene Bundeshauptstadt von der Außenwelt abzuschneiden. Mitglieder der KPÖ sowie des rund 2000 Mann starken, militärisch geschulten und mit modernen Schusswaffen ausgerüsteten „Werkschutzes“ der sowjetisch verwalteten Betriebe besetzten mehrere Postämter, unterbrachen den Telefon- und Telegrafentelegraphenverkehr und blockierten Bahnlinien und Verbindungsstraßen.

In dem im Süden und Westen von amerikanischen, jenseits der Donau im Norden und Osten von sowjetischen Streitkräften besetzten Oberösterreich ergab sich eine von der SPÖ als „kommunofaschistisches Bündnis“ apostrophierte Konstellation. Das Land stand wegen des unverhältnismäßig hohen Anteils von ehemaligen Nationalsozia-

listen und aufgrund Tausender von „Displaced Persons „ seit Jahren unter politischen und sozialen Spannungen. Vor allem in der Hauptstadt Linz kooperierten während des Streikputsches die Anhänger des im Jahre 1949 gegründeten „Verbandes der Unabhängigen“ (VdU) – der Vorläuferorganisation der FPÖ –, der sich als Sammelbecken für die rund 500.000 „minderbelasteten“ ehemaligen Nationalsozialisten und die politisch heimatlosen Repräsentanten des deutschnationalen Lagers anbot, mit den randalierenden Kommunisten – ein interessengesteuertes, zweckrationales Bündnis zwischen den die ideologischen Extreme vertretenden Gruppierungen.

Aus der Sicht der österreichischen Bundesregierung war zu Beginn der Unruhen vor allem das Verhalten der sowjetischen Besatzungsmacht von Bedeutung, die eine eskalierende Situation zum Anlass eines Eingreifens nehmen und ihre Besatzungszone einschließlich Wiens von den westlichen Zonen hätte separieren können. Wien konnte im Unterschied zu Berlin im Falle einer sowjetischen Blockade nicht aus der Luft versorgt werden, weil die Flughäfen der Westmächte außerhalb der Stadtgrenzen inmitten der sowjetischen Zone lagen. Zusätzlich genährt wurde das Gefühl der Bedrohung, als die russische Stadtkommandantur am 25. September den im sowjetischen Sektor Wiens gelegenen Polizeikommissariaten strikt verbot, am nächsten Tag Sicherheitskräfte in die Innenstadt abzukommandieren. Diese offene Behinderung der Exekutive gab mit den Ausschlag für das „inoffizielle“ Interventionsersuchen, das Bundeskanzler Figl am 26. September an die amerikanische Seite richtete, das

die USA unter Erwägung einer möglichen Verwicklung in einen Konflikt mit der Sowjetunion jedoch zurückwiesen.

Deutlich wurde bereits zu Beginn des Ausstandes, dass die KPÖ von Seiten der sowjetischen Besatzungsmacht keine offene Unterstützung, sondern lediglich passiven Beistand erwarten durfte. Nicht zuletzt deshalb trat bereits am ersten Streiktag in der KPÖ-Führung ein Dissens über die Kampftaktik auf. Generalsekretär Fürnberg, der Verbindungsmann der Parteispitze zur russischen Seite, berichtete nach einer Besprechung mit sowjetischen Funktionären dem Politbüro der KPÖ, die sowjetischen Genossen seien „unzufrieden und beunruhigt“, da sich in erster Linie USIA-Arbeiter im Ausstand befänden und der Streik somit hauptsächlich die sowjetische Planerfüllung und weniger die österreichische Regierung treffe. Nach einer hitzigen Diskussion entschloss sich die Mehrheit der Anwesenden, den Streik abubrechen, die nächsten Tage zu massiver Agitation zu nutzen und den Kampf später auf breiterer Basis fortzusetzen.

Die Unterbrechung des Streikes verschaffte den staatstragenden Kräften eine Atempause, die zur Aufklärung der Bevölkerung genutzt wurde. Regierung und Gewerkschaftsbund hatten erkannt, dass die aufgetretene Aktionsgemeinschaft von Kommunisten und Sozialisten nicht nur aufgrund der kommunistischen Agitation, sondern auch wegen ungenügender Information der Bürger über das neue Lohn-Preis-Abkommen entstanden war.

Die massive Aufklärung wirkte. An der für den 30. September einberufenen

„gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz“ nahmen deshalb fast nur noch Kommunisten teil. Die Drohung der „Volksstimme“, im Falle der Ablehnung der geforderten Rücknahme des Lohn-Preis-Abkommens würden „wuchtige und disziplinierte Arbeiterdemonstrationen an allen Orten Österreichs“ initiiert, war lediglich Bluff. Wesentlich bedrohlicher erschienen massive kommunistische Gewalt- und Sabotageakte, mit denen die sowjetische Besatzungsmacht zum Eingreifen veranlasst werden sollte. Zusätzliche Nahrung erhielt die Furcht vor einer russischen Intervention, als am 3. Oktober auf Befehl der sowjetischen Stadtkommandantur Wiens und zahlreicher örtlicher sowjetischer Kommandanturen in Niederösterreich die österreichische Exekutive lahm gelegt wurde.

Am Nachmittag des 4. Oktober riegelten die Kommunisten alle großen Einfallstraßen nach Wien durch Blockaden ab. In Niederösterreich lieferten schwer bewaffnete USIA-Rollkommandos den Belegschaften zahlreicher Betriebe regelrechte Schlachten, bei denen Firmenangehörige mit Messern, Eisenstangen und Stahlruten schwer verletzt wurden.

In Wiener Neustadt errichteten die Aufständischen nach der Besetzung des Hauptpostamtes eine Art provisorischen Regierungssitz. Ein 170 Mann starker Sicherheitswache-Verband, den der im Innenministerium tagende Krisenstab zur Verstärkung nach Wiener Neustadt entsandt hatte, musste nach blutigen Zusammenstößen mit den Streikenden auf strikten Befehl des sowjetischen Landeskommandanten von Niederösterreich wieder abziehen.

Auch am nächsten Tag ging über Wien und Niederösterreich noch einmal eine Gewalt- und Terrorwelle hinweg, derengleichen Österreich nach den Worten Innenminister Helmers seit dem Einmarsch der Nationalsozialisten im März 1938 nicht mehr erlebt hatte. Als jedoch in den Abendstunden des 5. Oktober auch den hartnäckigsten Vorkämpfern des Ausstandes das Scheitern ihrer Aktion deutlich wurde, erklärte das Präsidium der „gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz“ den Streik für beendet.

Nach ihrer Niederlage wiesen die Kommunisten jegliche Putschabsicht brüsk von sich. Dennoch kann kein Zweifel bestehen, dass zumindest der radikale Flügel der Partei mit der Initiierung von Gewalt- und Sabotageakten ein Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht zu provozieren versuchte, um die Errichtung einer „Volksdemokratie Ost-Österreich“ durchzusetzen. Die Sowjetunion ließ sich jedoch nicht zum Einsatz von Waffengewalt bewegen, weil Moskau den Konflikt auf die innerösterreichische Politik begrenzen wollte. Aus der Perspektive der sowjetischen Führung wäre eine machtpolitische Aufwertung der KPÖ mittels eines Generalstreiks auf Kosten der Koalition zwar durchaus zu begrüßen gewesen. Ein militärisches Eingreifen, das zu einer Gegenintervention der Westmächte und letzten Endes vielleicht sogar zur Entstehung eines zu Westdeutschland-Westösterreich vereinigten neuen NATO-Staates hätte führen können, sollte jedoch vermieden werden.

Ebenso wie die Sowjetunion waren auch die Westmächte nicht daran interessiert, wenige Monate nach dem

Ausbruch des Koreakrieges einen neuen internationalen Konfliktherd in Europa entstehen zu lassen. Daher verweigerten sie trotz mehrfacher Aufforderung durch Bundeskanzler Figl und Außenminister Gruber jegliches Eingreifen in der österreichischen Hauptstadt.

In diesem Zusammenhang muss vor allem die Rolle des damaligen Vorsitzenden der Holz- und Bauarbeitergewerkschaft, Franz Olah, als Partner der Abwehrstrategie der Bundesregierung gewürdigt werden. Olah stellte den kommunistischen Schlägern eine 2000 Mann starke, mit Holzknüppeln bewaffnete Arbeitertruppe entgegen. Es kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, dass es Olah und seinen Männern durch ihr beherztes Eingreifen gelang, die kommunistischen Sabotage- und Gewaltakte auf ein Maß zu begrenzen, das es den westlichen Alliierten erlaubte, sich dem Interventionsersuchen Figls und Grubers ohne Gesichtsverlust zu entziehen.

Wenn es zu einem militärischen Vorgehen der Westmächte gegen kommu-

nistische Aufwiegler gekommen wäre, hätte dies zu einer Verschärfung des Konfliktes geführt und Zusammenstöße zwischen dem russischen Element und den westlichen Besatzungsmächten wahrscheinlicher gemacht. Wenn es hingegen den Kommunisten gelungen wäre, die Rücknahme des Lohn-Preisabkommens durch die Eskalation der Gewalt zu erzwingen und der Bundesregierung und dem ÖGB dadurch schwere Prestigeverluste beizubringen, hätte dies für den Prozess der Wiedergewinnung der Souveränität und Freiheit Österreichs einen schweren Rückschlag mit unwägbaren Konsequenzen für die Zukunft des Landes bedeutet.

Weil Franz Olah, ab 1959 Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und von 1963 – 1964 Innenminister, später alle Ämter niederlegen musste, aus der SPÖ ausgeschlossen wurde und im Jahre 1969 wegen Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern zu einem Jahr Kerker verurteilt wurde, erinnert sich die SPÖ heute nicht mehr gern an die große Leistung des Helden von 1950.

Johannes Hampel wurde 75

Dieter Kiehl

Professor Dr. Johannes Hampel, Pädagoge und Sozialkundler, geboren in Troppau, wurde am 24. August 75 Jahre alt. Der in Augsburg lebende Universitätslehrer und Publizist war über viele Jahre Landes- und Bundesvorsitzender der Katholischen Erziehergemeinschaft (KEG) ebenso Vorsitzender der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Schwaben und führt seit 1988 das Augsburger Bukowina-Institut, das sich dem ethnischen Ausgleich vor allem in Südosteuropa widmet. Der Hanns-Seidel-Stiftung und ihrer politischen Bildungsarbeit ist Professor Hampel seit langem eng verbunden: Von 1970 bis 1973 war er Direktor der Akademie für Politik und Zeitgeschehen und von 1972 bis 1985 Chefredakteur der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen POLITISCHEN STUDIEN.

Johannes Hampels persönliches, berufliches und politisches Leben ist gewiss nicht typisch für unsere Zeit, die die Zeitgenossen bisweilen zu zielführender geistiger Monokultur zu verpflichten scheint. Johannes Hampels Leben entwickelte sich auf verschiedenen parallel verlaufenden, sich aber immer wieder über geistige Weichen verbindenden Gleisen: das Leben des gläubigen katholischen Christen, des enga-

gierten Pädagogen, des an der gesellschaftlichen Basis wirkenden homo politicus, des aus reicher, zum Teil schmerzhafter eigener Erfahrung und breitem historischem Wissen schöpfenden Aktivisten der Versöhnung und schließlich das Leben des Hochschullehrers und Publizisten, der einen reichen Schatz an Kenntnissen und Erkenntnissen an seine Mitwelt weitergeben kann.

Dass an dieser Stelle vor allem der Publizist Hampel gewürdigt wird, obgleich er das Lehren für den wichtigsten Teil seiner Vita hält und unendlich viel Zeit für sein Bemühen um die Aussöhnung von Völkern, Ethnien, Rassen und Religionen aufgewendet hat, sei damit begründet, dass Johannes Hampel über Jahre als Chefredakteur die POLITISCHEN STUDIEN maßgeblich geprägt, gestaltet und befruchtet hat. Das aktuelle Bild der Zeitschrift trägt deutlich den Stempel auch seines Wirkens. Unter seiner Schriftleitung wandelten sich die POLITISCHEN STUDIEN formal und inhaltlich von einer frei im konservativ-liberalen Raum schwebenden, eher der kontemplativen Würdigung politischer Vorgänge und Entwicklungen zuneigenden Zeitschrift, wie der Münchner Verleger Günter Olzog sie unter der

Ägide der Münchner Hochschule für politische Wissenschaften seit 1950 entwickelt und zu beträchtlichem Ansehen geführt hatte, ohne freilich festen wirtschaftlichen Boden unter die Füße zu bekommen, 1972 zu „der“ Publikation der Hanns-Seidel-Stiftung.

Die „freundliche Übernahme“ der Redaktion, etwas später auch der Herausgeberschaft bescherte der Stiftung ein publizistisches Flaggschiff, das freilich von seinem Kapitän mit Umsicht und Sensibilität geführt werden wollte. Kapitän Hampel hatte einen Kurs zu steuern, der den politischen Zielen der Stiftung diene, ohne dass die Publikation an Kompetenz und Glaubwürdigkeit Einbußen erlitt, und er musste sich davor hüten, die trotz aller Nähe zwischen Stiftung und CSU gezogene unsichtbare Grenze zu überschreiten und in den Geruch der Parteilichkeit zu geraten. „Im Sinne der Satzung der Hanns-Seidel-Stiftung“, so schrieb Hampel damals in einem Kommentar, „geht es darum, auf der Grundlage christlicher Auffassung vom Menschen die Konsequenzen politischen Handelns zu überdenken und dabei die große Bandbreite möglicher Lösungen sichtbar zu machen. Eine auf 'Parteilinie' liegende Zeitschrift könne im Grunde niemandem dienen, weil dieses Medium für Indoktrination das untauglichste ist.“

Der Kommandowechsel an Bord der POLITISCHEN STUDIEN kam nicht von ungefähr. Die Veränderungen in der Medienszene hatten dazu geführt, dass die ursprüngliche Publikation nicht mehr genug „Wasser unter dem Kiel“ hatte. Die Nachkriegszeit war vorbei; mit wachsender Eigenständigkeit hatte der neue Staat immer mehr



Prof. Dr. Johannes Hampel im Jahre 1994 während einer Israel-Exkursion. Photo: privat

Aufgaben zu lösen und an diesen Lösungen immer mehr Bürger wie politisch und administrativ Tätige zu beteiligen. Immer mehr Fachwissen war gefordert, aber auch immer mehr die Fähigkeit, über dieses Fachwissen hinaus die großen Zusammenhänge erkennen zu können. Beides zu vermitteln und dabei die Grundlagen christlicher Weltanschauung zu erhalten und zu festigen, das war jetzt die Aufgabe der POLITISCHEN STUDIEN. Es war Johannes Hampel, der das Schiff auf den neuen Kurs setzte und es über Jahre auf diesem Kurs steuerte. Die POLITISCHEN STUDIEN, schrieb er 1974 in einem Rückblick auf die erste Phase des Erscheinens als Publikation der Hanns-Seidel-Stiftung, hätten den Ehrgeiz, eine politische Zeitschrift und nicht eine politikwissenschaftliche Zeitschrift zu sein. „Über praktische Fragestellungen Theoretiker und Praktiker miteinander ins Gespräch zu bringen, ist eine der Aufgaben der Zeitschrift. Was humane Arbeitswelt, Ge-

rechtigkeit der Bildungschancen, Gewissensbindung, Nation, Deutschland begrifflich bedeuten, lässt sich nur mit Hilfe des theoretischen Exkurses klären; was die praktische Politik, die politische Pädagogik und die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit daraus folgern, muss ebenfalls in der Zeitschrift zu lesen sein.“ Er empfinde dankbar „Last und Lust“ der Aufgabe, eine Zeitschrift mitzugestalten, vergessene Probleme zu erspüren, kompetente Autoren zu gewinnen und so die „schöpferische Spannung zwischen Denkbarem, Wünschbarem und Machbarem beständig neu zu erzeugen.“

Zu den kompetentesten Autoren gehörte gewiss Johannes Hampel selbst – jenseits der schwierigen Aufgabe, eine bekannte und angesehene Publikation ohne Gesichts- und Gewichtsverlust einer neuen herausgeberischen Intention anzupassen. Johannes Hampel hat in den vielen Jahren seiner Arbeit für

die Stiftung und die POLITISCHEN STUDIEN immer wieder selbst zur Feder gegriffen, sein Wissen, seine Erfahrungen, seine Weisheit eingebracht. Dabei sollte nicht übersehen werden, mit welcher Hingabe er sich den anderen selbstgestellten Aufgaben widmete: dem für ihn so wichtigen Auftrag des Lehrens und dem ebenso wichtigen Auftrag des Versöhnens – auf beiden Feldern begnügte er sich nicht mit der Theorie, wie sein Engagement für die KEG, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und für „sein“ Bukowina-Institut beweist.

75 Jahre und kein bisschen müde? Vielleicht nicht mehr ganz so kräftig, meint Johannes Hampel. „Ich habe in meinem Leben viele Bäume gepflanzt, Samen ausgeworfen, und es geht mir, wie Jesus es im Gleichnis beschrieben hat. Vieles davon fällt unter Dornen und auf steinigem Boden, aber manchmal trägt er hundertfache Frucht.“

Der Bayerische Ministerpräsident

80319 München
Franz-Josef-Strauß-King I

Herrn
Prof. Dr. Johannes Hampel

24. August 2000

Sehr geehrter Herr Professor Hampel!

Zu Ihrem 75. Geburtstag wünsche ich Ihnen von Herzen alles Gute, Gesundheit, Glück und eine andauernde Fortsetzung Ihrer Schaffenskraft.

Auch wenn wir in manchen politischen Diskussionen, die wir miteinander bestritten haben, nicht immer der gleichen Meinung gewesen sein mögen, so habe ich doch stets Ihre ausgeprägte Vielseitigkeit bewundert.

Vielseitig waren die Felder, auf denen Sie tätig waren, als Autor vieler Fachartikel und Bücher, als Redakteur und Chefredakteur der Zeitschriften „Christ und Bildung“ und der „Politischen Studien“, als Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hansa-Seidel-Stiftung, als langjähriger Vorsitzender der Katholischen Erziehergemeinschaft, vor allem aber als Lehrer und Hochschullehrer.

- 2 -

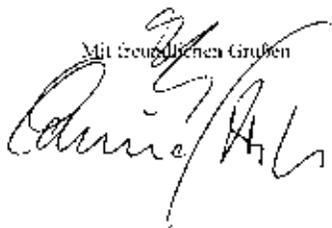
Es dürfte einige tausend Studenten sein, die Sie, lieber Herr Hampel, als Dolmetscher der Sozialkunde darauf vorbereitet haben, junge Menschen in unsere Gesellschaft einzubürgern.

Ich habe Sie aber auch in einem anderen Verständnis als vielseitig erlebt: Sie geben sich nie mit nur einer Ansicht der Probleme zufrieden, sie wollen alle Seiten sehen und in die Betrachtung einbezogen wissen. Dogmatische Borniertheit, ganz gleich aus welcher Richtung, ist Ihnen zewider. Sich in die Sichtweise anderer Menschen und anderer Völker einzubüden, ist für Sie eine selbstverständliche wissenschaftliche und eine mitmenschliche Pflicht.

Ihre Fähigkeit, Weltoffenheit und Heimatverbundenheit nahtlos miteinander zu verbinden, waren für Ihre vielen Studenten und die Leser Ihrer zahlreichen Artikel vorbildlich. Ihrem schlesisch-böhmischen Geburtsort Troppau fühlen Sie sich ebenso verbunden wie Ihrer Wahlheimat Augsburg. Aber Sie haben immer auch die größere Einheit im Blick gehabt. Ihre Idee von Europa, in dem alle brüderlich gleichberechtigt und versöhnt miteinander leben, hat eine starke Faszination. Versöhnung ist Ihr zentrales Anliegen, allen voran die christlich-jüdische Aussöhnung.

Mit Ihren zahlreichen Aktivitäten, haben Sie eine bleibende Wirkung entfaltet.

Mit freundlichen Grüßen



POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch mit dem Politikwissenschaftler Patrick Moreau zu der Herausforderung durch Rechtsextremismus und Populismus in Europa

Patrick Moreau wurde 1951 in Wetzlar geboren und studierte Philosophie und Geschichte an der Universität Paris I – Sorbonne. Seine Promotion 1978 behandelte die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ in den Jahren 1930 bis 1935. 1984 habilitierte er sich am „Institut d'Etudes Politiques“ zu Paris mit einer Arbeit über die SPD im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland 1964 – 1976. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt sind kommunistische und linksextremistische Parteien in Europa. Gegenwärtig ist er Forschungsdirektor am „Centre National de la Recherche Scientifique“ (CNRS) in Paris und Berlin.

POLITISCHE STUDIEN: In Deutschland hat im Sommer 2000 die Diskussion um den Rechtsextremismus und ein mögliches Verbot der NPD hohe Wellen geschlagen. Wenn man sich in Europa umsieht, dann scheinen aber die Erfolge rechtspopulistischer Parteien weit augenfälliger zu sein als ausgesprochen neonazistische Parteien und Bewegungen. Könnten Sie uns zunächst erläutern, wo die Gründe dieses Erfolges rechtspopulistischer Parteien liegen?

Patrick Moreau: Die populistischen Parteien sind für viele Wähler attraktiv geworden, weil sie es verstanden haben, von den „etablierten“ Parteien vernachlässigte Themen wirkungsvoll aufzugreifen. Es gelang ihnen, den Eindruck zu erwecken, nur sie würden die

„wahren Interessen“ des Volkes vertreten. Zu den wichtigsten mobilisierenden Themen gehören: die Amerikanisierung der großen Städte mit der Entstehung von Ghettos und der Ausbreitung von Banden, mit wachsender Kriminalität, dem Auftreten international operierender Mafias. Hinzu kommen ökologische Bedrohungen, der Rückgang der Nationalsprache, der Sittenverfall, Auflösung familiärer Beziehungen, massive unkontrollierte Einwanderung aus Osteuropa und der Dritten Welt sowie die damit verbundenen schwer lösbaren Integrations- und Finanzierungsprobleme (Renten, soziale Sicherung, Ausbildung etc.). Soziale Modernisierung und die Erhöhung der Mobilität – Auswirkungen der Globalisierung – werden vor allem von den Wählern als bedrohlich emp-

funden. Was die europäische Integration betrifft, machen sich die populistischen Rechtsparteien die Furcht vor bürokratischem Zentralismus, verschärfter ökonomischer Konkurrenz, dem Verlust der nationalen Währung und der Instabilität des EUROS zu nutze.

Manche dieser Befürchtungen sind offenkundig schwach begründet, andere wiederum nur allzu gut. Die demokratischen Eliten haben es lange versäumt, auf die offenen Fragen zur Zukunft Osteuropas und zu den Auswirkungen der Osterweiterung der EU klare Antworten zu geben. Niemand weiß, wie die damit verbundenen Migrationsströme gesteuert werden sollen. Die demokratischen Parteien haben Parteien à la FPÖ mit ihrem Schweigen zu Problemen dieser Art die Möglichkeit eröffnet, sich mit allzu einfachen Rezepten Gehör zu verschaffen. Die Berufung auf das „angestammte Volk“ und sein Recht auf den „nationalen Boden“ findet bei großen Teilen der Bevölkerung Anklang. Mit buntscheckigen ideologischen Angeboten haben es die Rechtspopulisten verstanden, einfache, klar formulierte Antworten auf komplexe Fragen zu geben. Freilich geschieht dies auf der Basis eines Programms, das vielfach vage bleibt und zahlreiche Widersprüche aufweist.

POLITISCHE STUDIEN: Was macht denn Ihrer Meinung nach generell die wesentlichen Elemente dieses europäischen Populismus aus?

Patrick Moreau: Im Hinblick auf den Wahlerfolg verzeichnen die populistischen Gruppierungen der extremen Rechten den augenscheinlichsten Erfolg (in der Schweiz, in Österreich, in

Dänemark und in Belgien), während die traditionellen gewaltbereiten Formationen à la NPD im Hinblick auf ihren Wahlerfolg stagnieren. Aber was versteht man unter Populismus? Hinter diesem Wort verbirgt sich nicht nur eine kommunikative Beziehung zwischen den unterschiedlichen Führern (wie z.B. Bossi, Haider, Le Pen) mit dem Volk. Der Populismus dieser Parteien stellt eine Mischung aus heterogenen Elementen dar: Wohlstandschauvinismus, übersteigerter Nationalismus, Gegnerschaft zum Regime der Parteien, zu Europa, starker Individualismus, gepaart mit dem Appell an die Prinzipien von Ordnung und Moral, die den Einzelnen und seine Umwelt (Familie, Arbeit, „natürliche Gemeinschaften“, Sprache) schützen sollen. Auch wenn diese Parteien die Legitimität der Demokratie in ihrem Land nicht offen in Frage stellen, befinden sie sich doch im Konflikt mit einer Anzahl der sie tragenden Prinzipien. Die Zurückweisung des Staates als Ausdruck des kollektiven Willens der Bürger, die Kritik an Repräsentation und Wahlen (der Slogan „Demokratisierung der Demokratie“), die Feindschaft gegenüber den Prinzipien individueller und sozialer Gleichheit und gegenüber allen Maßnahmen, die in diese Richtung wirken, die Gegnerschaft gegenüber der sozialen Integration so genannter „Randgruppen“ (z.B. von Minderheiten), die Ausbeutung fremdenfeindlicher Stimmungen und die Stimulierung eines Rassismus der Differenz (ein Ethnopluralismus nach dem Geschmack der „Neuen Rechten“) sind Belege für antidemokratische Tendenzen. Die skrupellose Instrumentalisierung kollektiver Ängste, Aversionen und Mentalitäten (abgestimmt auf das jeweilige Milieu) bildete in den neun-

ziger Jahren das Herzstück der populistischen Parteienstrategie. Gleiches gilt für den Appell an den „kleinen Mann“ und an dessen so genannten „gesunden Menschenverstand“, der als „natürliches“ Gegengewicht zur „falschen Rationalität“ derer „da oben“ hervorgehoben wird.

POLITISCHE STUDIEN: Populistischen Gruppierungen wird ja der Vorwurf gemacht, sie seien politikunfähig. Setzt der Populismus also deshalb gezielt auf die Ängste bestimmter Teile der Bevölkerung, um diese für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren? Wo liegen hier Gemeinsamkeiten zu Faschismus und Nazismus?

Patrick Moreau: Die populistischen Rechtsparteien lehnen den Modernisierungsprozess der europäischen Gesellschaften und die damit einhergehende Individualisierung der Lebensstile und Verhaltensformen ab. Aus ihrer Sicht bringt diese Entwicklung Beklemmung hervor; sie nährt oft unkontrollierbare Ängste und führt zu individueller Orientierungslosigkeit. Die Partei bietet sich da als Auffanggemeinschaft an. Sie stellt den Wählern eine auf der Idee einer nationalen Schicksalsgemeinschaft (gegen Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe etc.) basierende Sicherheitsideologie zur Verfügung. Gegen die verbreitete Akzeptanz einer sozialdarwinistischen Welt versprechen diese Parteien den Menschen, sie zum einen gegen die Härten der Modernisierung zu schützen und sie zum anderen zu Gewinnern des Sozialdarwinismus zu machen. Dies geschieht durch das vage Versprechen, man werde den Staat zwingen, die Politik zu ihren Gunsten zu ändern.



„Die populistischen Rechtsparteien machen sich die Furcht vor bürokratischem Zentralismus, verschärfter ökonomischer Konkurrenz, dem Verlust der nationalen Währung und der Instabilität des EUROS zu Nutze.“ Foto: privat

Da die Populisten wissen, dass die Angst vor sozialer Deklassierung mobilisierend wirkt, setzen sie auf die Unkenntnis der Mechanismen von Gesellschaft und Wirtschaft. Sie suggerieren ihren Wählern, alles in den demokratischen Systemen sei falscher Schein, korrumpiert und vorgetäuscht. Die etablierten Parteien werden angeklagt, diese Situation herbeigeführt und sie aus Profitgier zementiert zu haben. Alle Hoffnungen sollen sich auf einen neuen starken Mann richten. Ihre Vorstellung von Stärke entlehnen diese Parteien im Übrigen nicht dem Nationalsozialismus (ein Führer, eine pyramidale Partei), sondern eher der Fähigkeit des Parteichefs „die Dinge in Ordnung zu bringen“. Dabei wird das System als solches keineswegs völlig in Frage gestellt. Diese Parteien sind mithin keine revolutionären faschistischen Parteien, wohl aber eine moder-

nisierte Variante der rechtsradikalen Gedankenwelt.

POLITISCHE STUDIEN: In welchen gesellschaftlichen Bereichen können populistische Parteien denn am ehesten Wähler mobilisieren? Wo liegen die Ansatzpunkte für die Ansprache dieser Schichten?

Patrick Moreau: Diese populistischen Parteien profitieren ohne Zweifel von jenen Wählern, die sich vom Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft – mit guten Gründen oder auch nicht – in ihrem sozialen Status bedroht fühlen. Frustration und Angst vor ökonomischer Benachteiligung nähren Fremdenfeindlichkeit und begünstigen die Stimmabgabe für die extreme Rechte.

Der Rechtspopulismus beutet überdies weitere Bruchzonen der Gesellschaften aus – wie die Erosion der traditionellen sozialen Milieus und die zunehmende Fragmentierung infolge der wachsenden Individualisierung von sozialen und ökonomischen Risiken. Die Abschwächung religiöser Bindungen geht mit einer Individualisierung von Lebensformen und einer Erhöhung der geographischen Mobilität einher. Er profitiert außerdem von der Angst der Männer vor der „Befreiung der Frau“, dem Sichtbarwerden „unkonventionellen“ Sexualverhaltens und den Orientierungsproblemen moralischer und sozialer Art. Die sich lockernden sozialen Bindungen führen zu einer Vervielfältigung von Mentalitäten und egozentrischen Verhaltensweisen, dem Verschwinden sozialer Verantwortlichkeit, zunehmender Isolierung und Einsamkeit – vor allem in den Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte. All dies hat zu einer Art politischer Lähmung

bei zahlreichen Wählern geführt. Infolgedessen steigt die Wahlabstinenz, während sich die Konkurrenz zwischen den Parteien verschärft. Gewachsen ist die Zahl der Wähler, die zum Experimentieren neigen und bereit sind, ihre Stimme neuen politischen Formationen zu geben. Davon profitieren die populistischen Parteien. Sie spielen zudem mit der Angst vor einer „Ausländerflut“. Die unvermeidlichen ökonomischen und kulturellen Konflikte zwischen Zuwanderern und Einheimischen werden zum Gegenstand einer politischen Propaganda, die den tatsächlichen oder vermeintlichen Folgen der „multikulturellen Gesellschaft“ eine von Wohlstandschauvinismus genährte ethnozentrische Weltsicht gegenüberstellt.

POLITISCHE STUDIEN: Sind die rechtspopulistischen Parteien wirklich die neuen Arbeiterparteien, wie das etwa für die FPÖ behauptet wurde?

Patrick Moreau: Die Stärkung der rechtspopulistischen Parteien ist auf eine Reihe einander ergänzender Faktoren zurückzuführen, die in ihrer Gesamtheit den Aufstieg des Rechtspopulismus begünstigen. In den meisten Ländern Westeuropas lässt sich die Herausbildung einer „Zweidrittelgesellschaft“ beobachten, in der ein Drittel der Bevölkerung nicht vom sozial-ökonomischen Modernisierungsprozess profitiert und langfristig von seinen Segnungen ausgeschlossen bleibt – oder ausgeschlossen zu werden fürchtet. Dabei bilden die Arbeitslosen keineswegs die privilegierte Klientel der rechtspopulistischen Parteien. Vielmehr neigen sie eher zum Rückzug aus der Politik. Sie radikalisieren sich nur langsam.

Nach ihrer Wählerschaft lassen sich die erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien als „neoproletarische“ Parteien charakterisieren. Die Überrepräsentation von Arbeitern und unqualifizierten Beschäftigten – häufig in fortgeschrittenem Lebensalter, mit niedrigem Lebensstandard und Bildungsgrad – hat mehrere Ursachen: die sich beschleunigende Auflösung der traditionellen sozialdemokratischen Milieus, das unwiderrufliche Auseinanderfallen der angestammten Arbeiterkultur – ihrer Organisationen ebenso wie ihrer bewusstseinsformenden Inhalte –, die Individualisierung der Verhaltensformen, die verbreitete Angst der „Neoproletarier“, aufgrund ihres Alters und ihrer mangelnden Qualifikation als die nächsten Opfer der Modernisierung an den sozialen Rand gedrängt zu werden. Aus eben diesen Gründen ist z. B. die FPÖ 1996 – vor der SPÖ – zur wahlsoziologisch führenden Arbeiterpartei geworden. Die Gewerkschaftsbindung hat sich auch stark abgeschwächt.

POLITISCHE STUDIEN: Es gibt aber sicher noch andere wichtige Gründe für den Erfolg der FPÖ ...

Patrick Moreau: Die FPÖ hat z. B. vom Überdruß vieler Wähler mit dem Nepotismus, dem berühmten „Proporz“ und den Manövern der Parteiführungen profitiert. Seit Ende der achtziger Jahre haben ferner zahlreiche Skandale die Unzufriedenheit mit den „Etablierten“ verstärkt. Die politische Klasse ist in vielen Ländern Europas in den Geruch eigennütziger Machenschaften geraten. Die Bürokratisierung der politischen Eliten, die Tendenz zur Selbstreproduktion, die wachsende Unfähigkeit, mit dem Bürger in klaren Worten zu kommunizieren – all dies hat die

europäische Demokratie geschwächt. Populisten à la Haider spielen sich zum Hoffnungsträger all jener auf, die ihre eigenen Interessen schlecht vertreten wännen. Die Selbstausrufung zum „Anwalt des Volkes“ bildet einen konstanten Bestandteil der rechtspopulistischen Propaganda.

Die rechtspopulistischen Parteien sind mehr als ihre Konkurrenten von der Präsenz und Präsentation, vor allem ihrer Spitzenfiguren, in den Medien abhängig. Angesichts organisatorischer Schwächen, einer teilweise unzureichenden soziostrukturellen Verankerung und einer extremen Abhängigkeit von den Gefühlen und Stimmungen der öffentlichen Meinung, sind solche Parteien auf eine kontinuierliche Medienresonanz dringend angewiesen. Da diese Parteien Formationen mit starker Abhängigkeit von einer kleinen Personengruppe um den Parteichef sind, müssen sie sich als Medien- und Televisionsparteien präsentieren, als eine Agentur symbolischer Mobilisation, die im Diskurs einer Persönlichkeit verschiedenste Protesthaltungen und -themen zu artikulieren und auszubenten sucht. Die Präsenz und argumentative Kraft des populistischen Volkstribunen bildet zugleich die Stärke und die Schwäche der Partei. Ohne Haider, le Pen oder Bossi geht nichts.

POLITISCHE STUDIEN: Wir haben bereits erstaunliche Erfolge rechtspopulistischer Parteien in einzelnen europäischen Ländern erlebt. Wie sehen die Zukunftsaussichten aus und gibt es Ansätze für die internationale Koordination ihrer Arbeit?

Patrick Moreau: Die Existenz, manchmal sogar der Durchbruch bei Wahlen

der extremistischen und populistischen rechten Parteien seit Beginn der 90-er Jahre in Europa dürfen in ihren Auswirkungen auf Politik und Verhalten der europäischen Gesellschaften nicht unterschätzt werden. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich war ein Signal – der Vlaams Blok (VB) und der Front National (FNb) in Belgien, die Centrumdemokraten in den Niederlanden, die Front National (FN) in Frankreich, die Lega Nord in Italien, die Schweizerische Volkspartei und schließlich die Dänische Volkspartei warten weiter auf ihre Chance. Sie alle sind im Großen und Ganzen nicht zu dauerhaften Akteuren in den po-

litischen Systemen ihrer Länder geworden. Sie wildern ausdauernd im Wählerpotenzial aller demokratischen Parteien. Die internationalen Effekte dieser Zuwächse an Wählerstimmen sind zwar noch begrenzt, aber dennoch real. Die extreme populistische Rechte und die Wähler, die von ihrem Angebot angezogen werden, wissen, dass ihre Stimmen nicht mehr verloren sind. Sie sind sich dessen bewusst, dass eine „Eurorechte“ im Entstehen ist, jenseits der organisatorischen Zersplitterungen, der unterschiedlichen sozialen oder historischen Verankerung und der Verschiedenheit der ideologischen Bezüge.

Die Fragen stellte Dr. Gerhard Hirscher, Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien und Politische Theorien der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München.

Schwerpunktthema

Die Neue Ökonomie – Handel im Internet



v.l.n.r.: Georg Dintenfelder (Siemens), Steffen Städtler (Dr. Städtler Systemhaus), Lawrence Nell (Experia de Reisen), Dr. Markus Söder, MdL, Dr. Roland Fleck (Stadt Nürnberg), Christian Löffmann (Sparkassen Verband Bayern)

Zuversichtlich hinsichtlich des Erfolgs von e-commerce und e-business diskutierten die Experten mit Vertretern des fränkischen Mittelstands.

Einführung

Siegfried Höfling

Jedes fünfte bayerische Unternehmen generiert heute bereits Umsatz über das Internet. Der Internationale Währungsfonds erwartet, dass der elektronische Handel bis 2003 Jahr für Jahr 56% zulegen und dann ein Volumen von 2,8 Billionen Dollar (7% des Weltsozialprodukts) erreicht wird.

Die Experten sehen im Internet vorwiegend neue Chancen, wobei die Umsatzerwartungen von Branche zu Branche sehr unterschiedlich sind. Der bayerische Mittelstand beklagt jedoch Hindernisse beim Einstieg in den elektronischen Handel, die er von Seiten der Politik zu beseitigen wünscht: fehlende verbindliche Zahlungsabwicklung, mangelnde Rechtssicherheit eines elektronischen Vertrags, Problem der Rechtsgültigkeit elektronischer Unterschriften, Rücktrittsrecht und Ähnliches. Zudem sind den meisten Unternehmen die Förderprogramme zum Aufbau des elektronischen Handels weithin unbekannt.

Eine kürzlich in Nürnberg durchgeführte Veranstaltung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung versuchte über die Möglichkeiten der Internetnutzung für den Handel zu informieren und Lösungen

für die anstehenden Probleme zu diskutieren. Einige Kurzreferate stellen wir hier anschließend vor.

Bei den meisten Teilnehmern aus mittelständischen Betrieben überwog die abwartende Haltung bezüglich des Einstiegs ins Internetgeschäft. Besonders positiv wurden aber die Bündlungsaktivitäten der bayerischen Staatsregierung aufgenommen. Der „Virtuelle Marktplatz Bayern“ zeigt einen scheinbar sicheren Weg auf, dass E-Commerce auch zum E-Geschäft wird. Der virtuelle Marktplatz Bayern ist im Prinzip eine Reaktivierung der Genossenschaftsidee. In diesem Konzept ist der Mittelständler nicht Einzelkämpfer, sondern kann sich aufgrund der Möglichkeit eines nachfragegetriebenen Marktplatzes mit anderen Anbietern zusammenschließen. Die Betriebskosten der E-Commerce-Logistik lassen sich minimieren.

An Lösungen für größere Zahlungssicherheit wird derzeit gearbeitet. Die Experten betonten jedoch mit Nachdruck, dass im E-Commerce-Geschäft Schnelligkeit den Vorrang vor Sicherheit haben muss und Schnelligkeit Wettbewerbsvorsprung und damit Gewinn bedeutet.

Das Internet als Chance für den Mittelstand

Markus Söder

Der Mittelstand steht vor neuen Herausforderungen. Denn die Wirtschaftsordnung ändert sich rasant. Die Internationalisierung der Volkswirtschaften betrifft auch den Kernbereich der deutschen Wirtschaft – den Mittelstand. Erfolgreiche Marktakteure müssen international arbeiten und sich auf neue Transparenzanforderungen einstellen. Die Konzentrationsprozesse durch Fusionen erfordern neue Strukturen für den Mittelstand, um auf Dauer erfolgreich im Wettbewerb bestehen zu können. Zusammenschlüsse mittelständischer Unternehmer zu virtuellen Unternehmen, virtuelle Mittelstandscluster oder Planungen über das „co-branding“ bieten ungeahnte Wettbewerbschancen. Grundlage dieser Erfolgsmodelle ist die Vernetzung des Mittelstandes über das Internet. Der Mittelstand könnte als flexible Einheit der Gewinner der Internet-Entwicklung werden. Denn die Erfolgsfaktoren der digitalen Marktwirtschaft bestimmen sich nach Geschwindigkeit, Präzision und Wissen, nicht nach Größe, Mitarbeiterzahl oder Bilanzsumme. Wichtig ist für den Mittelstand nur, sich auf die veränderte Welt einzustellen.

Das Netz bietet unglaubliche Chancen. Allerdings erfordert es eine völlige

Neudefinition des Unternehmens. Es reicht nicht aus, das Internet als bloßes Marketinginstrument zu begreifen. Die Geschäftsidee einer jeden „company“ muss auf die neuen Anforderungen hin überprüft und entsprechend positioniert werden. Die Wertschöpfungsketten werden dadurch neu generiert. Wer das nicht tut, wird in wenigen Jahren nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Denn die ganze Welt verschmilzt zu einer „business-community“. Preis, Leistung und der „after-sales-service“ sind dort global transparent und stehen im Wettbewerb. E-commerce und E-business werden zu den Grundmustern der Wirtschaftsordnung. Dabei verändern sich auch die Positionen der Marktteilnehmer.

Gewinner ist zuerst der Kunde und Käufer. Während man früher vom Angebot des Verkäufers abhängig war, welcher sich lokal und regional präsentiert hat, erhält man heute Leistungen aus der ganzen Welt. Statt einer angebotsorientierten Wirtschaft entwickelt sich das Netz zu einer nachfrageorientierten Ordnung. Dadurch sinken die Preise, und der Service wird als Wettbewerbskriterium verbessert. Kundenkartelle und „power-shopping“ werden daher die Zukunft sein. Es entsteht eine neue Gruppe von Dienst-

leisten, die „infomediaries“. Diese bündeln Kundenwünsche im Netz und geben sie an die Wirtschaft weiter. Anders als der traditionelle Großhändler ist er Vertreter des Kunden. Preisab-sprachen und lokale Monopolsituationen verschwinden, und ein neues System von virtuellen Kundengenossenschaften entsteht.

Gewinner dieser Entwicklung sind neben den reinen Internet-Anbietern auch die Firmen, die die Chancen des Mediums für ihr „business“ nutzen können. Für den Mittelstand bieten sich z. B. enorme Chancen durch hohe Einsparpotenziale im Bereich Lagerung, Logistik und Vertrieb. Durch zentrale Steuerung können indirekte Kosten (Verwaltung) und firmeninterne Beschaffungskosten gesenkt, das Controlling effektiviert und die Zuliefer-Auswahl wirtschaftlicher ausgerichtet werden. Durch die Zusammenarbeit mit anderen mittelständischen Unternehmen bilden sich größere virtuelle Unternehmenscluster, die flexibel in der ganzen Welt agieren können. Profitieren kann aber nur der, der sich auf diese neue Welt einstellt.

Dabei reicht es jedoch nicht, sich nur eine Homepage einzurichten – die gesamte Infrastruktur, das ökonomische Denken, Vertrieb und Logistik stehen auf dem Prüfstand. Auch Führungskräfte müssen sich mit der Technik auskennen – der PC ist Chefsache. Dabei sind etwaige Probleme weniger technisch als vielmehr mental zu sehen.

Wer heute jedoch die Realität ignoriert, vergreift sich an den vitalen Interessen unserer Volkswirtschaft. Das Netz verändert nur die Wege, nicht die Werte.

Der „content“ der Netzangebote muss genauso definiert werden wie bisher. Wir müssen nur lernen, die neuen Möglichkeiten optimal zu nutzen. Der Mittelstand kann die Chancen erkennen und umsetzen. Durch Aufklärung, Bewusstseinsschaffung und Consulting muss der Mittelstand auf seinem Weg in die digitale Marktwirtschaft begleitet werden. Die bayerische Politik ist dabei ein wichtiger Partner. In einer Antragsoffensive im Landtag fordert die CSU eine Beratungskampagne unter der Federführung der Software-Offensive Bayern und Bayern-Innovativ zusammen mit den Kammern und Verbänden der bayerischen Wirtschaft für E-commerce. Diese soll den Internet-Auftritt, die Erfassung von Wertschöpfungspotenzialen im Netz sowie eine Zertifizierung von Internetdienstleistern für die mittelständische Wirtschaft umfassen.

Zudem soll Bayern den Anstoß zur Entwicklung branchenspezifischer Internetportale für den Mittelstand geben. Dadurch entstehen gemeinsame mittelständische Einkaufs- und Handelsplattformen. In einer spezifischen Form sind dabei „Digiregios“ zu etablieren, d.h. bayerisch-tschechische oder bayerisch-italienische Mittelstandsportale, um über neueste Spracherkennungs- und -übersetzungssoftware die Anbahnung von Geschäftsbeziehungen zu erleichtern. Für den Mittelstand sollen E-commerce-Kompetenzzentren aufgebaut werden, die vor Ort als Technologiezellen und Mittelstandsparks virtuelle Anbieter räumlich und logistisch verbinden. Um den Anreiz zur Umstellung zu erhöhen, ist an einen „digitalen business-plan-wettbewerb“ zu denken, der die effektivsten Umstrukturierungen prämiert.

Neben der Umstellung der unternehmerischen Führung bedarf es zudem einer breit angelegten Qualifizierungsoffensive für Mitarbeiter. Dazu sind vom AK Wirtschaft der Landtagsfraktion umfangreiche Initiativen gestartet worden. Dies gilt im Übrigen für alle Mitarbeiter, denn nur wenn eine Gesellschaft voll technisiert ist, bleibt sie

im Spiel des 21. Jahrhunderts top. Im Bereich der Wissensgesellschaft ist jetzt „time-to-market“, also die Zeit zur Entscheidung.

In wenigen Jahren haben sich die Wettbewerbsstrukturen etabliert. Der Mittelstand hat die besten Chancen dabei – sie müssen nur genutzt werden.

Kommt „Otto Normalsurfer“?

Entwicklung und Bedeutung des elektronischen Handels für die Wirtschaft

Hans-Joachim Lindstadt

1. Einführung

Um die Antwort gleich vorweg zu geben: „Otto Normalsurfer“ kommt nicht – er ist schon millionenfach da: 4 Mio. Deutsche haben schon einmal online gekauft. Es gibt bereits Studien über das Kaufverhalten der „Ottos“, je nachdem über welchen Provider der Einstieg ins Internet erfolgt (T-Online, AOL, etc.). Aber es wird für die Marktforschung dennoch wesentlich schwieriger werden, weil sie es in Zukunft nicht mehr mit „Otto Normalverbraucher“ zu tun hat, sondern dem „hybriden Kunden“. Der Kunde fährt mit dem Mercedes preisbewusst zu Aldi und besucht anschließend eine sündhaft teure Vernissage.

2. Wie werden sich die Dinge entwickeln?

Während das Radio 38 Jahre brauchte, um 50 Mio. US-Haushalte zu erreichen, schaffte das Fernsehen diese Marke in nur 13 Jahren. Das Internet brauchte dafür keine fünf Jahre. Und die Entwicklung in Europa läuft ana-

log. Es gab 1997 acht Millionen Internetnutzer, 1998 bereits 15 Millionen, und wir werden die 50 Mio. spätestens 2003 erreichen. Die Marktdurchdringung läuft mit einer irren Geschwindigkeit ab, so dass es für die Unternehmen – gerade im Mittelstand – allerhöchste Zeit ist aufzuspringen, um nicht überrollt zu werden.

Man kann davon ausgehen, dass die elektronischen Medien eine Basisinnovation sind, vergleichbar der Dampfmaschine oder dem Mikrochip, die die vorhandenen Wirtschaftsstrukturen stark verändern werden. Das gilt sowohl für die B2B-Beziehung (business to business) als auch für B2C, den Handel via Internet. Der momentane Nutzungsschwerpunkt liegt zwar noch eindeutig auf der B2B-Seite (85% Anteil), aber die Dynamik liegt vor allem in der B2C-Entwicklung.

Nun könnte sich der Handel zunächst einmal gelassen zurück lehnen: Der Einzelhandelsumsatz via Internet betrug 1998 mit rund 1 Milliarde DM gerade mal 0,2% des gesamten Einzelhandelsumsatzes (722 Mrd.). Aber 1999

wurden bereits 3 Milliarden erreicht, für 2001 rechnet man mit 20 – 25 Milliarden Umsatz. Die Zahlen fallen je nach Studie etwas unterschiedlich aus, aber die Entwicklungsdynamik wird von allen bestätigt.

Für uns als Kammer bedeutet dies, dass wir unsere 80.000 Mitgliedsfirmen über solche neuen Entwicklungen informieren, sensibilisieren und konkrete Unterstützung anbieten müssen. Das tun wir auch in großem Umfang. E-business ist derzeit ein Kernthema der IHK. Wir bieten hier eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen, Seminaren, Anwender-Clubs, Erfa-Kreise etc. an. In diesem Zusammenhang haben wir auch Ende 1999 eine repräsentative Umfrage bei eintausend unserer mittelfränkischen Firmen durchgeführt. Das Ergebnis zeigt eine insgesamt gute Beteiligung am Internet, wobei die Region Nürnberg etwas hinter dem Raum München zurückliegt. Sorge bereitet allerdings, dass der mittelständische Einzelhandel rund 20 Prozentpunkte hinter den Internetaktivitäten von Industrie und Dienstleistern zurückliegt. Die Kammer wird sich deshalb besonders um diese Zielgruppe bemühen.

3. Strukturwandel durch E-commerce

Wir gehen davon aus, dass die zunehmende Marktdurchdringung bei B2B und mehr noch bei B2C starke Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur hervorrufen wird. Erste Anzeichen sind bereits deutlich zu erkennen. Generell zeichnet sich die Wirtschaftsregion Nürnberg durch einen massiven Strukturwandel von einer Industrieregion

zur Dienstleistungsgesellschaft aus. In den letzten 20 Jahren haben sich die Beschäftigungsanteile mehr als umgekehrt.

Wir haben heute 60% der Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, und die Dynamik nimmt in den letzten Jahren zu. Hohen Anteil hat hieran die IuK-Branche. Nach einer aktuellen Studie haben wir inzwischen rund 8.000 Unternehmen in diesem Bereich in der Region, und der Sektor „New economy“ boomt: Namen wie consors, WWL, Computec, Bintec, Waveligt oder Atrada stehen auch für den unmittelbaren Internet-Bezug dieser Branche. Die Region hat nach unserer Einschätzung hervorragende Startbedingungen für die Internetzukunft.

4. Pilotprojekte

Wir haben mit Media@Komm und E-commerce bei zwei bundesweiten Wettbewerben gewonnen, aus denen eine Reihe von Pilotprojekten wie RegioSign-Card, Franken Mall oder Kegom initiiert werden. Und wir sind selbstverständlich beim „Virtuellen Marktplatz Bayern“ mit dabei.

5. Firmenbesatz

Wir haben zum anderen über unsere Hochschulen und über unseren Firmenbesatz mit der starken IuK-Gewichtung eine sehr gute vorhandene Wirtschaftsstruktur, auf der wir aufbauen können. Eine besondere Bedeutung kommt dabei sicherlich Karstadt und Quelle zu. E-commerce gehört für den Versandhandel zur Kernkompetenz. Bestellannahme, La-

geraufbau, Kommissionierung, Verpackung, Versand, Debitoren-Management, Retouren und Garantieabwicklung sind Arbeitsvorgänge, die für den Fernabsatz zum täglichen Geschäft gehören. Ein Blick auf die Topsites in Deutschland zeigt dann auch den Versandhandel auf den Plätzen vier bis sechs.

6. Wie werden sich die Strukturen verändern?

Durch die elektronischen Medien werden sich die Wertschöpfungsketten verkürzen. D.h. die direkte Beziehung zwischen Hersteller und Kunden wird sich verstärken. Den größten Druck wird dabei der intermediäre Handel bekommen: Großhandel, Handelsvertreter, also die zwischengeschalteten Handelsstufen. Im stationären Einzelhandel wird sich die Konkurrenzsituation verschärfen. Insbesondere der Preisdruck wird über die globale Informationsmöglichkeit erheblich zunehmen. Allerdings besteht für die meisten auch die Chance, sich dabei zu beteiligen. Mittlerweile gibt es hier zahlreiche Angebote durch externe Dienstleister. Für kleine mittelständische Einzelhandelsbetriebe, die den technischen, organisatorischen und finanziellen Aufwand scheuen, gibt es fertige Produktpakete zu kaufen. Das Paket umfasst die Internetseiten für den Shop mit bis zu 500 Artikeln, den Eintrag in die großen Suchmaschinen, Adress- und Bonitätsprüfung, das Bestellmanagement, die Versendung der Waren, die Sendungsverfolgung, die Hausabholung und die Zahlungsabwicklung. Das ist E-commerce light mit monatlicher Grundgebühr und sendungsabhängigem Entgelt.

Es werden auch nicht die Großen die Kleinen fressen, sondern die Schnellen und Wendigen werden die Nase vorne haben, und es gibt größere Marktchancen auch für Nischenanbieter. Die Chancen sind da. Nur muss man sie auch nutzen. Ein professionell gestalteter passiver Internetauftritt ist für 20.000,- DM zu haben, Interaktivität ist allerdings wesentlich teurer. Aber gerade der Mittelstand kann über regionale oder Branchenportale gut kooperieren und sich damit die Kosten teilen.

7. Rechtliche/politische Aspekte

Wir haben für den Internet-Handel einen sehr hohen Harmonisierungsbedarf weltweit, aber insbesondere innerhalb der EU. Bisher gilt in der EU das Herkunftslandprinzip, jeder unterliegt seinen nationalen Regelungen. Das war wohl auch „auf die Schnelle“ nicht anders zu regeln. Die Folgen sind aber sehr unterschiedliche Start- und Marktchancen. Wir haben in Deutschland das mit Abstand differenzierteste Wettbewerbsrecht. Erste Auswirkungen des Internets sind bereits zu sehen: Rabattgesetz und Zugabeverordnung werden wohl in Zukunft entfallen. Das ist auch grundsätzlich richtig, aber wichtig erscheint mir, nicht ein „race to the bottom“ zu bekommen.

Wir brauchen Mindestregelungen zum Schutz des Mittelstandes und des Verbrauchers. Was passiert, wenn man nicht harmonisiert, zeigt ein Beispiel aus dem Sport. Man stelle sich folgendes Szenario vor: Bei der Fußball-Europameisterschaft treten die Portugiesen mit 13 Spielern an, die Franzosen dürfen unbegrenzt auswechseln, die Ita-

liener spielen mit zwei Torhütern, und die Niederländer bekommen für drei Eckbälle einen Elfmeter. Das ganze klingt zwar sehr lustig, ist aber bei den Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU tatsächlich so. Die Großen können dadurch reagieren, dass sie sich Auslandstöchter zulegen, für den Mittelstand ist dies aber kaum möglich.

Zweiter Aspekt: Die Gefahr der Überregulierung. Bei der rechtlichen Neuregelung des E-commerce zeigt sich aber auch die Gefahr einer möglichen Überregulierung. Warum beispielsweise die Ordnung des Adressraums durch Regierungsorganisationen und nicht mehr durch die Privatwirtschaft erfolgen soll, ist nicht ganz verständlich. Ich sehe in diesem Zusammenhang auch die große Gefahr einer zusätzlichen Besteuerung des Internets. Eigentlich war es immer so, ob Zündhölzer oder Benzin, bei Massen-Artikeln haben die öffentlichen Hände diese sehr gerne mit aufgehalten. In den USA ist übrigens der Internet-Handel gegenüber dem stationären Handel steuerlich sogar begünstigt (bis 2006), um die Entwicklung voranzutreiben.

8. Technologische Entwicklung

Hier sehe ich für die Wirtschaft insbesondere zwei wichtige Aspekte:

- Zum einen die Verbesserung der Datensicherheit. Der „I love you Virus“ hat uns die Anfälligkeit und den damit verbundenen volkswirtschaftlichen Schaden drastisch vor Augen geführt (zwei Milliarden Dollar plus 8 Milliarden Dollar Folgeschäden). Mit zunehmender Verbreitung von E-business wird die Datensicherung umso wichtiger.
- Zweiter wichtiger Aspekt: die digitale Signatur, d.h. die beglaubigte rechtsverbindliche Unterschrift. Es wäre eine entscheidende Verbesserung, wenn man in Zukunft Kfz-Zulassungen oder Carnets bei der IHK via Bildschirm erledigen könnte. Wir entwickeln derzeit eine Regio-Sign-Card im Rahmen des media@Komm-Wettbewerbs, mit der all diese Dinge vom Schreibtisch/Wohnzimmer aus erledigt werden können (Zeitersparnis, Verkehrsentlastung). Auch hier haben wir für unsere Region durchaus die Chance, an der Spitze mit zu marschieren.

Das Internet wird nicht nur die Preisvorteile eines weltweiten Wettbewerbs für den Kunden bringen, sondern auch einen weiteren Aspekt. E-commerce wird den Handelskuchen neu verteilen. Es bietet für den Handel insgesamt aber auch die Chance, seinen Konsumanteil am verfügbaren Haushaltseinkommen gegenüber anderen weniger internetfähigen Ausgaben zu erhöhen.

Der Virtuelle Marktplatz Bayern – Ein All-Winners-Game?

Hans-Joachim Heusler

Die Bayerische Staatsregierung unternimmt seit 1994 im Rahmen der Initiative BayernOnline große Anstrengungen, Bayern zügig und nach Möglichkeit schneller als andere Staaten und Regionen in die Telekommunikationsgesellschaft zu führen. Mit rund 150 Millionen DM wurden über 50 Pilotprojekte initiiert, die ein Projektvolumen von über 500 Millionen DM umfassen und Module aus allen Lebensbereichen darstellen, die jetzt in den Virtuellen Marktplatz Bayern (VMB) einfließen sollen. Der VMB soll dabei die virtuelle Ebene der Telekommunikationsgesellschaft zur Unterstützung unserer physischen Welt widerspiegeln. Mit der Realisierung des VMB findet die Initiative ihren Abschluss. Die folgenden 10 Thesen sollen die Grundüberlegungen wiedergeben, die zur Initiierung des VMB geführt haben. Danach soll dies schwerpunktmäßig näher erläutert werden, ohne dabei aber wirklich in die Tiefe gehen zu können.

1. Zehn Thesen

- Der Marktplatz ist seit jeher der öffentliche Ort zum Austausch von Waren, Informationen und Dienstleistungen, einschließlich der Angebote der Öffentlichen Hand für die Bürger. Er dient damit der Befriedigung der Bedürfnisse der Marktteilnehmer.
- Die Bedürfnisse der Marktteilnehmer treffen sich grundsätzlich: Die Anbieter sind zufrieden, wenn die angebotenen Leistungen nachgefragt werden, die Kunden, wenn ihre Nachfrage zielgenau befriedigt wird. Ein fairer Handel wird von beiden Seiten prinzipiell akzeptiert.
- Die Problematik liegt darin zu ermitteln, wer die gesuchten Leistungen anbietet, wer die angebotenen Leistungen nachfragt und ob Leistung und ggf. Gegenleistung als fair zu bezeichnen sind. Je größer die Zahl der vergleichbaren Angebote bzw. Nachfragen, umso leichter ist Letzteres. Notwendig ist hierfür ein transparenter Markt.
- Transparenz bedeutet für die Anbieter optimale Informationen über die Bedürfnisse und Vorlieben der Kunden sowie über die Angebote der Konkurrenz, für die Kunden optimale Informationen über die Angebote des Marktes.
- Der Betreiber des Marktplatzes ist für einen funktionierenden Marktplatz verantwortlich. Er sorgt für einen diskriminierungsfreien Zugang zum Marktplatz, für rechtmäßiges

Verhalten der Marktteilnehmer, für Wettbewerb und Transparenz.

- Der herkömmliche, dem einzelnen Marktteilnehmer zugängliche Markt leidet sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite unter mangelnder Vielfalt und mangelnder Transparenz, und hieraus resultieren suboptimale Ergebnisse bei hohen Transaktionskosten für die Marktteilnehmer.
- Das Internet bietet die theoretische Möglichkeit des Zugangs zur Gesamtheit aller Angebote und Nachfragen dieser Welt bei optimaler Transparenz. In der Praxis werden sich dennoch immer gewisse Grenzen ergeben, weil nicht jeder Anbieter seine Leistung gegenüber jedem Kunden erbringen kann.
- In der Praxis ist erst ein kleiner Bruchteil aller Angebote und Nachfragen dieser Welt über das Internet erreichbar. Doch schon jetzt überfordern insbesondere die Informationsmöglichkeiten die Teilnehmer des virtuellen Internet-Marktes.
- Die Überforderung hat ihre Ursache darin, dass die Inhalte des Internets nicht im Sinne eines Data-Warehouse strukturiert sind.
- Ein virtueller Marktplatz, der die Bedürfnisse der Marktteilnehmer besser befriedigt als die herkömmlichen Märkte, ist realisierbar. Der Virtuelle Marktplatz Bayern soll dies demonstrieren.

2. Die herkömmlichen Märkte – relativ effizient

Erhebungen in den USA haben ergeben, dass ein Großteil aller Produktinformationen, die der Konsument tagtäglich erhält, an seinen tatsächlichen

Bedürfnissen vorbeigeht. Untersuchungen sprechen von Streuverlusten in Höhe von 98 Prozent. Und dennoch nützen die Unternehmen diesen Weg zum Kunden, weil es bisher keinen besseren gab. Um einen ersten Verkaufserfolg bei einem Konsumenten zu erzielen, benötigt ein Anbieter erheblich mehr Versuche, als wenn er über den betreffenden Kunden optimal informiert wäre. Die Akquisitionskosten sind demnach höher, als sie sein müssten. Auch wenn die schlechte Response-Rate für die Anbieter letztlich immer noch wirtschaftlich ist, so könnte mit einer höheren Trefferquote die Wirtschaftlichkeit deutlich erhöht werden.

Bei näherem Hinsehen wird deutlich, dass eine höhere Trefferquote im Interesse nicht nur der Anbieter, sondern auch der Konsumenten und sogar des Staates läge:

- Durch eine höhere Trefferquote könnten unsere Unternehmen und sonstigen Anbieter sowohl ihren Umsatz bzw. ihre Produktivität erhöhen als auch ihre Marketing- und Vertriebskosten senken.
- Die Nachfrager wiederum wären dankbar, wenn sie von ungewollter Information befreit würden und durch gezielte Informationen gleichzeitig ihren Transaktionsaufwand, d.h. ihren zeitlichen und finanziellen Aufwand bei der Beschaffung von Information, Waren und Dienstleistungen, einschließlich Behördengänge, senken könnten.
- Eine höhere Marketingeffizienz verbessert die Wettbewerbsfähigkeit gerade auch im internationalen Wettbewerb. Hiervon profitiert nicht nur das Unternehmen, sondern auch un-

sere Volkswirtschaft. Hinzu kommt, dass Ressourcen eingespart werden können, die anderweitig verwendbar sind. Entsprechendes gilt für die Behörden, die effizienter arbeiten können, was dem Ziel einer schlanken und dennoch bürgerfreundlichen öffentlichen Verwaltung zugute kommt.

- Eine höhere Konsumenten- und Bürgerzufriedenheit ist sowohl im Interesse der Anbieter als auch des Staates.

3. Das Internet – der Traum vom friktionslosen Markt

Das Internet hat die Hoffnung vom friktionslosen Markt genährt. Es erscheint auf den ersten Blick geradezu ideal, die Adressaten von Informationen, Produkten und Dienstleistungen zu minimalen Kosten direkt anzusprechen. Der Nachfrageseite bietet das Internet die theoretische Möglichkeit, sich aus diesem umfassenden Angebot das geeignetste herauszusuchen.

In der Praxis zeigt sich das Internet jedoch nicht als der gewünschte transparente Markt, sondern als riesiger ungeordneter und undurchschaubarer Wühltisch, in den der suchende Marktteilnehmer mit viel Mühe erst Ordnung bringen muss. Dies ist abgesehen von der nötigen intellektuellen Leistung zeitaufwendig und in Deutschland mangels Flatrate beliebig teuer. Hinzu kommt auf Anbieter- und Nachfrageseite ein gewisses Misstrauen hinsichtlich der Sicherheit von Transaktionen über das Internet. Das bedeutet, dass die heimischen Marktteilnehmer das Internet für die Beschaffung von Informationen, Waren und Dienst-

leistungen in geringerem Maße nutzen, als dies möglich wäre. Unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist dies als ineffizient zu bewerten. Für den Staat ergibt sich daher die Aufgabe, solche Hemmnisse zu beseitigen.

3.1 Wie kommt Ordnung und Transparenz ins Internet?

Verschiedene Unternehmen haben Suchmaschinen und virtuelle Einkaufszentren installiert, die es für den Konsumenten schon heute lohnend machen, Informationen, Produkte und Dienstleistungen über das Internet nachzufragen. Er profitiert durch Zeitersparnis und auch günstigere Einkaufsergebnisse, sei es vom Preis oder von der Passgenauigkeit des Produktes. Diese Hilfsmittel haben auch für die Anbieter von Waren und Dienstleistungen Vorteile gebracht: Die Kosten der Zustellung von Produktinformationen an Konsumenten mit Netzzugang wurden wesentlich gesenkt. Immer mehr Produktgruppen werden identifiziert, die es für den Verkäufer lohnenswert machen, das Internet als Marketingplattform zu nutzen. Die moderne IuK-Technik ermöglicht es darüber hinaus, ohne größeren Aufwand – allerdings unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften – konkrete oder abstrakte Kundenprofile zu erstellen, welche die Marketingbemühungen wesentlich erleichtern.

Durch die wachsende Zahl von Netzteilnehmern wird der Wert der Nutzung des Internets für Anbieter und Konsumenten überproportional gesteigert (Netzwerkeffekt). Gleichzeitig ergeben sich hierdurch für die Netzteilnehmer Amortisationseffekte, weil die

Teilnahmekosten auf immer mehr Transaktionen verteilt werden. Die Nutzung des Netzes wird daher mit zunehmenden Teilnehmerzahlen interessanter.

Dies bewirkt eine Zunahme der Nutzungsfrequenz durch den einzelnen Netzteilnehmer. Hierdurch wiederum ergeben sich Lerneffekte, welche die Effizienz der Teilnahme am Internet erhöhen und erneut einen Anreiz für zusätzliche Netznutzung erzeugen.

3.2 Die Kehrseite des Erfolges

All dies hat aber Schattenseiten, die das Interesse an der Nutzung des Internets durch die Marktteilnehmer zunehmend reduzieren können, denn die wachsende Zahl der Netzteilnehmer und Angebote überfordert die heute gängigen Hilfsmittel des Internets. Direktmarketing per Internet wird für die Konsumenten zur Belästigung („spam“) und erzeugt – was Wunder – bei den Netzteilnehmern bereits heftige Abwehrreaktionen, die bis in die Gerichtshöfe hinein reichen.

Gleiches gilt für das heimliche Erstellen von Nutzerprofilen durch Internet-Unternehmen.

Allen Hoffnungen zum Trotz, wie sie sich auch in den Börsennotierungen widerspiegeln, hat sich das Internet daher bisher nicht als Marketingwunderwaffe bestätigt und den Traum vom friktionslosen Markt nicht erfüllt.

Der Erfolg des Internets und seiner Instrumente ist die Ursache dafür, dass diese Instrumente nicht mehr erfolgreich sind.

3.3 Verbesserung der Transparenz zwischen Konsumenten und Unternehmen

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Der Bedarf für eine Optimierung der Marktwirtschaft im Sinne einer Verbesserung der Markttransparenz zur Reduzierung der Transaktionskosten ist vorhanden. Die herkömmlichen Marktinstrumente sind weitgehend ausgereizt. Das Internet ist weder heute noch künftig ein Ersatz für die existierenden Märkte. Es bietet aber nach Ansicht vieler die Voraussetzungen für eine Ergänzung der herkömmlichen Märkte, die zu einem Optimierungsschub für unsere Marktwirtschaft führen wird.

In den USA wird bereits über einen neuen Unternehmenstyp diskutiert, der unter Nutzung des Internets die Rolle des Mittlers zwischen Konsumenten und Unternehmen spielen und die Vorteile des Internets bei Ausblendung der Schattenseiten für beide Seiten nutzbar machen soll: der Infomediary (vgl. Hagel, John/Singer, Marc: Net Worth: shaping markets when customers make the rules, Boston, MA, 1999).

Auch nach Ansicht der Bayerischen Staatsregierung ist es erforderlich, die Transparenz zwischen Konsumenten und Unternehmen zu verbessern und das Internet hierfür einzusetzen. Die Staatsregierung wird jedoch nicht warten, bis sich ein Unternehmen findet, das den Infomediary spielt, sondern einen Weg gehen, der das staatliche Ziel eines optimal funktionierenden Marktes verfolgt, dabei die Mentalität der hiesigen Bevölkerung berücksichtigt und dennoch eine privatwirt-

schaftliche Abwicklung gewährleistet: den Aufbau des „Virtuellen Marktplatzes Bayern“. Dabei verspricht sich die Staatsregierung ein „All-Winners-Game“. Ob es ein solches wird, hängt von den Beteiligten ab. Es könnte Verlierer geben, nämlich all diejenigen, die diese neue Plattform nicht, zu spät oder nicht richtig nützen.

4. Die Lösung: Der Virtuelle Marktplatz Bayern (VMB)

Damit der Marktplatz aber auch genutzt wird, muss er nach den Bedürfnissen seiner Kunden geschnitten sein. Dabei sind Kunden des VMB sowohl Anbieter als auch Nachfrager. Zu berücksichtigen ist, dass alle Anbieter auch potenzielle Nachfrager sind und umgekehrt. Inhaltlich soll der virtuelle Marktplatz im Sinne eines klassischen Marktplatzes möglichst alle Angelegenheiten des täglichen Lebens unterstützen, einschließlich der Behördengänge. Trotz der zu erwartenden Vielfalt soll der Marktplatz funktionell so ausgestattet sein, dass er sich für alle Teilnehmer als „one-stop-shop“ darstellt.

Im Hinblick auf das Erfordernis von bester Kundenorientierung sind diverse Dienste denkbar, etwa Kommunikationsdienstleistungen, wie die Angebote eines Internet-Serviceproviders oder von Telekommunikationsunternehmen im Sprach-, Daten- und Faxbereich, um den Anbieter beim Marketing zu unterstützen. Kundenorientierung ist auch gegenüber den Konsumenten angezeigt. Hierzu gehören zum Beispiel eine selbsterklärende Benutzerführung beginnend mit einer Schritt-für-Schritt-Hilfe, eine Demo zur

Information über die Möglichkeiten, die der Marktplatz bietet, eine permanent zur Verfügung stehende Hilfefunktion und auch ein ansprechendes Layout; denn der Kunde soll sich wohl fühlen auf seinem Marktplatz.

Dem Wohlfühlen dient vor allem die Personalisierung des Portals, d.h. zugeschnitten auf seinen Wohnort und seine persönlichen Interessen. Was die Geschäfte des täglichen Lebens betrifft, kann aus dem Gesamtangebot des Marktplatzes ein individuelles Angebot herausgefiltert werden. Die Personalisierung gelingt umso besser, je mehr Angaben der Marktplatzkunde dem Marktplatzbetreiber hierzu überlässt. Zusätzlich sollte der Marktplatzkunde die Möglichkeit haben, sein Portal an seine persönlichen Vorlieben und Bedürfnisse selbst anzupassen, insbesondere was die Zusammenstellung seines persönlichen Einkaufszentrums betrifft.

Zur Kundenorientierung gehören komfortable Suchfunktionalitäten. Insofern hat sich das Lebenslagenprinzip bewährt, das – kombiniert mit Cross-Selling-Angeboten – beiden Seiten, dem Anbieter und dem Kunden, optimale Ergebnisse bringt. Aber auch andere Formen des Themeneinstiegs werden von den Nutzern geschätzt. Für gewisse Anlässe erwartet der Suchende einen geografischen Einstieg. Zum Standard gehört außerdem eine Suchmaschine, die dem Nutzer weiterhilft, wenn er mit einem spontanen Begriff zum Ziel kommen will, etwa weil er über die sonstigen Suchfunktionen nicht erfolgreich war. Dies gilt vor allem auch für Angebote außerhalb des strukturierten Marktplatzes im offenen Internet. Für die Suche innerhalb des VMB kann der Betreiber naturgemäß

einen erhöhten Komfort bieten, wie Freitextsuche, Produktkategoriesuche, Schlagwortsuche, Eingabe einer Frage oder Sortierung nach Domains. Die fortschreitende Technik und findige Köpfe erlauben immer intelligenteren Suchmaschinen.

4.1 Einrichtung von regionalen virtuellen Marktplätzen (RVM)

Die Erfahrungen aus dem Bürgernetz-Projekt der Bayerischen Staatsregierung zeigen, dass die Nachfrage nach Informationen überwiegend das örtliche und regionale Umfeld betrifft. Daher erschien eine Regionalisierung des VMB erforderlich. Dies soll dadurch erreicht werden, dass unter dem Dach des VMB regionale virtuelle Marktplätze (RVM) mit eigenen Subdomains nach dem Muster „www.Name der zentralen Stadt.baynet.de“ eingerichtet werden sollen. Als adäquate Struktur wurde die Gliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte übernommen, wobei eine Kooperation von Landkreis und angrenzender kreisfreier Stadt angeregt wurde. Hinsichtlich der Kooperationen wurde den dezentralen Partnern freie Hand gelassen. Dies gilt auch für die Wahl der jeweiligen Subdomains.

Aufgabe des Betreibers des VMB ist es, die dezentralen Marktplätze in den VMB möglichst dergestalt zu integrieren, dass sich die Inhalte aller verknüpften Marktplätze dem Kunden als ein durchgängiges Angebotsortiment darstellen. Hierzu hat er ein schlüssiges und Erfolg versprechendes Integrationskonzept vorzulegen. Eng damit verknüpft sind ein schlüssiges Marketing- und Vertriebskonzept sowie ein

schlüssiges Realisierungs- und Betriebskonzept.

Ein solches Integrationskonzept umfasst eine gemeinsame Domainverwaltung unter Berücksichtigung einer zentral/dezentralen Domainstruktur. Erforderlich sind weiter ein standardisiertes Verlinkungskonzept, standardisierte Navigationsregeln sowie standardisierte Datenmodelle und -strukturen. Aus Praktikabilitätsgründen muss eine dezentrale Inhaltspflege möglich sein. Die Berechtigungsstruktur hierfür muss die Zuständigkeiten klar widerspiegeln und unberechtigte Änderungen von Inhalten verhindern.

4.2 Bestandteile des VMB und der RVB

Alle Marktplätze, der VMB und die RVM, sollen folgende vier Bestandteile umfassen:

- ein möglichst vielfältiges Bündel von Angeboten (kommerzielle, nicht-kommerzielle, einschließlich Behördenwegweiser, und Community-Angebote),
- Instrumente zur Unterstützung der Marktteilnehmer (z. B. elektronisches Beschaffungswesen oder „virtuelle Marktbegleiter“),
- sichere Zahlungssysteme und
- ein Logistikkonzept, um die Belieferung der Marktteilnehmer mit Gütern zu optimieren.

Im Hinblick auf die Bedürfnisse der Marktkunden braucht der Betreiber des VMB ein integriertes Sicherheitskonzept, das sowohl den VMB als auch die RVM umfasst. Dieses sollte mit Zertifizierungsfunktion und der Möglichkeit

digitaler Signatur ausgestattet werden, sobald die gesetzlichen Rahmenbedingungen hier eine breite Anwendung ermöglichen. Nötig ist weiterhin ein integriertes Zahlungssystem, das gesicherte Transaktionen auch über die Grenzen der RVM hinaus garantiert. Für ein in sich schlüssiges Gesamtangebot sollte der VMB-Betreiber insofern als Clearingstelle für die RVM dienen. Sinnvoll ist ferner ein Logistikkonzept für den VMB, das auch die Logistikbedürfnisse der RVM unterstützt.

Zentrale Mehrwertdienste

Da keine der angeschriebenen Kommunen gezwungen werden kann und soll, einen RVM zu errichten und zu betreiben bzw. betreiben zu lassen, der den Kriterien der Ausschreibung entspricht, sollte der Betreiber des VMB auch eine Einbindung anderer, nicht VMB-konformer RVM anbieten mit dem Ziel, den Regionalbetreiber möglichst bald zu einer Integration zu bewegen. Hierzu bedarf es attraktiver zentraler Mehrwertdienste. Diese sind aber auch zur Erhöhung der Akzeptanz und Verstärkung der Bindung zwischen dem VMB und dem bereits integrierten RVM sinnvoll, wenn sie vom Betreiber des VMB besser und/oder günstiger angeboten werden können als vom dezentralen Betreiber. Dies entlastet die RVM-Betreiber sowie die für die Pflege der Inhalte zuständigen Personen und Institutionen.

Hierzu gehört eine technische und individualisierbare Marktplatzplattform, die dem Betreiber des RVM aus Akzeptanzgründen möglichst viel Gestaltungsspielraum lässt, um den Bedürf-

nissen nach regionaler Identität und Individualität Rechnung zu tragen. Hier sollte der Subsidiaritätsgrundsatz gelten: So wenig Uniformität wie möglich, aber so viel wie nötig. Daher sollten offene standardisierte Schnittstellen zwischen VMB und RVM vorgesehen werden. Nützlich sind weiter ein zentrales Inhalte-Management-system und ein zurückhaltender Styleguide, der unbeschadet aller regionalen Identität eine gewisse Corporate Identity ermöglicht.

Der Zugang zum Marktplatz soll allen in Bayern ansässigen Anbietern zu transparenten, diskriminierungsfreien Preisen offen stehen. Im Sinne der erwähnten Kundenorientierung sollten den Anbietern Hilfen für die Erstellung optimaler Angebote bereitgestellt werden, etwa Shoplösungen, die auch von kleinen Unternehmen problemlos selbst erstellt und gepflegt werden können. Diese zentral vorzuhalten, könnte ein weiterer Mehrwert der Integration in den VMB sein.

Zu den zentralen Diensten des VMB gehört vor allem auch die Vermarktung der Inhalte der RVM. Einen besonderen Mehrwert stellt insoweit die Möglichkeit des VMB dar, über die Grenzen der RVM hinaus Cross-Selling-Angebote zusammenzustellen. Entsprechendes gilt für die Nachfrageseite. Auch hier kann der integrale Marktplatz interessante Möglichkeiten schaffen wie Einkaufsgemeinschaften, die über die Grenzen der RVM hinausreichen.

Für eine weltweite Vermarktung im Interesse der Anbieter ist Mehrsprachigkeit erforderlich. Für den Einstieg sollte das Angebot des VMB zumindest

auch in englischer Sprache vorliegen. Hier kann der Betreiber des VMB zentrale Unterstützung gewähren.

Von großem Interesse für die Attraktivität der RVM sind auch Systeme wie z. B. ein integrierter Behördenwegweiser, der die Landkreisgrenzen überschreitend alle kommunalen und Landesbehörden umfasst. Unverzichtbar ist insoweit ein zentraler Behördenwegweiser mit Mindestinformationen, die sicherstellen sollen, dass der Kunde zumindest die zuständige Behörde findet und Grundinformationen zu seiner Nachfrage erhält, selbst wenn die zuständige Behörde auf dem jeweiligen RVM noch keine diesbezüglichen Informationen vorhält. Vergleichbar sind andere zentrale Informationen, die für ganz Bayern gültig, aber von regionalem Interesse sind, sowie attraktive Anwendungen, etwa aus dem Spielebereich.

Im Hinblick auf minimale Transaktionskosten und beste Kunden- und Anbieterzufriedenheit besteht eine große Nachfrage nach Benutzerprofilen und Nachfragestatistiken. Im Falle von attraktiven Gegenleistungen, seien sie finanzieller Natur oder in Form von verbessertem Service, werden viele Kunden durchaus bereit sein, dem Marktplatzbetreiber diesbezügliche Informationen über ihre Bedürfnisse und Vorlieben zu überlassen. Selbstverständlich sind hierbei die Bestimmungen des Datenschutzes und anderer einschlägiger Vorschriften zu beachten. Entscheidend ist, dass der Betreiber das Vertrauen des Kunden genießt und es nicht missbraucht. Dass dies möglich und üblich ist, zeigen die Beispiele des Arztes, des Rechtsanwalts oder Steuerberaters, um nur einige

wenige Vertrauenspersonen zu nennen.

Die zentralen Mehrwertdienste können auch Dienstleistungen für die Nutzer der RVM umfassen, etwa die Landratsämter und kreisfreien Städte. Die heutigen Internetauftritte dieser Kommunen sind personal- und kostenintensiv. Dabei stehen wir erst am Anfang, denn die Angebote werden sukzessive erweitert werden (müssen), und vor allem sind sie akribisch aktuell zu halten: Dies gilt für die Behördenanwendungen aus rechtlichen Gründen, für die sonstigen Inhalte aus Marketingüberlegungen. Uniforme Dienstleistungen können vom Betreiber des VMB unter Umständen preiswerter angeboten werden als von einem dezentralen Betreiber. Dies kann so weit gehen, dass die regionalen Entscheider sich entschließen, Errichtung und Betrieb des RVM dem Betreiber des VMB zu übertragen, wenn dieser sich dazu in der Lage sieht. Zu den Dienstleistungen kann etwa ein zentrales Call-Center, insbesondere mit Hotline-Funktion gehören, ferner die Sicherstellung des Ausschlusses rechtswidriger oder sittenwidriger Inhalte. Denn nicht nur der Betreiber des VMB, sondern auch jeder Betreiber eines RVM hat alle zumutbaren Maßnahmen zu ergreifen, um rechts- und sittenwidrige Inhalte zu vermeiden.

Unterstützung kann je nach den Möglichkeiten des VMB-Betreibers auch bezüglich der Inhalte der RVM angeboten werden, etwa in den Bereichen Tourismus und Verkehr, Nachrichten und Rundfunkinformationen.

Was die Inhalte des VMB betrifft, so ist das Angebot schier unerschöpflich,

vorausgesetzt es gelingt dem Betreiber, entsprechende Anbieter auf seinem Marktplatz zu versammeln. Ergänzend kann ein Linkverzeichnis zu nicht integrierten Inhalten hinzutreten. Not-, Hilfsdienste, Gesundheit, Verkehrsinformo, Fahrpläne, Messen, Ausstellungen, Verbraucherinfo, Wirtschaftsinfo, Statistik, Branchenverzeichnis, Nachrichten, Hörfunk- und Fernsehprogramme, Wetter, Veranstaltungen, Sport und Fitness, Theater und Oper, Konzerte, Museen, Kircheninfo, Diskotheken, Touristeninfo, Übernachten, Essen und Trinken, Sehenswürdigkeiten, Karten und Stadtpläne, Lotsendienst, Anlaufstellen, Wissensvermittlung, all das sind nur Beispiele.

Von besonderer Bedeutung ist für die Staatsregierung der integrierte Behördenwegweiser. Er soll nicht nur komfortabel zur sachlich und örtlich richtigen Behörde führen, sondern darüber hinaus ermöglichen, Verwaltungsv erfahren mit der Behörde und im Anschluss daran innerhalb der Behörde online abzuwickeln. Der Behördenwegweiser ist hierzu vor allem mit einer offenen Schnittstelle zu Online-Angeboten und Workflowsystemen der Behörden auszustatten, weil insofern eine große Vielfalt unterschiedlichster Systeme zu bewältigen ist. Analog zum eCommerce sollte die Erhebung von Verwaltungsgebühren möglich sein. Wie für die Shops bedarf es auch hier einer Unterstützung derjenigen, die für die dezentralen Angebote sorgen sollen, insbesondere für die Aktualität der Inhalte. Ein Styleguide zur Wahrung der Corporate Identity des VMB, ein Redaktionssystem, ein Formularserver, ein Verlinkungskonzept und ein zentraler Informationspool gehören hierzu. Weil man nicht davon ausgehen

kann, dass bereits alle Behördenvertreter ohne weiteres in der Lage sind, mit diesen Instrumenten zu arbeiten, sollten Produkte gewählt werden, die eine Pflege ohne technische Qualifikation ermöglichen. Außerdem sollte die Schulung dieser Personen angeboten werden.

Im Rahmen der Community-Dienste ist an Auskunftssysteme, Benachrichtigungsdienste oder Chatrooms zu denken.

Die kommerziellen Angebote und Funktionen können Kleinanzeigen, Dienstleistungen, Branchenmarktplätze, Börsenfunktion, Auktionsfunktion, Katalogfunktion, schwarze Bretter oder eine Beteiligungsbörse umfassen.

Logistikkonzept

Das Logistikkonzept soll dazu dienen, Leer- und Mehrfachfahrten zu reduzieren und hierdurch die Logistikkosten zu senken und gleichzeitig den Verkehr und die Umwelt zu entlasten. Außerdem kann hierdurch der Komfort für die Konsumenten erhöht werden, indem Güter gebündelt zu gewünschten Zeiten angeliefert werden. Dass dies wirtschaftlich betrieben werden kann, wurde in einem Bayern-Online-Pilotprojekt in Nürnberg durchgeführt.

Zahlungssysteme

Zu den Finanzfunktionen gehören die in Deutschland üblichen, wie Rechnung, Lastschrift, Nachnahme, Bankinzug, Kreditkartenzahlung. Hinzu kommen Geldkartenzahlung und elektronische Geldbörse.

Instrumente zur Unterstützung der Marktteilnehmer

Besonderen Wert legt die Staatsregierung auf Instrumente zur Unterstützung der Nachfrageseite, weil von der Nachfrage die Dynamik der Märkte ausgeht. Viel zu viele Anbieter schreiben immer noch rote Zahlen, weil die Nachfrage im Internet zu gering ist. Hierdurch wird die konservative Mehrheit der Anbieter abgeschreckt. Wenn es gelingt, große Nachfrager auf den VMB zu platzieren, so entsteht ein Sog für Anbieter, was wiederum neue Kunden nach sich zieht. Der Freistaat will hier als Vorbild voranmarschieren.

Wünschenswert für den Kunden sind Freitextsuche für Angebote, Produktkategoriesuche, Navigationsuche innerhalb Produktkategorien, spontaner Warenkorb und individueller Standardwarenkorb. Dabei ist es wichtig, dass der Warenkorb für den gesamten VMB und seine RVM gilt. Nützlich sind weiterhin eine Einkaufsstatistik für den Konsumenten, Internetversteigerungen, elektronische Einkaufsverfahren oder Reverse-Auctions.

Da der VMB nicht nur Internet-Profis, sondern die ganze Bevölkerung ansprechen und zur Zufriedenheit bedienen soll, dürfte sich ein „virtueller Marktbegleiter“ als besonders hilfreich erweisen. Er könnte folgende Aufgaben erfüllen:

- Reduzierung der vorbereitenden Beschaffungskosten des Kunden (suchen, vergleichen, auswählen),
- Herausfinden der geeignetsten Angebote,
- Herausfinden des niedrigsten Preises,

- Abwehr von belästigender Produktwerbung und Information über neue Dienstleistungen und Produkte im Interesse des Kunden,
- Schutz der Daten des Konsumenten,
- Vermarktung der Konsumentendaten für den Kunden gegen Entgelt und/oder andere geldwerte Vorteile wie Rabatte und/oder bessere Produkte und Dienstleistungen, falls und soweit der Kunde dies wünscht,
- Vermarktung anonymisierter Kundendaten.

Damit der VMB ein Erfolg wird, muss vor allem in den Haushalten etwas geschehen. Der PC zu Hause ist nicht Standard und wird es auf absehbare Zeit nicht werden. Auch hängt es davon ab, was der Kunde auf dem Marktplatz sucht, wo im Haus oder außerhalb er sich hierzu am liebsten aufhält. Daher sollten alle Kommunikationsendgeräte wie PC, Telefon, TV-Gerät und sonstige Spezialgeräte ins Spiel gebracht werden. Alle diese Geräte sind heute internettauglich, und sei es über ein Zusatzgerät wie die Set-Top-Box. Neben der Werbung für den VMB und die RVM wird es daher jetzt darauf ankommen, durch entsprechende kombinierte Angebote dem Kunden den Einstieg so einfach und komfortabel wie möglich zu gestalten.

Nicht die Staatsregierung wird den VMB errichten und betreiben, sondern ein kompetentes Privatunternehmen, das im Wege einer Ausschreibung der Domain „baynet.de“ als Internetadresse für den VMB ermittelt wird. Rund 130 mal wurden die Ausschreibungsunterlagen nachgefragt, und die hohe Zahl der bis Abgabeschluss am 31.1.2000 eingegangenen Gebote zeigt, dass die von der Bayerischen Staatsregie-

zung mit dem VMB verfolgten Ziele und seine Konzeption den Marktbedürfnissen entsprechen.

Nach Abschluss der Ausschreibung wird der VMB in nur wenigen Monaten entstehen. Er entsteht nicht auf der grünen Wiese, denn die Bemühungen der Bayerischen Staatsregierung in den letzten Jahren haben bereits eine Basis geschaffen: So wurden über die Bürgernetz-Vereine flächendeckend in allen Landesteilen Promotoren der neuen Welt mobilisiert, erzeugt und zusammengeführt. Dass die Kommunalpolitik im Interesse der Bürger mit der Staatsregierung insoweit an einem Strang zieht, zeigte sich bereits beim parteiübergreifenden Engagement zur Errichtung von Telezentren, bei der Vernetzung der Schulen und ihrer Ausstattung mit modernster Internettechnologie sowie bei der Nutzung der neuen IuK-Technik für die Verwaltung. Alle Landkreise und kreisfreien Städte Bayerns haben inzwischen ihren Internetauftritt. Außerdem gibt es dort

überall bereits private Anbieter von Informationen, Gütern und Dienstleistungen im „offenen Internetgelände“ sowie mehr oder weniger weit gediehene private virtuelle Marktplätze, wenn auch nicht in der jetzt angestrebten Form. Viele Inhalte und Anwendungen sind also bereits vorhanden und warten sozusagen darauf, in einem integrierten Marktplatz von dessen Mehrwert zu profitieren.

Die Bayerische Staatsregierung geht davon aus, dass der VMB innerhalb von fünf Jahren die genannten Anforderungen erfüllt und zur Zufriedenheit aller Beteiligten läuft.

Da die Betreiber des VMB und der RVM möglichst schnell in die Gewinnzone kommen wollen, werden die marktwirtschaftlichen Mechanismen dafür sorgen, dass die Gesamtheit der bayerischen Unternehmen, Behörden und Bürger die nötigen Anreize erhält, Bayern sehr zügig in die Telekommunikationsgesellschaft zu führen.

Bezahlen im Internet

Christian Löfflmann

1. Einführung

Das Thema „Bezahlen im Internet“ bekommt mit den heutigen Kommunikationsstrukturen eine zunehmend größere Bedeutung. Immer mehr Menschen werden schon in naher Zukunft bereit sein, ein immer größeres Angebot von Dienstleistungen und Produkten im Internet zu nutzen bzw. zu bestellen und über das Internet zu bezahlen.

eCommerce ist längst zum unvermeidlichen Thema für Hersteller und Handel geworden. Beinahe jeden Tag werden neue Prognosen über die Entwicklung des virtuellen Marktes veröffentlicht. Derzeit haben wir in Deutschland rund 18 Millionen Internet-Nutzer. Mindestens ein Mal haben im vergangenen Jahr 9 Millionen Internet-Nutzer ein Produkt online gekauft bzw. eine Dienstleistung über das WWW in Anspruch genommen. Die favorisierten Produktkategorien sind Bücher, CDs, Software, Tickets und Reisedienstleistungen. Insgesamt wurde im letzten Jahr über eine Milliarde DM online ausgegeben.¹ Allerdings wäre es übertrieben, von einer weit verbreiteten Euphorie zu sprechen. Trotz der Chancen und Vorteile, die sich aufzeigen, darf man die Realität nicht aus dem Auge verlieren.

2. Situation aus der Sicht der Verbraucher

Vor allem die Aspekte „Bezahlen im Internet“ und „Datenschutz im Internet“ erachtet die Mehrheit der Internet-User als problematisch. Die Verbraucher sind durch Berichte, die Betrugsfälle im Internet belegen und vor einiger Zeit in der Fachpresse, aber auch in Tageszeitungen und Magazinen kursierten, stark verunsichert.²

Diese Aussagen machen deutlich, dass sich mit entsprechender Sicherheitstechnologie durchaus neue Nutzerkreise erschließen lassen.

Untersuchungen zufolge liegt die Akzeptanz der Verbraucher für die Bezahlung mit Rechnung bei über 80 Prozent. Die Akzeptanz für Nachnahme, Lastschrift und die telefonische Übermittlung der Kreditkartenangaben beträgt zwischen 20 und 50 Prozent.³ Die Bezahlung mit diesen Methoden hat mit der eigentlichen eCommerce-Idee nichts mehr zu tun, da wieder viel Aufwand für die Zahlungsabwicklung in der realen Welt entsteht (sog. Medienbruch).

Bei Abwicklungen per Rechnung muss der Kunde die erhaltene Rechnung in der realen Welt bezahlen, der bei rei-



nem eCommerce nicht nötig wäre. Der Vorteil des „one-click-check-out“⁴ liegt auf der Hand. Der Kunde kann die ganze Zahlungsabwicklung einfach in wenigen Schritten von zu Hause aus erledigen. Zahlungsmethoden wie SET-Kreditkarte und Geldkarte bringen so den Vorteil der schnellen und sicheren Zahlungsabwicklung.

3. Situation aus der Sicht der Anbieter

Die Ausgangslage für die Anbieter sieht etwas anders aus. Die Hauptsorge der Händler ist das große Charge-Back-Risiko, das sie bei der herkömmlichen Übertragung tragen: D.h. das Ausbleiben der Zahlung durch das Kreditkarten-Unternehmen und die Rückforderung der eventuell schon ausgelieferten Ware ist für die Händler nicht zuletzt ein finanzielles Risiko in Bezug

auf die Liquidität. Bei der derzeit oftmals verwendeten Bezahlung mit der Kreditkarte wird die Verschlüsselungstechnik SSL (Secure Socket Layer) eingesetzt. Hierbei werden die Daten zwar sicher übertragen, jedoch bleibt dem Händler das Zahlungsrisiko (Missbrauch von Kreditkartennummern). Nachfolgend wird daher das SET-Verfahren näher beschrieben und empfohlen.

Des Weiteren spüren die Anbieter auch, dass der Online-Handel noch nicht den vorschnell prognostizierten Erfolg bringt. Es liegt sicher auch im Interesse der Anbieter, dass der Verbraucher vermehrt über das Internet einkauft und die Händler somit ihre Investitionskosten wieder erarbeiten können.

Zur Lösung der oben genannten Hauptprobleme liefern die Systeme



SET-Kreditkarte und Geldkarte brauchbare Lösungen. Durch SET-Kreditkarte und Geldkarte hat der Anbieter eine Zahlungsgarantie und verkleinert das Charge-Back-Risiko gegen Null. Durch die große Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit dieser beiden Systeme wird eCommerce in Deutschland starken Auftrieb erhalten.

4. Übersicht der Bezahlverfahren

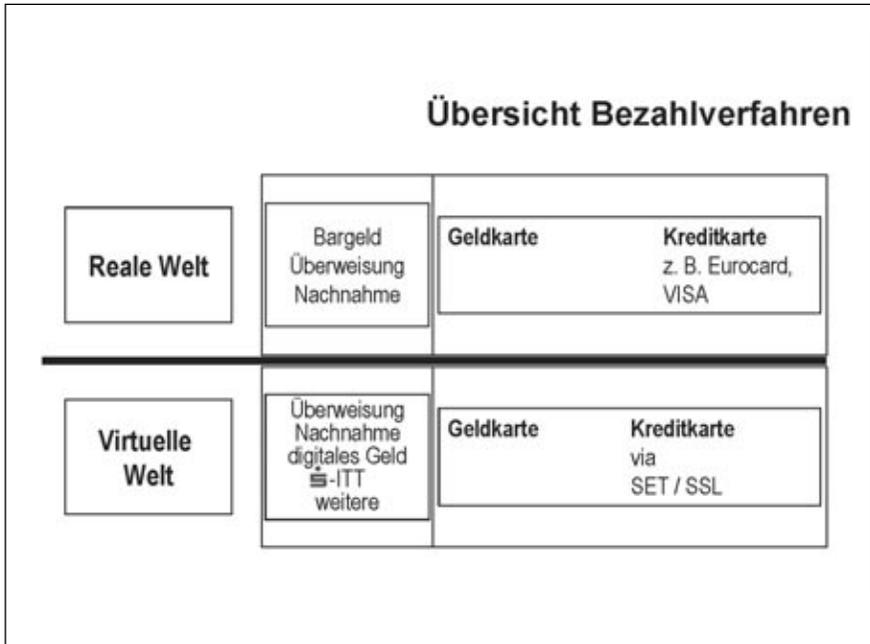
In der Analyse wurden Systeme berücksichtigt, die entweder schon länger auf dem Markt sind oder durch starke Allianzen (Banken, Kreditkarten-Unternehmen, Software-Häuser) die Chance haben, sich längerfristig zu behaupten. Zusammenfassend werden die Vor- und Nachteile der einzelnen Verfahren beschrieben.

4.1 SET-Kreditkarte

SET oder Secure Electronic Transaction ist ein Verfahren für das sichere Bezahlen mit der Kreditkarte im Internet, das von den Kreditkartengesellschaften MasterCard und VISA entwickelt wurde und an dem auch namhafte Unternehmen der IT-Branche wie IBM, Microsoft oder Netscape mitwirkten.

SET ist sicher, weil es

- alle sensiblen Daten vor der Übertragung über das Internet verschlüsselt und damit den Zugriff auf diese Daten durch Unberechtigte verhindert,
- alle sensiblen Daten zusätzlich signiert, sodass der Nachrichtenempfänger zum einen zweifelsfrei erkennen kann, vom wem diese stammen, und zum anderen sicher sein kann, dass diese auf dem Weg durch



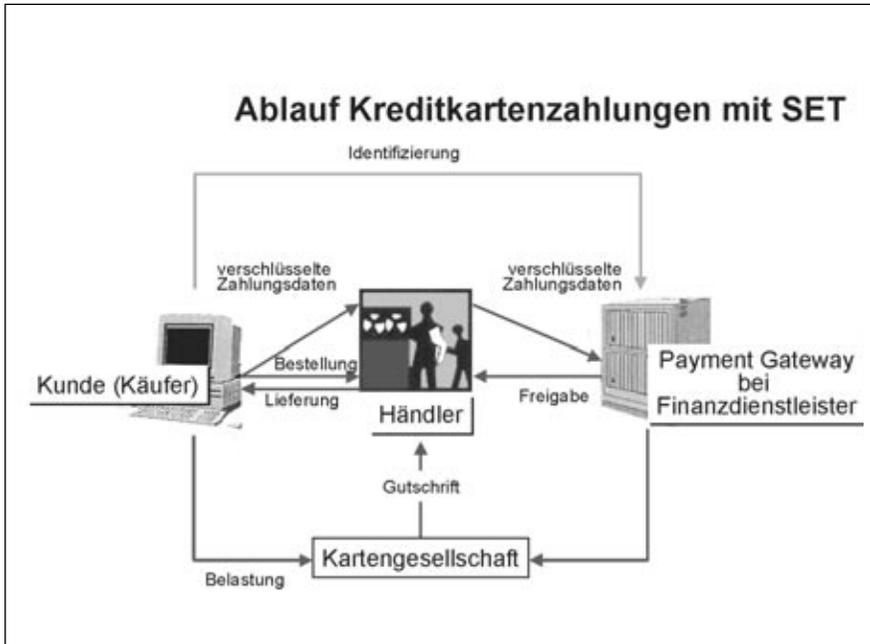
- das Internet nicht verändert wurden,
- die Ausgabe von Zertifikaten streng überwacht und damit verhindert, dass sich Unberechtigte fälschlicherweise oder in betrügerischer Absicht als legitime Teilnehmer des SET-Verfahrens ausweisen,
- die Zahlungsabwicklung einem kreditinstitutsnahen so genannten Payment-Gateway überträgt, das bei jeder Zahlung prüft, ob die Kreditkarte vielleicht gestohlen wurde,
- die Erstellung von Nutzerprofilen verhindert, da der Händler keine Zahlungsinformationen und das Payment-Gateway keine auswertbaren Bestelldaten erfährt, und schließlich
- mit der dualen Signatur verhindert, dass Zahlungsdaten anderen beliebigen Bestelldaten zugeordnet werden können.
- SET-Zahlungen spielen sich zwischen dem Kunden, Händler, Pay-

ment-Gateway und Kreditinstitut ab.

Der Kunde stellt sich beim Händler seiner Wahl einen Warenkorb zusammen. Er schließt den Bestellprozess ab, indem er die virtuelle Händlerkasse aufsucht und dort SET als Zahlungsmittel auswählt. Die Sparkassen-Wallet (Software) startet anschließend automatisch und erfragt vom Kunden zunächst ein Passwort. Erst seine Eingabe öffnet die Wallet vollständig. Die Sparkassen-Wallet zeigt die Rechnungsdaten und die registrierten Kreditkarten an.

Nach Auswahl der Kreditkarte zeigt die Sparkassen-Wallet weitere Händlerdaten an, die den Händler erstmalig verlässlich identifizieren.

Willigt der Kunde in den Zahlungsvorgang ein, übermittelt die Sparkassen-



Wahrscheinlich werden die Kartendaten über den Händler zum Payment-Gateway, das diese an den Kartenherausgeber – dies ist häufig die Sparkasse oder Landesbank – zur Prüfung weiterreicht und dem Händler das Ergebnis der Prüfung zurückmeldet. Der Händler veranlasst die Warenauslieferung, falls ihm die Korrektheit und Gültigkeit der Kartendaten bestätigt wurde.

4.2 Geldkarte

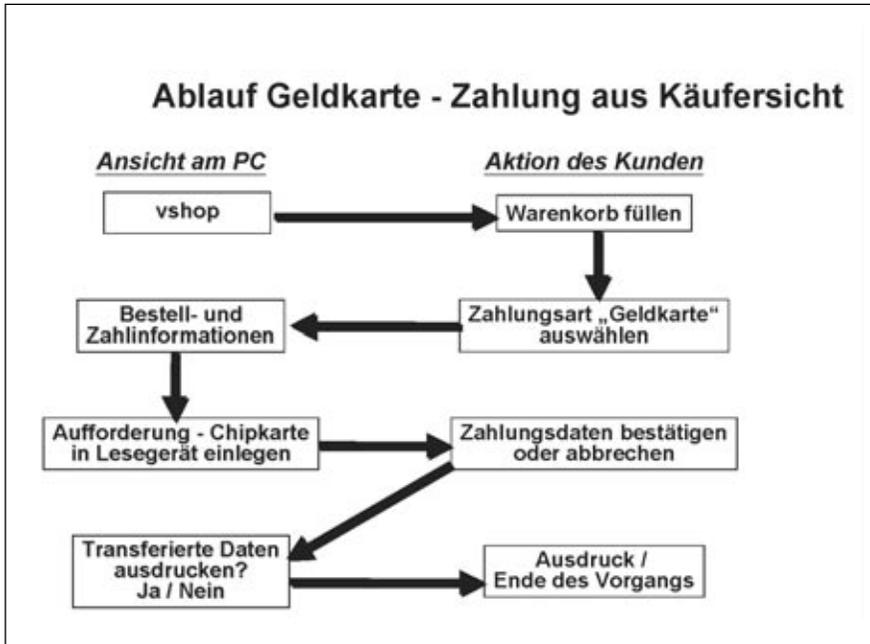
In Deutschland sind derzeit bereits 45 Millionen Geldkarten im Umlauf, die offline als „Bargeldersatz“ an mehr als 55.000 Händlerterminals bundesweit genutzt werden können.

Durch die standardmäßige Ausrüstung aller neu ausgegebenen Eurocheque- oder Bankkarten mit einem Chip sind über 40 Millionen Bankkunden in

Deutschland im Besitz dieses internet-tauglichen Zahlungsmittels.

Die Vorteile der Geldkarte für den Kunden bestehen in erster Linie darin, dass er für Geldtransaktionen im Internet auf ein bekanntes Zahlungsmittel zurückgreifen kann. Die Geldkarte kann mit einem beliebigen Betrag bis zur Höhe von 400,- DM aufgeladen werden. Für den Karteninhaber sind die Abläufe herkömmlicher Zahlungen und solcher im Internet nahezu identisch.

Der Karteninhaber stellt im vertrauten Internet-Browser seine Bestellung zusammen. Nach deren Abschluss zeigt der Internet-Browser die wesentlichen Zahlungsinformationen (Betrag, Währung, Waren) an und fordert gleichzeitig zum Einlegen der Geldkarte auf. Ein Hilfsprogramm (Java-Applet), das sich nahtlos in die vom



Internet-Browser verwaltete Benutzeroberfläche integriert, stellt die Funktionalität für den Karteninhaber bereit. Nach einem weiteren Mausklick zur Einverständniserklärung wickelt das Hilfsprogramm die Zahlung ab, liest nach Zahlungsabschluss die für eine spätere Reklamation wesentlichen Transaktionsdaten direkt aus der Geldkarte aus und empfiehlt dem Karteninhaber den Ausdruck dieser Daten. Bei der Verwendung von Klasse-3-Lesegeräten werden sensible Zahlungsinformationen im eigens integrierten Display angezeigt.

Der Händler ist ausschließlich für die Präsentation der Waren und Dienstleistungen verantwortlich. Die eigentliche Zahlung wickelt der Betreiber eines Geldkarte-Akzeptanzsystems im Händlerauftrag ab. Bei Letzterem handelt es sich um eine besonders vertrauenswürdige Organisation, z. B. einen zuge-

lassenen Netzbetreiber oder ein Rechenzentrum der Sparkassenorganisation. Dabei greift der Händler über ein Kassensystem, das die Abwicklung von verschiedenen Zahlungsmitteln händlerseitig bündeln soll, auf das Geldkarte-Akzeptanzsystem zu, wobei das Kassensystem für die Verwaltung der Transaktionsdaten des Händlers verantwortlich ist.

4.3 eCash von DigiCash

Der Kunde eröffnet ein Konto bei einer Vertragsbank von DigiCash, z. B. bei der Deutschen Bank (derzeit Pilotversuch). Dorthin überweist der Anwender von seiner Bank einen bestimmten Betrag. Das auf dem Guthaben-Konto vorhandene Geld kann sich der Kunde per Download in Form von eCash (Dateien) auf seine eigene Festplatte kopieren. Von dem Konto auf der Fest-

platte überweist der Konsument schließlich die virtuellen Münzen an den Anbieter des gewünschten Produkts. Umgekehrt richtet ein Anbieter ebenfalls ein Konto ein, auf das der Kunde sein ecash überweist. Jetzt muss der Anbieter nur noch auf seinem Server den Hinweis, dass ecash akzeptiert wird, einrichten.

Per ecash bleibt der Käufer anonym: Sobald vom Konto der Vertragsbank ecash auf die eigene Festplatte geladen ist, wird das ecash per Seriennummer authentifiziert, nicht aber dessen Besitzer.

Der einzige Partner des ursprünglich holländischen Unternehmens in den USA, die Mark Twain Bank, hat Anfang September 1998 das eCash-Angebot beendet. Ebenfalls im September wurde der Betrieb von Digicash in den Niederlanden eingestellt. In Europa, Japan und Australien gibt es allerdings weiterhin Partnerbanken. Weltweit akzeptieren etwa 100 Anbieter dieses elektronische Geld, in Deutschland sind es derzeit rund zwei Dutzend.

4.4 CyberCash

Kernkomponenten des Verfahrens sind die elektronische Ladenkasse (Cash-Register), die elektronische Geldbörse (Wallet) und das CyberCash-Gateway (CyberCash-Payment-Gateway-Server).

Die Komponenten des CyberCash-Systems sind multizahlungsfähig, d.h. sie sind auf alle bekannten Zahlungssysteme – elektronische Münzen, Abbuchung und Kreditkarte – ausgerichtet. Abbuchung und Kreditkarte sind bereits bewährte Zahlungsmöglichkei-

ten an der Ladenkasse. Die nur für die Benutzung im Internet geschaffenen CyberCoins – elektronische Münzen – sind wie Buchgeld, und es findet im Gegensatz zum ecash-System keine Geldschöpfung statt.

4.5 Paybox und Click/Pay Net 900

Beide Verfahren sind in jüngster Zeit entstanden. Paybox autorisiert Zahlungen nicht über das Internet, sondern per PIN und Mobilfunknetz. Pay-Net 900 ist ein Angebot der Telekom und bedient sich im Wesentlichen einer Abrechnung über die Telefonrechnung. Der Vorteil davon ist: Beide Verfahren wickeln die Zahlungen außerhalb des Internets ab.

Bei Paybox ist aber sowohl ein Internetzugang als auch ein Handy erforderlich. Akzeptanzhändler gibt es noch wenige, und diese sind auf Deutschland beschränkt.

4.6 S-iTT

S-iTT steht für Sparkassen Internet Treuhand Transaktion.

Beim Handel zwischen Privatpersonen im Internet (z.B. bei Auktionen wie Ricardo) besteht ein Bedarf der sicheren Abwicklung von Leistung und Gegenleistung. Hierfür bietet sich ein neutraler Treuhänder an, der für die faire Abwicklung von Geschäften im Internet sorgt. S-iTT ist eine neu geschaffene Treuhandeinrichtung der Sparkassenorganisation (s. auch www.s-itt.de).

Nachdem ein Kaufvertrag im Internet entstanden ist, ist die Frage der Ab-



wicklung oft das größte Problem. Das Schaubild erläutert den Ablauf.

Das Verfahren ist relativ unkompliziert einsetzbar. Trotz der erst seit kurzem angebotenen Dienstleistung wird S-iTT schon sehr rege verwendet.

5. Zusammenfassung

Die beiden Bezahlverfahren Kreditkarte (insbesondere SET-Verschlüsselung) und Geldkarte zeigen bei den emotionalen Faktoren (Bekanntheit, Vertrautheit und Akzeptanz) ihre Stärken, ebenso sind sie bei der Diversibilität (Mehrfachanwendungen) und den Transaktionskosten klar vorn anzusiedeln.

Hinderlich bei der Geldkarte sind die Beschaffung des Lesegerätes und das (noch) fehlende Online-Angebot auf Händlerseite.

Die SET-Kreditkarte sticht durch ihre Sicherheitsmerkmale hervor und profitiert von der Bekanntheit. Verbraucher und Anbieter kennen diese schon aus der realen Welt. Die heute erforderliche Installation und Distribution wird in naher Zukunft verbessert.

Im Bereich der Kleinbetragszahlungen ist neben den Verfahren, bei denen mit „elektronischem Geld“ gearbeitet wird (eCash, Cybercoin), auch ein Einsatz der Geldkarte denkbar. Im diesem Marktsegment konnte sich bisher noch kein Standard etablieren.

6. Blick in die Zukunft

Neue, einfache Verfahren werden in nächster Zukunft versuchen, eCommerce für den Verbraucher noch einfacher zu gestalten. Das sollte an der Strategie, SET-Kreditkarte und Geld-

Bezahlformen im Internet				
Verfahren	SSL	SET	Geldkarte	S-iTT
Beispiele	Größere Beträge, z. B. Elektronik, Möbel	Identisch mit SLL	kleine Beträge, z. B. CD's, Wein, Spiele	Auktionen, von Privat an Privat, z. B. Gemälde
Vorteile	<ul style="list-style-type: none"> - Große Verbreitung - Unterstützt von gängigen Browsern - Einfach und bequem für Kunde und Händler - Sicher bei Verschlüsselung 	<ul style="list-style-type: none"> - Sehr sicher - Zahlungs-garantie für Händler 	<ul style="list-style-type: none"> - Anonym - Kleinbeträge möglich - Geldkarte vielseitig verwendbar - Kurze Zahlungszeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherheit für Geschäfte zwischen Privatkunden - Vertrauens-würdig
Nachteile	Keine Zahlungsgarantie	<ul style="list-style-type: none"> - Noch wenig verbreitet - Zertifizierung nötig - Zertifizierungsinstanzen noch im Ausbau 	<ul style="list-style-type: none"> - Chipkartenleser nötig - Hauptsächlich deutsche Lösung 	Noch kaum verbreitet

karte weiterhin zu verfolgen, nichts ändern. Einige dieser Technologien seien an dieser Stelle erwähnt.

6.1 Server-basierte Wallets und Java-Wallets

Ein Ansatz, um die Problemfelder Distribution und Installation (Wallet, Zertifikat) zu umgehen, sind die so genannten Server-basierten Wallets. Die Wallets werden nicht mehr beim Verbraucher auf dem PC installiert, sondern werden zentral verwaltet. Beim Kauf sorgen kleine Java-Applikationen für die Informationsübermittlung. Das Verfahren bleibt 100 Prozent SET-konform, das Zertifikat ist aber nicht mehr lokal auf dem Verbraucher-PC gespeichert. Die Vorteile einer solchen Lösung liegen auf der Hand: keine komplizierten Installationen für den

Verbraucher, keine Updates nötig, weniger Belastung der Call-Center, weniger Probleme bei der Distribution und vor allem ein „bewegliches Wallet“, das von jedem beliebigen Ort aus aufgerufen werden kann (Handy, anderer Computer, Set-top-Box).

Das in der Entwicklungsphase befindliche Java-Wallet bietet ähnlichen Komfort: Nach Auswahl des Warenkorbes wird das Wallet per Knopfdruck online in den Browser des Konsumenten geladen, und anschließend wird die Zahlung durchgeführt, ohne dass eine zusätzliche Software installiert werden muss.

So kann der Kunde auf der ganzen Welt von jedem Internet-Zugangsterminal sicher bezahlen. Beim Java-Wallet spielt es keine Rolle, welche Bezahlverfahren der Anbieter voraussetzt.

6.2 Electronic Commerce Modelling Language – ECML

Umfragen haben gezeigt, dass fast ein Drittel der Verbraucher den Warenkorb eines Online-Shops wieder verlässt, bevor er seine persönlichen Daten preisgibt und damit die Bestellung aufgibt. Was sind die Gründe dafür? Zum einen kommunizieren Online-Shops zu wenig klar, was mit den Daten geschieht. Andererseits wird der Verbraucher auch abgeschreckt, wenn er wieder und wieder dieselben Daten eintippen muss. Der neue ECML-Standard sorgt

nun dafür, dass alle Felder in einem Online-Shop nach einem bestimmten Muster erstellt sind und sich das Formular quasi von selbst ausfüllt. Die starke Partnerschaft, die hinter ECML steckt (American Express, AOL, Brodia, Compaq, CyberCash, IBM, MasterCard, Microsoft, SETCo, Sun Microsystems, Trintech, und Visa) lässt erwarten, dass sich dieser Standard bald durchsetzen wird.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie auch im Internet z.B. unter www.sparkasse.de oder www.s-itt.de.

Anmerkungen

¹ GfK, August 2000.

² Forrester Research, August 1999.

³ Fittkau & Maass, W3B, Hamburg 1999.

⁴ Bestell- und Zahlungsabwicklung, die für den Kunden mit möglichst einer Aktion abgeschlossen werden kann.

Chancen des E-Commerce aus der Sicht der Stadt Nürnberg

Roland Fleck

1. Einführung

Wenn heute von den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien und ihren Zukunftsperspektiven die Rede ist, werden gern Superlative gebraucht. Tatsächlich prägen die technologischen Entwicklungen rund um das Internet inzwischen fast die gesamte Arbeitswelt und auch immer mehr Bereiche des Privatlebens. E-Commerce ist einer der dynamischsten Wirtschaftsbereiche.

Zwar weichen die Prognosen und Statistiken von Verbänden und Institutionen im Detail voneinander ab. In einem Punkt sind sich aber alle einig: Die E-Commerce-Umsätze werden auch in den kommenden Jahren überdurchschnittlich schnell wachsen. Nach einer Schätzung der Boston Consulting Group beispielsweise wird der Umsatz im Online-Shopping in diesem Jahr um 85 Prozent auf rund 61 Milliarden Dollar steigen. Europa hat hier im Vergleich zu den USA aufgeholt: So



stiegen allein 1999 die Online-Umsätze europäischer Handelsunternehmen um mehr als 200 Prozent und wuchsen damit schneller als in den USA.

Nach Einschätzung der Marktforscher von Forrester wird Deutschland spätestens im Jahr 2004 mit Abstand der größte E-Commerce-Markt in Westeuropa sein. 406 Milliarden Euro werden zu diesem Zeitpunkt alleine in Deutschland über das Internet umgesetzt. Dies entspricht einem Anteil von über 25 Prozent der gesamten für Europa prognostizierten E-Commerce-Umsätze in 2004 und macht immerhin 6,7 Prozent des Gesamthandelsaufkommens der Bundesrepublik aus. Welche Gründe sprechen für eine so positive Prognose? Peter Würtenberger, Deutschland-Chef des weltweit bekannten Internetportals Yahoo, sieht vor allem drei Entwicklungen, die die Zukunft des E-Commerce stark beeinflussen:

- Die großen Konzerne der Old Economy schlagen zurück.
- Die Internationalisierung des Geschäftes wird zwingend notwendig.
- Die Vernetzung mit Partnern und neuen technologischen Plattformen ist ein absolutes Muss.

Wer sich behaupten will, muss diese Trends beachten. Und eines wird klar: Die Nutzung der elektronischen Netze wird zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor. Für das einzelne Unternehmen – ob Großkonzern oder mittelständischer Betrieb – gilt das ebenso wie für unsere Volkswirtschaft insgesamt.

Wachstum und Beschäftigung werden in Zukunft ganz maßgeblich davon ab-

hängen, wie gerade kleine und mittlere Unternehmen die Potenziale des E-Commerce ausschöpfen. Es geht nicht nur darum, Produkte und Dienstleistungen über das Internet anzubieten. Der gesamte Workflow innerhalb des Unternehmens muss der neuen Vertriebsform angepasst werden. Effizienzsteigerungs- und Rationalisierungspotenziale liegen auch im Beschaffungswesen. E-Procurement ist zwar einer aktuellen Befragung von Cap Gemini Deutschland zufolge heute noch nicht von primärer Bedeutung für die Unternehmen. Ich gehe jedoch davon aus, dass in ein bis zwei Jahren dies eines der Hauptthemen im E-Commerce sein wird.

2. Rechtssicherheit und Transparenz im Netz

Eine wesentliche Voraussetzung für die stärkere Nutzung des E-Commerce ist Transparenz und Rechtssicherheit im Netz. Transaktionen im Netz müssen genauso sicher funktionieren wie im herkömmlichen Geschäftsverkehr. Gesetze und Richtlinien, insbesondere auf Bundes- und EU-Ebene, sollen einen verlässlichen Rechtsrahmen für Geschäfte im Netz schaffen. So zum Beispiel das neue Fernabsatzgesetz. Es wurde am 13. April 2000 vom Bundestag verabschiedet. Allerdings wurde es vom Bundesrat abgelehnt und befindet sich derzeit im Vermittlungsausschuss. Mit diesem Gesetz über Fernabsatzverträge wird neben klassischen Fernabsatzgeschäften auch der elektronische Geschäftsverkehr erfasst. Kernpunkt des Gesetzes ist, Informationsrechte des Verbrauchers zu sichern und ihm eine Möglichkeit zum Widerruf der Verträge ohne Angabe von Grün-

den innerhalb von zwei Wochen zu geben.

Auf europäischer Ebene regelt der EU-Richtlinienvorschlag vom 18.11.1998 bestimmte rechtliche Aspekte des elektronischen Geschäftsverkehrs im Binnenmarkt. Ziel ist, die rechtlichen Hindernisse beim grenzüberschreitenden Handel und der Erbringung von Dienstleistungen innerhalb der EU abzubauen. Folgende fünf Bereiche sollen von den Mitgliedstaaten zukünftig einheitlich geregelt werden:

- Niederlassungsregelung,
- kommerzielle Kommunikation (Werbung und Direktmarketing),
- elektronische Verträge,
- Verantwortlichkeit der Vermittler und
- Rechtsdurchsetzung.

Mehr Rechtssicherheit im elektronischen Handel bringt auch die Umsetzung der EU-Signaturrechtlinie. Sie ist am 19.1.2000 in Kraft getreten. Der deutsche Gesetzgeber hat anschließend 18 Monate Zeit, diese Richtlinie in deutsches Recht umzusetzen. Zwar ist bereits 1997 auf bundesdeutscher Ebene im Rahmen der so genannten Multimediasgesetz (LuKDG) das Signaturgesetz (SigG) verabschiedet worden. Die rechtliche Qualität und Beweisfunktion elektronisch übermittelter Erklärungen regelt das deutsche Signaturgesetz allerdings nicht. Es ist im Grunde nur der administrative Rahmen für digitale Signaturen. Eine Anpassung an die weiter gehenden Regelungen der Richtlinie muss daher auf bundesdeutscher Ebene noch erfolgen.

Wie wird nun das deutsche Privatrecht dem modernen Geschäftsverkehr an-

gepasst werden? Erwartet wird die Schaffung eines § 126a BGB, wonach die elektronische Form unter bestimmten Voraussetzungen der gesetzlich vorgeschriebenen Schriftform gleichgesetzt werden kann. Es bleibt zu hoffen, dass die Gesetzesänderungen zu den angekündigten Verbesserungen der Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr führen werden.

3. Kommunale Wirtschaftspolitik

Die o.g. Themen, die für die stärkere Nutzung des E-Commerce sehr bedeutend sind, liegen allerdings im Verantwortungsbereich der Bundesregierung und können demzufolge seitens der Kommunalpolitik nicht beeinflusst werden.

Die Wirtschaftspolitik in Stadt und Region hat vielmehr die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Unternehmen z.B. in Stadt und Region Nürnberg erleichtern, E-Commerce-Lösungen zu entwickeln und einzusetzen.

Für die kommunale Wirtschaftspolitik sehe ich u.a. folgende Ansatzpunkte:

- Wir müssen die Medienakzeptanz und -kompetenz in der Region erhöhen.
- Wir müssen für ausreichende Qualifizierungsmöglichkeiten sorgen.
- Wir müssen als Beispiel vorangehen und selbst Pilotprojekte im Rathaus initiieren.
- Und wir müssen für Start-ups ein optimales Umfeld schaffen.

3.1 Medienkompetenz

Medienkompetenz heißt, den Umgang mit den neuen Medien als selbstverständlich zu betrachten, Medien bewusst einzusetzen und zu gestalten. Medienkompetenz trägt also dazu bei, neuen Technologien, insbesondere neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, offener gegenüber zu stehen. Bürger wie Unternehmen müssen mit den neuen Medien vertraut gemacht werden, damit Electronic-Commerce in der Region umfassend Einzug halten kann.

Mit der Nürnberger Initiative für die Kommunikationswirtschaft – kurz NIK –, mit regelmäßigen Veranstaltungen oder zahlreichen Projekten, die wir zusammen mit der NIK initiiert haben, konnten wir die Medienkompetenz in Stadt und Region Nürnberg deutlich stärken. Wir haben damit ein Umfeld geschaffen, in dem neue technologische Entwicklungen nicht nur entstehen, sondern auch getestet und angewendet werden können.

3.2 Ausreichende Qualifizierungsmöglichkeiten

Neue Technologien erfordern entsprechende Qualifizierung und damit neue Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Vor allem kommt es darauf an, schnell zu reagieren. Ich möchte drei Beispiele nennen:

- Vor drei Jahren haben wir die „Multimedia-Akademie Nürnberg“ gegründet. Sie ist in ihrer Art einzigartig in Bayern. Die rasanten Entwicklungen des Internets und der elektronischen Medien allgemein

haben den Bedarf an Multimedia-Fachkräften enorm gesteigert. Mit der Multimedia-Akademie haben wir die Qualifizierung von Internet- und Multimedia-Spezialisten in Nürnberg wesentlich verbessert. Sicherlich ein wichtiges Kriterium, um am E-Commerce-Wachstum zu partizipieren.

- Das Wachstum von Call-Centern wird in den nächsten Jahren vor allem von der Gewinnung qualifizierter neuer Mitarbeiter abhängen. Je diffiziler die Aufgaben für Call-Center werden, desto mehr werden sie zur Visitenkarte der Unternehmen und desto wichtiger wird der Call-Center-Mitarbeiter. Am Engpassfaktor „Personal“ setzt das „Communication Center Nürnberg“ an. Es ist ein Schulungs- und Innovationszentrum für Call-Center. Die Stadt Nürnberg hat diese Idee zusammen mit regionalen Partnern umgesetzt, unterstützt durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie. Seit 1999 ist es in Betrieb. Der Schwerpunkt der Qualifizierung liegt in der Ausbildung aus der Praxis heraus. Hier unterscheidet sich das Communication Center von den meisten öffentlich getragenen Call-Center-Schulungszentren in anderen Städten. Auf Grund der unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen der Call-Center-Betreiber wird für jedes Unternehmen ein eigener Lehrplan entwickelt, der die spezifischen Bedürfnisse der Unternehmen berücksichtigt.
- Vor zwei Jahren haben wir als Stadt die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für den Elektronischen Geschäftsverkehr in der Region mit unterstützt. Heute haben wir eines

von 24 bundesweiten Kompetenzzentren, die hiesigen Unternehmen das notwendige Know-How zum E-Commerce vermitteln sollen. Das Kompetenzzentrum, das von der NIK betreut wird, unterstützt Unternehmen bei der Einführung von E-Commerce und hilft bei der Anbahnung entsprechender Unternehmenskooperationen. Es vermittelt Know-How im Bereich Shopping- und Zahlungssysteme, Sicherheit in Netzen sowie zu gesetzlichen und steuerrechtlichen Grundlagen. Hierzu werden vielfältige Informationsveranstaltungen und Qualifizierungsmaßnahmen angeboten.

3.3 Initiierung von Pilot-Projekten

Wenn eine Region eine Vorreiter-Rolle in einem Wachstumsmarkt einnehmen will, muss auch die Kommune selbst Initiative ergreifen. Die Stadt Nürnberg hat sich deshalb zusammen mit den Nachbarstädten mit einem zukunftsweisenden Projekt an dem bundesweiten Städtewettbewerb MEDIA @Komm der Bundesregierung beteiligt. Und unser Konzept hat überzeugt. Zusammen mit zwei weiteren Städten hat unser Beitrag unter 136 eingereichten Konzepten gewonnen. Dotiert ist diese Auszeichnung mit Fördermitteln bis zu 20 Millionen DM.

Stadt und Region Nürnberg haben damit einen gewaltigen Vorsprung, sich als führende E-Community in Deutschland zu positionieren. So betitelt die Wirtschaftswoche vom 25.5.2000 ihren Beitrag über das Nürnberger Projekt mit „Nürnberg klickt sich an die Spitze“. Denn unser Ziel ist, dass in nicht allzu ferner Zu-

kunft in Nürnberger Haushalten mit Internetanschluss die mit einem Multifunktionschip ausgerüstete „Logi-card“ zu finden ist.

Das Rathaus soll zu einem virtuellen Dienstleistungszentrum werden. Mehr Bürgernähe und eine leistungsfähigere, effizientere Verwaltung erhoffe ich mir von diesem Projekt. Grundlage für die rechtsverbindliche Kommunikation zwischen Verwaltung, Bürger und Unternehmen ist die digitale Signatur. Die Teilprojekte reichen von der digitalen Bearbeitung einfacher Geschäftsprozesse wie der Regelung der Anwohnerparkausweise oder der Mülltonnenbestellung über städtebauliche Auskünfte bis hin zur elektronischen Bauverwaltung – sicher ein ebenso wichtiges wie komplexes Anliegen.

3.4 Optimales Umfeld für Start-ups

Als wichtige weitere wirtschaftspolitische Maßnahme gilt es aus meiner Sicht, ein optimales Umfeld für Start-ups zu schaffen. Trotz einiger Konkurrenz einst hochgelobter Internet-Start-ups wie beispielsweise Boo.com reißt der Gründungsboom neuer Internetfirmen nicht ab. Der Grund ist einfach: Viele der Jungunternehmer träumen vom schnellen Geld. Mit dem Börsengang soll es spätestens zwei Jahre nach Unternehmensgründung Realität werden. Erfolgreiche Start-ups wie ebay oder Yahoo haben es vorgemacht. Umfragen bei Hochschulabsolventen belegen dies: Ein wesentlich größerer Teil will sich gleich nach dem Studienabschluss selbstständig machen. Früher wurde der Start in einem Großunternehmen bevorzugt. Diesen Trend müssen wir aufgreifen. Es gilt, für diese

Start-ups ein optimales Umfeld zu schaffen.

Aus den USA stammt die Idee der Inkubatoren, die derzeit nach Europa überschwappt. Inkubator bedeutet Brutkasten und bezeichnet ein Konzept, mit dem Gründer insbesondere der Internet-Szene rundum betreut werden. In Amerika existieren rund 600 Inkubatoren, in denen bereits 19.000 Unternehmen gegründet worden sind. In diesen Unternehmen wurden bisher 245.000 Arbeitsplätze geschaffen. Die Gründer und Jungunternehmer können sich ganz auf die Entwicklung ihrer Geschäftsidee konzentrieren und sind damit überdurchschnittlich erfolgreich. Beeindruckend ist die Aussage, dass von 100 Firmen, die in einem Inkubator gegründet wurden, 87 überleben. Das heißt, die Erfolgsquote ist dreimal so hoch wie sonst üblich. Ausschlaggebend dafür ist, dass mit dem Inkubator die ideale Umgebung für Start-ups geschaffen wird. Die neuen Unternehmen werden nicht nur mit Risikokapital ausgestattet, sondern in allen wesentlichen Unternehmensfragen unterstützt.

Die Erfolgsgeschichten aus den USA haben natürlich auch hiesige Venture Capital Firmen aufgeweckt. Auch in Nürnberg entstehen derzeit einige Inkubatoren, getragen von erfolgreichen Unternehmen, die sich durch die Beteiligung an innovativen, jungen Unternehmen Know-How sichern.

Im High-Tech-Center Nord beispielsweise wurde vor kurzem der Grundstein für den ersten Private Incubator in Nürnberg gelegt. Weitere Projekte stehen in den Startlöchern.

Hier in Nürnberg etabliert sich mehr und mehr eine aktive Venture Capital- und Berater-Szene:

- Der Businessplan-Wettbewerb Nordbayern steht für eine professionelle Betreuung potenzieller Unternehmensgründer durch ein Netzwerk aus Ideenträger, Unternehmern, Venture Capitalists und Dienstleistern wie Patentanwälte, Steuerberater oder Marktforscher. Neben der Durchführung von Businessplan-Wettbewerben organisiert BPW Nordbayern Venture-Capitalists-Sprechtag, in denen Interessierte direkt mit Vertretern von Risikokapitalgesellschaften ins Gespräch kommen können.
- Als Starthelfer für Unternehmen in Frühphasen fungiert das Netzwerk der Nordbayerischen Business Angels.
- Eine Reihe von Venture Capital Gesellschaften sind heute schon Partner des Businessplan-Wettbewerbs Nordbayern.

Mit all diesen Partnern planen Unternehmen und Stadt nun die Errichtung eines E-Commerce-Campus, auf dem neben dem Inkubator auch wissenschaftliche Einrichtungen angesiedelt werden. Wir sind mit der hiesigen Universität und Fachhochschule im Gespräch, um deren Aktivitäten in unser Konzept einzubinden. Unsere Idee ist, all das Know-How im Bereich E-Business, von den Start-ups, den Studenten und Wissenschaftlern bis hin zu den Beratern und etablierten E-Business-Unternehmen zu bündeln. Hier in der Region ist umfangreiches Know-How vorhanden. Wir müssen nur dafür sorgen, dass es sich richtig entfalten kann.

Ein weiterer Baustein zur Profilierung Nürnbergs als E-Business-Standort ist die Ausrichtung des Messeplatzes Nürnberg. Die NürnbergMesse als eine der Top-Messegesellschaften in Deutschland und Europa setzt hier mit der neuen Messe „e-procure“ auch am Standort ein klares Signal im B2B-Marktsegment. Die gezeigten Beispiele zeigen ganz

deutlich, dass E-Commerce in Nürnberg keine Vision mehr ist. Die Wirtschaftspolitik kann eine Reihe dazu beitragen, und wir bemühen uns sehr, unsere Möglichkeiten hierzu auszuschöpfen.

Den E-Commerce in Stadt und Region Nürnberg zu stärken, hat für uns einen sehr hohen Stellenwert.

Die Neue Ökonomie – Handel im Internet

Ein Statement

Steffen Städtler

Alle Meinungsforschungsinstitute und Wirtschaftsanalysten sprechen von einem stetigen Wachstum des Warenverkehrs im Internet, dem sog. E-commerce. Eine goldene Zukunft wird vorausgesagt. Glaubt man diesen Prognosen, sind damit ungeahnte Chancen verbunden. Die fast unbegrenzten Möglichkeiten sind zwar auch für regional begrenzte Märkte, jedoch insbesondere für die globalen Märkte geeignet.

Der Handel im Internet lässt sich in drei Stufen einteilen:

1. Homepage

Auf einer Homepage ist es jedem Unternehmen möglich, sich zu präsentieren. Es handelt sich dabei um eine einseitige Form der Wissensübermittlung. Dem Benutzer wird somit die Möglichkeit eingeräumt, über das Internet in der Firmenbroschüre zu blättern.

Es werden auf diese Art Firmendaten, Standorte, Betätigungsfelder, Produkte, Kontaktadressen etc. übermittelt.

2. Interaktion

In der zweiten Stufe geht es über die einseitige Informationsübermittlung hinaus. Dem User der Internetseite ist es möglich, Anfragen an das Unternehmen zu schicken oder Produkte online zu bestellen. Er bekommt sofort über E-Mail eine Antwort oder Bestätigung seiner Bestellung. Online-Shops gehören zum Beispiel in diese Kategorie.

Call-me-buttons auf der Internetseite veranlassen einen sofortigen Rückruf bei anfallenden Fragen.

3. Integration in vorhandene Business-Prozesse

In der letzten Stufe werden die Möglichkeiten des Internets in die vorhandenen Business-Prozesse integriert. Bei Bestellungen können beispielsweise Online-Bonitätsabfragen gestartet, automatisch ein Produktionsvorgang initiiert, die Kommissionierung veranlasst und die Auslieferung begonnen werden. Das Internet kann somit durchgängig in alle Geschäftsprozesse eingebunden werden.

Beispielsweise ist der einfache Zugriff auf Produkt- und Bestelldaten via Internet für die schnelle und umfassende Information des Kunden oder auch für die Unterstützung des Außendienstes heute bereits unverzichtbar geworden. Weitere Anwendungsgebiete sind z.B. Online-Systeme zur Beantragung von Kreditkarten, Leasingverträgen oder Telekommunikations-einrichtungen sowie vertriebsunterstützende Applikationen im Intranet/ Extranet mit Funktionen zur Kundenverfolgung, Frachtkostenkalkulation oder Sendungsverfolgung.

Skeptiker stellen die Sicherheit der Transaktionen immer in den Vordergrund. Ängste, dass jedermann auf persönliche Daten zurückgreifen kann oder gar vom eigenen Konto Abbuchungen veranlasst, stehen dabei stets im Vordergrund.

Grundsätzlich gibt es daher eine Reihe von Anforderungen an den E-commerce. Dazu gehören die Rechtssicherheit, eine bestimmte Robustheit der Kommunikationsinfrastruktur sowie die Begrenztheit und gerechte Verteilung der verbleibenden Risiken. Zu den im engeren Sinne sicherheitsrelevanten Anforderungen, die durch kryptographische Verfahren gelöst werden können, zählen das Erkennen und Verhindern von Manipulationen und von Maskeraden, das Ausspähen von Geheimnissen, das Abstreiten von Handlungen, das Abfangen und Unterdrücken von Nachrichten sowie das Wiedereinspielen von Nachrichten.

Für alle Transaktionen ist dabei abzuwägen, wie jeweils die Sicherheitsan-

forderungen dem bestehenden Risiko angepasst werden sollen. Bei Zahlungen von nur sehr kleinen Beträgen ist es wichtig, dass eine große Anzahl von Transaktionen fälschungssicher vorgenommen werden kann und die Transaktionskosten dabei gering bleiben. Bei größeren Beträgen spielt zusätzlich die Fälschungssicherheit einer einzelnen Transaktion eine große Rolle, die Transaktionskosten sind dabei eher Nebensache.

Bei jeder Anwendung müssen der Sicherheitsaspekt demzufolge von neuem überprüft und eingeschätzt und die Kosten zum Thema Sicherheit für die Anwendung eingestuft werden. Es ist jedoch klar, dass es nie einen völlig sicheren elektronischen Marktplatz geben wird. Dies ist jedoch eine Tatsache, die alle herkömmlichen Formen von konventionellem Wirtschaftsverkehr betrifft. Ziel muss es sein, die jeweils angebrachte Sicherheit unter der Abwägung von Anonymität und Betrugsschaden kostengünstig in Form von einfach handhabbaren und in internationaler Form einsetzbaren Breitenlösungen zur Verfügung zu stellen.

Die effiziente Nutzung des E-commerce wird zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor in der Zukunft. Die Möglichkeiten sind so vielseitig, dass der Kreativität der Internetdesigner und -entwickler keinerlei Grenzen gesetzt sind. Ob ein einfacher Online-Katalog für Kleidung oder die Auswahl neuer Grabsteine über das Internet, jeder Unternehmer kann eine Möglichkeit finden, durch das Internet seinen Erfolg zu optimieren.

Mehr Transparenz für die SPD-Finanzen

Andreas Feser

SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier MdB muss es wissen: „Die SPD hat einen interessanten Anteil am Pressemarkt“¹. Doch ihre vorsichtige Formulierung zielt weniger auf Information als darauf, die Tatsachen zu verschleiern. Denn die SPD ist vermutlich „die reichste Partei Deutschlands“². Den Tatsachen entspricht wohl eher die Analyse des Saarbrücker Professors Küting, eines anerkannten Experten für Wirtschaftsprüfung: „Die gesamte SPD ist wie ein lupenreiner Konzern aufgebaut“³.

Über diesen „Konzern SPD“ wüsste die Öffentlichkeit gerne mehr. Doch die Sozialdemokraten, von der Gentechnologie in Lebensmitteln bis zu den Unternehmensbilanzen kompromisslose Verfechter breiterer Informationen für die Öffentlichkeit, werden ganz zugeknöpft, wenn es um ihre Partei-Unternehmungen geht. Diese Erfahrung mussten selbst Politikwissenschaftler machen, die in ihre Forschungen auch die der SPD zugeordneten Unternehmen einbeziehen wollten. Sie berichten nicht nur über „verweigerte Einsichtnahme in geschäftliche Unterlagen“⁴, sondern sogar über die Sperrung von Privatkorrespondenzen im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung

durch das SPD-Parteipräsidium⁵. Bezeichnend ist die Begründung, die SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier dafür gibt: Die bei der Friedrich-Ebert-Stiftung lagernden Akten enthielten Informationen, deren Bekanntwerden dem Ansehen „verstorbenen und noch lebender Genossen“ und der SPD „schweren Schaden“ zufügen würde⁶. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

1. Die SPD als Unternehmer: Vorreiter für „Shareholder Value“?

Die SPD stützt sich in ihrer Finanzierung seit „dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts auf finanzielle Beiträge ihrer Wirtschaftsunternehmen (Druckereien und Zeitungen)“⁷. Nach dem ersten Weltkrieg gehörten der SPD, so wurde 1971 in der „ZEIT“ berichtet, 94 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 1,5 Millionen Exemplaren. 1926, vor der Wirtschaftskrise, waren es nach diesem Bericht 196 Zeitungen, die allerdings zumeist nur eine geringe Auflage hatten. Bei Hitlers Machtergreifung im Jahr 1933 mussten dann 135 Tageszeitungen und 100 Druckereien der SPD ihren Betrieb ein-

stellen.⁸ An ihre Tradition knüpfte die SPD nach 1945 an. „26 Zeitungen und 140 Firmen, die ihnen von den Alliierten als Entschädigungen für NS-Enteignungen zugesprochen worden waren“⁹, sicherten den Sozialdemokraten „in den 50er-Jahren ihre Konkurrenzfähigkeit“¹⁰. Mit Schwerpunkt in der britischen Besatzungszone waren bereits im Jahr 1947 SPD-nahe Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 2,5 Millionen Exemplaren lizenziert.¹¹ Parteizeitungen waren von den Besatzungsmächten dabei gar nicht vorgesehen. Die Lizenzen wurden an Personen und nicht an Parteien vergeben. Doch die Militärregierungen hatten die Parteien um Vorschläge für geeignete Persönlichkeiten gebeten. Der SPD gelang es, mit vielen der von ihr vorgeschlagenen Lizenzträger „Treuhandverträge“ abzuschließen und so indirekt in den Besitz der Unternehmen zu gelangen.¹² Gegen die damit verbundene ständige Einflussnahme der SPD-Parteizentrale auf Berichterstattung und Kommentare verteidigten allerdings auch Sozialdemokraten wie Karl Gerold, der Verleger der „Frankfurter Rundschau“¹³, und Edmund Goldschagg, der Lizenzträger der „Süddeutschen Zeitung“¹⁴, immerhin die juristische Unabhängigkeit ihrer Verlage.

Zusammengefasst waren die SPD-nahen Zeitungen und Unternehmen zunächst in der 1946 gegründeten „Konzentration GmbH“. Ihre Aufgabe war, die „Zusammenarbeit der Eigenbetriebe“ zu fördern und „Gewinne für die Partei zu erwirtschaften“¹⁵. 1956 gehörten ihr, so wurde 1971 in der „ZEIT“ berichtet, 26 Zeitungsverlage, 30 Druckereien, fünf Buch- und Zeitschriftenverlage, acht Buchhandlungen und acht weitere kleine publizis-

tische Unternehmen an.¹⁶ Und auch der Gesellschafterkreis der „Konzentration GmbH“¹⁷ im Jahr 1960 zeigt vor der großen Krise Mitte und Ende der 60er-Jahre noch ein flächendeckendes Netz des SPD-Unternehmensbereichs in Deutschland, in Bayern beispielsweise orientiert an den traditionellen SPD-Partebezirken:

- „Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei GmbH“, Nürnberg;
- „Oberpfälzisch-Niederbayerische Verlagsdruckerei GmbH“, Regensburg;
- „Bavaria-Druck GmbH“ (früher Buchdruckerei E.W. Schumm), München;
- „Druckhaus Schwaben“ (früher BZ-Druck Schwäbische Tagwacht GmbH), Stuttgart;
- „Druckhaus Mannheim GmbH“, Mannheim;
- „Graphische Gesellschaft Grunewald GmbH“ (früher: Telegraf-Verlags-GmbH), Berlin;
- „Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J.H. Schmalfeldt & Co“, Bremen;
- „Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auerdruck GmbH“, Hamburg.

Diese Gesellschaft wurde mit Vertrag vom 25.11.1996 verschmolzen mit der „Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung“¹⁸ in Hamburg.

- „Union Druckerei und Verlagsanstalt GmbH“, Frankfurt;
- „Hannoversche Druck- und Verlagsanstalt mbH“, Hannover. Diese Gesellschaft wurde 1989 mit der „Druckhaus Deutz“ verschmolzen.¹⁹
- „Braunschweig-Druck GmbH“ (früher Volksfreund Druckerei-

und Verlagsanstalt GmbH), Braunschweig;

- „Nordwestdeutsche Rundschau GmbH“, Wilhelmshaven;
- „Hildesheimer Druck- und Verlags-GmbH“, Hildesheim;
- „DFI Druckfarben-Import Gesellschaft mbH“, Hannover;
- „Fackelträger-Verlag Schmidt-Küster GmbH“, Hannover;
- „Göttinger Druckerei- und Verlags-GmbH“, Göttingen;
- „Olivia Druck und Verlagsgesellschaft mbH“, Cuxhaven;
- „Presse-Druck-GmbH“ (früher: Verlag Phönix), Bielefeld;
- „Westfälische Verlagsgesellschaft mbH“, Dortmund;
- „Druckhaus Deutz GmbH“ (früher: Westdeutsche Verlagsanstalt GmbH), Düsseldorf;
- „Druckhaus Deutz GmbH“ (früher: Mittelrheinische Druckerei und Verlagsanstalt GmbH), Köln-Deutz. Die „Druckhaus Deutz GmbH“ (Sitz zuletzt Bonn) ist durch Verschmelzungen in die „Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Hamburg übergegangen.²⁰
- „NRZ-Rheinisch-Westfälische Verlagsgesellschaft mbH“, Essen;
- „Union-Druck und Zeitungsverlag GmbH“, Saarbrücken;
- „Kieler Druckerei“ (früher: Haase-Druck-GmbH), Kiel;
- „Wullenwever-Druck, Heine KG“ (früher: Lübecker Freie Presse GmbH), Lübeck;
- „Kunst- und Werbedruck Emil Hackhe OHG“, Kiel-Wik;

Die damalige Gesellschafterliste der Konzentration-GmbH zeigt auch den ganz persönlichen Einfluss des SPD-Schatzmeisters Alfred Nau im SPD-Un-

ternehmensbereich. Er war persönlich Gesellschafter und hielt den mit Abstand größten Einzelanteil (47.000 DM des Stammkapitals von 150.000 DM).²¹

Schwierigkeiten hatten die meisten der SPD-nahen Zeitungen schon seit der Währungsreform mit Publikums geschmack und Leserbindung. Das Informations- und Unterhaltungsangebot der vom Publikum als unabhängig eingeschätzten Zeitungen fand mehr Abonnenten und Käufer. Die SPD-nahen Zeitungen dagegen verloren – mit Ausnahme der Morgenpost in Hamburg und der NRZ aus Essen – schon zwischen 1948 und 1953 im Durchschnitt über die Hälfte ihrer verkauften Auflage.²² Die SPD zog daraus die Konsequenz, sich verdeckt um Beteiligungen an kleineren regionalen Zeitungen zu bemühen. In den Registerakten der Verlagsgesellschaft der Frankenpost in Hof beispielsweise wurde 1969 das Ausscheiden der bisherigen Geschäftsführer aus der Region Hof und der Rechtsanwalt Dr. Herbert Allerdt aus Hamburg als neuer Geschäftsführer eingetragen.²³ Bereits 1954 war Allerdt als Treuhänder der SPD einer der Gesellschafter und 1962 alleiniger Besitzer der Coburger „Neuen Presse“ geworden.²⁴

Die Krise des SPD-Unternehmensbereichs in den 60er-Jahren beschreibt Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier so: „Die finanzielle Unterstützung aus den Parteibetrieben nimmt in den 60er-Jahren ab und verschwindet dann völlig. Der Unternehmensbereich der SPD gerät in eine schwere Krise und ist für zwanzig Jahre ein Sanierungsfall, der mehr Mittel verschlingt als er erwirtschaftet. Noch heute müssen die aufgenommenen Kredite finanziert

werden und die Lasten aus Sozialplänen reduzieren sich nur langsam²⁵. Auf 265 Millionen DM soll sich der gewaltige Schuldenberg belaufen haben.²⁶ In den Augen der Öffentlichkeit hatten die Sozialdemokraten „durch Missmanagement und permanentes Reinregieren in die Redaktionen ein gewaltiges Presseimperium systematisch heruntergewirtschaftet“²⁷. Doch das ist bestenfalls ein Teil der Wahrheit. Näher an der Wirklichkeit dürfte die Insider-Einschätzung aus der „Konzentration“ sein: „Die wirtschaftlichen Interessen der sozialdemokratischen Betriebe wurden den finanziellen Gesamtinteressen der Partei strikt untergeordnet“²⁸, die SPD-nahen Zeitungen konnten nicht investieren, denn sie „führten einen erheblichen Teil ihrer Gewinne an die Partei und an die Friedrich-Ebert-Stiftung ab“²⁹.

SPD-Schatzmeister Nau reagierte auf die zunehmende Notlage vieler der SPD zuzuordnender Firmen schon zu Beginn der 70er-Jahre mit den ersten Schritten zu einem Umbau des SPD-Unternehmensbereichs. Gesellschaften wurden neu gegründet oder erhielten neue Aufgaben. Die „Konzentration GmbH“, zu deren Aufgaben früher auch die „Beschaffung von Roh- und Hilfsstoffen, Betriebsmitteln und Mitteln zum Ausbau der Betriebe“³⁰ gehörte, befasst sich heute im Wesentlichen mit der „Entwicklung und Verwaltung von Grundstücken und Grundstücksrechten“.³¹ Mit Gesellschaftsvertrag vom 22. Dezember 1971 neu gegründet wurde die „Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung“ (DDVG) in Hamburg. Ihre Aufgabe war ursprünglich die „Herausgabe, der Verlag, der Vertrieb und der Druck von Zeitungen, Zeitschriften

und Druckerzeugnissen aller Art sowie die Verwaltung, der Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen“.³² Heute befasst sich die Gesellschaft zusätzlich auch mit Beteiligungen an Touristikunternehmen, der betriebswirtschaftlichen Beratung von Unternehmen aller Art und dem An- und Verkauf von antiquarischen Büchern.³³ 1980 wurde die Firma „Ring Druck und Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ von Mannheim nach Bonn verlegt und in „Solidarität Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft mbH“ umbenannt. Geschäftsführer war (bis 1982) der frühere SPD-Schatzmeister Professor Dr. Friedrich Halstenberg.³⁴ Die gleiche Funktion nahm er auch bei der 1971 gegründeten und 1981 von Hamburg nach Bonn verlegten „Verwaltungsgesellschaft für Printmedien-Beteiligungen mbH“ wahr.³⁵ Ein Versprechen, das Schatzmeister Nau schon 1971 vor der Gründung der „DDVG“ gegeben haben soll, wurde im Wirbel der ganzen Umstrukturierungen aber offenbar bis heute vergessen: „eine Veröffentlichung der dann zusammengefassten Bilanzen“³⁶, damit die kommerziellen Interessen der SPD transparenter würden.

2. Saniert seit der Deutschen Einheit?

Den großen Sprung nach vorn brachten für die Umstrukturierung des SPD-Unternehmensbereichs der Zusammenbruch des SED-Regimes und die Einheit Deutschlands. Als Ausgleich für im Jahr 1933 von den Nazis enteignetes Vermögen in den neuen Ländern bekam die SPD Grundstücke und Beteiligungen teilweise zurück, teilweise wurde sie entschädigt. Nach einem

Bericht von SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier sind „insgesamt 54 Rückübertragungsverfahren durch Naturalrestitution oder Kaufpreisauskehr zugunsten der SPD abgeschlossen worden. In 13 weiteren Fällen ist der Partei eine Entschädigungszahlung zugebilligt, aber durch die Oberfinanzdirektion Berlin noch nicht über deren Höhe entschieden worden“³⁷. Laut ohne Widerspruch gebliebener Angaben von Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB haben die Sozialdemokraten „für den durch die Nazis zugefügten Schaden eine Wiedergutmachungsleistung von 70 Millionen DM erhalten“³⁸. Die SPD hatte nun anscheinend die Mittel, die seit den 60er-Jahren entwickelte Strategie der lukrativen Minderheitsbeteiligung an Zeitungen, die nicht als SPD-nah in Erscheinung treten, zum Erfolg zu führen. „Heute gefällt sich die Partei in der Rolle des Juniorpartners und sitzt bei den Großen der Zeitungsbranche mit am Tisch“.³⁹ Die wieder erstarke Position der SPD im Verlagswesen fiel zusammen mit einem Aufschwung der Branche. SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier freut sich: „Die Beteiligungen an regionalen Presseverlagen haben sich positiv entwickelt, insbesondere die in den vergangenen Jahren getätigten Investitionen in den Neuen Bundesländern haben sich als erfolgreich erwiesen und werden zukünftig zum wirtschaftlichen Gesamtergebnis beitragen“⁴⁰. Die Beteiligungen der SPD im Medienbereich, für die angeblich bereits 1993 von Wirtschaftsprüfern ein Gesamtwert von 515 Millionen DM ermittelt wurde⁴¹, sind nach dem Urteil von Sachkennern wie dem Hamburger Wirtschaftsprüfungs-Experten Professor Strobel heute rund 1 Milliarde DM wert⁴².

„Schaltstation des SPD-Unternehmensbereichs“⁴³ ist die „DDVG“. Sie hat die Funktion einer Holding-Gesellschaft. Der Schwerpunkt ihrer Beteiligungen liegt laut dem mehrfach in der Presse veröffentlichten⁴⁴ Beteiligungsspiegel vom 31.12.1997 im Bereich der Presse.

Die in der Zeit des früheren SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz erworbenen Radiobeteiligungen hat die SPD bis auf „Rheinland-Pfälzischer Rundfunk“, „Antenne Niedersachsen“ und „Radio FFH“ wieder abgestoßen.⁴⁵ Im Pressewesen hält die „DDVG“ laut Beteiligungsspiegel folgende Anteile:

- 100% an der „Westfälischen Verlagsgesellschaft mbH“, Dortmund
Die „Westfälische Verlagsgesellschaft“ hält 13,1% an der „Zeitungsverlag Westfalen GmbH & Co KG“⁴⁶, der Verlagsgesellschaft der „Westfälischen Rundschau“ aus Dortmund. Laut Gesellschaftsvertrag der „Zeitungsverlag Westfalen GmbH“ ist die publizistische Grundhaltung der „Westfälischen Rundschau“ der „sozialen Demokratie verpflichtet“ – was nur mit Zustimmung der „Westfälischen Verlagsgesellschaft mbH“ geändert werden kann.⁴⁷
- 99,1% an der „Oliva Druck- und Verlagsgesellschaft mbH“, Cuxhaven
Die „Oliva Druck- und Verlagsgesellschaft“ hält 50% an der „Verlagsgesellschaft Cuxhaven mbH & Co Cuxhavener Nachrichten KG“⁴⁸. Die „Cuxhavener Nachrichten“ sind Teil der „Redaktionsgemeinschaft Nordsee“, zu der auch die „Nordsee-Zeitung Bremerhaven“, das „Buxtehuder Tagblatt“, die „Kreiszeitung Wesermarsch“ und das „Stader Tagblatt“ gehören⁴⁹.

- 87,5% an der „Presse-Druck GmbH“, Bielefeld
Die „Presse-Druck-GmbH“ hält 57,5% an der „Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co KG“⁵⁰.
- 50% an der „Druckhaus Bayreuth Verlagsgesellschaft mbH“, Bayreuth
Die „Druckhaus Bayreuth Verlagsgesellschaft mbH“ hält 63% an der „Nordbayerischer Kurier GmbH & Co Zeitungsverlag KG“⁵¹. Der „Nordbayerische Kurier“ gehört zum „Ring nordbayerischer Tageszeitungen“, in dem auch die „Bayerische Rundschau“ aus Kulmbach, das „Coburger Tageblatt“ und das „Obermain-Tageblatt“ aus Lichtenfels und Staffelstein mitarbeiten.
- 40% an der „Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co KG“, Dresden.
Hier erscheint unter anderem die „Sächsische Zeitung“.
- 30% an der „Suhler Verlagsgesellschaft mbH“, Suhl
- 30% an der „Suhler Verlag Verwaltungsgesellschaft mbH“, Suhl
- 30% an der „Südthüringer Druckerei und Verlagshaus GmbH & Co Druckzentrum KG“, Suhl
Die „Suhler Verlagsgesellschaft mbH“ verlegt die Zeitung „Freies Wort“. Die „Südthüringer Verlag GmbH“⁵² der „Südthüringer Zeitung“ aus Bad Salzungen ist eine 100%ige Tochter der „Suhler Verlagsgesellschaft mbH“.
- 30% an der „Druck- und Verlagsanstalt Neue Presse GmbH“, Coburg
- 30% an der „Frankenpost Verlag GmbH“, Hof
- 30% an der „KOSOS Beteiligungs GmbH & Co Vermietungs-oHG“, Hof
- 26% an der „Dr. Erich Madsack GmbH“, Hannover

- 20,389% an der „Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co“, Hannover.
Die „DDVG“ hält damit den größten der derzeit 31 Kommandit-Anteile an der Verlagsgesellschaft der „Hannoverschen Allgemeinen“ und der „Hannoverschen Neuen Presse“. Kommanditisten sind neben der „DDVG“ Angehörige der Verleger-Familie Madsack und die „Gebrüder Gerstenberg GmbH & Co“⁵³, die Verlagsgesellschaft der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“⁵⁴. Mit 99% ist die „Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co“ an der „Göttinger Tageblatt GmbH & Co“⁵⁵ beteiligt.

Ein zweites Standbein der DDVG ist die traditionell für den SPD-Unternehmensbereich wichtige Branche der Druckereien, die „derzeit alle in der Gewinnzone arbeiten“⁵⁶. Hier ist die „DDVG“ laut des in der Presse veröffentlichten Beteiligungsspiegels vom 31.12.1997⁵⁷ mit folgenden Beteiligungen vertreten:

- 100% an der „Wullenwever print + media Lübeck GmbH“, Lübeck
- 99,8% an der „Druckhaus Schwaben GmbH“, Heilbronn
- 99,75% an der „Druckhaus Karlsruhe GmbH“, Karlsruhe
Die Gesellschaft ist mittlerweile umbenannt und heißt nun „Druck- und Verlagsgesellschaft Südwest mbH“⁵⁸.
- 99,1% an der „Hildesheimer Druck- und Verlagsgesellschaft mbH“, Hildesheim
- 69,4% an der „Braunschweig Druck GmbH“, Braunschweig

Daneben verzeichnet der in der Presse veröffentlichte Beteiligungsspiegel

vom 31.12.1997⁵⁹ für die „DDVG“ aber von der Beratung über den Tourismus bis zum Buchhandel auch Beteiligungen in ganz unterschiedlichen Branchen:

- 100% an der „Berliner Vorwärts Verlagsgesellschaft mbH“, Berlin
- 100% an der „Vorwärts Verlag GmbH“, Hamburg
Diese Gesellschaft ist mittlerweile in „HSI-Hamburger Stadtilustrierten Verlagsgesellschaft mbH“ umbenannt⁶⁰ – vermutlich wegen des von SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier stolz berichteten Erwerbs der „Szene Hamburg“⁶¹.
- 100% an der „Printmedien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co KG“
- 100% an der „Verwaltungsgesellschaft für Printmedienbeteiligungen mbH“, Bonn
- 100% an der „Hamburger Pressepapier Vertriebsgesellschaft mbH“, Hamburg
- 100% an der „Reisebüro im Willy-Brandt-Haus“ GmbH, Berlin
- 100% an der „SPD-Reiseservice GmbH“, Bonn
Der veröffentlichte Beteiligungsspiegel⁶² weist für 1996 einen Verlust von 951.938 DM aus. SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier beklagt zwar die unbefriedigende „Renditeentwicklung in diesem Bereich“, tröstet sich aber mit dem Hinweis: „Die Serviceangebote des ‘SPD-Reiseservice’ erfreuen sich weiterhin regen Zuspruchs vieler Parteimitglieder“⁶³.
- 100% an der „Office Consult Betriebswirtschaftliche Büroorganisation Beratungs-GmbH“, Berlin
Mit der „OCG“ will die SPD Beratungsdienstleistungen nicht nur für Parteigliederungen anbieten. Die

Firma hat seit 1.10.1999 „die Buchhaltung für den Parteivorstand übernommen. Die Akquisition neuer, externer Kunden im Umfeld der Partei sowie im Bereich der Non-Profit-Organisationen wird forciert“⁶⁴.

- 100 % an der „Antiquariatsgesellschaft im Willy-Brandt-Haus GmbH“, Berlin
- 25,2 % an der „Georgsbuchhandlung GmbH“, Hannover

Die Geschäftsführung des SPD-Unternehmensbereichs besorgt – kontrolliert von den Treuhändern, darunter vor allem der SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier und dem Treuhandaufsichtsrat⁶⁵ der Partei – seit 1994⁶⁶ Kaufmann Jens Berendsen. Mit einer großformatigen Anzeige wandte er sich im Mai an die Leser der „Welt“: „Die DDVG ist ein wirtschaftlich erfolgreiches Unternehmen. (...) Durch unsere erfolgreiche Arbeit verdienen wir nicht nur Geld, sondern wir schaffen auch neue Arbeitsplätze. Gerade in den neuen Bundesländern hat sich die DDVG beispielsweise mit einem dreistelligen Millionenbetrag engagiert und dabei hunderte von Arbeitsplätzen erhalten und geschaffen“⁶⁷. Für eine einheitliche Führung des SPD-Unternehmensbereichs rund um die „DDVG“ ist gesorgt: Jens Berendsen betreut in Personalunion die Geschäfte weiterer Gesellschaften, darunter der „Verwaltungsgesellschaft für Printmedienbeteiligungen mbH“⁶⁸, der „HSI Hamburger Stadtilustrierten Verlagsgesellschaft mbH“⁶⁹, der „Berliner Vorwärts Verlagsgesellschaft mbH“⁷⁰, der „SPD-Reiseservice GmbH“⁷¹, der „Presse-Druck GmbH“ in Bielefeld⁷², der „Westfälischen Verlagsgesellschaft mbH“ in Dortmund⁷³ und der „Solida-

rität Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft mbH⁷⁴ – die ihrerseits auch Mitgesellschafterin der „DDVG“ ist⁷⁵.

Innerhalb der heute von der DDVG gehaltenen Beteiligungen gibt es ein enges Netz personeller Verflechtungen. Günter Ritter lautet der Name des Geschäftsführers sowohl bei der „Druckhaus Schwaben“⁷⁶ wie bei der „Druck- u. Verlagsgesellschaft Südwest mbH“⁷⁷. Franz Stoß und Heinrich Giegold waren in den Jahren vor 1990 ebenso bei der „Druck- und Verlagsanstalt Neue Presse GmbH“ in Coburg⁷⁸ wie bei der „Frankenpost GmbH“ in Hof⁷⁹ Geschäftsführer. Werner Griego, seit 1991 Geschäftsführer der „Druck- und Verlagsanstalt Neue Presse GmbH“ in Coburg⁸⁰, hat die gleiche Funktion jetzt auch bei der „Suhler Verlag Verwaltungsgesellschaft mbH“⁸¹. Seit diesem Jahr amtiert bei allen drei Gesellschaften in Coburg⁸², Hof⁸³ und Suhl⁸⁴ zudem Hans Homrighausen als Geschäftsführer.

Nicht alle als SPD-nah eingestuften⁸⁵ Zeitungen zählen die „DDVG“ zu ihrem Gesellschafterkreis. An der „Neuen Ruhr-Zeitung“, deren Verleger Dietrich Oppenberg ihr bei aller politischen Nähe zur SPD die juristische Unabhängigkeit stets bewahrte⁸⁶, ist neben dem heutigen Hauptgesellschafter, der WAZ-Verlagsgruppe⁸⁷, auch die „Rheinisch-Westfälische Verlagsgesellschaft mbH“⁸⁸ mit 10,6% beteiligt. Dieser Anteil an der „NRZ“-Verlagsgesellschaft entspricht dem in veröffentlichten Übersichten⁸⁹ angegebenen Anteil der laut Presse „parteinahen Stiftung Pressehaus NRZ“⁹⁰. Auch hier gibt es Hinweise auf personelle Verflechtungen mit dem SPD-Unternehmensbereich: Prokurist in der Essener Ge-

sellschaft war von 1968 bis 1972 Dr. Kurt Nevermann. Bei der Hamburger „Auerdruck“ wiederum, einer der zentralen Firmen des SPD-Unternehmensbereichs, ist von 1972 bis 1976 Dr. Kurt Nevermann als Geschäftsführer eingetragen.⁹¹

Das Interesse der SPD an der „Saarbrücker Zeitung“ wurde vor kurzem durch eine Kandidatur eindrucksvoll unterstrichen: Ex-SPD-Chef Oskar Lafontaine wollte Mitglied des Aufsichtsrats der Zeitung werden. Als Gesellschafter der „Saarbrücker Zeitung Verlag und Druckerei GmbH“ werden die Familie von Holtzbrinck mit 52,3%, die „Gemeinnützige Fördergesellschaft Saarbrücker Zeitung“ mit 26%, die Belegschaft mit 15% sowie Banken und die Saarbrücker Zeitung selbst mit 6,7% genannt.⁹² An der „Gemeinnützigen Fördergesellschaft Saarbrücker Zeitung“ wiederum ist, so die „Friedrich-Ebert-Stiftung“⁹³, die „Stiftung Demokratie Saar“ beteiligt, die früher „Friedrich-Ebert-Stiftung Saar e.V.“ hieß. Mit der „Saarbrücker Zeitung“ hat die „LR Medienverlag GmbH“, die Verlagsgesellschaft der „Lausitzer Rundschau“ aus Cottbus, seit 1991 einen Beherrschungsvertrag geschlossen.⁹⁴ Alleingesellschafter ist die „Saarbrücker Zeitung“ bei der „Zweibrücker Druckerei- und Verlagsgesellschaft mbH“, die den „Pfälzischen Merkur“ herausgibt.⁹⁵

3. Wirtschaftliche Betätigung ist keine Aufgabe der Parteien

Politik und Geld, Politik und Presse-macht – das sind in Deutschland mehr noch als in anderen Ländern sensible Themen. Vor dem Hintergrund der

deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts wird politischer Einfluss von wirtschaftlicher oder publizistischer Macht sehr kritisch gesehen. Das ist eine wichtige Lehre aus der Niederlage der Weimarer Republik gegen ihre totalitären Gegner. Tief sitzt der Schock über den vom Geld der „Ruhrbarone“ und dem Einfluss der „ostelbischen Junker“ geförderten Aufstieg Hitlers und die Auflösung der Abwehrfront der bürgerlichen Parteien unter dem Eindruck der von Hugenberg's Presse-Imperium verbreiteten Propaganda. Die Lehre aus der Geschichte war und bleibt eine doppelte: Vielfalt und Wettbewerb der Medien schützen die Demokratie vor einseitiger Beeinflussung der politischen Entscheidungen durch die veröffentlichte Meinung. Die Pflicht der Parteien, größere Spenden zu veröffentlichen, verhindert verdeckte Einflussnahmen. So wird unsachgemäßen Einflüssen vorgebeugt, denn Einflussversuche, über die öffentlich und kontrovers diskutiert werden kann, sind zum Scheitern verurteilt – letztlich, weil die Wählerinnen und Wähler bei der nächsten Wahl die Konsequenz ziehen können.

Im Bewusstsein der Öffentlichkeit tief verankert ist die Verurteilung sachwidriger Einflussnahmen auf politische Entscheidungen durch finanzielle Zuwendungen. Zu wenig beachtet wird aber, dass auch die Rücksichtnahme auf eigene wirtschaftliche Interessen einer Partei politische Entscheidungen sachwidrig beeinflussen kann. Wer hat die besondere Beachtung, die bei den Beratungen des verunglückten „630-DM-Gesetzes“ die SPD-geführte Bundesregierung und Kanzler Schröder persönlich den Belangen der Presseverlage widmeten, mit den Presse-Beteili-

gungen der SPD in Verbindung gebracht? Wer nahm zur Kenntnis, dass der Wegfall der Körperschaftsteuer für Beteiligungsveräußerungen zwar nicht zur traditionellen SPD-Politik passt, aber der SPD-Presseholding „DDVG“ durchaus einmal von Nutzen sein kann?

Die in den vergangenen Jahren angewachsene Vermögensmacht der SPD und ihre Medienbeteiligungen stellen die alten kritischen Fragen an das Verhältnis von Geld und Politik unter veränderten Vorzeichen neu. Welches Interesse leitet die SPD, ihr Geld in Medienbeteiligungen zu stecken und nicht auf andere, finanziell gegebenenfalls viel einträglichere Art anzulegen? Wie beeinflusst die SPD mit ihren Zeitungsbeteiligungen Pressemarkt und Meinungsvielfalt? Verträgt sich massiver wirtschaftlicher Einfluss auf Unternehmen, in welcher Branche auch immer, mit den Aufgaben einer Partei?

SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier will den Einfluss der SPD in den Verlagen, an denen ihre Presseholding „DDVG“ beteiligt ist, möglichst gering erscheinen lassen: „Wir haben keinen bestimmenden Einfluss. Wir halten fast nur Minderheitsbeteiligungen. Selbst bei der 'Neuen Westfälischen', wo wir faktisch die Mehrheit besitzen, haben wir einen Geschäftsführungsvertrag, nach dem eine Entscheidung nur dann zustande kommt, wenn sich beide Partner einigen“⁹⁶. Die SPD behalte sich in den Gesellschaften, an denen sie beteiligt ist, „nur Einfluss auf den Wirtschaftsplan und die Besetzung der Geschäftsführung vor“⁹⁷. Mehr Einfluss deutlich werden zu lassen, wäre für die SPD allerdings schon steuer-

rechtlich sehr riskant: Die SPD ist als Partei nicht steuerpflichtig – allerdings nur solange, als ihre Beteiligungen als „Vermögensverwaltung“ eingeordnet werden können, weil kein entscheidender Einfluss auf die laufende Geschäftsführung ausgeübt wird.⁹⁸ Umso wichtiger ist damit natürlich für die SPD das Mitspracherecht bei der Auswahl der Geschäftsführer.

Die „Steuerungsfirmen“ des SPD-Unternehmensbereichs sind offenbar so etwas wie eine „Kaderschmiede“ des deutschen Zeitungsverlagswesens. Unter den Vorgängern des heutigen „DDVG“-Geschäftsführers Jens Berendsen in seinen vielfältigen Funktionen finden sich unter anderen Dr. Friedhelm Haak (Geschäftsführer der „DDVG“⁹⁹, der „Solidarität“¹⁰⁰, der „Verwaltungsgesellschaft für Printmedien-Beteiligungen“¹⁰¹ und der „Westfälischen Verlagsgesellschaft“¹⁰²), Rainer Hlubek (ebenfalls Geschäftsführer der „DDVG“¹⁰³, der „Solidarität“¹⁰⁴, der „Verwaltungsgesellschaft für Printmedienbeteiligungen“¹⁰⁵ und der „Westfälischen Verlagsgesellschaft“¹⁰⁶) und Bernd Nacke (Prokurist der „Westfälischen Verlagsgesellschaft“¹⁰⁷). Heute findet man die gleichen Namen an prominenter Stelle bei großen deutschen Zeitungsverlagen:

- Hannoversche Allgemeine Zeitung: Geschäftsführer Dr. Friedhelm Haak¹⁰⁸;
- Braunschweiger Zeitung: Geschäftsführer Rainer Hlubek¹⁰⁹;
- WAZ-Verlagsgruppe: Bernd Nacke, Geschäftsführer der „Westfälischen Rundschau“¹¹⁰ und der „NRZ“¹¹¹.

Über die „DDVG“ ist die SPD mit vielen großen Zeitungsverlagen geschäft-

lich verbunden. Der „Süddeutsche Verlag“ hält die Mehrheitsanteile an der „Frankenpost“ aus Hof, an der Coburger „Neuen Presse“ und dem „Freien Wort“¹¹² aus Suhl. Dem „Axel-Springer-Verlag“ gehört die Hälfte der „Leipziger Volkszeitung“ – die andere Hälfte der „Madsack-Verlagsgruppe“¹¹³, an der die „DDVG“ beteiligt ist. Das zur „Bertelsmann AG“ gehörende „Druck- und Verlagshaus Gruner + Jahr“ hält die Mehrheit an der „Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co KG“, dem Verlag der „Sächsischen Zeitung“¹¹⁴. Diese „Publizistischen Koalitionen“¹¹⁵ der SPD sind für die Leser nicht erkennbar und reichen wegen der Konzernstrukturen der Geschäftspartner weit über die Zeitungen hinaus, an denen die „DDVG“ beteiligt ist. So erscheinen in der „WAZ-Verlagsgruppe“, die mit der SPD über die „Westfälische Rundschau“ verflochten ist, auch die „Westdeutsche Allgemeine“ aus Essen, die „Westfalenpost“ aus Hagen, die „Osthüringer Zeitung“ aus Gera und die „Thüringer Allgemeine“ aus Erfurt.¹¹⁶ Nach dem fachkundigen Urteil des Mainzer Publizistik-Professors Kepplinger wird bei Zeitungen mit mittelbarer SPD-Beteiligung „bereits bei der Einstellung von Redakteuren auf eine gewisse Linientreue“ geachtet, die zu einer „deutlich geringeren Meinungsvielfalt in der Redaktion führe“¹¹⁷. Das dürfte sich dann innerhalb der großen Zeitungsverlage auch auf die Blätter auswirken, an denen die „DDVG“ gar keine Beteiligung hält. Staatsminister Huber, Chef der Bayerischen Staatskanzlei, stellt dazu fest: „Die SPD schafft eine Situation, die für die Redakteure objektiv schwierig ist. In manchen Regionen gibt es eine erhebliche Konzentration von SPD-Beteiligungen in der Tagespresse“¹¹⁸.

Für SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier sind die Beteiligungen der „DDVG“ in der deutschen Verlagsbranche vor allem ein Beitrag zu mehr Vielfalt, „müssten wir verkaufen, würden nur einige Große noch größer“¹¹⁹. Doch die mittelbaren Beteiligungen einer Partei können auch für die Wettbewerbsbedingungen zwischen den Presseverlagen ein ernstliches Problem darstellen. Gibt es auf dem Anzeigenmarkt Vorteile bei den immer noch zahlreichen Firmen im Besitz der öffentlichen Hand, wenn die Regierungspartei ein wirtschaftliches Interesse an einer Zeitung hat? Im „Vorwärts“ haben zwischen Mai 1998 und Februar 2000 beispielsweise in der Landesausgabe Nordrhein-Westfalen folgende Firmen Inserate geschaltet: Westdeutsche Landesbank (sechs mal je eine Seite), Westdeutsche Lotterie-GmbH (fünf mal je eine halbe Seite), Deutsche Post (sechs mal, insgesamt 18 Seiten), Bahn AG (drei mal je eine Seite), Volkswagen AG (drei mal je eine Seite), Audi-AG (fünf mal je eine Seite). Bei allen haben Politiker der SPD als politisch Verantwortliche im Bund und in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen Einfluss auf die Firmen als Vertreter wichtiger Eigner.¹²⁰

Die wirtschaftliche Macht einer Partei im Pressewesen ist problematisch, denn eine unabhängige Presse hat in unserem demokratischen Staat eine außerordentlich wichtige Kontrollfunktion. „Parteien haben generell in der unabhängigen Presse nichts zu suchen“, betont Staatsminister Huber. Seine Forderung ist konsequent: „Die SPD soll sich von ihrem Medienimperium trennen“¹²¹. Doch wirtschaftliche Macht im Pressewesen ist nur ein Aspekt eines grundlegenden Pro-

blems: des Verhältnisses von politischer Verantwortung und Wirtschaftstätigkeit. Wer das Vertrauen in Politik und Staat wieder stärken will, muss für klare Verhältnisse sorgen. Und das heißt: „Alle Parteien dürfen ihr Geld nur in der Form öffentlich handelbarer Papiere in breiter Streuung anlegen“¹²², um politische Einflussnahme auf eine Unternehmensführung – in welcher Branche auch immer – so weit als möglich auszuschließen.

Für eine klare Abgrenzung der jeweiligen Verantwortlichkeiten von Politik und Wirtschaft ist darüberhinaus vor allem eine konsequente Privatisierungspolitik erforderlich. Die Rolle von Politikern als Vertreter der öffentlichen Hand in Aufsichtsräten und ihre Bezüge aus solchen Tätigkeiten sowie die Spenden staatseigener Unternehmen an politische Parteien wecken in der Öffentlichkeit zunehmend kritische Fragen. Auf diese Fragen gibt es nur eine klare Antwort: Staat und Politik müssen sich aus wirtschaftlichen Tätigkeiten zurückziehen.

4. SPD-Vermögen – ein Vorsprung im politischen Wettbewerb

Die demokratische Wahlentscheidung über Regierung und Opposition liegt nur bei einem fairen Wettbewerb der Parteien ungeschmälert in der Hand der Wähler. Die Chancengleichheit der Parteien hat deshalb Verfassungsrang. Mit der Auswahl unter mehreren Parteien und ihren unterschiedlichen Programmen und Kandidaten treffen die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidung über die Richtung der Politik. Weil die Entscheidung, welche Partei in die Opposition geschickt wird und

welche den Regierungsauftrag erhält, sich von Wahl zu Wahl ändern kann, bleibt die Macht an den Wählerwillen gebunden und ihre demokratische Kontrolle wirksam. Das Parteivermögen der SPD und ihre Medienbeteiligungen drohen der SPD einen uneinholbaren Vorsprung vor ihren demokratischen Wettbewerbern zu verschaffen und die parlamentarische Kontrolle von Macht im Wechselspiel von Opposition und Regierung außer Kraft zu setzen. Die SPD sei nach dem Urteil von Bankern „jederzeit für 250 Millionen DM gut“¹²³ und könnte, wenn sie sich in einem Wahlkampf unter Druck fühlte, „mehrere Hundert Millionen DM mobilisieren“, stellt die Wirtschaftswoche¹²⁴ dazu fest.

Einen aktuellen Zusammenhang zwischen den Erträgen ihres Unternehmensbereichs und konkreter Wahlkampfhilfe will die SPD nicht sehen – obwohl es viele Hinweise darauf gibt, dass dieser Zusammenhang eben doch besteht. In den 50er-Jahren forderte die SPD-Partei zentrale ganz offen von den SPD-nahen Zeitungen, sich mit ganzer Kraft für den jeweiligen SPD-Kanzlerkandidaten einzusetzen.¹²⁵ Die SPD profitierte von massiven Sachleistungen der parteinahen Presse: „Die Eigenbetriebe stellten der SPD kostenfrei Mitarbeiter zur Verfügung, sie veröffentlichten Wahlkampfinserate der SPD, ohne diese Inserate in Rechnung zu stellen und überließen der Partei Fahrzeuge aus ihren Fuhrparks, für deren Nutzung nicht bezahlt werden musste“¹²⁶. Und schon damals hielten Insider wie der frühere „Konzentration“-Geschäftsführer Günter Falk die Vermutung nicht für unbegründet, dass auch die Spenden der Parteibetriebe für die Friedrich-Ebert-Stiftung

letztlich in die Kasse der SPD flossen.¹²⁷ Wohl nicht zufällig kurz vor den Bundestagswahlen 1987 erfolgte Ende 1986 die Veräußerung eines 9-Millionen-Anteils an der „Auerdruck“ durch den Eigner SPD an die ebenfalls zum SPD-Unternehmensbereich zählende „Druckhaus Deutz GmbH“. Diese zahlte 63 Millionen DM für eine Gesellschaft¹²⁸, die lange Jahre wirtschaftlicher Schwierigkeiten hinter sich hatte¹²⁹. Die „Druckhaus Deutz“ dagegen verdankte ihren bis dahin größeren wirtschaftlichen Erfolg einem langjährigen Druckauftrag des „Axel-Springer-Verlags“, der hier eine Teilaufgabe der „Bild“ drucken ließ¹³⁰. Mittlerweile besteht auch die „Druckhaus Deutz“ nicht mehr.

Der Feststellung, die SPD habe für die Jahre 1995 bis 1997 Ausschüttungen ihrer Presseholding von rund 19,4 Millionen DM nach Berücksichtigung der anfallenden Steuern kassiert, wird von der SPD nicht widersprochen. Der Schwerpunkt dieser Zahlungen erfolgte im Jahr 1998, da die Gewinnausschüttung der „DDVG“ laut namens der SPD-Schatzmeisterin abgegebener Erläuterungen jeweils erst im Folgejahr bei der Partei kassenwirksam wird und die Ausschüttung für 1997 besonders hoch ausfiel (16 Millionen DM). Aus einer von SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier am 23.5.2000 an Pressevertreter verteilten Übersicht geht damit weiter hervor, dass bei den Ausschüttungen für die Jahre 1992 bis 1994 von insgesamt 297.000 DM alle Zahlungen im Wahljahr 1994 erfolgten, während 1993 und 1995 bei der SPD kein Geld von der „DDVG“ einging.

Die Möglichkeit, die Wahlkampfkasse aufzubessern, erfordert unter dem Ge-

sichtspunkt der Chancengleichheit der Parteien künftig mehr Aufmerksamkeit auch für das Parteivermögen und die Erträge daraus. Die Rechtsprechung, die das Bundesverfassungsgericht zu den Spenden an die Parteien entwickelt hat, trifft jedenfalls dem Sinn nach auch hier zu:

- „Eine Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen Interessen soll offen gelegt werden.“¹³¹ Das muss auch gelten, wenn eine Partei selbst wirtschaftliche Interessen hat.
- „Der Wähler soll die Möglichkeit haben, die Übereinstimmung zwischen den politischen Programmen und dem Verhalten derer zu prüfen, die mit Hilfe finanzieller Mittel auf die Parteien Einfluss zu nehmen suchen“¹³². Der Wähler muss auch wissen können, an welchen Unternehmen eine Partei beteiligt ist und ob die Geschäftspolitik dort den von der Partei vertretenen politischen Grundsätzen entspricht.
- „Die innere Ordnung der Parteien sollte durch die Pflicht zur öffentlichen Rechenschaftslegung gegen undemokratische Einflüsse gesichert (...) und es sollte Vorsorge getroffen werden, dass die Öffentlichkeit Kenntnis über die Herkunft der Mittel der Parteien erhält, damit ersichtlich ist, wer hinter einer politischen Gruppe steht“¹³³. Undemokratische Einflussnahme ist innerhalb einer Partei auch denen möglich, die über die Finanzmittel aus den Parteiunternehmen oder die mit dem Eigner-Einfluss dort verbundenen Möglichkeiten verfügen, Karrieren zu fördern.
- „Die Veröffentlichungspflicht sollte zugleich zur Chancengleichheit im politischen Wettbewerb der Parteien

beitragen“¹³⁴. Bei einer Überarbeitung des Parteiengesetzes muss deshalb für alle Einnahmen der Parteien die gleiche strenge Transparenz durchgesetzt werden, wie sie für Spenden jetzt schon gilt.

Im Interesse fairer Bedingungen im demokratischen Wettbewerb für alle Parteien muss der krasse Vermögensvorsprung der SPD ausgeglichen werden. „Ein Weg dazu wäre der in anderen Rechtsgebieten verankerte Grundsatz, dass vor der Inanspruchnahme staatlicher Unterstützung eigenes Vermögen einzusetzen ist“¹³⁵.

5. Das Transparenzgebot des Grundgesetzes fordert mehr Offenheit

Das Transparenzgebot des Grundgesetzes für die Finanzen der Parteien hat nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts „eine zentrale Bedeutung“ für das Funktionieren der Demokratie.¹³⁶ „Das Publizitätsgebot des Art. 21 Abs. 1 Satz 4 Grundgesetz dient der innerparteilichen Demokratie und empfängt seinen Sinngehalt auch vom Art. 21 Abs. 1 Satz 3 Grundgesetz her. Dies gilt insbesondere für die Verwendung der Mittel. Die Offenlegung von Finanzströmen macht diese kontrollierbar und entschärft sie als Mittel innerparteilicher Machtsicherung.“¹³⁷

Umstritten ist, ob Vermögensgegenstände in den Rechenschaftsberichten der Parteien mit den „Nominalwerten“ oder mit den „Verkehrswerten“ anzugeben sind. Die Angabe aktueller „Verkehrswerte“ würde mehr über die tatsächliche Finanzkraft der Parteien

aussagen und daher besser dem Transparenzgebot des Grundgesetzes entsprechen.¹³⁸ Ein Gutachten der von der SPD beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Counsel Treuhand GmbH“ dagegen tritt für die Angabe von „Nominalwerten“ ein. Ausdrücklich hält das Gutachten fest: „Die SPD hat in ihren Rechenschaftsberichten ihre Beteiligungen zum Nominalwert, das heißt mit den Beträgen des gezeichneten und eingezahlten Stammkapitals ausgewiesen“¹³⁹. Damit darf aber nicht buchhalterischer Willkür Tür und Tor geöffnet werden. Wollte eine Partei beispielsweise ihre millienschweren Beteiligungen auf eine Gesellschaft mit einem Stammkapital von nur 50.000 DM überschreiben, um dann nur noch dieses Stammkapital als Vermögenswert anzugeben, wäre das eine Umgehung der Rechenschaftspflicht. Es darf daher auch bei der Wertangabe für das SPD-Vermögen nicht nur auf das Stammkapital der „DDVG“ von 12 Millionen DM¹⁴⁰ ankommen, wenn die von dieser Gesellschaft ihrerseits gehaltenen Beteiligungen diesen Betrag weit übersteigen. In der Welt wurde SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier mit der Angabe zitiert, der Buchwert der SPD-Gesellschaften betrage 17,8 Millionen DM¹⁴¹, mit diesem Betrag seien sie bei den Vermögensbeteiligungen im Rechenschaftsbericht berücksichtigt¹⁴². Doch auch dieser Wert ist wohl zu niedrig angesetzt: Allein die von der „DDVG“ gehaltenen Kommanditanteile an der „Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co KG“ (72.020.000 DM)¹⁴³, der „Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co KG“ (15.291.750 DM)¹⁴⁴, der „Südthüringer Druckerei- und Verlagshaus GmbH & Co Druckzentrum KG“ (9.000.000 DM)¹⁴⁵ und der

„Suhler Verlagsgesellschaft mbH & Co KG“ (2.460.000 DM)¹⁴⁶ überschreiten mit einer Gesamtsumme von 98,7 Millionen DM das im Rechenschaftsbericht 1998 insgesamt angegebene Vermögen des SPD-Parteivorstands von 56,7 Millionen DM¹⁴⁷.

Gut begründbaren Zweifeln begegnet auch die Verbuchung der Erträge aus dem Vermögen in den Rechenschaftsberichten der SPD. Den bereits erwähnten Zuflüssen an die SPD durch Gewinnausschüttungen der „DDVG“ in den Jahren 1996 bis 1998 von insgesamt 19,4 Millionen DM stehen in den offiziellen Rechenschaftsberichten veröffentlichte „Erträge aus Vermögen“ von 3,9 Millionen DM¹⁴⁸ gegenüber. Die SPD beruft sich dabei auf eine Sondervorschrift des Parteiengesetzes, die eine Saldierung der Erträge mit Aufwendungen für das Parteivermögen zulasse. So wurde die Ausschüttung der DDVG von 18,4 Millionen DM im Jahr 1998 (ohne Berücksichtigung von Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag) „mit Aufwendungen aus der Vermögensverwaltung verrechnet, insbesondere mit Aufwendungen, die durch die Investitionen in das Willy-Brandt-Haus entstanden“¹⁴⁹. Solche Kosten aber wären nicht saldierbar: Investitionen für das Vermögen gehören in die Vermögens-, nicht in die Einnahmen-/Ausgabenrechnung des Rechenschaftsberichts, Aufwendungen für eine Parteizentrale sind Aufwendungen für ein zur überwiegenden Eigennutzung vorgesehene Gebäude und nicht für ein Ertragsobjekt. Solange die SPD nicht alle Zahlen für ihre Saldierungen klar offenlegt, bleiben Zweifel am Rechenschaftsbericht – zumal „die Parteien selbst und unmittelbar Adressaten der

öffentlichen Rechenschaftspflicht“¹⁵⁰ sind, die ihnen das Grundgesetz aufgibt.

„Ich habe das Präsidium regelmäßig über die Parteifinzen informiert“¹⁵¹, betont Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier. Für Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, seit 1990 stellvertretender Vorsitzender der SPD, bedeutet gerade dies keine einfache Lage: Er könnte demnach zu allen Fragen aus eigener Kenntnis Stellung nehmen, die zum Parteivermögen der SPD in den vergangenen Wochen auch an die ihm unterstehende Bundestagsverwaltung

als mittelverwaltende Behörde gestellt wurden. Dieser Ansatz zu einem Interessenkonflikt zeigt: Es war und ist falsch, bei der Verwaltung der staatlichen Mittel für die Parteien dem Bundestagspräsidenten Zuständigkeiten – Festsetzung und Auszahlung der Mittel, Entgegennahme und Prüfung der Rechenschaftsberichte und Festlegung von Sanktionen – zuzuweisen. Die Frage, „ob ein Parteipolitiker für die in dieser Sache aufgrund von Rechtsvorschriften zu treffenden Entscheidungen der richtige Kompetenzträger ist“¹⁵², kann nur mit einem klaren Nein beantwortet werden.

Anmerkungen

- ¹ Interview in Focus, Nr.28/1996 vom 8.7.1996.
- ² Wirtschaftswoche, Nr.18/2000 vom 27.4.2000, S.19.
- ³ Die Welt, 28.4.2000.
- ⁴ Göttrik Wewer, Sozialdemokratische Wirtschaftsbetriebe, Eine politikwissenschaftliche Untersuchung von parteieigenen Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1987 (zit: Wewer), S.141.
- ⁵ Stefan Appelius, Heine – die SPD und der lange Weg zur Macht, Essen 1999 (zit: Appelius), S.10.
- ⁶ Appelius, S.11.
- ⁷ Inge Wettig-Danielmeier, Information im SPD-Internet-Angebot, <http://www.spd.de/partei/finzen/>, Stand: 2.8.2000, S.2 von 7.
- ⁸ Wolfgang Hoffmann, Das Geld und die Genossen, Die SPD lässt sich nicht in ihre Bücher sehen, ZEIT, Nr.41/1971 vom 8.10.1971, S.30.
- ⁹ Der Spiegel, Nr.44/1993 vom 1.11.1993, S.65.
- ¹⁰ Inge Wettig-Danielmeier, Information im SPD-Internet-Angebot, <http://www.spd.de/partei/finzen/>, Stand: 2.8.2000, S.2 von 7.
- ¹¹ Stephan Pieroth, Parteien und Presse in Rheinland-Pfalz 1945-1971, Ein Beitrag zur Mediengeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Mainzer SPD-Zeitung „Die Freiheit“, Mainz 1994, S.397.
- ¹² Appelius, S.333.
- ¹³ Appelius, S.358.
- ¹⁴ Appelius, S.360.
- ¹⁵ Appelius, S.388.
- ¹⁶ Wolfgang Hoffmann, Das Geld und die Genossen, Die SPD lässt sich nicht in ihre Bücher sehen, ZEIT, Nr.41/1971 vom 8.10.1971, S.30.
- ¹⁷ Wolfgang Ressmann, Strukturprobleme sozialdemokratischer Medienunternehmen, eine organisationspolitische Analyse der SPD-Pressenunternehmen von den Anfängen bis zur Gegenwart, Wiesbaden 1991 (zit.: Ressmann) S.173f.
- ¹⁸ Amtsgericht Hamburg, HRB 14599, Rückseite von Blatt 3.
- ¹⁹ Eingetragen bei der „Braunschweig-Druck GmbH“, Amtsgericht Braunschweig, HRB 135, Blatt 2.
- ²⁰ Eingetragen bei der „Druckhaus Schwaben GmbH“, Amtsgericht Heilbronn, HRB 2485, Rücks. von Blatt 1, und bei der „Hildesheimer Druck- und Verlagsgesellschaft mbH“, Amtsgericht Hildesheim, HRB 121, Blatt 2.
- ²¹ Ressmann, S.174.
- ²² Errechnet nach einer Tabelle bei Appelius, S.355/356.
- ²³ „Frankenpost Verlag GmbH“, Amtsgericht Hof, HRB 217, Rückseite von Blatt 1.
- ²⁴ Appelius, S.396.
- ²⁵ Inge Wettig-Danielmeier, Information im SPD-Internet-Angebot, <http://www.spd.de/partei/finzen/>, Stand: 2.8.2000, S.2 von 7.
- ²⁶ Focus, Nr.13/2000 vom 27.3.2000, S.279.

- ²⁷ Der Spiegel, Nr.44/1993 vom 1.11.1993, S. 68.
- ²⁸ Appellius, S. 406.
- ²⁹ Appellius, S. 418.
- ³⁰ Amtsgericht Charlottenburg, HRB 69366, Blatt 1.
- ³¹ Amtsgericht Charlottenburg, HRB 69366, Rückseite von Blatt 1.
- ³² Amtsgericht Hamburg, HRB 14599, Blatt 1.
- ³³ Amtsgericht Hamburg, HRB 14599, Rückseite von Blatt 3.
- ³⁴ Amtsgericht Bonn, HRB 2821, Blatt 1 – vorher Amtsgericht Mannheim, HRB 1068.
- ³⁵ Amtsgericht Bonn, HRB 3070, Blatt 1 – vorher Amtsgericht Hamburg, HRB 14070.
- ³⁶ Wolfgang Hoffmann, Das Geld und die Genossen, Die SPD lässt sich nicht in ihre Bücher sehen, ZEIT, Nr.41/1971 vom 8.10.1971, S.30.
- ³⁷ Inge Wettig-Danielmeier, Information im SPD-Internet-Angebot, <http://www.spd.de/partei/finanzen/finanzbericht.html>, Stand: 2.8.2000, S. 10 von 13.
- ³⁸ Schriftliche Fassung der Erklärung vor dem ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages am 29.6.2000, Teil 2, Seite 2.
- ³⁹ Focus, Nr.13/2000 vom 27.3.2000, S.279f.
- ⁴⁰ Inge Wettig-Danielmeier, Information im SPD-Internet-Angebot, <http://www.spd.de/partei/finanzen/finanzbericht.html>, Stand: 2.8.2000, S. 11 von 13.
- ⁴¹ Spiegel, Nr.44/1993 vom 1.11.1993, S.65.
- ⁴² Prof. Dr. Wilhelm Strobel, Parteiübergreifend befolgte Verfälschungszrepte, FAZ, 4.7.2000, S. 15.
- ⁴³ Der Spiegel, Nr.44/1993 vom 1.11.1993, S. 68.
- ⁴⁴ Unter anderem: Welt, 22.4.2000, S.3; Wirtschaftswoche, 27.4.2000, S.21; FAZ, 4.7.2000, S. 15.
- ⁴⁵ SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier, Interview in Welt, 15.3.2000.
- ⁴⁶ Amtsgericht Dortmund, HRA 10943, Blatt 1.
- ⁴⁷ Amtsgericht Dortmund, HRB 4105, Blatt 1.
- ⁴⁸ Amtsgericht Cuxhaven, HRA 588, Blatt 1.
- ⁴⁹ Zimpel 1, Abschnitt Redaktionsgemeinschaften, R30 S.3, Stand 1/2000.
- ⁵⁰ Amtsgericht Bielefeld, HRA 10753, Blatt 2.
- ⁵¹ Amtsgericht Bayreuth, HRA 734, Blatt 1.
- ⁵² Amtsgericht Meiningen, HRB 2179.
- ⁵³ Amtsgericht Hannover, HRA 23210, Blatt 8.
- ⁵⁴ Amtsgericht Hildesheim, HRA 966.
- ⁵⁵ Amtsgericht Göttingen, HRA 1575, Blatt 4.
- ⁵⁶ Inge Wettig-Danielmeier, Information im SPD-Internet-Angebot, <http://www.spd.de/partei/finanzen/finanzbericht.html>, Stand: 2.8.2000, S. 11 von 13.
- ⁵⁷ Unter anderem: Welt, 22.4.2000, S.3; Wirtschaftswoche, 27.4.2000, S.21; FAZ, 4.7.2000, S. 15.
- ⁵⁸ Amtsgericht Karlsruhe, HRB 231, Blatt 2.
- ⁵⁹ Unter anderem: Welt, 22.4.2000, S.3; Wirtschaftswoche, 27.4.2000, S.21; FAZ, 4.7.2000, S. 15.
- ⁶⁰ Amtsgericht Hamburg, HRB 65184, Blatt 1.
- ⁶¹ Inge Wettig-Danielmeier, Information im SPD-Internet-Angebot, <http://www.spd.de/partei/finanzen/finanzbericht.html>, Stand: 2.8.2000, S. 11 von 13.
- ⁶² Unter anderem: Welt, 22.4.2000, S.3; Wirtschaftswoche, 27.4.2000, S.21; FAZ, 4.7.2000, S. 15.
- ⁶³ Inge Wettig-Danielmeier, Information im SPD-Internet-Angebot, <http://www.spd.de/partei/finanzen/finanzbericht.html>, Stand: 2.8.2000, S. 12 von 13.
- ⁶⁴ Ebd.
- ⁶⁵ Vorsitz: Staatsrat a.D. Dr. Hans Fahning – Inge Wettig-Danielmeier, Information im SPD-Internet-Angebot, <http://www.spd.de/partei/finanzen/finanzbericht.html>, Stand: 2.8.2000, S. 10 von 13.
- ⁶⁶ Amtsgericht Hamburg, HRB 14599, Blatt 3.
- ⁶⁷ Anzeige in der Welt, 17.5.2000.
- ⁶⁸ Amtsgericht Bonn, HRB 3070, Rückseite von Blatt 1.
- ⁶⁹ Amtsgericht Hamburg, HRB 65184, Blatt 1.
- ⁷⁰ Amtsgericht Charlottenburg, HRB 62522, Blatt 1.
- ⁷¹ Amtsgericht Charlottenburg, HRB 70305, Blatt 1 (eingetragen bei der Verlegung nach Berlin 1999) – vorher Amtsgericht Bonn, HRB 3826.
- ⁷² Amtsgericht Bielefeld, HRB 7126, Blatt 2.
- ⁷³ Amtsgericht Dortmund, HRB 2299, Blatt 3.
- ⁷⁴ Amtsgericht Bonn, HRB 2821, Blatt 2.
- ⁷⁵ Laut Gesellschafterliste Amtsgericht Hamburg, HRB 14599, hält Frau Inge Wettig-Danielmeier 11.910.000 DM und die „Solidarität Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft“ 90.000 DM vom Stammkapital der „DDVG“ von 12.000.000 DM.
- ⁷⁶ Amtsgericht Heilbronn, HRB 2485, Rückseite von Blatt 1.
- ⁷⁷ Amtsgericht Karlsruhe, HRB 231, Blatt 2.
- ⁷⁸ Amtsgericht Coburg, HRB 82, Blatt 2 und Rückseite.
- ⁷⁹ Amtsgericht Hof, HRB 217, Rückseite von Blatt 1.

- ⁸⁰ Amtsgericht Coburg, HRB 82, Rückseite von Blatt 2.
- ⁸¹ Amtsgericht Meiningen, HRB 4546, Blatt 1.
- ⁸² Amtsgericht Coburg, HRB 82, Rückseite von Blatt 3.
- ⁸³ Amtsgericht Hof, HRB 217, Blatt 3.
- ⁸⁴ Amtsgericht Meiningen, HRB 4546, Blatt 1.
- ⁸⁵ Vergleiche die Aufstellungen im Spiegel, Nr. 44/1993, S. 65 und in der Welt vom 13.3.2000.
- ⁸⁶ Appelius, S. 364.
- ⁸⁷ Kommanditgesellschaft in Firma Westdeutsche Zeitungs- und Zeitschriftenvertriebsgesellschaft E. Brost & J. Funke, Essen – so eingetragen bei der „Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co Essen KG“, Amtsgericht Essen, HRA 4848, Blatt 1.
- ⁸⁸ Amtsgericht Essen, HRB 338.
- ⁸⁹ Welt, 13.3.2000.
- ⁹⁰ Focus, Nr. 13/2000 vom 27.3.2000, S. 280.
- ⁹¹ Amtsgericht Hamburg, HRB 4180, Blatt 2.
- ⁹² Zimpel 1, Abschnitt Tageszeitungen, S20, S. 2, Stand 12/1999.
- ⁹³ Stellungnahme von Peter Donalski, Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., 10785 Berlin, in der Welt vom 11.3.2000.
- ⁹⁴ Amtsgericht Cottbus, HRB 1639, Blatt 1.
- ⁹⁵ Zimpel 1, Abschnitt Tageszeitungen, P20, S. 2, Stand 05/2000.
- ⁹⁶ Interview, Welt, 15.3.2000.
- ⁹⁷ Ebd.
- ⁹⁸ Heinz Kießling/Horst Pelikan, Körperschaftsteuer, Achim 1992, S. 255.
- ⁹⁹ Von 1981 bis 1983, Amtsgericht Hamburg, HRB 14599, Rückseite von Blatt 1.
- ¹⁰⁰ Von 1982 bis 1983, Amtsgericht Bonn, HRB 2821, Blatt 1.
- ¹⁰¹ Von 1981 bis 1983, Amtsgericht Bonn, HRB 3070, Blatt 1.
- ¹⁰² Von 1981 bis 1983, Amtsgericht Dortmund, HRB 2299, Blatt 2.
- ¹⁰³ Von 1983 bis 1994, Amtsgericht Hamburg, HRB 14599, Rückseite von Blatt 1.
- ¹⁰⁴ Von 1983 bis 1993, Amtsgericht Bonn, HRB 2821, Rückseite von Blatt 1.
- ¹⁰⁵ Von 1985 bis 1988, Amtsgericht Bonn, HRB 3070, Rückseite von Blatt 1.
- ¹⁰⁶ Von 1983 bis 1993, Amtsgericht Dortmund, HRB 2299, Blatt 2.
- ¹⁰⁷ Von 1972 bis 1983, Amtsgericht Dortmund, HRB 2299, Rückseite von Blatt 1.
- ¹⁰⁸ Seit 1984 „Dr. Erich Madsack GmbH“, Amtsgericht Hannover, HRB 5510, Blatt 3 – Vorsitzender der Geschäftsführung laut Zimpel 1, Abschnitt Tageszeitungen, H30 – S. 2, Stand 03/2000.
- ¹⁰⁹ Seit 1994, „Verwaltungsgesellschaft Braunschweiger Zeitungsverlag GmbH“, Amtsgericht Braunschweig, HRB 408, Blatt 3.
- ¹¹⁰ „Zeitungsverlag Westfalen GmbH“, Amtsgericht Dortmund, HRB 4105, Rückseite von Blatt 2.
- ¹¹¹ „Zeitungsverlag Niederrhein GmbH“, Amtsgericht Essen, HRB 3086, Rückseite von Blatt 2.
- ¹¹² „Suhler Verlagsgesellschaft mbH & Co KG“, Amtsgericht Meiningen, HRA 361, Blatt 1.
- ¹¹³ Amtsgericht Leipzig, HRA 293, Blatt 1.
- ¹¹⁴ Amtsgericht Dresden, HRA 673, Blatt 1.
- ¹¹⁵ Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger, Focus, Nr. 13/2000 vom 27.3.2000, S. 281.
- ¹¹⁶ Horst Dichanz, Handbuch Medien: Medienforschung, Konzepte, Themen, Ergebnisse, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, Beilage.
- ¹¹⁷ Focus, Nr. 13/2000 vom 27.3.2000, S. 281.
- ¹¹⁸ Interview, Welt, 13.3.2000.
- ¹¹⁹ Interview, Welt, 15.3.2000.
- ¹²⁰ Aufstellung von CSU-Generalsekretär Staatsminister a.D. Dr. Thomas Goppel MdL, Februar 2000.
- ¹²¹ Interview, Welt 13.3.2000.
- ¹²² Dr. Peter Ramsauer, parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Deutschland-Magazin 7 – 8/2000, S. 16.
- ¹²³ Daniel Delhaes, Dieter Schnaas, Quasi ein Tripel-A, Wirtschaftswoche, Nr. 19/2000 vom 4.5.2000, S. 22.
- ¹²⁴ Dieter Schnaas, Friedrich Thelen, Grüße aus der Grauzone, Wirtschaftswoche, Nr. 18/2000 vom 27.4.2000, S. 22.
- ¹²⁵ Appelius, S. 372.
- ¹²⁶ Appelius, S. 408.
- ¹²⁷ Appelius, S. 407.
- ¹²⁸ Professor Dr. Wilhem Strobel, Parteiübergreifend befolgte Verfälschungsrezepte, FAZ 4.7.2000, S. 15.
- ¹²⁹ Appelius, S. 415f.
- ¹³⁰ Appelius, S. 425.
- ¹³¹ BverfGE 85, 264/319.
- ¹³² BverfGE 85, 264/319.
- ¹³³ BverfGE 85, 264/320.
- ¹³⁴ BverfGE 85, 264/320.
- ¹³⁵ Dr. Peter Ramsauer MdB, Der Vermögensvorsprung der SPD und die Chancengleichheit, FAZ vom 3.6.2000, S. 16.
- ¹³⁶ BverfGE 52, 63/87.
- ¹³⁷ Prof. Dr. Martin Morlok, Spenden – Rechenschaft – Sanktionen, Aktuelle Rechtsfragen der Parteienfinanzierung, in; Neue Juristische Wochenschrift, Nr.

- 11/2000 vom 13.3.2000 (zit.: Morlok) S.762.
- ¹³⁸ So unter anderem Prof. Dr. Wilhelm Strobel, Parteiübergreifend befolgte Verfälschungsrezepte, FAZ vom 4.7.2000, S.15.
- ¹³⁹ Gutachten vom 16.5.2000 der „Counsel Treuhand“ für SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier, S.6.
- ¹⁴⁰ Amtsgericht Hamburg, HRB 14599, Blatt 4.
- ¹⁴¹ Welt, 13.3.2000.
- ¹⁴² Interview, Welt, 15.3.2000.
- ¹⁴³ Amtsgericht Dresden, HRA 673, Blatt 1.
- ¹⁴⁴ Amtsgericht Hannover, HRA 23210, Blatt 8.
- ¹⁴⁵ Amtsgericht Meiningen, HRA 227, Blatt 1.
- ¹⁴⁶ Amtsgericht Meiningen, HRA 361, Blatt 1.
- ¹⁴⁷ Bundestagsdrucksache 14/2508 (Bericht 1998).
- ¹⁴⁸ Bundestags-Drucksachen 13/8923 (Bericht 1996), 14/246 (Bericht 1997) und 14/2508 (Bericht 1998).
- ¹⁴⁹ SPD-Pressemitteilung vom 28.4.2000.
- ¹⁵⁰ Morlok, S.762.
- ¹⁵¹ Interview in Focus, Nr.28/1996 vom 8.7.1996.
- ¹⁵² Professor Dr. Klaus Stern, Warum prüft ein Parteipolitiker die Rechenschaftsberichte der Parteien?, FAZ vom 16.2.2000, S.15.

Von der Religionssoziologie zur Sozialen Marktwirtschaft: Leben und Werk Alfred Müller-Armacks

Daniel Dietzfelbinger

1. Einführung

Vor über zwei Jahren – am 20. Juni 1998 – wurde die Währungsreform und damit die Soziale Marktwirtschaft, das Wirtschaftsordnungskonzept in Deutschland, 50 Jahre alt. In den Festansprachen, Artikeln und Aufsätzen war dies Ereignis meist mit einem Namen verbunden: Ludwig Erhard, nicht zu Unrecht, denn Erhard war derjenige, der in politische Gestaltung umsetzte, was vorher von Theoretikern der Wirtschaftswissenschaft in langer Auseinandersetzung entwickelt worden war. Nur in wenigen Festreden wurde erwähnt, dass es vor allem ein spiritus rector war, der den theoretischen Unterbau für Ludwig Erhard lieferte, Alfred Müller-Armack, ein Fußnotenkind in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur. Dabei hat Müller-Armack großen Anteil an dieser Wirtschaftsordnung.

Wer war Alfred Müller-Armack? Dies zu beantworten, ist nicht einfach, da das biografische Material über Alfred Müller-Armack bescheiden ist.¹ Zwar hat Müller-Armack 1971 eine Autobiografie veröffentlicht², diese legt aber

ihren Schwerpunkt auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und hier vor allem auf die politische Arbeit für die europäische Einigung.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, einen Überblick über Leben und Werk des Religionssoziologen, Wirtschaftstheoretikers und Europapolitikers zu geben.

Die biografische Entwicklung Alfred Müller-Armacks lässt sich in fünf Phasen teilen, die durch äußere Einflüsse bedingt sind:

- Erste Phase: die ersten Lebensjahre
- Zweite Phase: der Beginn des Nationalsozialismus
- Dritte Phase: die Zeit des Zweiten Weltkrieges
- Vierte Phase: der Wiederaufbau Deutschlands und Konsolidierung
- Fünfte Phase: auf dem Weg nach Europa

Diese Phasen schlagen sich relativ trennscharf in Müller-Armacks immensen publizistischen Werk nieder, das parallel zur Biografie in seinen Kernthesen vorgestellt wird.

2. Die ersten Lebensjahre (1901 – 1932)

2.1 Von Müller zu Müller-Armack

Alfred Müller-Armack wird am 28. Juni 1901 als Alfred Müller in Essen geboren. Sein Vater Hermann Müller ist Leiter eines Gaswerkes bei Krupp.³ Müller-Armack wächst in Essen auf und besucht dort das Goethe-Gymnasium. Den Namen Armack übernimmt Alfred Müller ab ca. 1930 von seiner Mutter Elise; über eine Begründung dafür kann nur spekuliert werden. Es ist anzunehmen, dass Müller-Armack bei Veröffentlichungen nicht mit dem Staats- und Gesellschaftstheoretiker Adam Müller verwechselt werden wollte.

Das Studium der Nationalökonomie absolviert Müller-Armack in Gießen, Freiburg, München und Köln. An der Universität Köln, an der zeitgleich Max Scheler und Helmuth Plessner lehren, wird Müller-Armack 1923 – er ist gerade 22 Jahre alt – zum Dr. rer. pol. bei dem Soziologen Leopold von Wiese promoviert. Er habilitiert sich – als einer der jüngsten Privatdozenten in Deutschland – 1926 in Köln für Wirtschaftliche Staatswissenschaften mit einer Arbeit zur „Ökonomischen Theorie der Konjunkturpolitik“⁴, der ersten systematischen konjunkturpolitischen Studie in Deutschland.

2.2 Die konjunkturpolitischen Schriften

Müller-Armack kommt das Verdienst zu, den Begriff Konjunkturpolitik geprägt zu haben. Seine Kernthese ist: Wirtschaftliche Schwankungen verlau-

fen nicht nach einem festen, geschichtlich sich immer wiederholenden Schema, sondern sie sind das Ergebnis spontaner Prozesse. Müller-Armack fordert bereits in den zwanziger Jahren vom Staat, bei einer liberalen Wirtschaft solide Konjunkturpolitik zu betreiben, um Fehlentwicklungen, d.h. allzu starke Ausschläge nach oben oder unten, zu vermeiden.⁵ In verschiedenen Publikationen⁶ wendet sich Müller-Armack gegen eine rein logisch vollzogene deduktive Ökonomie, die in seinen Augen willkürlich Prämissen setzt und daraus Gesetzmäßigkeiten ableitet, ohne sich den empirischen Gegebenheiten zu stellen. Die Weltwirtschaftskrise in den Jahren ab 1929 bedeutet einen Bruch für die Nationalökonomie. Die Krise führte zu erheblicher Verunsicherung darüber, inwieweit eine liberale Wirtschaftsordnung noch aufrechtzuerhalten sei. Denn zunächst glaubte man in der volkswirtschaftlichen Debatte, dass dem in Russland bereits etablierten real-existierenden Sozialismus allein mit einer konsequent liberalen Wirtschaftspolitik entgegenzutreten sei. Nun war auch diese durch die Krise aus dem Jahr 1929 und folgende in die Kritik geraten. Auch bei Müller-Armack ist diese Verunsicherung in den Schriften spürbar. Er wendet sich makroökonomischen Studien zu und veröffentlicht 1932 das Buch „Entwicklungsgesetze des Kapitalismus“⁷, nach der Phaseneinteilung ein Übergangswerk, das bereits in die Geschichtsanthropologie übergreift und somit in die stiltheoretische Phase des Werkes Müller-Armacks gehört. Zunächst aber treten äußere Ereignisse ein, die für die Biografie Müller-Armacks nicht unerheblich waren: die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933.

3. Der Beginn des Nationalsozialismus (1933 – 1936)

3.1 Nationalsozialismus als Geschichtsaktivismus

Die Zeit Müller-Armacks während des Nationalsozialismus ist immer noch ein Feld vieler Spekulationen und Vermutungen.⁸ Geschürt werden diese Spekulationen dadurch, dass sich Müller-Armack – trotz vieler autobiografischer Aufzeichnungen – zu seinem Verhalten während des Dritten Reiches nie äußert. In den Archiven Müller-Armacks ist trotz aller sonstigen Ausführlichkeit das Material zu dieser Epoche spärlich – auch dies ein Anlass für Spekulationen.

Bereits mit seinen konjunkturpolitischen Studien ab dem Jahre 1923 gehört Müller-Armack mit Friedrich August von Hayek, Walter Eucken sowie Wilhelm Röpke zum rechten Flügel der jüngeren Ökonomen.⁹ Zunächst ist Müller-Armack über die politischen Veränderungen 1933 begeistert; das zeigt eine aufschlussreiche Anmerkung seines 1933 erschienenen Buches „Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich“: „In meinem Buche: Entwicklungsgesetze des Kapitalismus, ... habe ich den Versuch unternommen, die marxistische wie die liberale Staats- und Wirtschaftstheorie von ihren Grundanschauungen aus zu überwinden und durch eine neue positive Form der Staats- und Geschichtstheorie zu ersetzen. Diese ergab sich aus einer Weiterführung der deutschen geistesgeschichtlichen Besinnung über das Wesen der Geschichte bis zur Herausbildung eines neuen Geschichtsaktivismus. Dass dieser berufen sein dürfte, dem neuen staat-

lichen Wollen als geistiger Rückhalt zu dienen, wurde mir bei der ersten Begegnung mit dem Faschismus 1924 in Rom klar.

In allen Dokumenten und Handlungen kündigte sich eine neue Art des lebendigen Geschichtsgefühls und ein neues Zutrauen zur geschichtlichen Aktion an.“¹⁰ Müller-Armack glaubt, mit dem Faschismus „werde das Gegeneinander von Staat und Wirtschaft überwunden“¹¹ – die Überwindung von Gegenüberstellungen, ein Lebensthema für Müller-Armack, der sich immer gegen Ideologisierungen gewendet hat.

Die Begeisterung für die neue Politik ist im Zusammenhang mit der 1929 ausbrechenden Weltwirtschaftskrise¹² zu sehen, die Müller-Armack zunächst in den Dunstkreis der Nationalsozialisten führt. Einen Ausweg aus der ökonomischen Krise sieht Müller-Armack in einer stärkeren Steuerung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Wahrung der individuellen Freiheit durch den Staat, wie es die Nationalsozialisten versprachen.

Müller-Armacks positive Bewertung des Faschismus bezieht sich auf die staatliche Ordnung und Wirtschaftspolitik¹³ sowie die von ihm erhoffte Einheit von Staat und Wirtschaft¹⁴, die geschichtstheoretisch herzuleiten er bemüht war. Vorbehalte¹⁵ äußert Müller-Armack gegen jegliche Form des Rassismus, was ihm Kritik einbringt.¹⁶

Müller-Armack tritt am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein und ist von 1937 bis etwa 1941 im NS-Rechtswahrerbund. Dem NS-Dozentenbund tritt Müller-Armack nicht bei.¹⁷

3.2 Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich

Im Jahre 1933 erscheint Müller-Armacks Schrift „Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich“; vermutlich ist sie nicht allzu spät nach der Machtübergabe an Hitler entstanden, da sie noch im Jahre 1933 ausgeliefert wird. Ihr Neudruck wird 1935 verboten.¹⁸ Pikanterweise indizieren 1945 wiederum die alliierten Militärbehörden das Buch.¹⁹ Der explosive Charakter der Müller-Armack'schen Schrift „Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich“ aus dem Jahre 1933 war lange Zeit in der Wissenschaft verschwiegen worden. Einige Thesen daraus seien hier vorgestellt. Dazu aber ist eine Vorbemerkung notwendig: Wie noch zu zeigen sein wird, konstruiert Müller-Armack historisch einen Zusammenhang zwischen geistiger Haltung und sozioökonomischer Verfasstheit einer Zeit. Wirtschaft, Staat und geistiger Zustand eines Landes stünden – so Müller-Armack – in engen wechselseitigen Zusammenhängen. Aus dieser Perspektive betrachtet Müller-Armack Geschichte. Dass dies ein schwieriges Unterfangen ist, insbesondere wenn dieses Schema auf die Gegenwart übertragen wird, liegt auf der Hand. Jahre später, in seinem Buch „Diagnose der Gegenwart“ von 1949, deutet Müller-Armack die Probleme einer solchen Vorgehensweise an²⁰ – vielleicht seine Form des Schuldbekenntnisses: Es sei schwierig über eine Zeit, zu der man keinen Abstand hat und in die man mental wie historisch involviert ist, verbindliche Urteile abzugeben.

Doch genau dies tut Müller-Armack 1933. Er bekennt sich in pathetischer

Sprache unzweideutig als Anhänger der faschistischen Wirtschaftspolitik: Man könne sich des Gefühles nicht erwehren, „im Beginn einer neuen geschichtlichen Epoche zu stehen“²¹, denn das „äußere Geschehen, der Regierungswechsel, die veränderte Art der politischen Führung und der Wirtschaftspolitik, die Aktivierung des politischen Bewusstseins überhaupt bedeutet, so tief greifend es auch ist, nur eine Vorbereitung, einen Hinweis auf eine sich vollziehende, grundlegende Wandlung des staatlichen Lebens, ja darüber hinaus der kulturellen Form“²². Die Zeit spiegele eine neue Situation, „Vorstellungen wie: Volk, Nation, Sozialismus, Freiheit, Persönlichkeit füllen sich mit frischem Inhalt und weisen in ihrem Bedeutungswandel auf das Werden einer anderen Gesamtanschauung der Geschichte hin“²³.

Es ist das Versprechen der Regierung, eine neue Wirtschaftspolitik zu gestalten, die Müller-Armack und viele seiner Kollegen zunächst in die Anhängerschaft des Faschismus treibt. Es ist nicht die spätestens ab 1934 öffentlich werdende Rassepolitik, es ist nicht der Judenhass, es ist nicht die Diktatur, die Müller-Armack befürwortet. Viel zu sehr waren er und die anderen Ökonomen damit beschäftigt, einen Ausweg aus dem Antagonismus zwischen Liberalismus und Kommunismus und aus dem Methodenstreit der Volkswirtschaftslehre zu finden.

1934 wird Müller-Armack außerordentlicher Professor in Köln. 1936 erhält er einen Ruf an die Universität nach Frankfurt, der Berufungsprozess wird aber staatlicherseits unterbunden. Müller-Armack schreibt: „Der Bil-

dungsminister stoppte den Prozess wegen meiner liberalen Gedanken ...“²⁴. In den Jahren darauf ist eine deutliche Distanzierung Müller-Armacks von jener anfänglichen Begeisterung für den Faschismus nachzuvollziehen.

3.3 Loyalität und Distanz

Wie lässt sich Müller-Armacks Rolle in den ersten Jahren des Nationalsozialismus beurteilen? Müller-Armack wäre ohne Loyalität bzw. Linientreue gegenüber dem Staat nicht vorangekommen²⁵, seine Parteimitgliedschaft hilft ihm. Trotz dieser Loyalität gegenüber dem Staat ist Müller-Armack ab 1936 zeitweise Unterstützer der Bekennenden Kirche. Müller-Armack ist zunächst begeistert, dann distanziert, aber ohne offene Kritik, ab 1941 zieht er klare Trennlinien – zu spät, wie manche Kritiker meinen.

Müller-Armack äußert sich kaum zu seiner Einstellung während des Dritten Reiches. Zeitaktuelle Äußerungen finden sich nur im Entnazifizierungsbogen: „Zwischen 1932 und 1933 habe ich verschiedentlich die Gefahr von faschistischen und diktatorischen Bewegungen analysiert. Weil ich ohne Parteimitgliedschaft zum Schweigen verurteilt gewesen wäre, schloss ich mich der Partei an, um sie von innen zu beeinflussen. Ich versuchte vor allem, meine Kritik an der Rassetheorie zu äußern und den christlichen Glauben zu verteidigen.“²⁶ In späteren Jahren hat sich Müller-Armack schriftlich nur einmal konkret zu seiner anfänglichen Begeisterung für den Faschismus geäußert. Es handelt sich um einen Kommentar zu einer von Rolf Seeliger herausgegebenen Zusammenstellung

der Schriften von Universitätslehrern²⁷, die diese während des Nationalsozialismus publizierten. Hier schreibt Müller-Armack – adressiert an den Herausgeber des Buches: „Ich beglückwünsche Sie dazu, dass Sie das einzige Zitat, das den Namen Hitler nennt, in meinem ca. 3000 Seiten umfassenden Schrifttum gefunden haben. Es steht in einem Relativsatz und besagt, dass das Volk, heute würde man sagen, die Gesellschaft, gegenüber der staatlichen Organisation das Vorrangige ist.“²⁸ Müller-Armack betont: „Wenn Sie für mein damaliges Schrifttum eine einzige Schrift aus dem Jahre 1933 zitieren, wäre es wohl fair, auch festzustellen, dass ich unter dem Druck des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945 keine nationalökonomische Arbeit mehr veröffentlichte. Was ich in dieser Zeit entwickelte, war in Fortsetzung des Werkes von Max Weber eine Religionssoziologie ...“²⁹.

4. Die Zeit des Zweiten Weltkrieges (1938 – 1945)

4.1 Professor für Religionssoziologie

1938 geht Müller-Armack – ebenfalls zunächst als außerordentlicher Professor – ab 1940 als Professor für Nationalökonomie und Kultursoziologie, insbesondere Religionssoziologie³⁰ nach Münster. Damit verbunden ist die Stelle des Geschäftsführenden Direktors des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.³¹ Hier zeigt sich, dass Müller-Armack der Regierung zumindest verdächtig war und er dem ungefährlichen Gebiet Religionssoziologie zugeschoben wurde, damals seit Max Weber ein Randgebiet der Wirtschaftswissenschaften. Im Jahr

1940 gründet er in Münster die Forschungsstelle für Textile und Allgemeine Marktwirtschaft als Institut der Westfälischen Wilhelms-Universität. In diesen Jahren entstehen lockere Kontakte zu den Freiburger Nationalökonomern, den sogenannten Freiburger Kreisen. Müller-Armack war zusammen mit Walter Eucken, Erwin von Beckerath, Adolf Lampe sowie weiteren Nationalökonomern in der „Arbeitsgemeinschaft für Volkswirtschaftslehre“ der Klasse IV der Akademie für deutsches Recht. In dieser Arbeitsgemeinschaft wurden grundsätzliche wirtschaftspolitische Fragen diskutiert.

4.2 Religionssoziologie als Kulturtheorie

Sieben Jahre publiziert Müller-Armack nicht, um 1940 seine erste umfassende religionssoziologische Studie zu veröffentlichen: „Die Genealogie der Wirtschaftsstile“³². Darin widmet sich Müller-Armack der Herleitung der Wirtschaftsstile zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert.

Müller-Armack will den religionssoziologischen Ansatz des Ökonomen Max Weber ausbauen. Weber hatte in seiner Schrift „Die Protestantische Ethik und der 'Geist' des Kapitalismus“³³ aus dem Jahre 1905 einen unmittelbaren Konnex zwischen der puritanischen Lebenshaltung und der ökonomischen Gestaltung der Gesellschaft im 16. Jahrhundert beschrieben. Durch die Ethik des Protestantismus sei ein neuer Geist in die kapitalistische Wirtschaftsform getreten, allerdings bleibt Weber in der Ausgestaltung seiner These eher zurückhaltend. Müller-Armack

versucht nun, diese These auszuweiten und materialreich zu belegen.

Die Wirtschaftsgeschichte solle wieder in die allgemeine Geistesgeschichte eingeordnet werden, nicht mehr als eine Spezialdisziplin getrennt werden. Um dies zu erreichen, bedient sich Müller-Armack des Begriffs Wirtschaftsstil. Die Formel Wirtschaftsstil rekonstruiert wie in der Kunstgeschichte eine vorgestellte Einheit einer geschichtlichen Epoche. So wie man etwa vom Kunststil des Barocks spricht, so könne man auch von einem bestimmten Wirtschaftsstil einer Epoche sprechen: Wirtschaftsstil des Merkantilismus, des Liberalismus usw.

Dabei entwickelt Müller-Armack eine spezifische Lehre vom Menschen im Anschluss an seinen Zeitgenossen und Kölner Kollegen Helmuth Plessner. Kerngedanke der Müller-Armack'schen Anthropologie ist die Einheit von Natur – Paradigma der ökonomischen Seite – und Geist – Paradigma der geistesgeschichtlichen Prägung. Beide Elemente gehören zum Menschen, und dies begründe den Stilgedanken: Der Mensch sei für geistige, religiöse Gedanken auf der einen Seite und naturhafte, real greifbare Fakten auf der anderen Seite offen. Der Ansatz Müller-Armacks ist ebenso einfach wie genial: Der Stil einer Zeit setzt sich aus beiden Erfahrungen zusammen. Und das führt nach Müller-Armack zu dem Ergebnis, dass Wirtschaftsgeschichte nicht nur anhand ökonomischer Faktoren einer Zeit betrieben werden kann, sondern dass sie gleichzeitig auch die geistige Lage der Zeit erfassen muss. Aufbauend darauf entwickelt Müller-Armack in den 40er-Jahren sein religionssoziologisches Konzept: Reli-

gionssoziologie = Kulturosoziologie. Gegenstand der Religionssoziologie ist der metaphysisch-kulturelle Rahmen, in dem sich eine Gesellschaft und ihre jeweilige Wirtschaftsordnung befindet. Religionssoziologie muss mithin versuchen, eine Gesamtschau der jeweiligen Epoche zu geben, Verbindungslinien zwischen der geistigen Strömung und den sozioökonomischen Gegebenheiten einer Zeit zu entwickeln, sie muss deren Wechselwirkungen erfassen, die wie oszillierende Wellen ineinander greifen. Mittels dieser stiltheoretischen Religionssoziologie entwickelt Müller-Armack eine breit angelegte, materialreiche Untersuchung der vor ihm liegenden Geistesgeschichte und versucht nachzuweisen, dass sich Wirtschaft und Religion, Sozioökonomie und Metaphysik immer im gegenseitigen Wechselverhältnis beeinflussen.

Müller-Armack dehnt in späteren Jahren seine soziologischen Studien in den Büchern „Das Jahrhundert ohne Gott“ von 1948 und „Diagnose unserer Gegenwart“ von 1949 bis in seine Zeit aus. Für das ausgehende 19. und beginnende 20. Jahrhundert konstatiert Müller-Armack mehr und mehr die Entwicklung der Gesellschaft zum Säkularismus – auch dies sei im Zusammenhang der Wechselwirkung zwischen Religion und Sozioökonomie zu deuten, da der Hang zur Transzendenz durch innerweltliche Idolbildung kompensiert wird. Dieser Strömung, deren Gipfel nach Müller-Armack mit dem Nationalsozialismus erreicht war, will Müller-Armack nach dem Krieg mit einer Rechristianisierung der Gesellschaft begegnen. Dies soll durch einen Sozialhumanismus geschehen, der im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft konkretisiert wird.

5. Wiederaufbau und Konsolidierung (1946-1958)

5.1 Vom Berater zur rechten Hand Ludwig Erhards

Nach dem Zweiten Weltkrieg beginnt Müller-Armacks politische Laufbahn.³⁴ Zunächst nimmt er zahlreiche Berater-tätigkeiten wahr. Müller-Armacks Interesse war es, die schon während des Krieges³⁵ entstandene Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft als neues Modell für eine Wirtschaftsordnung vorzustellen. Deshalb setzt er sich schon früh – spätestens ab 1946 – für eine Währungsreform³⁶ als Grundvoraussetzung für eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik ein, wie sie erst 1948 Ludwig Erhard durchführen wird.³⁷

Von 1947 bis 1966 ist Müller-Armack Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Wohnungsbau beim Bundeswirtschaftsministerium sowie Mitglied der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. 1950 kehrt Müller-Armack von Münster nach Köln als Ordinarius für wirtschaftliche Staatswissenschaften zurück und gründet dort das Institut für Wirtschaftspolitik. 1952 wird Müller-Armack von Ludwig Erhard³⁸ – sie hatten sich 1941 bei einem Treffen bei Wilhelm Vershofen in Nürnberg kennen gelernt³⁹ – ins Wirtschaftsministerium berufen, dessen enger Mitarbeiter er von 1952 bis 1963 ist. In dieser Zeit vollzieht sich ökonomisch das, was als deutsches Wirtschaftswunder in die Geschichte einging. Das reale Bruttosozialprodukt wächst von –2,2% in den Jahren 1939 bis 1949 auf durchschnittlich +8,4% in den Jahren 1949 bis 1954, wengleich Müller-Armack den Begriff Wunder stets ablehnte.

5.2 Komplementarität von Freiheit und Gerechtigkeit

Bereits 1944 finden sich Vorstudien zu dem bahnbrechenden Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“⁴⁰, die ganz vom Charakter der Sozialen Marktwirtschaft getragen sind.⁴¹ Die ersten wirtschaftspolitischen Aufsätze in den Jahren nach dem Krieg beinhalten wie ein ceterum censeo die Forderung nach einem marktwirtschaftlichen Umbau der Gesellschaft. 1947 publiziert Müller-Armack das Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“⁴².

Was ist das Ziel dieses ursprünglich als Ad-hoc-Analyse gedachten Buches? Müller-Armack will einen Sozialhumanismus unter der Bedingung der Freiheit, der nicht allein ökonomischen Kriterien folgt, sondern in dem sich der Mensch in seiner anthropologische Grundkonstitution – der Offenheit für Geist wie Natur – verwirklichen kann. Dies sei nur dann möglich, wenn in einer Wirtschaftsordnung die Grundelemente der beiden konträr gegenüberstehenden Wirtschaftskonzepte integriert werden: der Freiheitsgedanke des Liberalismus und der soziale Gedanke des Sozialismus. Beide Elemente haben nach Müller-Armack ihren Ursprung im christlichen Weltbild. Um optimale Rahmenbedingungen für rationales und ethisch legitimes Wirtschaften zu schaffen, bedürfe es neben einer ökonomischen Sicherung einer gesellschaftspolitischen Ausgestaltung der Ordnung der Wirtschaft. Die Marktordnung dürfe ausschließlich instrumental verstanden werden: „Sie ist nur ein überaus zweckmäßiges Organisationsmittel, aber auch nicht mehr, und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum,

der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen und die Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen.“ An dieser Stelle führt Müller-Armack den Begriff Soziale Marktwirtschaft explizit ein – er ist Erfinder dieses Begriffs.⁴³

Was ist das Besondere an der Konzeption? Soziale Marktwirtschaft nach Müller-Armack ist nicht einfach Verbindung von Markt und Lenkung, sie ist ein komplementärer Ausgleich zwischen beiden. Zwei Extrempositionen werden vermieden: schonungsloser Wettbewerb und daraus resultierende ökonomisch-soziale Irrationalitäten, zum anderen die Überbetonung des sozialen Gedankens, die in eine gelenkte Form der Wirtschaft führen und das Funktionssystem Marktwirtschaft ausschalten würde. Entscheidend ist die gegenseitige Ergänzung und die Flexibilität der beiden Prinzipien. Dem Staat wird das Recht eingeräumt, mit marktkonformen Maßnahmen sozialgestalterisch in das ökonomische Handeln einzugreifen. Als marktkonform gelten nach Müller-Armack alle Maßnahmen, die das innere Funktionssystem der Marktwirtschaft nicht gefährden, bestenfalls sich dieses sogar zunutze machen. Zugleich ist es Aufgabe des Staates, ein Sozialsystem zu errichten und dieses zu wahren.

Was heißt das nun konkret? Grundsystem der Sozialen Marktwirtschaft ist der Wettbewerb. Er ist der Motor der Wirtschaftsordnung. Wie ein Motor Benzin braucht, damit er läuft, so soll der Staat Anreize für den Wettbewerb schaffen, weil dieser sonst irgendwann lahmt. Andererseits ist staatlicherseits

darauf zu achten, dass das Auto, in dem der Motor eingebettet ist, nicht unkontrolliert schnell oder in eine falsche Richtung fährt. Deswegen müsse der Staat steuernd eingreifen, ein wenig abbremsen oder wieder beschleunigen.

Es sei also Aufgabe des Staates, eine liberale Wettbewerbspolitik zu betreiben, aber zum einen bei drohenden Verzerrungen des Wettbewerbs steuernd einzugreifen, zum anderen müsse der Staat dafür sorgen, dass die Güter und Funktionsbereiche einer Gesellschaft, die nicht über den Wettbewerb abgedeckt werden, sozial gerecht verteilt werden. Der Pragmatiker Müller-Armack erkennt im Gegensatz zu vielen anderen Theoretikern trennscharf folgendes Problem: Der Wettbewerb ist zwar im Großen und Ganzen gerecht, aber nur für die, die an ihm teilnehmen können. Wettbewerb hat exklusiven Charakter. Deswegen müsse der Staat dafür sorgen, dass diejenigen, die nicht am Wettbewerb teilnehmen können, also etwa die junge Generation, die alte Generation, die Arbeitslosen oder auch zukünftige Generationen, gleichermaßen versorgt sind. In diesem Zusammenspiel aus Wettbewerbs- und Sozialpolitik besteht das ganze Geheimnis der Sozialen Marktwirtschaft.

Als die ökonomischen Pfeiler des Systems Soziale Marktwirtschaft errichtet sind, bemüht sich Müller-Armack in den 50er-Jahren, ihr ein gesellschaftliches Fundament zu verleihen. Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft beginnt: Sie soll zum „Gesellschaftspolitischen Leitbild“, zum Wirtschaftsstil der Moderne werden. Soziale Marktwirtschaft wird nun zu-

gleich eine moderne Gesellschaftstheorie, indem sie den Stilbegriff in einer modernen Form rezipiert, freilich mit einer geänderten Funktion: Der Stilbegriff nimmt diese Einheit aus der Zukunft vorweg, gleichsam als Forderung einer idealen Zukunft. Der Stilbegriff erhält nun antizipatorische Funktion.

Vorweggenommen wird ein Gesellschaftsmodell, in dem verschiedene Rationalitäten und Ideologien eingebunden werden. Die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsstil avanciert zum sozioökonomischen Imperativ für alle in ihr lebenden Individuen, fundiert auf den Werten Freiheit und Gerechtigkeit, die von Müller-Armack explizit aus dem Christentum hergeleitet werden.

Das heißt für Müller-Armack zugleich, dass Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsstil nie als statisches System zu verstehen ist, an dem nichts mehr zu ändern wäre. Vielmehr müsse sie als offenes System betrachtet werden, das je nach Lage der Gesellschaft flexibel reagieren muss und vor allem reagieren kann.

Müller-Armack schreibt im Jahre 1950, also zwei Jahre nach der Währungsreform, fast prophetisch: Die Soziale Marktwirtschaft sei „gemäß ihrer Konzeption kein fertiges System, kein Rezept, das, einmal gegeben, für alle Zeiten im gleichen Sinne angewendet werden kann, ... (sondern eine) evolutive Ordnung, in der es neben den festen Grundprinzipien, dass sich alles im Rahmen einer freien Ordnung zu vollziehen hat, immer wieder nötig ist, Akzente zu setzen gemäß den Anforderungen einer sich wandelnden Zeit“⁴⁴.

6. Auf dem Weg nach Europa (1958 – 1978)

6.1 Europapolitiker, Berater und Wissenschaftler

1958 wird Müller-Armack Staatssekretär in der Europaabteilung. An der Ausarbeitung und am Abschluss der Römischen Verträge 1957 hat Müller-Armack entscheidenden Anteil und führt häufig in Vertretung Erhards die Verhandlungen. Von 1960 bis 1963 setzt sich Müller-Armack als erster Präsident des Konjunkturausschusses der Europäischen Gemeinschaft für eine gesamteuropäische Konjunkturpolitik ein. Er übernimmt das Amt eines Verwaltungsratsmitglieds der Europäischen Investitionsbank, das er trotz seines späteren Rückzugs aus der Politik bis 1977 inne behält. Als es um die Jahreswende 1962/1963 zum Scheitern der Verhandlungen über einen Beitritt Englands zur EWG kommt, will Alfred Müller-Armack, der Anhänger einer umfassenden und gesamteuropäischen Union ist, aus Protest gegen die Haltung Frankreichs zurücktreten, lässt sich aber zunächst zu einer Fortsetzung seiner Arbeit vom Mai 1963 an überreden. Nach dem Regierungswechsel im Herbst 1963 scheidet Müller-Armack aus der aktiven Politik aus und widmet sich wieder der wissenschaftlichen Arbeit, bleibt aber der Politik durch seine Beratertätigkeit bis zu seinem Tode verbunden. Ab 1964 ist Müller-Armack Mitglied des Rates der Stadt Köln und von 1965 bis 1967 Aufsichtsratsvorsitzender der Essener Rheinstahl AG. Ab 1964 gehört er dem Bundesvorstand der CDU an. 1977 wird er Präsident der Ludwig-Erhard-Stiftung. Am 16. März 1978 stirbt Müller-Armack in Köln – Ironie der Geschichte: Weil an

diesen Tagen gerade die Drucker streiken und keine Zeitungen erscheinen, bleibt sein Tod von der Öffentlichkeit fast unbemerkt.

Alfred Müller-Armack war seit 1934 in zweiter Ehe verheiratet mit Irmgard Fortmann, die sich noch stärker als er mit theologischen Themen auseinandersetzt und in späten Jahren vor allem unter dem Einfluss des katholischen Dogmatikers Michael Schmaus – ein Freund der Familie – zum Katholizismus übertritt.⁴⁵ Alfred Müller-Armack bleibt – trotz anderslautender Gerüchte – sein Leben lang Protestant.⁴⁶

6.2 Vollendung und Ausblick

Die letzte große Schaffensperiode Müller-Armacks setzt ein mit dem programmatischen Aufsatz „Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik“⁴⁷ von 1960. Ziel der Veröffentlichungen Müller-Armacks ist es nun – neben tagespolitischen Fragen und historischen Rückblicken auf die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft – über die rein wirtschaftspolitische Ordnung hinaus eine breite gesellschaftliche Basis für die Soziale Marktwirtschaft zu schaffen. Zugleich will er die Soziale Marktwirtschaft als ein festes Fundament für die Gesellschaft ausgestalten und ihre Verwurzelung in einer durch das Wechselverhältnis von Metaphysik und Sozioökonomie geprägten Stiltheorie im Bewusstsein halten. Weiter konzentrieren sich die Veröffentlichungen Müller-Armacks auf das Thema Europäische Einigung. Zu erwähnen ist der Vortrag und Aufsatz „Der

Moralist und der Ökonom⁴⁸, in dem Müller-Armack eine Standortbestimmung zum Verhältnis Ethik und Wirtschaft unternimmt. 1971 erscheinen seine Lebenserinnerungen, die den für Müller-Armack bezeichnenden Titel „Auf dem Weg nach Europa“⁴⁹ tragen. Programmatisch fasst Müller-Armack seine wirtschaftspolitische Konzeption noch einmal 1972 im „Manifest '72“⁵⁰ zusammen, das er gemeinsam mit Ludwig Erhard herausgibt. 1973, die Soziale Marktwirtschaft wird 25 Jahre alt, äußert sich Müller-Armack in zahlreichen Aufsätzen über Wurzeln, Geschichte und Inhalt der Sozialen Marktwirtschaft und deutet gleichzeitig Pläne an, wie das Konzept auf künftige Herausforderungen reagieren könne. Verbunden mit seiner nun mehr europäisch ausgerichteten Arbeit, denkt Müller-Armack nun darüber nach, wie eine Soziale Marktwirtschaft auch für andere Länder zur Grundlage der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden kann, eine weitreichende Union der europäischen Staaten vorausgesetzt.

7. Soziale Marktwirtschaft als Verpflichtung

Was bleibt von Müller-Armack? In der aktuellen Diskussion um Neoliberalismus, Globalisierung und Shareholder Value sollte bewusst bleiben, dass Müller-Armack beide Elemente – Freiheit und soziale Gerechtigkeit, das heißt: Wettbewerbs- und Sozialpolitik – in einem dynamischen Verhältnis gesehen hat. Man sollte sich der Offenheit und Flexibilität des Stilgedankens bewusst

sein. Offenheit heißt nicht Beliebigkeit. Es ist durchaus sinnvoll, über verkrustete Strukturen des Konzeptes nachzudenken. Viele Gesetze und Vorschriften wurden in den fünfziger Jahren als Reaktion auf ganz spezifische Anforderungen der damaligen Zeit verfasst, die heute so nicht mehr gegeben sind. Dafür sind andere Herausforderungen dazugekommen. Natürlich darf man über Tarifstrukturen, über Arbeitszeitmodelle, über zu hohe Lohnnebenkosten, über das Gesundheitssystem etc. diskutieren, man muss es sogar, denn die Welt ist seit 1948 nicht stehen geblieben. Wichtig ist dabei, im Auge zu behalten, dass sich Wettbewerbs- und Sozialpolitik die Waage halten, dass nicht das Eine zu Gunsten des Anderen Überhand gewinnt. Dies widerspräche der Sozialen Marktwirtschaft als sozioökonomischem Imperativ, dies widerspräche dem Stilgedanken schlechthin.

Der Name Soziale Marktwirtschaft ist Programm und Verpflichtung. Müller-Armack schreibt Soziale Marktwirtschaft immer groß: Das Soziale gilt nicht nur als ausschmückende Beiordnung, sondern als ein der Marktwirtschaft gleichwertiges Prinzip. 1978, wenige Tage vor seinem Tod, sagt Müller-Armack zu der Frage, ob der Begriff Soziale Marktwirtschaft auch international verwendet werden könne, quasi als Vermächtnis: „Weshalb soll es nicht möglich sein, dass man ... die 'Soziale Marktwirtschaft' als terminus technicus schluckt. Das muss möglich sein. Dann aber die 'Soziale Marktwirtschaft' groß geschrieben, das ist ein Bitte, mit der ich schließen möchte.“

Literatur⁵¹

Ambrosius, G.: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945 – 1949, Stuttgart 1977.

Archiv für Christlich Demokratische Politik (ACDP): Nachlass Alfred Müller-Armack, Bonn-St. Augustin.

Blum, R.: Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus, Tübingen 1969.

Cobet, C. (Hrsg.): Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach Hitler 1945 – 1950, Frankfurt a.M. 1988.

Cobet, C.: Zur Soziologie nach 1945, mit Hinweisen zur Bibliographie, in: Cobet, C. (Hrsg.): Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach Hitler 1945-1950, Frankfurt a.M. 1988, S. 11 – 35.

Dietzfelbinger, D.: Alfred Müller-Armack. Wider die Ökonomisierung der Alltagswelt, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Nr. 69, Bonn 1996, S. 59 – 65.
Dietzfelbinger, D.: Aller Anfang ist leicht, Einführung in die Grundfragen der Unternehmens- und Wirtschaftsethik, München 1999.

Dietzfelbinger, D.: Der Stilbegriff als „hölzernes Eisen“?, in: Evangelische Akademie Bad Boll (Hrsg.): Aktuelle Gespräche. Wirtschaft und Ethik, 2/98, 46.Jg., 1998, S. 10 – 16.

Dietzfelbinger, D.: Der Stilbegriff als Paradigma der Wirtschaftsethik, in: Zeitschrift für Evangelische Ethik Nr. 3, 1998, Gütersloh 1998, S. 190 – 206.

Dietzfelbinger, D.: Die soziale Marktwirtschaft als sozioökonomischer Imperativ. Plädoyer für die Aufrechterhaltung einer bewährten Dynamik, in: Forum Wirtschaftsethik 1/99, Konstanz 1999, S. 7 – 9.

Dietzfelbinger, D.: Frei, gerecht und effektiv. Wie die Soziale Marktwirtschaft konzipiert wurde, in: Evangelische Kommentare. Monatszeitschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft, Nr. 6, 31. Jg., Stuttgart 1998, S. 341 – 343.

Dietzfelbinger, D.: Soziale Marktwirtschaft als „irenische Formel“. Zum 20. Todestag von Alfred Müller-Armack, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 75, 1998, S. 69 – 73.

Dietzfelbinger, D.: Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsstil. Alfred Müller-Armacks Lebenswerk, Gütersloh 1998.

Dietzfelbinger, D.: Unternehmensethik in der Sozialen Marktwirtschaft, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 74,

Bonn 1997, S. 56 – 59.

Dietzfelbinger, D.: Wirtschaftsethik als Stilfrage. Was man vom Vater der Sozialen Marktwirtschaft alles lernen kann, in: Nachrichten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, 54. Jg., Nr. 2/1999, München 1999, S. 38 – 40.

Dietzfelbinger, D.: Art. „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“, in: Herz, D. (Hrsg.): Lexikon der ökonomischen Werke, Bonn 2000 (im Erscheinen).

Fischer, W. (Hrsg.): Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft. Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren, Berlin 1988.

Greiß, F./Meyer, F. (Hrsg.): Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festgabe für Alfred Müller-Armack, Berlin 1961.

Haselbach, D.: Autoritärer Liberalismus und soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus, Baden-Baden 1991.

Hoffmann, H./Watrin, C.: Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Bemerkungen zum Werk Alfred Müller-Armacks, in: Greiß, F./Meyer, F. (Hrsg.): Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festgabe für Alfred Müller-Armack, Berlin 1961, S. 635 – 646.

Hoffmann, H.: Alfred Müller-Armack und die Diagnose der Gegenwart, in: Müller-Armack, A.: Diagnose unserer Gegenwart. Zur Bestimmung unseres geistesgeschichtlichen Standorts, 2. erw. Aufl., Bern/Stuttgart 1981, S. I-X.

Hoffmann, H.: Art. Müller-Armack, Alfred, in: Evangelisches Soziallexikon, Hrsg. von Schober, T./Honecker, M./Dalhaus, H., begr. von Karrenberg, F., 7. Aufl., Stuttgart 1980, Sp. 931 – 932.

Hoffmann, H.: Zu Arbeit und Werk von Alfred Müller-Armack, in: Watrin, C./Willgerodt, H. (Hrsg.): Widersprüche der Kapitalismuskritik, Bern/Stuttgart 1976, S. 231 – 236.

Hohmann, K. (Hrsg.): Ludwig Erhard. Erbe und Auftrag. Aussagen und Zeugnisse, Düsseldorf 1977.

Keynes, J.M.: General Theory of Employment, Interest and Money, 1935.

Kloten, N.: Makroökonomische Stabilisierungspolitik. Erhards Positionen und Vorbehalte, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft als Historische Weichenstellung. Bewertungen und Ausblicke. Eine Festschrift zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard, Düsseldorf 1996, S. 99 – 129.

Klump, R.: Die Währungsreform von 1948. Ihre Bedeutung aus wachstumstheoretischer und ordnungspolitischer Sicht, in: Fischer, W. (Hrsg.): Währungsreform und Soziale

Marktwirtschaft. Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren, Berlin 1988, S. 403 – 422.

Krohn, C.-D.: Wirtschaftstheorie als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918-1933, Frankfurt a.M./New York 1981.

Kruse, C.: Die Volkswirtschaftslehre im Nationalsozialismus, 1988.

Landmann, J. (Hrsg.): Moderne Organisationsformen der öffentlichen Unternehmungen, Teil 2: Deutsches Reich (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 176), Leipzig 1931, S. 389 – 435.

Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft als Historische Weichenstellung. Bewertungen und Ausblicke. Eine Festschrift zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard, Düsseldorf 1996.

Müller-Armack, A./Erhard, L. (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft – Ordnung der Zukunft. Manifest '72. Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1972.

Müller-Armack, A.: Auf dem Weg nach Europa. Erinnerungen und Ausblicke, Tübingen 1971.

Müller-Armack, A.: Aufgaben und Organisationsprobleme der öffentlichen Unternehmung im Gebiete der Bankwirtschaft, in: Landmann, J. (Hrsg.): Moderne Organisationsformen der öffentlichen Unternehmungen, Teil 2: Deutsches Reich (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 176), Leipzig 1931, S. 389 – 435.

Müller-Armack, A.: Das Grundproblem unserer Wirtschaftspolitik: Rückkehr zur Marktwirtschaft, in: Mitteilungen der IHK Köln, Köln 1946.

Müller-Armack, A.: Diagnose unserer Gegenwart. Zur Bestimmung unseres geistesgeschichtlichen Standorts, 2. erw. Auflage, Bern/Stuttgart 1981.

Müller-Armack, A.: Ein exemplarisches Leben. Zum achtzigsten Geburtstag von Ludwig Erhard, in: Hohmann, K. (Hrsg.): Ludwig Erhard. Erbe und Auftrag. Aussagen und Zeugnisse, Düsseldorf 1977, S. 386 – 392.

Müller-Armack, A.: Entwicklungsgesetze des Kapitalismus. Ökonomische, geschichtstheoretische und soziologische Studien zur modernen Wirtschaftsverfassung, Berlin 1932.

Müller-Armack, A.: Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, 2. erw. Aufl., Bern/Stuttgart 1981.

Müller-Armack, A.: Kreditpolitik als Mittel des Konjunkturausgleichs, in: Kölner sozialpolitische Vierteljahresschrift, Jg. 5, Köln 1925, S. 251 – 268.

Müller-Armack, A.: Politische Führung und

Wirtschaftspolitik. Adenauer, die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftspolitiker, in: Die politische Meinung, 20. Jg. 1975, Heft 163, S. 55 – 83.

Müller-Armack, A.: Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform, 3. Aufl. Bern/Stuttgart 1981.

Müller-Armack, A.: Rezensionen zu Friedrich August von Hayek: Geldtheorie und Konjunkturtheorie, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 89/3, Tübingen 1930, S. 630 – 633.

Müller-Armack, A.: Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich, Berlin 1933.

Müller-Armack, A.: Stellungnahme, in: Seeliger, R. (Hrsg.): Braune Universität, Band 6, München 1968, S. 57 – 61.

Müller-Armack, A.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft, 2. Aufl., Bern/Stuttgart 1981.

Müller-Armack, A.: Wirtschaftspolitik als Beruf, in: Wirtschaftspolitische Chronik, Heft 1, Köln 1969, S. 7 – 28.

Munzinger-Archiv: Art. Alfred Müller-Armack, 14.9.1963, Lieferung 37 & 63 (Internationales Bibliographisches Archiv).

Nicholls, A.J.: Freedom with Responsibility. The social market economy in Germany 1918 – 1963, Oxford 1994.

Schlecht, O.: Grundlagen und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, Tübingen 1990.

Seeliger, R. (Hrsg.): Braune Universität, Band 6, München 1968.

Seuß, W.: Von ihm stammt das Wort 'Soziale Marktwirtschaft'. Zum Tode von Professor Müller-Armack, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.3.1978.

Starbatty, J.: Art. Müller-Armack, in: Staatslexikon, Recht. Wirtschaft. Gesellschaft, 7., völlig Neubearb. Aufl., 3. Band, Freiburg/Basel/Wien 1987.

Watrin, C./Willgerodt, H. (Hrsg.): Widersprüche der Kapitalismuskritik, Bern/Stuttgart 1976.

Watrin, C.: Alfred Müller-Armack. Rede anlässlich der Akademischen Gedenkfeier für Prof. Dr. Alfred Müller-Armack, Kölner Universitätsreden, Band 56, Krefeld 1980.

Weber, M.: Die Protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus, hrsg. von K. Lichtblau/J. Weiß, Hain 1993.

Wünsche, H.F.: Erhards Soziale Marktwirtschaft: Von Eucken programmiert, von Müller-Armack inspiriert?, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung. Bewertungen und Ausblicke. Festschrift zum 100. Ge-

bursttag von Ludwig Erhard, Düsseldorf 1996, S. 131 – 169.
von Zwiedineck-Südenhorst, O.: Weltan-

schauung und Wirtschaft. Kritisches und Positives zu Müller-Armacks Genealogie der Wirtschaftsstile, München 1942.

Anmerkungen

- ¹ Zu biografischen Skizzen: Dietzfelbinger, D.: Soziale Marktwirtschaft, S. 30ff.; Hoffmann, H./Watrin, C.: Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, S. 635 – 646; Hoffmann, H.: Zu Arbeit und Werk; Hoffmann, H.: Art. Müller-Armack; Hoffmann, H.: Alfred Müller-Armack und die Diagnose; Watrin, C.: Alfred Müller-Armack; Starbatty, J.: Art. Müller-Armack; Haselbach, D.: Autoritärer Liberalismus, S. 118ff.
- ² Müller-Armack, A.: Auf dem Weg [1971].
- ³ Gespräch des Verf. mit Andreas Müller-Armack am 17.1.1996, München, Tonbandaufnahme.
- ⁴ Leipzig 1926.
- ⁵ So dann später auch John Maynard Keynes. Vgl.: Keynes, J.M.: General Theory of Employment, Interest and Money, 1935.
- ⁶ Müller-Armack, A.: Kreditpolitik [1926]; Müller-Armack, A.: Konjunkturforschung [1929].
- ⁷ Müller-Armack, A.: Entwicklungsgesetze des Kapitalismus. Ökonomische, geschichtstheoretische und soziologische Studien zur modernen Wirtschaftsverfassung [1932].
- ⁸ Das verwundert umso mehr, als gerade in den letzten Jahren die Fakten dieses Lebensabschnittes Müller-Armacks mehrfach in der Literatur genau dargestellt wurden. Vgl. dazu: Dietzfelbinger, D.: Soziale Marktwirtschaft, S. 44ff.; vgl. Wünsche, H.F.: Erhards Soziale Marktwirtschaft; vgl. Kottwitz, R.: 1999.
- ⁹ Vgl.: Krohn, C.-D.: Wirtschaftstheorie, S. 123.
- ¹⁰ Müller-Armack, A.: Staatsidee [1933], S. 11f., Anmerkung 1. Vgl.: Müller-Armack, A.: Entwicklungsgesetze [1932], S. 126f.
- ¹¹ Wünsche, H.F.: Erhards Soziale Marktwirtschaft, S. 163.
- ¹² Vgl. dazu: Nicholls, A.J.: Freedom, S. 13f.
- ¹³ Zum Einfluss des Nationalsozialismus auf die Volkswirtschaftslehre: Kruse, C.: Die Volkswirtschaftslehre.
- ¹⁴ Vgl.: Wünsche, H.F.: Erhards Soziale Marktwirtschaft, S. 163.
- ¹⁵ Zu den Vorbehalten Müller-Armacks vgl. etwa: Müller-Armack, A.: Staatsidee [1933], S. 8.
- ¹⁶ Zur Kritik vgl.: von Zwiedineck-Süden-

horst, O.: Weltanschauung und Wirtschaft, S. 118 – 119.

- ¹⁷ ACDP, Nachlass Müller-Armack.
- ¹⁸ ACDP, ebd. Vgl. auch: Haselbach, D.: Autoritärer Liberalismus, S. 123. Hier findet sich ein sinnentstellender Fehler: „Es mag das Verwenden korporativ-ständischer Terminologie gewesen sein, die – vor allem, nachdem der Nationalsozialismus sich mit dem Ständetheoretiker Othmar Spann überworfen hatte – unzeitgemäß geworden war, es mag auch seine Unzuverlässigkeit in 'völkischer' Hinsicht eine Rolle gespielt haben: die 'Staatsidee' erlebte nicht nur die erste Auflage.“ Gemeint ist wohl, dass sie deswegen nur eine Auflage lebte.
- ¹⁹ Vgl.: Cobet, C.: Zur Soziologie nach 1945, S. 31.
- ²⁰ Müller-Armack, A.: Diagnose [1948], S. 15ff.
- ²¹ Müller-Armack, A.: Staatsidee [1933], S. 7.
- ²² Müller-Armack, A.: ebd., S. 7.
- ²³ Müller-Armack, A.: ebd., S. 9.
- ²⁴ Im Original heißt es: „The Minister of Education stopped the process because of my 'liberal ideas'.“, in: ACDP, ebd., Übersetzung vom Verf.
- ²⁵ Wünsche, H.F.: Erhards Soziale Marktwirtschaft, S. 156.
- ²⁶ Im Original heißt es: „During 1932 and 1933 I have several times analysed the 'danger' of the fascist and dictatorial movements. As I would be silenced not being a party member I joined the party to influence it from within. I tried at once to give my criticism specially of the racetheories and my defence of the Christian Religion.“, in: ACDP, Nachlass Müller-Armack, Übersetzung vom Verf.
- ²⁷ Seeliger, R. (Hrsg.): Braune Universität, Band 6.
- ²⁸ Müller-Armack, A.: Stellungnahme [1968], S. 60.
- ²⁹ Müller-Armack, A.: ebd., S. 61.
- ³⁰ Munzinger-Archiv: Art. Alfred Müller-Armack.
- ³¹ Haselbach, D.: Autoritärer Liberalismus, S. 123.
- ³² Müller-Armack, A.: Genealogie der Wirtschaftsstile [1940].
- ³³ Weber, M.: Die Protestantische Ethik.
- ³⁴ Vgl. dazu: Blum, R.: Soziale Marktwirt-

- schaft, S.90ff. Zur historischen Situation: Ambrosius, G.: Die Durchsetzung.
- ³⁵ Müller-Armack, A.: Auf dem Weg [1971], S.50.
- ³⁶ Zu unterschiedlichen Annahmen, wie ertragreich die Währungsreform für den Aufbau Deutschlands gewesen ist: Klump, R.: Die Währungsreform von 1948; Ambrosius, G.: Die Durchsetzung, S.163ff.
- ³⁷ Das entscheidende Verdienst Ludwig Erhards liegt in der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung zwei Tage vor der Durchführung der Währungsreform in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni 1948 (Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform vom 18. Juni 1948). Die Preise fast aller gewerblich erzeugten Produkte werden freigegeben, die Marktwirtschaft mit sozialer Gestaltung war geboren.
- ³⁸ Zu Ludwig Erhard vgl.: Müller-Armack, A.: Ein exemplarisches Leben. Zum achtzigsten Geburtstag von Ludwig Erhard [1977]. Vgl. zum Verhältnis von Adenauer und Erhard: Müller-Armack, A.: Politische Führung und Wirtschaftspolitik. Adenauer, die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftspolitiker [1975]. Zur externen Beurteilung des Verhältnisses von Müller-Armack und Erhard vgl.: Kloten, N.: Makroökonomische Stabilisierungspolitik, insbes. S.116ff. Kritisch: Wünsche, H.F.: Erhards Soziale Marktwirtschaft.
- ³⁹ Seuß, W.: Von ihm stammt das Wort 'Soziale Marktwirtschaft'; vgl. auch: Watrin, C.: Alfred Müller-Armack, S.20; vgl. auch: Müller-Armack, A.: Auf dem Weg [1971], S.21.
- ⁴⁰ Müller-Armack, A.: Wirtschaftslenkung [1946].
- ⁴¹ ACDP, Nachlass Müller-Armack, I-236-002/2.
- ⁴² Das Erscheinungsjahr des Buches exakt zu datieren, ist schwierig: Das Copyright ist von 1947 (Verlag für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Hamburg), Müller-Armack datiert es bei Wiederabdruck im Sammelband „Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik“ (Freiburg i.Br. 11966, Bern/Stuttgart 21976) auf das Jahr 1946, vermutlich das Jahr der Entstehung. Die zweite Auflage erscheint 1948 (Hamburg, gleicher Verlag). Eine Sonderausgabe ist 1990 im Kastell-Verlag München erschienen. Im Folgenden wird das Copyright-Datum als Erscheinungsjahr angegeben; vgl. dazu: Dietzfelbinger, D.: Art. „Wirtschaftslenkung“.
- ⁴³ Immer wieder wird von anderen Ökonomen die Erfindung des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ beansprucht; eine nähere Untersuchung zeigt aber, dass diese Thesen jeglicher Grundlage entbehren. Vgl. dazu: Dietzfelbinger, D.: Soziale Marktwirtschaft, S.199ff.
- ⁴⁴ Müller-Armack, A.: Zur Einführung [1974], S.10.
- ⁴⁵ Gespräch des Verf. mit Andreas Müller-Armack am 17.1.1996, München, Tonbandaufnahme.
- ⁴⁶ Gespräch des Verf. mit Andreas Müller-Armack am 17.1.1996, München, Tonbandaufnahme.
- ⁴⁷ Müller-Armack, A.: Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik [1960].
- ⁴⁸ Müller-Armack, A.: Der Moralist und der Ökonom. Zur Frage der Humanisierung der Gesellschaft [1970].
- ⁴⁹ Müller-Armack, A.: Auf dem Weg [1971].
- ⁵⁰ Müller-Armack, A./Erhard, L. (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft [1972].
- ⁵¹ Eine ausführliche Bibliographie Müller-Armacks findet sich in: Dietzfelbinger, D.: Soziale Marktwirtschaft, S.288ff.

Das britische Parteiensystem in der Ära Blair¹

Ludger Helms

Das Parteiensystem Großbritanniens konnte aus der Perspektive ausländischer Beobachter stets Modellcharakter beanspruchen. Der Einfluss des britischen Modells erstreckte sich dabei vor allem auf die normativ-funktionale Ebene des Parteienwettbewerbs und wurde schon früh zum Inbegriff des Prinzips der verantwortlichen Regierung in der parlamentarischen Demokratie. In empirischer Hinsicht war Großbritannien stets nicht nur Modell, sondern zugleich auch ein Sonderfall in der Gruppe der westeuropäischen Parteiensysteme. Spätestens seit den frühen neunziger Jahren bestand dieser Sonderstatus nicht mehr nur in der geringen Anzahl von parlamentarisch repräsentierten Parteien mit Regierungsbildungspotenzial und der daraus resultierenden Neigung zu permanenter Einparteienregierung. Vielmehr machte die Stabilität der Akteurskonstellation seit dem Ende der siebziger Jahre – konkret die weitgehend unangefochtene Vormachtstellung der Conservative Party – Großbritannien zu einem Sonderfall in der Gruppe der westlichen Länder. Während die neunziger Jahre insgesamt als ein „Jahrzehnt des Parteiensystemwandels“ in den konsolidierten westlichen Demokratien beschrieben wurden², diskutierte man im britischen Kontext die Gefahren eines

konservativ geprägten „dominant party system“.³

Der Machtwechsel von 1997 brachte das jähe Ende dieser Debatte und machte Großbritannien geradezu zum paradigmatischen Fall des in praktisch allen größeren Demokratien Westeuropas (mit Ausnahme Spaniens) in den neunziger Jahren zu beobachtenden Siegeszugs sozialistisch/sozialdemokratischer Parteien. In keinem anderen westeuropäischen Land wurde die Erfolgsstory des „New Labour“-Projekts so sehr zum Vorbild sozialdemokratischen Politikmarketings genommen wie in Deutschland. Das im Sommer 1999 veröffentlichte Schröder-Blair-Papier ist nur der greifbarste Ausdruck der umstrittenen Bereitschaft der deutschen Sozialdemokraten, sich auch in inhaltlichen Fragen von der britischen Labour Party inspirieren zu lassen.

Die in diesem Beitrag formulierte Bestandsaufnahme der britischen Parteiendemokratie seit dem Machtwechsel von 1997 verbindet einen knappen Rückblick auf die jüngere Entwicklungsgeschichte des Parteiensystems mit einer Diskussion möglicher Zukunftsszenarien. Dabei wird eine vermittelnde Position formuliert: Einerseits wird argumentiert, dass das

Parteiensystem Großbritanniens nie so stabil war wie zuweilen behauptet wurde. So gab es stets nicht nur bemerkenswerte Herausforderungen des faktischen Parteienduopols der Labour Party und der Conservative Party, sondern zugleich weitreichende Veränderungen in der Wettbewerbstruktur des Parteiensystems, die sich zwar jenseits der elektoralen Ebene des Parteienwettbewerbs vollzogen, aber gleichwohl den Gesamtcharakter des Parteiensystems nachhaltig veränderten. Andererseits ist es wichtig zu sehen, dass das britische Parteiensystem auch nach dem Erdrutsch-Wahlsieg der Labour Party in seiner Kernstruktur im Wesentlichen unverändert geblieben ist. Anders als etwa in Italien 1994 kam es weder zu einem grundlegenden Austausch der parlamentarisch repräsentierten Parteien noch zu einer wirklich dramatischen Veränderung der Stimmenstärke der einzelnen Akteure, welche einen Einfluss auf die funktionale Ebene des Parteienwettbewerbs (d. h. die grundlegenden Parameter der Regierungsbildung) gehabt hätten. Den mit Abstand wichtigsten Grund für die auffallende Beharrlichkeit des Kernformats des britischen Parteiensystems bildet das relative Mehrheitswahlsystem, dem zwar drastische Verzerrungswirkungen im Verhältnis von erzielten Stimmen und Mandaten einer Partei eigen sind, welches jedoch zugleich kurzfristige Veränderungen des „Strukturkerns“ des Parteiensystems wirksam verhindert.⁴ Man hat diesbezüglich treffend von einem „suppressed two-and-a-half party system“ gesprochen.⁵ Die ungewisse Zukunft des Wahlsystems in Großbritannien bildet den wichtigsten Grund für die außerordentliche Schwierigkeit, einigermaßen bodenständige Entwicklungsszenarien

des britischen Parteiensystems der kommenden Jahre zu formulieren.

Im Weiteren wird zunächst eine kurze Bestandsaufnahme des Zeitraumes 1979 bis 1997 gegeben (1.). Im Anschluss daran werden in knapper Form die wichtigsten Kennzeichen des Machtwechsels von 1997 rekapituliert (2.). Schließlich ist auf die jüngsten Entwicklungen einzugehen, die sich seit dem Machtwechsel ereignet haben. In bewusster Abgrenzung zu einer rein chronologischen Berichterstattung werden die jüngsten Vorkommnisse im Rahmen einer Diskussion unterschiedlicher Entwicklungsszenarien des Parteiensystems beleuchtet (3.). Der Schlussabschnitt wirft einen Blick auf den Stand der britischen Wahlsystemreformdiskussion und diskutiert die möglichen Auswirkungen künftiger Reformen auf das Parteiensystem (4.).

1. Das Parteiensystem im Zeitraum 1979 – 1997

In der Phase von 1979 bis 1997 war das britische Parteiensystem vor allem bezüglich der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung außergewöhnlich stabil. Der vierte Wahlsieg der Tories in Folge bei den Wahlen 1992 führte dazu, dass Großbritannien im synchronen Vergleich mit den klassischen Ausprägungen demokratischer Einparteiendominanz in Japan und Italien um so bemerkenswerter wurde, als es während der ersten Hälfte der neunziger Jahre dort zum Machtverlust der jeweiligen Hegemonialpartei (DC bzw. LDP) kam.

Selbst wenn man den Blick zunächst auf die elektorale Ebene des Parteien-

wettbewerbs beschränkt, lässt sich jedoch argumentieren, dass die Phase 1979 – 97 nicht ausnahmslos von Stabilität geprägt war. Während bereits seit den siebziger Jahren vor allem die beträchtlichen Stimmenzuwächse für die nationalistischen Regionalparteien in Schottland und Wales ein dynamisches Element markierten, waren die frühen achtziger Jahre insbesondere durch den Kampf um die Position der größten Oppositionspartei bestimmt – eine Position, die wegen der staatsrechtlich privilegierten Stellung der stärksten Oppositionspartei im Unterhaus von (noch) größerer Bedeutung ist als in den meisten übrigen parlamentarischen Demokratien Westeuropas. Bei den Wahlen von 1983 erreichte die SDP mit mehr als 25% der Stimmen das beste Ergebnis einer dritten Partei seit 1945 und blieb damit nur um rund 2 Prozentpunkte hinter der Labour Party zurück. Die Unterhauswahl 1983 markierte zugleich die einzige Gelegenheit in der britischen Nachkriegsgeschichte, bei der eine der beiden Großparteien unter die 30 Prozent-Marke fiel. Der Stimmenanteil für dritte Parteien fiel jedoch auch nach dem Höhenflug der SDP nicht auf das Niveau der ersten drei Nachkriegsjahrzehnte zurück, sodass man am Ende der Ära Thatcher zu Recht von einem „Drei-Parteien-System im Lande“ gesprochen hat, welches freilich keinen adäquaten Niederschlag in der parlamentarischen Arena fand.

Die interessanteste Entwicklung dieser Phase bildete indes die grundlegende organisatorische und programmatische Transformation der Labour Party von den frühen achtziger Jahren bis zum Vorabend der Unterhauswahl 1997 (und darüber hinaus). In ihren Auswir-

kungen auf die Struktur des Parteienwettbewerbs waren die programmatischen Reformen der Labour Party ohne Zweifel von weit reichender Bedeutung als die Organisationsreform, obwohl es wichtig ist zu sehen, dass sich die programmatischen Reformen ohne die in wichtigen Teilen vorausgehenden organisatorischen Reformen schwerlich hätten durchsetzen lassen. Die Organisationsreform stärkte die Parteiführung und schwächte nicht nur die „mittlere“ Ebene der Parteiorganisation, sondern – zumindest in der Praxis – auch die Mitglieder, obwohl jüngere empirische Studien die populäre These von der Bevormundung und Instrumentalisierung der Mitglieder durch die Parteispitze ein Stück weit relativiert haben.⁶ Die Veränderungen im programmatischen Profil der Labour Party seit den frühen neunziger Jahren sind zu Recht als ein Mix beschrieben worden, der sowohl eine Rückkehr zu den zwischenzeitlich in den Hintergrund geratenen sozialdemokratischen Traditionen der Labour Party, aber zugleich auch eine radikale Hinwendung zu einer von den Gewerkschaften emanzipierten, stärker marktfreundlichen politischen Grundphilosophie bedeutete.⁷ Seit dem innerparteilichen Machtantritt Tony Blairs im Sommer 1994 hat zweifelsohne der zuletzt genannte Aspekt ein drastisch größeres Gewicht gewonnen, welches durch die viel beachtete Reform der berüchtigten Clause VI im Statut der Labour Party 1994 auch symbolisch unterstrichen wurde.⁸

Unter britischen Parteienforschern besteht Übereinstimmung darüber, dass die Labour Party im hier interessierenden Zeitraum die mit Abstand weitreichendste programmatische Repositio-

nierung der drei wichtigsten Parteien des Systems vorgenommen hat. Die gravierendsten Veränderungen fanden dabei zwischen zwei Unterhauswahlen, in der Phase von 1992 bis 1997 statt. Hierdurch wurde nicht nur die programmatisch-ideologische Spannweite des britischen Parteiensystems insgesamt minimiert, sondern auch die Anordnung der Parteien auf der gedachten Links-Rechts-Skala deutlich verändert. Nach Einschätzung des britischen Politologen Ian Budge rückte die Labour Party in den neunziger Jahren vollends in die „Mitte“ des Parteiensystems und liegt damit links von der Conservative Party, aber rechts von den kleineren Liberal Democrats.⁹ In der historischen Gesamtperspektive stellt sich die grundlegende Neupositionierung der Labour Party als die wichtigste Veränderung des Parteiensystems in der Phase 1979 – 97 dar – auch deshalb, da die mühsame Wiedererlangung der „Wählbarkeit“ Labours einen wesentlichen Teil der Voraussetzungen für den Machtwechsel von 1997 schuf. Darüber hinaus lassen sich in Abgrenzung zu älteren Kategorien der politikwissenschaftlichen Erforschung von Parteiensystemwandel entsprechende Veränderungen im programmatischen Profil und der Wettbewerbsstrategie von Akteuren sehr wohl als eine spezifische Form von Parteiensystemwandel begreifen, welche sich auch unabhängig von gravierenden Veränderungen in der Stimmenstärke von Akteuren zwischen zwei oder mehreren Wahlen ereignen kann.¹⁰ Mit Blick auf die Qualität der Auswirkungen, die der Wechsel an der Spitze der Labour Party von John Smith zu Tony Blair im Sommer 1994 auf den Gesamtcharakter des Parteiensystems hatte, ließe sich gar argumentieren,

dass die Ära Blair schon einige Jahre vor dem Machtwechsel 1997 begann oder doch zumindest ihre Schatten voraus warf.

2. Der Machtwechsel von 1997

Die Unterhauswahlen 1997 führten zu drastischen Veränderungen bezüglich der parlamentarischen Repräsentation der wichtigsten Parteien.¹¹ Während die Labour Party mit 419 Mandaten ihr bei weitem bestes Ergebnis der Parteigeschichte verbuchen konnte, erzielte die Conservative Party mit nur 165 Sitzen ihren geringsten Mandatsanteil seit 1906. Niemals seit dem Zweiten Weltkrieg war die Mandatsdifferenz zwischen der Regierungsmehrheit und der Opposition größer als nach den Wahlen von 1997.

Weniger revolutionär mutet das Ergebnis der Unterhauswahl von 1997 an, wenn man auf die Stimmenverteilung blickt. Dies gilt zumindest für die aktuellen Stimmenanteile der beiden Großparteien im historischen Vergleich. So lag der Stimmenanteil der Conservative Party mit 30,7% noch immer deutlich höher als jener der Labour Party im Jahre 1983. Andererseits kann auch das Ergebnis von 43,3% für die siegreiche Labour Party keineswegs als „historische“ Marke gewertet werden. Bemerkenswert war allerdings der 1997 zu beobachtende „swing“, d. h. das Ausmaß der Stimmenumverteilung zwischen den beiden größten Parteien des Systems. Der 1997 gemessene Wert von 10,5% war der höchste seit der Unterhauswahl 1945.¹²

Trotz dieses zuletzt genannten Aspekts kann man mit Blick auf den Macht-

wechsel von 1997 schwerlich von einer ernsthaften „Strukturkrise“ des britischen Parteiensystems sprechen. Der gemeinsame Stimmenanteil der Labour Party und der Conservative Party lag mit 74% nur einen Prozentpunkt unter dem Durchschnittswert des Zeitraums 1974 – 92. Ebenso wenig kam es zu einem Austausch der relevanten Akteure oder zu einer Veränderung des eingespielten Regierungsbildungsmechanismus. Die mittel- und längerfristige Bedeutung des Machtwechsels von 1997 für die Struktur des britischen Parteiensystems wird vor allem davon abhängen, ob sich aus dem Wahlsieg der Labour Party eine dauerhaftere Vormachtstellung der Partei entwickelt oder nicht. Dieses Szenario einer völlig neuartigen Hegemonialposition der Labour Party – welche noch niemals seit ihrem Bestehen zwei volle Legislaturperioden lang an der Regierung war – bildet eines neben anderen denkbaren Entwicklungsszenarien des Parteiensystems in den kommenden Jahren, auf die nun zu sprechen zu kommen ist.

3. Entwicklungsszenarien des britischen Parteiensystems

Wie für andere westeuropäische Länder gilt auch für Großbritannien, dass das Spekulieren über mögliche Veränderungen in der Parteienlandschaft im Vergleich zu früheren Jahrzehnten in dem Maße schwieriger geworden ist, als kurzfristige Determinanten der Wahlentscheidung drastisch an Bedeutung gewonnen haben.¹³ Ungeachtet dessen lassen sich insgesamt mindestens vier mittelfristig mögliche Entwicklungsszenarien des britischen Parteiensystems formulieren, denen

gemeinsam ist, dass sie die Annahme einer Fortgeltung des relativen Mehrheitswahlrechts zur Grundlage haben.

3.1 Hegemonie der Labour Party

Für eine auch mittelfristig beherrschende Position der Labour Party scheinen vor allem die nach wie vor ganz ungewöhnlich hohen Zustimmungswerte in Bevölkerungsumfragen zu sprechen. Rund drei Jahre nach der Regierungsübernahme liegt der in Umfragen ermittelte Stimmenanteil der Labour Party noch immer deutlich über dem Wahlergebnis von 1997 und um annähernd 20 Prozentpunkte höher als jener der Regierungen Major oder Thatcher zur Halbzeit der Legislaturperiode. Bis April 2000 wurde für die Labour Party in MORI-Umfragen stets ein Stimmenanteil von über 50% ermittelt; erst im Mai 2000 fiel der Wert erstmals knapp unter die 50 Prozent-Marke. Wie keine andere Partei profitierte die Labour Party in den vergangenen Jahren von der außergewöhnlichen Popularität ihres Vorsitzenden, Tony Blair. Blair genießt nicht nur ein exorbitant hohes Ansehen als Parteipolitiker und Regierungschef, sondern wurde in einer Umfrage noch vor der Queen und dem Erzbischof von Canterbury kürzlich gar zum wichtigsten „spirituellen Führer“ des Landes gewählt.¹⁴

Allerdings gibt es auch Untersuchungen, die belegen, dass zumindest unter Parteiaktivisten die hohen Unterstützungswerte für die Führungsqualitäten der Parteispitze in drastischem Gegensatz zu der sehr mäßigen Zufriedenheit mit den Politikgehalten der Labour Party stehen¹⁵ – ein Trend, der sich seit

Mitte 1999 auch in Umfragen unter britischen Wählern vorsichtig abzeichnen begonnen hat. Dies scheint die in jüngeren Studien zum britischen Regierungssystem formulierte These, nach der „leadership“ zu einem eigenständigen, von der Ebene konkreter Politikinhalte weitgehend losgelösten Bewertungskriterium für Parteien und Regierungen geworden sei¹⁶, zu bestätigen. Gleichwohl könnte sich aus der abnehmenden Zustimmung zu materiellen Ergebnissen der Politik der Regierung Blair für die Labour Party zumindest mittelfristig ein ernsthaftes Problem ergeben. Andererseits zeigen neuere Analysen der Unterhauswahl von 1997, dass Labour bei den nächsten Wahlen möglicherweise sogar noch gewisse Reserven mobilisieren könnte. So wurde auf der Grundlage neuer empirischer Befunde argumentiert, dass viele Wähler, die 1997 noch einmal für die Conservative Party votierten, dies vor allem deshalb getan hätten, weil sie nicht davon überzeugt waren, dass Labour im Falle eines Machtwechsels tatsächlich eine „gemäßigte“ Politik betreiben würde.¹⁷

3.2 Restabilisierung bzw. Rebalancierung des Zweiparteiensystems

Für das zweite Szenario einer mittelfristigen Restabilisierung eines mehr oder minder symmetrischen Zweiparteiensystems lassen sich zunächst die näheren Umstände des Machtwechsels von 1997 anführen. Es gibt zahlreiche Analysen, die auf das Phänomen des „taktischen Wahlverhaltens“ hinweisen, wonach 1997 viele Wähler vor allem das Ziel verfolgt hätten, der 18 Jahre lang ungebrochenen Vorherrschaft der Konservativen ein Ende zu

setzen.¹⁸ Mit dem Hinweis auf verbreitetes „taktisches Wahlverhalten“ ist bei vielen Beobachtern die These verbunden, dass das erreichbare Wählerpotenzial der Conservative Party eigentlich größer ist als das jüngste Wahlergebnis suggeriert und nicht alle diejenigen, die 1997 nicht Conservative gewählt haben, der Partei auch auf absehbare Zukunft die Unterstützung versagen müssten.

Ob mit einer möglichen Restabilisierung bzw. einer Rebalancierung des faktischen Zweiparteiensystems zugleich eine Wiederanknüpfung an die Mitte der siebziger Jahre zu Ende gegangene „consensus politics“-Phase des britischen Parteiensystems einhergehen würde, erscheint hingegen fraglich. Die Labour Party hat mit ihrer programmatischen Neupositionierung gewissermaßen ihren Teil hierzu schon geleistet. Allerdings lassen sich aufseiten der Conservative Party bislang eher Radikalisierungstendenzen ausmachen, so zumindest auf dem Feld der Europapolitik¹⁹, aber auch bezüglich neuer „law and order“-Konzepte und in der Gesundheitspolitik, wo die Partei zuletzt mit Vorschlägen für umfangreiche Privatisierungen von Krankenhäusern Aufsehen erregte. Die programmatischen Verlautbarungen der Conservative Party im Umfeld des Parteitags vom Oktober 1999 wurden weithin als eine Revitalisierung und Radikalisierung thatcheristischen Gedankenguts bewertet.²⁰ Selbst für den Fall jedoch, dass sich das programmatische Profil der Tories in den kommenden Jahren nicht weiter radikalisieren sollte – wofür es in den jüngsten Äußerungen einzelner Spitzenrepräsentanten der Partei, wie etwa Michael Portillo, immerhin bescheidene Anzei-

chen zu geben scheint²¹ – und deren elektorale Unterstützungsbasis derjenigen Labours ähnlicher würde, ließe sich kaum von einer getreuen Wiederherstellung des alten „consensus“-Modells sprechen. Da die Labour Party auf absehbare Zeit kaum ein Interesse daran haben dürfte, den mühsam errungenen komfortablen Platz in der Mitte des Parteienspektrums erneut nach links hin zu verlassen, hätte sich die „programmatische Achse“ des Parteiensystems im Vergleich zu früheren Jahrzehnten in jedem Fall deutlich nach rechts verschoben.

3.3 Hegemonie der Conservative Party

Für das dritte, immerhin theoretisch mögliche Entwicklungsszenario einer neuerlichen Hegemonialposition der Conservative Party scheint außer der beeindruckenden Bilanz des vergangenen „konservativen Jahrhunderts“ momentan so gut wie nichts zu sprechen. Der überraschende Erfolg der Tories bei den Europawahlen 1999 mit einer Wahlbeteiligung von nur 29% scheint kaum zu großen Hoffnungen zu berechtigen. Erwähnenswerter erscheinen die Erfolge der Konservativen bei den Regionalwahlen Anfang Mai 2000. Anders als in den meisten westeuropäischen Ländern hat die Opposition bislang aber kaum auch nur symbolische Achtungserfolge in landesweiten Bevölkerungsumfragen erzielt. Ihr bei diesen Gelegenheiten ermittelter Stimmenanteil lag seit der letzten Unterhauswahl bis zum Frühjahr 2000 stets noch unter dem Wahlergebnis von 1997; ein Wert von nicht weit über 30% wurde erstmals im Mai 2000 erreicht. Wie im Fall der Labour

Party muss auch die Gesamtbewertung der konservativen Opposition zu einem großen Teil als Urteil über deren Parteivorsitzenden, William Hague, angesehen werden.²²

Der in der Opposition durchgeführten, auffallend stark am „New Labour“-Projekt orientierten Organisationsreform folgte lange Zeit keine kohärente Neuformulierung der programmatischen Grundlagen konservativer Politik nach. Auf dem Parteitag im Oktober 1999 wurde ein „mid-term manifesto“ („The Common Sense Revolution“), vorgestellt, welches jedoch selbst nach Meinung wohl wollender Beobachter mehr Fragen aufwirft als beantwortet.²³

Auch die innerparteiliche Zerissenheit, speziell in europapolitischen Fragen, die der Partei während der Amtszeit Majors schwere Ansehensverluste zufügte, scheint sich trotz gegenteiliger Beteuerungen kaum verringert zu haben. Kurz vor den Europawahlen 1999 ging aus den innerparteilichen Flügelkämpfen sogar eine Pro-Euro Conservative Party hervor. Während Parteiführer Hague zu einer Gallionsfigur des britischen Euroskeptizismus geworden ist, engagieren sich namhafte Parteivertreter wie Kenneth Clarke und Michael Heseltine gemeinsam mit Tony Blair und Charles Kennedy, dem Vorsitzenden der Liberal Democrats, in der überparteilichen pro-europäischen Kampagne „Britain in Europe“, welche Mitte Oktober 1999 ins Leben gerufen wurde.²⁴

3.4 Verdrängung der Conservative Party als wichtigste Oppositionspartei

Immerhin scheint, viertens, auch eine Verdrängung der Conservative Party als wichtigste Oppositionspartei momentan eher unwahrscheinlich zu sein. Den zentralen Grund hierfür bildet allerdings weniger die insgesamt eher mäßige Performanz der Konservativen in der Opposition. Vielmehr wird die Selbstbehauptung der Conservative Party als wichtigste „echte“ Oppositionspartei maßgeblich durch die für das Westminster-Modell ungewöhnliche kooperative Oppositionsstrategie der Liberal Democrats begünstigt. Die Liberal Democrats haben ihre ursprünglich neutrale Position der „equidistance“ bereits vor den letzten Wahlen zugunsten einer größeren Nähe zur Labour Party aufgegeben, wobei auch dieser Schritt zu den Sekundärwirkungen des „Blair-Effekts“ auf das britische Parteiensystem gerechnet werden kann. Seit Ende 1997 arbeiten ranghohe Vertreter beider Parteien auch im Rahmen eines speziellen Kabinettsausschusses zusammen, in dem wesentliche Komponenten der weitreichenden Verfassungsreform der Blair-Administration gemeinsam beraten und konzipiert wurden. Der Kompetenzbereich dieses Ausschusses wurde Ende 1998 sogar auf weitere Politikbereiche wie die Gesundheits-, Bildungs- und Europapolitik ausgedehnt.

Die Auswirkungen des im Spätsommer 1999 erfolgten Wechsels an der Parteitipitze der Liberal Democrats von Paddy Ashdown zu Charles Kennedy bleiben bislang weitgehend ungewiss. Über vergleichbar enge persönliche Beziehungen zu Blair wie sein Vorgänger

Ashdown verfügt Kennedy zweifelsohne nicht, obwohl die strukturellen Voraussetzungen einer engen Zusammenarbeit – Kennedy war in den siebziger Jahren selbst Mitglied der Labour Party und zog 1983 zuerst als Abgeordneter der SDP in das Unterhaus ein – günstig zu sein scheinen. Auf seiner ersten Parteitagsrede Ende September 1999 rückte der neue Parteivorsitzende eine Reihe sozialpolitischer Aspekte in den Vordergrund, welche die Liberal Democrats als deutlich links von der Labour Party auswies.²⁵ Dies markierte einen auffallenden Widerspruch zu dem wiederholt geäußerten Bekenntnis der Parteiführung, an einer dauerhaften Position links von der Labour Party nicht interessiert zu sein. Seit Frühjahr 2000 sind zudem Bemühungen der Liberal Democrats erkennbar, durch die Besetzung bislang weitgehend vernachlässigter Politikbereiche wie Umwelt und Verkehr ihr eigenes Profil zu stärken. Die künftigen Entwicklungschancen des „Lib-Lab Pacts“, der von einigen Autoren als der wichtigste Aspekt des Parteiensystemwandels der letzten Jahre bewertet wird²⁶, dürfte maßgeblich vom Ausgang der Wahlsystemreformdebatte abhängen.

4. Die Wahlsystemreformdebatte und die Zukunft des britischen Parteiensystems

Zu den augenblicklich in der Diskussion befindlichen Wahlsystemen gehören zahlreiche unterschiedliche Modelle, darunter der Ende 1998 veröffentlichte Vorschlag der unabhängigen Wahlsystemreform-Kommission.²⁷ Wie ein Team britischer Politikwissenschaftler auf der Grundlage der Stimmenverteilung von 1997 errech-

net hat, sind die Liberal Democrats die einzige der drei größten Parteien, die von jeder theoretisch für möglich gehaltenen Wahlsystemvariante deutliche Mandatsgewinne zu erwarten hätte.²⁸ Demgegenüber sind die potenziellen Auswirkungen für die Labour Party und die Conservative Party weniger eindeutig. Die Einführung eines reinen Verhältniswahlsystems würde die Reihe der Entwicklungsszenarien des britischen Parteiensystems vermutlich um die Variante eines „hung parliament“ – einer parteipolitischen Machtverteilung im britischen Unterhaus ohne absolute Mehrheit für eine Partei – erweitern. Damit könnten zugleich Regierungskoalitionen (oder aber, wenngleich deutlich weniger wahrscheinlich, Minderheitsregierungen) zu einem zentralen Bestandteil des modifizierten Westminster-Modells werden. In den Kategorien der jüngeren Parteiensystemforschung ausgedrückt, würde jede mehr als nur kosmetische Wahlsystemreform erstmals seit Beginn des 20. Jahrhunderts auch die Persistenz des „Strukturkerns“ des britischen Parteiensystems ernsthaft in Frage stellen.

Trotz der Fülle unterschiedlicher Vorschläge zur Reform des Wahlsystems ist es nunmehr gewiss, dass zumindest die nächste Unterhauswahl noch unter dem alten Wahlsystem ausgefochten werden wird. Mitte Januar 2000 schloss Blair eine Änderung des Wahlsystems vor der nächsten Unterhauswahl definitiv aus.²⁹ Den Hintergrund dieser Entscheidung bildete nicht zuletzt die starke innerparteiliche Opposition gegen ein entsprechendes Vorhaben. Eine parteiinterne Umfrage

förderte zu Tage, dass mehr als drei Viertel der Mitglieder der Labour Party gegen die Einführung eines Verhältniswahlsystems sind.³⁰

Wie seit dem Herbst 1999 wiederholte Male zu vernehmen war, neigt die Regierung nun offenbar noch am ehesten der Einführung eines Alternative Vote Systems australischer Prägung zu³¹, für das sich in systematischer Hinsicht vor allem die auch dem geltenden relativen Mehrheitswahlrecht eigene, starke Wahlkreisbindung der Kandidaten ins Feld führen lässt. Es kann kaum überraschen, dass gerade die Anwendung dieses Wahlsystems bei einer Stimmenverteilung wie 1997 der Labour Party noch größere Mandatsgewinne gebracht hätte als dies ohnehin schon der Fall war.³² Dies scheint die klassische These zu bestätigen, nach der Wahlsystemreformen wie kaum ein anderes Politikfeld durch machtpolitische Erwägungen geprägt werden. Ausgerechnet von Akteuren, die unter den institutionellen und politisch-kulturellen Bedingungen des durch Machtkonzentration und „adversary politics“ gekennzeichneten Westminster-Modells agieren, etwas anderes zu erwarten, wäre vermutlich zu viel verlangt.³³ Auch ohne eine weitreichende Reform der institutionellen Grundlagen des Parteienwettbewerbs scheint mittelfristig alles auf eine führende Position der Labour Party als allein regierende Partei hinzudeuten. Ob damit zugleich die Hinwendung zu einem neuerlichen „dominant party system“ mit, gemessen an der Vergangenheit, umgekehrten parteipolitischen Vorzeichen verbunden wäre, wird sich erweisen müssen.

Anmerkungen

- ¹ Überarbeitete und aktualisierte Fassung eines Vortrages, gehalten auf der Jahrestagung 1999 des Arbeitskreises Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, „Entwicklung der westeuropäischen Parteiensysteme“, am 8./9. Oktober 1999 in Berlin. Manuskript geschlossen am 1. Juni 2000.
- ² Vgl. etwa Alan Ware, *The Party Systems of the Established Liberal Democracies in the 1990s: Is this a Decade of Transformation?*, in: *Government and Opposition*, Vol.30 (1995), S.312-326.
- ³ Vgl. etwa Anthony King, *The Implications of One-Party Government* in: ders. (Hrsg.) *Britain at the Polls 1992*, Chatham 1992, S.223 – 248; Andrew Heywood, *Britain's Dominant Party System*, in: Lynton Robins/Hilary Blackmore/Robert Pyper (Hrsg.), *Britain's Changing Party System*, London 1994, S. 10 – 25.
- ⁴ Vgl. Gordon Smith, *A System Perspective on Party System Change*, in: *Journal of Theoretical Politics*, Vol.1 (1989), S.349 – 363, 359f.; Moshe Maor, *Political Parties and Party Systems. Comparative Approaches and the British Experience*, London 1997, S. 64f.
- ⁵ So Paul Webb/Justin Fisher, *The Changing British Party System: Two-Party Equilibrium or the Emergence of Moderate Pluralism?*, in: David Broughton/Mark Donovan (Hrsg.), *Changing Party Systems in Western Europe*, London/New York 1998, S.9 – 29, 27.
- ⁶ Vgl. Patrick Seyd, *New Parties/New Politics? A Case Study of the British Labour Party*, in: *Party Politics*, Vol. 5 (1999), S. 383 – 405.
- ⁷ Vgl. Patrick Seyd, *The Great Transformation*, in: A. King (Hrsg.), a.a.O., S. 70 – 100, 85.
- ⁸ Vgl. zusammenfassend Ludger Helms, *Innovation in the Shade of Power: The Reform of the Labour Party 1979 – 97*, in: Hans Kastendiek/Richard Stinshoff/Roland Sturm (Hrsg.), *The Return of Labour – A Turning Point in British Politics?*, Berlin 1999, S. 109 – 127.
- ⁹ Ian Budge, *Great Britain: A Stable, But Fragile Party System?*, in: Paul Penning/Jan-Erik Lane (Hrsg.), *Comparing Party System Change*, London/New York 1998, S. 125 – 136, 128.
- ¹⁰ Vgl. in diesem Sinne ebenfalls Peter Mair, *Party System Change. Approaches and Interpretations*, Oxford 1997, S. 214f.; Herbert Kitschelt, *European Party Systems: Continuity and Change*, in: Martin Rhodes/Paul Heywood/Vincent Wright (Hrsg.), *Developments in West European Politics*, London 1997, S. 131 – 150, 135.
- ¹¹ Vgl. für eine ausführliche Analyse der Unterhauswahl 1997 David Butler/Dennis Kavanagh, *The British General Election of 1997*; Andrew Geddes/Jonathan Tonge (Hrsg.), *Labour's Landslide*, Manchester/New York 1997; aus der deutschsprachigen Literatur Ludger Helms, *Das Parteiensystem Großbritanniens nach dem Ende der konservativen Hegemonie*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 7. Jg. (1997), S. 1337 – 1360, 1343ff.
- ¹² Vgl. Pippa Norris, *Anatomy of a Labour Landslide*, in: *Parliamentary Affairs*, Vol. 50 (1997), S. 509 – 532, 515.
- ¹³ Vgl. für den britischen Fall statt vieler David Denver, *The British Electorate in the 1990s*, in: *West European Politics*, Vol. 19 (1998), S. 187 – 217.
- ¹⁴ Vgl. *Sunday Times*, 7.02.1999, S. 10.
- ¹⁵ Vgl. Paul Whiteley/Patrick Seyd, *A question of priorities*, in: *The Guardian*, 27.09.1999, S.7.
- ¹⁶ Vgl. Michael Foley, *The Rise of the British Presidency*, Manchester/New York 1993, S. 76.
- ¹⁷ Vgl. *The Times*, 13.10.1998, S. 21.
- ¹⁸ Vgl. etwa Martin Harrop, *The Pendulum Swings: The British General Election of 1997*, in: *Government and Opposition*, Vol. 32 (1997), S.305 – 319, 307; Andrew Geddes/Jonathan Tonge, *Labour's Landslide? The British General Election 1997*, in: *ECPR-News*, Vol. 8 (1997), Heft 3, S. 31 – 32.
- ¹⁹ Hierzu ist jedoch anzumerken, dass die kritische Haltung der Conservative Party bezüglich der Position Großbritanniens in der Europäischen Union seitens der britischen Bevölkerung eine größere Unterstützung genießt als im Ausland häufig angenommen wird. So zählt ausgerechnet die Europapolitik zu den ganz wenigen „key issues“, bezüglich derer die Conservative Party in den Augen der britischen Wähler eine (geringfügig) höhere Kompetenz besitzt als die Labour Party. Allerdings halten nur knapp ein Viertel der Briten die Europapolitik für das wichtigste Politikfeld, während die Gesundheits- und Bildungspolitik, in der die Labour Party deutlich dominiert, seit Jahren an der Spitze der als besonders wichtig angesehenen Politikfelder liegt. Vgl. *The Times*, 28.01.2000, S. 9.
- ²⁰ Vgl. Peter Riddell, *Hague leads party away from power*, in: *The Times*, 8.10.1999,

- S.17; Michael Prescott/Eben Black, Wee Willie's Right Turn, in: *The Sunday Times*, 10.10.1999, S.23; Andrew Rawnsley, The monster raving Tory Party, in: *The Observer*, 10.10.1999, S.29.
- ²¹ Vgl. *The Times*, 4.02.2000, S.1.
- ²² Die Schwäche des konservativen Oppositionsführers scheint nach Einschätzung zahlreicher Beobachter auch im historischen Vergleich kaum zu übertreffen. Vgl. exemplarisch und pointiert Andrew Rawnsley, Has there ever been a Leader of the Opposition to compare with William Hague?, in: *The Observer*, 7.2.1999, S.25.
- ²³ Vgl. *The Times*, 5.10.1999, S.14.
- ²⁴ Vgl. *The Guardian*, 14.10.1999, S.1.
- ²⁵ Vgl. *The Guardian*, 24.09.1999, S.2.
- ²⁶ Vgl. Wolfgang Rüdiger, New Britain – New 'Lib-Lab Pact'? The Future of the Centre-Left, in: H. Kastendiek/R. Stinshoff/R. Sturm (Hrsg.), a.a.O., S.81 – 108.
- ²⁷ Vgl. Karlheinz Niclaß, Die britische Wahlreform: Der Report der unabhängigen Kommission, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 30. Jg. (1999), S.467 – 471.
- ²⁸ Vgl. Patrick Dunleavy/Helen Margetts/Brendan O'Duffy/Susan Weir, Remodelling the 1997 General Election: How Britain Would Have Voted under Alternative Electoral Systems, in: *British Elections and Parties Review*, Vol. 8 (1998), S.208 – 231, S.227 (Tab.5).
- ²⁹ *The Times*, 17.01.2000, S.8.
- ³⁰ *The Times*, 5.01.2000, S.1.
- ³¹ Hierbei würde jeder Wähler die Möglichkeit besitzen, die unterschiedlichen zur Wahl stehenden Kandidaten mit einer Rangnummer zu versehen, anstatt nur für einen einzigen Kandidaten zu stimmen. Die Zweit- und Drittpräferenz würde dann Berücksichtigung finden, wenn keiner der Kandidaten auf Anhieb mindestens 50% der Stimmen erzielt.
- ³² P. Dunleavy et al., a.a.O., S.227, nennen folgende Zahlen (in Klammern die Anzahl tatsächlich erreichter Mandate bei der Unterhauswahl 1997): Labour Party: 436 (419), Conservative Party: 110 (165), Liberal Democrats: 84 (46), Scottish National Party/Plaid Cymru: 10 (10), Andere: 1 (1).
- ³³ Unabhängig davon gilt auch für das britische System, dass „maßgeschneiderte Wahlsystemreformen“, die im Ergebnis den elektoralen Erfolg der machthabenden Partei garantieren sollen, eine unerreichbare Illusion bleiben müssen.

Ausgrenzung oder Integration – Auf- bzw. Übernahme des Personals des Staatsapparates der DDR in den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland

Jutta Engbers

1. Einführung

Am 3. Oktober 1990 löste sich die DDR endgültig auf. Seitdem bildet die freiheitlich demokratische Grundordnung auf Basis des Grundgesetzes das Fundament der vereinigten Bundesrepublik Deutschland. In einem Augenblick, in einer juristischen Sekunde löste der freiheitlich demokratische Rechtsstaat ein diktatorisches Regime ab, das Recht nur als ein Mittel zur Machterhaltung ansah. Der Staat, die Rechtsordnung, selbst die Verfassung dienten der SED lediglich als Instrumente zum Aufbau des Sozialismus.

Mit diesem radikalen Systemwechsel änderte sich das Leben für 16 Millionen ehemalige Bürger der DDR. Sie hatten nun eine unter allen Umständen geltende Verfassung, eine Rechtsordnung, auf die sie sich berufen und die sie einfordern konnten und durften. Anders als die SED-Führung in der DDR besteht seitdem die Regierung aus demokratisch legitimierten Repräsen-

tantan des Volkes, die an die Verfassung gebunden sind. Der Rechtsstaat gewährleistet und ermöglicht eine konkrete Rechenschaftspflicht aller Personen, die im Namen des Staates tätig werden. Es ist gerade ein wichtiges Charakteristikum des Rechtsstaats, dass er stets die Möglichkeit in Erwägung zieht, sich unrechtmäßig zu verhalten. Allein vor diesem Hintergrund lassen sich ganze Rechtsgebiete wie das Verwaltungsprozessrecht oder das Staatshaftungsrecht und letztlich auch Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht überhaupt verstehen.

Die Bundesrepublik Deutschland wirkt als Staat durch ihre Repräsentanten, die wiederum, insbesondere diejenigen, die in einem öffentlich rechtlichen Dienstverhältnis stehen, sind der freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichtet und müssen jede ihrer dienstlichen Handlungen an diesen Maßstäben messen lassen. Staatsdiener darf und kann nur werden, wer aufgrund seiner Befähigung, Eignung und

fachlichen Leistung kompetent die Werte der Rechtsordnung vertritt. Er muss sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und zu seiner politischen Treuepflicht bei gleichzeitiger parteipolitischer Neutralität bekennen.

Dem stand das Verständnis der SED bei der Auswahl der Angehörigen der staatlichen Administration der ehemaligen DDR diametral entgegen. Dort zählte lediglich die treue Ergebenheit gegenüber der SED, nicht jedoch das Eintreten für verfassungsrechtliche Werte. Der Wertewandel nach dem Systemwechsel wurde also besonders deutlich bei den Anforderungen an die Angehörigen des öffentlichen Dienstes der staatlichen Verwaltung der nun vereinigten Bundesrepublik Deutschland.

Wer – wenn überhaupt – der über 2,125054 Millionen Angehörigen der staatlichen Verwaltung der DDR, sollte – durfte – in den öffentlichen Dienst der vereinigten Bundesrepublik Deutschland?

2. Die Entscheidung für eine Aufarbeitung der Vergangenheit

Die Montagsdemonstranten und Mitglieder des runden Tisches forderten eine Überprüfung der Justizjuristen, also der Richter und Staatsanwälte bereits in der DDR. Insoweit herrschte schon unter der Modrow-Regierung Einigkeit, es sollte eine Justizreform im eigenen Land mit den eigenen Menschen geben, eine Reform aus sich heraus und nur im Inneren. Nach den freien Volkskammerwahlen waren die wich-

tigsten Punkte der Überprüfungsdiskussion eher der Grad der Beteiligung der Abgeordneten und der Übergangstatus der Betroffenen als die Kriterien. Die übliche Anwendung des geltenden Systems sollte nicht bewertet werden. Nur die Richter und Staatsanwälte, die mit vorauseilendem Gehorsam tätig waren und insbesondere deren Anleiter sollten aus der Justiz ausscheiden. Großzügige Ruhestandsregelungen, Versetzungen und die freie Überlassung der Kaderunterlagen wurden als gleitende Übergangsregelungen auch im Hinblick auf besonders intensiv in das alte Regime verstrickte Justizjuristen geschaffen – mehr als ein Drittel der Betroffenen machte davon Gebrauch. Die Überprüfung sollte in jedem Fall mit rechtsstaatlichen Mitteln, sozusagen als erster Schritt auf dem Weg zu einem Rechtsstaat DDR, durchgeführt werden. Die entsprechenden Regelungen für die Justizjuristen wurden lediglich mit quasi wissenschaftlicher Hilfestellung der Bundesrepublik Deutschland bereits in der DDR von der frei gewählten Volkskammer erlassen. Nach allgemeiner Ansicht war eine Überprüfung der Justizjuristen Voraussetzung für deren Aufnahme in die zukünftige Rechtspflege, weil das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz nur dadurch zu erlangen sei und solche Persönlichkeiten, die aus formalen und anderen Gründen nicht wegen Rechtsbeugung verfolgt werden können, zumindest nicht weiter in ihrem Beruf tätig sein sollten.

Die Notwendigkeit einer Überprüfung wurde also damit begründet, dass Richter und Staatsanwälte nicht nur Subsumtionstechniker oder positivistische Gesetzesanwender sind, die sich naht-

los an jedes gesetzliche Unrecht anpassen, sondern ihre gesamte Persönlichkeit in die Judikatur einbringen müssen. Die Justiz braucht den politisch bewussten Richter. Andererseits sollte jedoch jeder Justizjurist grundsätzlich geeignet sein, auch den Anforderungen an sein Amt innerhalb eines Rechtsstaates gerecht zu werden. Eine Entscheidung für eine Aufarbeitung der Vergangenheit, im Hinblick auf das Personal im Bereich der Justiz, wurde also bereits sehr früh getroffen. Gleichzeitig billigte man allen Justizjuristen zu, dass sie trotz fehlender Ausbildung grundsätzlich geeignet seien, als Teil der Judikative eine der tragenden Säulen des Rechtsstaats wirkungsvoll zu bilden.

Auch im Hinblick auf die übrigen Angehörigen der staatlichen Verwaltung der DDR wurde bereits unter der Regierung Modrow zu Beginn des Jahres 1990 die Forderung nach einer Wiedereinführung des Berufsbeamtentums laut. Da jedoch überwiegend die führenden Angehörigen der staatlichen Administration und Funktionäre diese Bewegung anführten, spielten Regelungen zur Überprüfung der Bewerber zunächst keine bzw. kaum eine Rolle. Den Hintergrund für die nachhaltige Forderung zur sofortigen Einführung eines Berufsbeamtentums bildete im Wesentlichen die damit verbundene Hoffnung, nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen zu werden. Sofortige Verbeamtung – möglichst auf Lebenszeit – sollte insbesondere diejenigen, die im Sinne der SED politisch aktiv und daher belastet waren, beruflich absichern. Daneben gab es jedoch auch sachliche Gründe, die die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums rechtfertigten, etwa als *actus contrarius*

zu seiner Abschaffung durch die Kommunisten. Nur ohne die Stabilität, politische Neutralität und Kontinuität, die eine Verwaltung aus Berufsbeamten gewährleistet, war das Regime der DDR überhaupt möglich. Das Berufsbeamtentum hat wesentlich zur Stabilität und Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland beigetragen und galt nun als Investitionsvoraussetzung für das Krisenmanagement in der DDR.

Eine Entscheidung für eine Aufarbeitung der Vergangenheit der staatlichen Administration der DDR fiel erst nach den freien Volkskammerwahlen unter der Regierung de Maizière. Sie selbst erließ keine Regelung zur „Säuberung“, jedoch beruhte diese Zurückhaltung gerade auf der Entscheidung für eine Überprüfung des Personals.

Der Entschluss für eine Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland unter Beibehaltung der wesentlichen Bestandteile des Grundgesetzes, insbesondere auch des Artikel 33, der die Anforderungen an den öffentlichen Dienst enthält, gewährleistet eine an verfassungsrechtlichen Grundsätzen orientierte, einzelfallbezogene Überprüfung.

Anders als in Bezug auf die Justizjuristen, für die die Demonstranten bereits eine genaue Überprüfung jeder einzelnen Person forderten und entsprechende Regelungen auch von der frei gewählten Volkskammer verabschiedet wurden, war die Entscheidung für eine Überprüfung im übrigen Bereich der staatlichen Administration eher eine, wenn auch bewusste, Nebenfolge des Wiedervereinigungswillens mit der Bundesrepublik.

Letztlich saßen alle Bürger der späteren Bundesrepublik Deutschland im Sommer 1990 durch ihre demokratisch legitimierten Vertreter an einem Verhandlungstisch und bestimmten erstmals in ihrer Geschichte neu und frei über ihr gemeinsames neues Staatssystem und über die Art der Vergangenheitsbewältigung.

Auch wenn die DDR-Bürger die Weichen im Hinblick auf das Personal der staatlichen Administration der DDR schon viel früher gestellt hatten und diese Entscheidung auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland „einfach nur“ akzeptiert wurde, da man es als rein ostdeutsches Problem ansah, vereinbarten im Ergebnis also alle Deutschen, dass jeder ehemalige DDR-Bürger und jeder Bürger der alten Bundesrepublik Zugang zum öffentlichen Dienst haben sollte, sofern er geeignet und im Hinblick auf die ehemalige DDR nicht vorbelastet war.

Man entschied sich damit für eine detaillierte Überprüfung jedes einzelnen Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

Es sollte Gerechtigkeit durch die Gleichheit, d. h. durch den Erlass und die Anwendung allgemeiner Gesetze im Rahmen eines fairen rechtsstaatlichen Verfahrens erreicht werden.

Alle Bürger stimmten einem bis dahin vorbildlosen System von Bestimmungen zu, das eine umfassende Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit vorsah und insbesondere verhindern sollte, dass ehemalige DDR-Systemträger bzw. Systemförderer dauerhaft im öffentlichen Dienst des gesamtdeutschen Staates verbleiben konnten.

3. Die Bestimmungen des Einigungsvertrages

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (EV) vom 31. August 1990 regelt in Artikel 3, dass mit dem Wirksamwerden des Beitritts am 3. Oktober 1990 das Grundgesetz in der dann gültigen Fassung auch in dem beitretenden Gebiet der gleichzeitig entstehenden fünf Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen und dem neu entstehenden Land Berlin in Kraft tritt.

Nach Artikel 8 EV wird generell das Bundesrecht auf das Gebiet der ehemaligen DDR übergeleitet. Allerdings standen einer sofortigen und vollständigen Übernahme des bundesrepublikanischen Dienstrechts für den öffentlichen Dienst 40 Jahre sozialistische Entwicklung mit gravierenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Unterschieden entgegen. Insbesondere die Verwaltung und die Rechtspflege dienten dem Regime der DDR als Macht- und Leitungsinstrumente und waren in ihrem Aufbau und ihrer Struktur mit der auf Gewaltenteilung beruhenden, an Recht und Gesetz gebundenen rechtsstaatlichen Verwaltung der Bundesrepublik unvereinbar. Dieser diametrale Gegensatz und die Aus- und Fortbildung der dort Tätigen und ihre Verbindung zum bzw. ihre Verstrickung in das Regime der SED ließen keinen nahtlosen Übergang zu. Von der generellen Übernahme des bundesrepublikanischen Rechts mussten daher Ausnahme- und Anpassungsregelungen festgelegt werden.

Nach Artikel 9 EV kann zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung geltendes Recht der ehemaligen DDR als Landesrecht in den dann neu entstehenden Bundesländern weiter gelten, wenn es mit dem Grundgesetz und dem unmittelbar geltenden europäischen Gemeinschaftsrecht vereinbar ist und nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes auch in die Gesetzgebungskompetenz der Länder fällt. Dies gilt auch für erst nach Vertragsschluss, am 31. August 1990, geschaffenes DDR Recht, wenn es in einer zusätzlichen Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien aufgenommen wurde. Hierunter fällt die Ordnung über die Bildung und Arbeitsweise der Richterwahlausschüsse, die wesentlicher Bestandteil des bereits in der DDR festgelegten Überprüfungsverfahren für Richter und Staatsanwälte ist.

Für den öffentlichen Dienst sind die Regelungen des Artikels 20 am bedeutendsten. Demnach werden die Rechtsverhältnisse der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in der bisherigen DDR derart gestaltet, dass sie nun unmittelbar in den öffentlichen Dienst des Gesamtstaates übernommen werden und für sie zunächst ein Übergangsrecht gelten soll, das im Wesentlichen aus dem bisherigen bundesrepublikanischen Dienstrecht besteht und einigen Anpassungsvorschriften, die in der Anlage 1 EV formuliert wurden. Im Grundsatz ist der gesamte öffentliche Dienst der DDR also in den Gesamtstaat übernommen worden.

Artikel 20 Absatz 2 stellt ausdrücklich klar, dass hoheitliche Befugnisse sobald wie möglich auf Beamte übertragen werden müssen, d. h. sowohl der Bund

wie auch die neu entstandenen Länder für derartige Aufgaben Beamte ernennen müssen. Durch die Wortwahl „sobald wie möglich“ wurde zwar ein Automatismus vermieden, jedoch schon auf eine zügige Umsetzung und Verbeamtung gedrungen. Die Übernahme in den öffentlichen Dienst des Gesamtstaates sollte keine Massenverbeamtung nach sich ziehen, sondern ein einzelfallorientierter Rechtsakt bleiben.

Artikel 20 Absatz 2 EV enthält also das gesamte Problem der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit im öffentlichen Dienst, das grundsätzlich durch die Regelung „sobald wie möglich“ die Entscheidung für eine Verbeamtung trifft und andererseits das Problem der möglicherweise mangelnden Eignung aufgrund einer Vorbelastung aus einer staatsstreuen Tätigkeit in der DDR berücksichtigt. Beide Probleme sollten im Sinne einer praktischen Konkordanz zum Ausgleich gebracht werden.

Die eigentliche Überleitung und Anpassung, die Vorschriften über die weitere Verwendung der bereits in der DDR in der staatlichen Administration tätigen Personen, welche Berufsgruppen und Personen unter welchen Voraussetzungen übernommen bzw. von vorne herein aus dem gesamtdeutschen öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden sollten, finden sich in den Anlagen des EV.

4. Die Regelungen in der Anlage 1 des Einigungsvertrages

Aufgrund der bereits zuvor dargestellten, historisch etwas unterschiedlichen Entwicklung im Hinblick auf die Überprüfung der Justizjuristen und der

übrigen Angehörigen der staatlichen Administration der ehemaligen DDR unterscheiden die Regelungen in der Anlage 1 des EV zwischen zwei grundsätzlich unterschiedlich zu behandelnden Berufs- bzw. Personengruppen. Einerseits wurde dort die bereits in der DDR von der frei gewählten Volkskammer bestimmten Überprüfungsregelungen und das Verfahren für die Justizjuristen übernommen und andererseits neue, bisher vorbildlose Bestimmungen im Hinblick auf die Überprüfung der übrigen Personen des öffentlichen Dienstes getroffen. Im Folgenden wird daher zunächst das Verfahren und seine Umsetzung im Hinblick auf die Richter und Staatsanwälte dargestellt und im Anschluss daran für die übrigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes am Beispiel der Beamten.

4.1 Die Überprüfung der Richter und Staatsanwälte

Die Herstellung der Rechts- und Justizeinheit stellte eine der herausragenden Aufgaben dar, da es nicht nur um einen Wechsel von Organisationsformen und Rechtsnormen ging, sondern eben um einen Wandel der Weltanschauung, Lebensgewohnheit, individuellen Erwartung, aber auch der jahrzehntelangen Praxis und der staatlichen Erziehung. Zudem muss dabei berücksichtigt werden, dass das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat sehr stark von der Justiz abhängt und sie nicht nur eine verfassungsrechtliche Institution ist, sondern eben von den für sie tätigen Menschen lebt und auch von ihnen verkörpert wird. Nur eine arbeitsfähige, aber auch glaubwürdige rechtsstaatliche Justiz kann den nor-

mativen Geltungsanspruch des Rechts durchsetzen. In unserem Rechtssystem sind Richter eben nicht nur Gesetzesanwender oder „Gesetzesauslegungsmaschinen“, sondern persönlich unabhängige, politisch bewusste, der freiheitlich demokratischen Verfassung verpflichtete, ergänzend denkende Richter. Eine der schwierigsten Fragen der Vereinigung ist daher, welche Richter und Staatsanwälte der ehemaligen DDR weiter verwendet werden sollten? Die Vertragsparteien haben sich für zwei Lösungen entschieden. Zum einen sollte das bereits in der DDR im Jahre 1990 durch die frei gewählte Volkskammer bestimmte Überprüfungsverfahren umgesetzt werden und andererseits sollten alle Richter und Staatsanwälte grundsätzlich die Möglichkeit haben, auch weiterhin ihre Ämter auszuüben, da sie mit den Verhältnissen der DDR und dem weiter geltenden Recht der DDR besonders vertraut waren. Eine generelle Ablehnung erschien den Vertragsparteien als nicht gerechtfertigte Zurücksetzung einer Berufsgruppe. Zudem befürchtete man bei einer alleinigen Verwendung von Westjuristen erhebliche praktische Probleme, die für eine längere Zeit zu einem Rechtsstillstand führen würden und bei der Bevölkerung den Eindruck von Vereinnahmung verstärken würden.

Aufgrund der besonderen örtlichen Gegebenheiten entschied man sich im Land Berlin für eine globale Lösung. Dort übernahmen Juristen aus dem Westteil zunächst die gesamten Rechtsprechungsaufgaben, doch hatten auch hier die Justizjuristen der ehemaligen DDR die Möglichkeit, sich für eine Ernennung zum Richter auf Probe bzw. als Staatsanwalt zu bewerben. Im

Übrigen verblieben die bisher tätigen Justizjuristen zunächst für eine Übergangszeit in ihren Ämtern, mussten sich jedoch, wenn sie dort auf Dauer verbleiben wollten, einem zweistufigen Überprüfungssystem stellen.

4.2 Das Überprüfungsverfahren

Alle Justizjuristen mussten sich neu als Richter bzw. die Staatsanwälte als Beamte auf Probe bewerben. Über die Bewerbung und insbesondere über die Eignung der Richter sollte ein Richterwahlausschuss bzw. ein Staatsanwaltsberufungsausschuss entscheiden. Dieses Gremium war jeder Ernennung durch die zuständigen Landesminister vorzuschalten und seine Entscheidung sollte die Dienstherren zumindest im Falle der Ablehnung binden. Der Richterwahlausschuss bzw. der Staatsanwaltsberufungsausschuss setzte sich aus Richtern bzw. Staatsanwälten sowie aus Abgeordneten der jeweiligen Landesparlamente zusammen. Diese Gremien entschieden anhand der Kriterien aus dem fortgeltenden DDR-Recht, dem Grundgesetz und dem deutschen Richtergesetz. Anders als von der DDR-Volkskammer beabsichtigt, konnten sich die Wahlausschüsse nicht allein auf die Kriterien des DDR-Rechts stützen, da das Grundgesetz Geltung beanspruchte. Im Grundgesetz ist das Richterbild eindeutig definiert, so dass die Anforderungen vorrangig berücksichtigt werden mussten. Die letztlich zuständigen Landesminister waren ausschließlich an das Grundgesetz und die existierenden dienstrechtlichen Bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland gebunden. Die Richterwahlausschüsse mussten die DDR-Bestimmungen im Lichte des

Grundgesetzes betrachten und entsprechend anwenden.

Die Vorgaben aus dem fortgeltenden DDR-Recht deckten sich fast vollständig mit den Voraussetzungen für Bewerber nach dem deutschen Richtergesetz und dem Grundgesetz. Allein die Prüfung der moralischen und politischen Integrität ergänzt die Kriterien um einen Vergangenheitsbezug in der DDR, wenn auch beschränkt, auf die Suche nach Anhaltspunkten für eine Eignungsprognose. Da die Vertragsparteien sich im EV jedoch grundsätzlich für eine Weiterverwendung von DDR-Justizjuristen ausgesprochen haben, darf die Überprüfungsentscheidung nicht auf solche Kriterien gestützt werden, die für alle oder zumindest die weit überwiegende Mehrheit zutreffen, also insbesondere nicht auf die praktisch zu 100% existierende Mitgliedschaft in der SED oder einer Blockpartei. Trotz der umfangreichen Kriterienkataloge, die teilweise verfassungswidrig sind, verblieb als Ablehnungskriterium allein eine besondere, eine intensivere Eingebundenheit in das System, die auf eine negative Zukunftsprognose für die Eignung des Bewerbers schließen ließ.

Nach den Regelungen der Anlage 1 des EVs konnten auf diese Art erstmals ernannte Richter und Staatsanwälte auf Probe wieder entlassen werden, wenn nachträglich Tatsachen bekannt geworden sind, die eine Berufung nicht gerechtfertigt hätten oder sie für ihr jeweiliges Amt nicht geeignet waren. Dabei musste dasselbe Gremium nach denselben Kriterien seine erste Entscheidung aufgrund neu bekannt gewordener Tatsachen über das Vorleben des Betroffenen in der ehemaligen

DDR oder nun wegen eines Verhaltens überprüfen, das sich auf die dienstliche Eignung nach der Ernennung bezieht. Eine Entlassung ohne die Zustimmung des Richterwahlausschusses bzw. Staatsanwaltsberufungsausschusses durch den zuständigen Landesminister wegen dieser beiden Sonderentlassungsgründe war nicht möglich. Das zweite Überprüfungsverfahren war daher als Kontrolle für die erste Entscheidung vorgesehen, die unter großem Zeitdruck und möglicherweise aus diesem Grunde auf einer zu schmalen Basis getroffen werden musste. Durch dasselbe Gremium in derselben Zusammensetzung und unter Beachtung derselben Kriterien sollte ein Wechsel der Bewertungsmaßstäbe möglichst vermieden werden.

4.3 Die Umsetzung und Anwendung des Verfahrens

Bis zum 31.12.1992 mussten die neu entstandenen Bundesländer eigene Landesrichtergesetze erlassen, worin auch Regelungen über die Überprüfung der Justizjuristen entsprechend den Vorgaben im EV enthalten sein mussten.

Im Freistaat Sachsen wurde als einzigem neuen Bundesland zwar das Gremium Richterwahlausschuss bzw. Staatsanwaltsberufungsausschuss beibehalten, jedoch änderte sich die Zusammensetzung. Das Gremium besteht dort nur noch aus Richtern, so dass die Staatsanwälte sich nicht ihren Berufskollegen, sondern ebenfalls den Richtern zu stellen haben und Abgeordnete nicht mehr beteiligt sind. In Thüringen wurden die Gremien vollständig abgeschafft, dort entscheidet

allein der Landesjustizminister nach Beteiligung der Richtervertreter, die die Aufgaben eines Personalrats wahrnehmen. Gleiches gilt auch für das Land Sachsen-Anhalt. In Brandenburg traf zunächst der zuständige Landesminister die Entscheidung allein, nach Konstitution eines Präsidialrates wurde dieser beteiligt. In Mecklenburg-Vorpommern wurde bis zum 15. April 1991 der Rechtsausschuss des Landtags, der nur aus Abgeordneten besteht, angehört, seitdem trifft der Justizminister die Entscheidungen allein.

Keines der betroffenen neuen Bundesländer hat daher die differenzierte Integrationsentscheidung über ein zweistufiges Überprüfungsverfahren, die im EV vereinbart worden ist, übernommen. Alle sind rechtswidrig.

Auch bei der tatsächlichen Anwendung, d.h. bei der ersten Überprüfung durch die Richterwahl- bzw. Staatsanwaltsberufungsausschüsse ist in mancher Hinsicht rechtswidrigerweise von dem festgelegten Verfahren abgewichen worden. Zum einen waren zumindest die Vorsitzenden der Gremien stets Westdeutsche (Juristen), häufig auch eine Vielzahl der übrigen Mitglieder, wenn nicht gar alle. Neben den gesetzlichen Kriterien, die im Lichte des geltenden Grundgesetzes zu betrachten und zu werten waren, wurde in der Praxis ein weiteres Kriterium als Überprüfungsmaßstab entwickelt: die so genannte objektive Untragbarkeit. Es berücksichtigte nicht die subjektiven Merkmale des Bewerbers, sondern stellte allein auf seine Stellung als Repräsentant des Rechtsstaates, also auf objektive Elemente ab. Wer in den Augen der Bevölkerung als zu stark belastet angesehen werden muss und damit

dem Aufbau des Rechtsstaates im Wege stehen könnte, der ist in der Justiz nicht tragbar. Hierzu werden die hypothetische Sichtweise der Bevölkerung der ehemaligen DDR und die frühere Stellung des Bewerbers ungeachtet seines konkreten Verhaltens in der Funktion als Merkmal herangezogen. Dieses Kriterium diene in erster Linie dazu, der Justiz in den neu entstandenen Ländern Glaubwürdigkeit zu verschaffen und entspricht insoweit einer der Zielsetzungen des EVs. Dennoch ist es nicht in den gesetzlichen Vorgaben des EVs enthalten, da es nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Es ist verfassungswidrig.

Allgemein wurden folgende Merkmale als Überprüfungsmaßstab benutzt:

- MfS-Verstrickung,
- Urteile,
- Amtsführung,
- dienstliche Funktion und
- politische Ämter,

wobei die beiden letzteren nur im geringen Umfang rechtmäßig sind, nämlich soweit sich aus der subjektiven Einstellung des Bewerbers zu seinen dienstlichen Funktionen und politischen Ämtern Rückschlüsse auf die Eignung für die Zukunft ziehen lassen. Je nach konkretem Sachverhalt wurden zudem folgende Elemente berücksichtigt:

- Auszeichnungen und Prämien,
- Verhalten in der Wendezeit und
- Auslandstätigkeit.

Auszeichnungen und Prämien sowie Belobigungen liefern aus sich heraus bereits Anhaltspunkte für eine besondere Staatsverbundenheit. Dies gilt

auch für eine Auslandstätigkeit, da sie generell nur bei einer positiven Einstellung zum SED-Regime, die auch aktiv zur Schau gestellt werden musste, gewährt wurden. Das Verhalten in der Wendezeit zeigt besonders deutlich, wie der Bewerber zum Regime der DDR stand, ob er es noch bis zuletzt stützte oder schon die ersten Anzeichen bewusst zur Reform nutzte.

4.4 Kritische Würdigung

Immerhin gut 53% der Bewerber sind in die Justiz Gesamtdeutschlands übernommen worden. Eine Überprüfung und ggf. Korrektur der ersten Ernennung hat es nicht gegeben und kann nun wegen der inzwischen erfolgten Ernennung auf Lebenszeit auch nicht mehr erfolgen. Die verfassungswidrige Gesetzgebung und Umsetzung der neuen Länder hat, unterstützt von dem Desinteresse der Bevölkerung und der Politik, eine Anwendung der zweiten Stufe der Überprüfung verhindert. Alle Fehler, die aufgrund mangelnder Kenntnisse und großen Zeitdrucks bei der Übernahme der Bewerber geschahen, bleiben erhalten. Die Zufriedenheit der westdeutschen Prüfer wie der Betroffenen, die nur allzu gerne die Konfrontation mit Unbequemem meiden, vermischt mit dem Desinteresse der Bevölkerung, die mit der Umstellung des Alltagslebens beschäftigt war und einer weit verbreiteten politischen Strömung, einen Schlussstrich unter das SED-Regime zu setzen, verhinderte effektiv eine wirkliche Überprüfung. Weder achtete der Gesamtstaat, der Bund, immerhin Rechtsnachfolger der DDR, auf eine rechtmäßige Umsetzung des Verfahrens in den neu entstandenen Ländern, wie im EV vereinbart,

noch haben die alten Länder sich über diesen Punkt Gedanken gemacht. Die DDR-Justizjuristen können daher im Westen ungeprüft tätig werden.

Der Gesamtstaat, die Politik, aber auch die Juristen prüften das alleine für eine interne Reform der Justiz in der DDR gedachte Verfahren nicht, sondern übernahmen es unbesehen. So blieb es bei einer groben Negativauslese, die in einem nicht unwesentlichen Teilbereich auf verfassungswidrigen Kriterien beruhte.

Gesamtdeutschland wird an der moralischen und die neuen Länder an der praktischen Last der trotz eines Erfolg versprechenden Ansatzes nicht wirklich durchgeführten Aufarbeitung der personellen Vergangenheit der Justizjuristen noch viele Jahre zu tragen haben. Statt einer differenzierten Integration kam es lediglich zu einer groben Negativauslese.

4.5 Das Verfahren für Beamte

Anders als im Bereich der Justizjuristen konnten die neu entstandenen Länder und der Bund von Null mit ihrem jeweiligen öffentlichen Dienst beginnen, da es ja gerade keine Beamte in der DDR gegeben hatte. Die neu entstandenen Länder verfügten naturgemäß am 3. Oktober um Mitternacht jedoch noch nicht über eine Verwaltung, die Regelungen erlassen konnte, unter welchen Voraussetzungen für welche Funktion konkret Beamte ernannt werden sollten. In dieses Regelungsvakuum griffen die Bestimmungen der Anlage 1 des EVs. Da jedoch in der DDR keinerlei Überprüfungsregelungen für Beamte festgelegt wurden,

fehlten entsprechende Vorgaben auch im EV. Es wurden lediglich besondere Entlassungstatbestände für Beamte auf Probe aufgenommen. Die unmittelbare Geltung des Grundgesetzes und der bundesrechtlichen Beamtengesetze verlangten jedoch vor jeder Ernennung, dass der Bewerber den persönlichen Voraussetzungen, also insbesondere der politischen Treuepflicht entspreche. Der EV sah jedoch keine Regelungen vor, anhand derer die persönliche Eignung überprüft werden konnte. Die Angehörigen der staatlichen Administration der ehemaligen DDR verblieben zunächst als Angestellte auf ihren jeweiligen Dienstposten. Der EV billigte ihnen trotz ihrer eindeutigen und vollkommenen Parteigegebenheit zu, dass sie ihre Persönlichkeit ändern konnten und grundsätzlich lernfähig seien, die neue Staatsform kennen zu lernen und sich aktiv zu ihr zu bekennen. Da das Grundgesetz von jeder Persönlichkeit die persönliche Eignung im Moment der Amtsausübung fordert, wurde gerade nicht auf eine Funktion oder ein Amt zu einer früheren Zeit abgestellt, zu der das Grundgesetz noch nicht galt. Es kam auf die jeweilige aktuelle Haltung der Persönlichkeit an. Diese Haltung muss allerdings objektiviert werden können.

Die Kriterien, anhand derer man eine günstige Eignungsprognose für die Zukunft für jeden einzelnen Bewerber erstellen konnte, ergeben sich aus der Anlage 1 des EVs nur insofern, als die Sonderentlassungstatbestände Maßstäbe enthalten, bei deren Vorliegen ein bereits ernannter Beamter auf Probe wieder entlassen werden muss. Wer später entlassen werden muss, darf bei der Erfüllung der Kriterien bereits zum

Zeitpunkt der Ernennung naturgemäß nicht erst berufen werden. Neben dem sich bereits aus dem unmittelbar geltenden Beamtengesetz ergebenden Kriterien galten bis zum 31.12.1996 die folgenden besonderen Entlassungstatbestände:

- Verstoß gegen Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit; hierbei geht es um die Verletzung der wesentlichen Grundfreiheiten, die im internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte oder der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte enthalten sind, also insbesondere um einen Verstoß gegen das Verbot der Diskriminierung, der Folter, der Verletzung des Rechts auf Leben, auf Gleichheit vor dem Gesetz, Meinungs- und Informationsfreiheit, dem Anspruch auf wirksamen Rechtsschutz, rechtliches Gehör und eine private Freiheitssphäre.
- Eine Tätigkeit für das frühere Ministerium für Staatssicherheit; dabei muss der Betroffene bewusst und zielgerichtet durch eigenes Verhalten für das MfS tätig geworden sein und dadurch muss das Festhalten am Dienstverhältnis für den Dienstherren unzumutbar erscheinen.
- Andere gleichwertige Verhaltensweisen, etwa eine besonders intensive Verbindung zu dem Regime, die zu einer negativen Fortentwicklung seiner Strukturen führte, können eine gleich schwer wiegende Vorbelastung darstellen.

Die Beamten bilden den Grundpfeiler der modernen rechtsstaatlichen und unabhängigen Verwaltung unseres Staatssystems, so dass für die Ver-

tragsparteien von entscheidender Bedeutung war, auch in personeller Hinsicht einen klaren Trennungsstrich zum ehemaligen Staatsapparat der DDR zu ziehen. Andererseits sollte aber nicht vollständig auf das bisherige Personal verzichtet werden, weil sonst ein jahrelanger Stillstand in der entscheidenden Aufbauphase befürchtet wurde. Von dem Gelingen der einzelfallbezogenen, ausgewogenen aber auch konsequenten Überprüfung der bisher in der staatlichen Verwaltung der DDR Beschäftigten und der individuellen Verbeamtung hing auch die Akzeptanz der neuen demokratischen rechtsstaatlichen Verwaltung in der Bevölkerung des Gesamtstaates ab. Das Grundgesetz und die bis dahin vorbildlosen Sonderentlassungstatbestände für Beamte auf Probe bildeten die gesetzliche Grundlage für die Dienstherren der Bundesländer und des Bundes. Die Aufarbeitung sollte sich hinsichtlich der den Staat repräsentierenden Beamten gerade von der nach 1945 durchgeführten Entnazifizierung sowohl in der DDR wie auch in der alten Bundesrepublik abheben.

4.6 Die Umsetzung

Im Bereich des Bundes fanden aufgrund der Ressortenteilung zwei unterschiedliche Verfahren statt. Im Kompetenzbereich des Innenministers wurde allen Bewerbern, die zuvor in der DDR-Administration tätig waren und mit der Vereinigung unmittelbar in den öffentlichen Dienst auf dem Gebiet der ehemaligen DDR übernommen wurden, ein Fragebogen vorgelegt, der nach einer Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit hauptamtlich oder nebenamtlich oder nach

einer Funktion in der SED in einer Massenorganisation, gesellschaftlichen Organisation oder einer sonst herausgehobenen Funktion im System der DDR vor dem 9. November 1989 fragte. Daneben musste ein kompletter Lebenslauf, aus dem sich jegliche Tätigkeit in der DDR ergab, vorgelegt werden. Wurde eine Tätigkeit für das MfS bejaht, so verhinderte sie eine Ernennung. Eine Einzelfallüberprüfung wurde daher gerade nicht durchgeführt. Bewerber, die sich auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik bewarben oder aus bereits untergegangenen oder abgewickelten Bereichen der ehemaligen DDR oder aus solchen Bereichen, die nach den Regelungen des Grundgesetzes nicht zur bundesstaatlichen Verwaltung gehören, wurden nicht gesondert überprüft oder befragt. Sollte sich nachträglich herausstellen, dass ein Bewerber unzutreffende Angaben gemacht bzw. Punkte verschwiegen hat, so ist er wegen arglistiger Täuschung zu entlassen. In der Kompetenz des Bundesministeriums der Verteidigung wurde allen Bewerbern im zivilen Bereich ein Personalfragebogen vorgelegt, der in etwa dieselben Fragen wie beim Innenministerium enthielt. Tatsächlich wurden nur solche Bewerber nicht berücksichtigt bzw. später wegen arglistiger Täuschung entlassen, die hauptamtlich Offiziere beim MfS waren bzw. sich bei einer Tätigkeit als IM für mindestens den mittleren Dienst beworben haben und auch nur dann, wenn die Tätigkeit für das MfS noch nach 1970 angedauert hat. Andere Vorbelastungen wurden im Bereich des Bundes weder überprüft noch berücksichtigt.

Die neu entstandenen Länder und Berlin mussten bis zum 31. Dezember

1991 eigene Landesbeamten-gesetze erlassen, in denen die Sonderentlassungstatbestände mit aufgenommen werden konnten. Die Bundesländer der alten Bundesrepublik unterlagen keinerlei Vorgaben.

In Brandenburg sind keine besonderen Regelungen erlassen worden, da der Landesgesetzgeber eine Regelung dieses Sachverhalts für nicht erforderlich hielt. Es gibt auch keine Grundsätze oder Richtlinien, nach denen eine Vorbelastung erfragt wird bzw. die Angaben zu bewerten sind, die sich aus den Lebensläufen und den ehemaligen Kaderakten ergeben. Zwar gab es Personalfragebögen, in denen nach einer Tätigkeit für das MfS gefragt wurde, diese wurden jedoch nicht generell verteilt. Stellte sich nachträglich heraus, dass in diesen Fragebögen unzutreffende Antworten gegeben wurden, so wurde die Ernennung nicht automatisch wegen arglistiger Täuschung zurückgenommen, sondern stets auch das Maß der Verstrickung geprüft.

Sachsen und Thüringen erließen umfangreiche Regelungen, die eine konkrete Einzelfallüberprüfung gewährleisten. Es wird auch Wert darauf gelegt, dass herausgehobene Funktionen im System der DDR grundsätzlich als Vorbelastung angesehen werden müssen. Auch aus dem Westen stammende, z. B. „ausgeliehene“ Beamte mussten sich einer detaillierten Überprüfung anhand von Fragebögen stellen.

Allerdings erweiterten die Landesbeamten-gesetze die Überprüfungsmöglichkeiten zeitlich gegenüber den Vorgaben des EVs, so dass sie seit dem 31. Dezember 1996 nicht mehr angewendet werden dürfen.

Sachsen Anhalt hat die Regelung des EVs unmittelbar in das eigene Landesbeamtengesetz überführt, sie allerdings dahingehend beschränkt, dass nur unmittelbar aus der staatlichen Administration der DDR übernommene Bewerber zu überprüfen sind. Eine Handreichung für alle personalführenden Stellen des Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit gewährleistet einheitliche Grundsätze bei der Bewertung einer Tätigkeit für das MfS. Tatsächlich findet eine Überprüfung nur im Hinblick auf eine Tätigkeit für das MfS statt und werden die Möglichkeiten in Sachsen Anhalt wohl nicht ausgeschöpft, da lediglich 34% aller belasteten Beamten tatsächlich entlassen werden. Aufgrund des häufigen Wechsels im Verfahren der Bewertung einer Tätigkeit für das MfS zunächst durch eine zentrale Personalkommission, später durch Personalausschüsse und seit dem 16. Mai 1995 nun wieder durch einen zentralen Vertrauensrat, findet eine verdeckte Integration der Betroffenen statt. Auch eine Falschangabe im Personalbogen führt, abweichend von der sonstigen Verwaltungs- und Gerichtspraxis, nicht automatisch zu einer Rücknahme der Ernennung wegen arglistiger Täuschung. Es wird stets erst das Maß der Verstrickung geprüft.

In Mecklenburg-Vorpommern wurden die Regelungen des EVs zwar in das Landesbeamtengesetz übernommen und allen Bewerbern vor der Ernennung ein Fragebogen mit entsprechenden Fragen ausgehändigt. Eine Beendigung des Dienstverhältnisses kommt allerdings nur in Betracht, wenn die Behörde bei Kenntnis des wahren Sachverhaltes den Betroffenen nicht ernannt hätte. Es ist also eindeutig die

Behördenpraxis maßgeblich. Systemnähere oder andere mögliche Vorbelastrungen spielen keine Rolle. Es findet auch keine Regelanfrage bei der Gauck-Behörde statt. Bei der Bewertung des Maßes der Verstrickung lässt sich eine eindeutige Tendenz dahingehend feststellen, dass mit zunehmendem Abstand zur Vereinigung die Behörden wie die Gerichte wesentlich großzügiger werden. Seit September 1998 sind praktisch alle Verfahren abgebrochen worden.

In Berlin hat man sich frühzeitig um eine intensive Forschung und Aufklärung hinsichtlich der Strukturen des SED-Regimes bemüht. Dennoch richtete sich auch hier das Hauptaugenmerk auf eine Tätigkeit für das MfS, sonstige Vorbelastrungen bleiben ungeprüft und unbewertet. Allen Bewerbern aus dem Ostteil der Stadt wird ein Personalfragebogen vorgelegt, der bei einer Falschangabe zu einer Entlassung wegen arglistiger Täuschung führen kann. Daneben bestanden die Sonderentlassungsmöglichkeiten bis zum 31.12.1996 als Landesrecht fort. Allerdings führte die sehr uneinheitliche Verwaltungspraxis bei den unterschiedlichen Behörden zu extrem verschiedenen Ergebnissen. In manchen Bereichen wurde eine Regelanfrage bei der Gauck-Behörde veranlasst, bei manchen Stellen überhaupt nicht. Teilweise wurden die Fragebögen kontrolliert, teilweise nicht, mögliche Vorbelastrungen wurden extrem unterschiedlich bewertet. Dennoch liegt die Beendigungsquote in Berlin bei weit über 50% und damit erheblich höher als in den anderen neu entstandenen Bundesländern, so dass wenigstens im Bereich der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS festgestellt werden kann,

dass das Ziel der differenzierten Integration bei Ausgrenzung der Vorbelasteten zumindest im Blick behalten wurde.

In Bayern erhält jeder neue Bewerber einen umfassenden Fragebogen, der auch nur bei der Bejahung einer einzigen Frage im Hinblick auf eine Vorbelastung automatisch zu einem Ausschluss aus dem weiteren Bewerbungsverfahren führt. Die Regelung in Bayern ist damit erheblich schärfer als im EV vorgesehen und deshalb möglicherweise sogar verfassungswidrig, da eine konkrete Abwägung des Einzelfalls trotz der detaillierten Fragestellung nicht vorgesehen ist. Ob der einzelne Dienstherr das konkrete Maß der Verstrickung bewertet, scheint so jedenfalls nicht gesichert.

Nordrhein-Westfalen überprüft zumindest die Bewerber, die nach dem 1.1.1989 das Beitrittsgebiet verlassen haben, entsprechend den Vorgaben des EVs, wobei der Schwerpunkt auch hier auf einer Tätigkeit für das MfS liegt.

In Rheinland-Pfalz müssen sich alle Bewerber, die vor dem 3.10.1990 in der ehemaligen DDR beschäftigt waren, einem Gespräch stellen, in dem nach ihrem Verhältnis zum Regime der DDR gefragt wird. Darin wird auch auf die im EV genannten Sonderentlassungstatbestände hingewiesen und nach einer entsprechenden Vorbelastung gefragt sowie auf die dienstrechtlichen Konsequenzen einer falschen Antwort hingewiesen. Zumindest für den kleinen Kreis der Bewerber aus der DDR ist somit ein zulässiges und taugliches Überprüfungsverfahren verabschiedet worden.

In Hessen müssen sich nur Bewerber aus dem Gebiet der ehemaligen DDR für beamtete Lehrerplanstellen einem genauen Fragenkatalog im Hinblick auf eine Vorbelastung stellen, der durch Anfragen bei der Gauck-Behörde und anderen Archiven überprüft wird. Eine genaue Abwägung des Einzelfalls wird allerdings nicht vorgenommen, da bei einer Bejahung einer Frage eine Ernennung nicht erfolgt.

4.7 Kritische Würdigung

Weder der Bund noch die Länder haben sich an die im Wesentlichen verfassungskonformen Bestimmungen gehalten. Es fanden keine generellen oder umfassenden Überprüfungen der möglichen Vorbelastung statt, weil die Bestimmungen nur sporadisch oder zumindest nicht allgemein berücksichtigt wurden. Aus einer Anfrage bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit, Gauck-Behörde, die keineswegs eine Regel war, gab es keine Kontrolle der eigenen Angaben der Betroffenen. Die daraus oder anderweitig erlangten Kenntnisse wurden trotz der Vereinheitlichungsbemühungen z.B. der LStU sehr unterschiedlich bewertet. Mit zunehmendem Abstand zur Vereinigung kann eine völlige Veränderung der Bewertung einer möglichen Vorbelastung festgestellt werden. Die Haltung der Politik wie das allgemeine Desinteresse der Bevölkerung erleichtert diese sich stetig vergrößernde Toleranz. Die alten Bundesländer sahen sich nicht veranlasst, ihr bereits vor der Vereinigung im Dienst befindliches Personal zu überprüfen. Im Allgemeinen besteht eine derart unterschiedliche Gesetzeslage, die durch die sehr unterschiedli-

che Anwendungspraxis der verschiedenen Dienstherren zu großen Unterschieden bzw. Gerechtigkeitslücken führt. Von einer Überprüfung oder auch nur einer stringenten Anwendung kann nicht einmal im Ansatz die Rede sein.

Über die Rücknahmemöglichkeit bei arglistiger Täuschung wegen einer unzutreffenden Angabe in den zumeist auszufüllenden Fragebögen findet ein gewisser Ausgleich statt. Allerdings kommt es dabei auch zu Ungleichbehandlungen, da die Fragebögen voneinander abweichen und zumeist lediglich im Hinblick auf eine Tätigkeit für das MfS kontrolliert werden. Zum Teil wird nicht nur auf die unzutreffende Angabe, also die Täuschung, sondern auch auf die Qualität oder Quantität der Belastung abgestellt.

5. Zusammenfassung

Sollte die Akzeptanz der neuen demokratischen rechtsstaatlichen Verwaltung wirklich an einer konsequenten Überprüfung hängen, so muss sie wohl

als gescheitert angesehen werden. Der demokratische Rechtsstaat wurde von einer Vorbelastung durch belastete Angehörige des öffentlichen Dienstes keinesfalls bewahrt. Die Ziele der Vertragsparteien sind weder erreicht noch auch nur wirksam angestrebt worden. Wegen der sehr uneinheitlichen rechtswidrigen Praxis wie der teilweise rechtswidrigen Rechtsprechung und Gesetzeslage erzeugt der Aufarbeitungsansatz im Bereich des öffentlichen Dienstes eher selbst verfassungswidrige Ungleichheit, Ungerechtigkeit. Aus der Einzelfallbetrachtung jeder Person, einer differenzierten Integration unter Ausgrenzung der Vorbelasteten ist nichts geworden. Die demonstrativ geäußerten Bekenntnisse und Werte können nicht darüber hinweg täuschen, dass auch die Bestimmungen dieser Rechtsordnung nur so gut sind, wie die Menschen, die sie verkörpern und mit Leben füllen, also akzeptieren und für schutzwürdig erachten. Die Rechtsordnung auf der Grundlage des Grundgesetzes bedarf einer gesellschaftlich allgemein akzeptierten Wertordnung als Fundament eines Grundkonsenses.

Das aktuelle Buch

Alois Glück/Holger Magel (Hrsg.): Neue Wege in der Kommunalpolitik – Durch eine neue Bürger- und Sozialkultur zur Aktiven Bürgergesellschaft, Verlagsgruppe Jehle Rehm, München 2000, 369 Seiten, 39,80 DM.

In der Diskussion über Auswege aus der Krise, in die unsere moderne Gesellschaft angesichts negativer Begleitumstände des modernen Wandels zu schlittern droht, hat die „Bürgergesellschaft“ einen festen Platz eingenommen. Politiker verschiedener Couleurs, Bildungsinstitutionen, Wissenschaftler und Publizisten haben dieses Schlagwort aufgegriffen. Das Spektrum der inhaltlichen Auseinandersetzung reicht von der Sonntagsrede mit wohlmeinenden Appellen für mehr Bürgerengagement bis zu philosophisch-theoretischen Diskussionen in exklusiven Akademikerzirkeln. Um auf dem Weg zu diesem Ziel tatsächlich voranzuschreiten, taugt für sich alleine betrachtet weder das eine noch das andere. Wichtig erscheint vielmehr, die Bürgerinnen und Bürger als entscheidende Protagonisten und Hoffnungsträger einer „Aktiven Bürgergesellschaft“ direkt anzusprechen, sie zu motivieren und sie bei ihrem Engagement nach besten Kräften zu unterstützen.

Hierfür haben sich die Herausgeber dieses Sammelbandes entschieden. Der Titel des umfangreichen Handbuchs, das für Praktiker geschrieben wurde, zeigt, wohin uns die beiden bayerischen Reformer führen wollen: auf „Neue Wege in der Kommunalpolitik – Durch eine neue Bürger- und Sozialkultur zur Aktiven Bürgergesellschaft“.

Die Frage, wie durch eine neue Bürger- und Sozialkultur ein Gleichgewicht zwischen der Freiheit für die persönliche Lebensgestaltung und der Bereitschaft zur Verantwortung für sich selbst und für die Mitmenschen, kurzum eine leistungsfähigere und menschlichere Gesellschaft, hergestellt werden kann, beschäftigt Alois Glück schon lange. Der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat im Juli vergangenen Jahres den Vorsitz der CSU-Grundsatzkommission übernommen und in dieser Funktion die Aktive Bürgergesellschaft zur Chefsache gemacht. Mitherausgeber Holger Magel, Ordinarius für Bodenordnung und Landentwicklung an der Tech-

nischen Universität München, ist seit vielen Jahren Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und im Rahmen seines Engagements für die bayerische Dorferneuerung intensiv mit Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement befasst.

Hier haben zwei Herausgeber zusammengefunden, die bei aller Detailkennntnis über Theorien und Hintergründe der Bürgergesellschaft die Bodenhaftung nicht verloren haben. Kritikern, die die Vision einer Aktiven Bürgergesellschaft als schönes theoretisches Konstrukt abqualifizieren wollen, erteilt dieses Buch eine klare Absage, indem es Aktionen vorstellt und von Projekten berichtet, bei denen die Bürgergesellschaft schon längst fester Bestandteil des Alltags in Dörfern, Gemeinden, Stadtteilen und Städten geworden ist: „Die vielen eindrucksvollen Beispiele gelungener Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Kommunalpolitik durch neue bürgerschaftliche Initiativen in den verschiedensten Lebensbereichen belegen, dass der Weg einer neuen Bürger- und Sozialkultur mit dem Ziel der Aktiven Bürgergesellschaft keine Illusion ist.“ (S.367)



Weil Beispiele mehr überzeugen als alle ideellen Konzepte, wendet sich dieses Buch nach einer kurzen, informativen theoretischen Einführung, in der neben den Herausgebern prominente Fürsprecher einer Aktiven Bürgergesellschaft wie Roman Herzog und Hermann Hill zu Wort kommen, der kommunalpolitischen Praxis zu. Einführenden Charakter hat auch das Kapitel 2, in dem sich Experten aus unterschiedlicher Perspektive des Themas „Neue Wege in der Kommunalpolitik und Kommunalpraxis“ annehmen. Spitzenvertreter der kommunalen Spitzenverbände wie Heribert Thallmair, Josef Deimer oder Siegfried Naser nähern sich dem Thema aus der Sicht der bayerischen Städte, Gemeinden oder Landkreise. Mitherausgeber Magel schreibt über Dorfentwicklung in kleinen ländlichen Kommunen. Der Bayerische Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, Dr. Werner Schnappauf, stellt die Agenda 21 als einen Weg in die Bürgerkommune des 21. Jahrhunderts vor. Wilhelm Frankenberger, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, widmet sich einem wichtigen Aspekt, der bislang bei der Diskussion über die Realisierung der Bürgergesell-

schaft nahezu vernachlässigt wurde: dem Zusammenspiel von bürgerschaftlichem Engagement und örtlichem Unternehmertum zur Stärkung lokaler Wirtschaftsräume. Sozialpolitische Aspekte des Themas decken der Sozialreferent der Stadt Würzburg, Peter Motsch, und der Leiter des Münchner Instituts für Sozialforschung, Gerd Mutz, ab, während sich der Leiter der Arbeitsgruppe „Neue Sozial- und Bürgerkultur“ der CSU-Landtagsfraktion, Eberhard Sinner, den Chancen widmet, die einer Aktiven Bürgergesellschaft durch die moderne Kommunikation via Internet geboten werden.

Lesen sich schon diese ersten beiden Kapitel wie ein „Who's Who“ der Bürgergesellschaft, so wird dies in den folgenden Kapiteln des Buches noch übertroffen. Die in Kapitel 3 vorgestellten „ermutigenden Beispiele und Ideen“ über „Wege der Partnerschaft zwischen Kommunalpolitik und Bürgern“ könnten, was Zielgruppen, Intentionen und Vorgehensweisen betrifft, unterschiedlicher nicht sein. Die Vielfältigkeit der meist von den Bürgermeistern der betreffenden Kommune knapp und übersichtlich vorgestellten Projekte macht vor allem eines deutlich: Es gibt bei der Realisierung der Bürgerkommune keine Mindeststandards. Egal, ob es sich um eine winzige ländlich zersiedelte Gemeinde oder eine bayerische Stadt mit allen damit verbundenen sozialen Brennpunkten handelt, die Aktive Bürgergesellschaft ist überall möglich, wo engagementbereite Menschen auf Kommunalpolitiker treffen, die dieses Engagement nicht nur in Sonntagsreden propagieren, sondern durch entsprechende Ansätze und Rahmenbedingungen fördern. Als Beispiele, jedoch nicht als Rezepte, will Glück die von ihm und Magel zusammengetragenen Projekte verstanden wissen: „Es muss immer wieder in der örtlichen Situation und durch die Prägung der konkret handelnden Menschen jeweils der eigene Weg gesucht werden, aber viele Erfahrungen und Methoden sind allgemein gültig.“ (S.367)

Während in Kapitel 3 herausragende Kommunen, in denen Bürgergesellschaft bereits praktiziert wird, vorgestellt werden, richtet sich in Kapitel 4 das Interesse auf Institutionen und Gruppierungen, die neue Formen bürgerschaftlichen Engagements vorleben. Hier wer-

den zum Beispiel Freiwilligenzentren, Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Spiel- und Freizeitgruppen, moderne Nachbarschaftshilfen und vieles mehr präsentiert. Dabei geht es den Herausgebern nicht darum, in der Euphorie über neue Formen bürgerschaftlichen Engagements traditionelle Formen von Ehrenamt und Verein abzuqualifizieren: „So wichtig es ist, dass gerade die Politik auf sich verändernde Verhältnisse reagiert und auch solchen Bürgerinnen und Bürgern die Chance zur gesellschaftlichen Mitarbeit bietet, die sich von traditionellen Formen nicht angesprochen fühlen, so wichtig ist es andererseits, diese traditionellen Vereinigungen nicht zu vernachlässigen.“ (S.233)

Anregungen für eine breitere Öffentlichkeit zu geben und Ideen weiterzuverbreiten, das geben die beiden Herausgeber als Intention dieses umfangreichen Handbuchs an. Dies gelingt ihnen auf überzeugende Weise. Wer sich für ein verstärktes Engagement in der Bürgergesellschaft interessiert, sei er nun Bürger oder Kommunalpolitiker, findet nicht nur einen bunten Strauß von Ideen, sondern auch die dazugehörigen Ansprechpartner samt Adressen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen. Auch den Beratungs- und Fortbildungsstätten, die sich in Bayern dieser Thematik annehmen (u.a. Schulen der Dorf- und Landentwicklung, Bayerische Akademie Ländlicher Raum, die kommunalen Spitzenverbände, Bayerisches Sozialministerium und auch die Hanns-Seidel-Stiftung), ist ein eigenes Kapitel gewidmet.

So wird das vorliegende Buch zu einem echten Arbeitsbuch, das seinem Titel gerecht wird, indem es „Neue Wege in der Kommunalpolitik“ erschließt und dazu beiträgt, dass der Austausch über Initiativen und Ideen gedeiht. Glück und Magel ist es gelungen, ein interessantes bayerisches Netzwerk zu knüpfen.

Dass diesem umfangreichen Nachschlagewerk, in dem für einen erschwinglichen Preis viel Information geboten wird, ein detailliertes Orts-, Sach- und Personenregister, vielleicht auch eine Übersichtskarte fehlt, ist der einzige Kritikpunkt dieses ansonsten rundum gelungenen Buches.

Gerhard Hirscher

Buchbesprechungen

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, Nomos-Verlags-gesellschaft, Baden-Baden 1999, 13.569 Seiten, 8 Bände in 14 Teilbänden, 980,00 DM.

Die DDR war kaum aus der Weltgeschichte verschwunden, als der Bundestag des wieder vereinigten Deutschlands eine Enquete-Kommission einsetzte, die auf breiter wissenschaftlicher Basis versuchen sollte, die Herrschaftsstrukturen dieser zweiten deutschen Diktatur zu durchleuchten. Die Arbeit dieser 1992 eingerichteten Kommission setzte nicht nur Maßstäbe in der Arbeit parlamentarischer Kommissionen, sondern wurde geradezu ein Muster politischer und wissenschaftlicher Aufarbeitung von Diktaturerfahrung. Die Mischung aus Politikern, Wissenschaftlern und Zeitzeugen führte zu einer enormen Menge an Material und Analyse. Allerdings zeigte sich bald, dass diese Kommission allein (ihre Ergebnisse wurden in einer neunbändigen Edition 1995 im Nomos-Verlag herausgebracht) zu einer vollständigen Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht in der Lage sein würde. Daher war es nur folgerichtig, dass auch im darauf folgenden Bundestag eine Enquete-Kommission eingerichtet wurde – auch dies im politischen Konsens der wichtigsten Parteien. Diese zweite Kommission sollte sich mehr der Überwindung der Folgen der SED-Diktatur widmen. Deren Materialien, die nun den Abschluss der sechsjährigen Kommissionsarbeit markieren, liegen jetzt in einer eigenen Edition in acht Bänden (oder 14 Teilbänden) vor.

Es ist wohl nicht übertrieben zu behaupten, dass auch diese Edition – wie ihre Vorgängerin – einen wichtigen Meilenstein in der Aufarbeitung und Analyse deutscher Nachkriegsgeschichte darstellt. Sie wird noch auf Jahre eine unverzichtbare Grundlage für die wissenschaftliche Arbeit wie für die politische Bildung sein.

Aus den Bänden kann sich fast jeder entsprechend informieren und diese als Grundlage für weitere Forschungen verwenden. Es sind zwar, wie der Vorsitzende der Kommission Rainer Eppelmann in seinem Vorwort betont, Lücken übrig geblieben, die nicht mehr behandelt werden konnten. Dies tut dem Nutzen des Projekts aber keinen Abbruch – für eine Fortführung einer solchen Kommission hätte nach 1998 ohnehin der politische Konsens gefehlt.

Besonders empfohlen sei der erste Band, in dem sich unter anderem verschiedene Fraktionsanträge, der Zwischen- und der Schlussbericht finden. Hier wird der hohe Konsensbereich der Kommissionsarbeit deutlich, aber auch die divergierenden Ansichten der PDS (siehe deren Gruppenanträge S.15ff. und 117ff.). Dort werden nicht nur die Untersuchungsgegenstände enger gesehen, auch eine Benennung der DDR als Diktatur sucht man dort vergebens. Insofern wird deutlich, dass die PDS sich in dieser Arbeit aus dem antitotalitären Konsens ausschließt, der bei allen anderen Parteien insgesamt in dieser Kommission doch deutlich erkennbar ist. Nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt ist die Edition auch ein wichtiges Zeitdokument für den Demokratiediskurs in Deutschland Ende der 90er-Jahre.

Die folgenden Bände enthalten jeweils Protokolle von Sitzungen oder Beiträgen der Kommissionsmitglieder sowie Vorträge, Berichte und Expertisen geladener Sachverständiger. Dabei stehen im Band II die Opfer der SED-Diktatur im Mittelpunkt sowie die Problematik des Elitenwechsels und die Grenzen der rechtsstaatlichen Aufarbeitung. Der dritte Band behandelt Fragen der Wirtschafts-, Sozial und Umweltpolitik, während sich Band IV der Bildung, Wissenschaft und Kultur widmet (einschließlich rückblickender Bewertungen der DDR-Forschung). Erfreulicherweise behandelt ein eigener Band das Alltagsleben in der DDR. Ein weiterer umfangreicher Band ist den Archiven und Gedenkstätten gewidmet und ein anderer den möglichen Formen künftiger Aufarbeitung. Ausführlich widmet sich der letzte Band der Rolle des geteilten Deutschlands im geteilten Europa.

Mit dieser Edition liegt erneut eine Fundgrube für Wissenschaftler und Forscher verschiedener Richtungen vor. Gewiss hätten von der Kommission manche Fragen (vielleicht sogar zu Lasten einiger sehr breit behandelter Aspekte) stärker berücksichtigt werden können wie etwa außenpolitische Konzeptionen und Strategien der Westmächte – vor allem der USA – sowie andere Fragen der Militär- und Sicherheitspolitik in Europa. Dabei mögen innenpolitische Opportunitätserwägungen ebenso eine Rolle gespielt haben wie die Problematik des vorhandenen Materials. Nichtsdestoweniger ist die Arbeit der Kommission und deren Umsetzung in diese beiden Editionen eine Leistung, die sich sehen lassen kann – gerade im internationalen Vergleich. Ein

Großteil der realen Verhältnisse in der DDR ist damit sicher aufgearbeitet worden – die Herrschaftsdimensionen der SED-Diktatur können spätestens jetzt als bekannt vorausgesetzt werden. Eine andere Frage ist die Spätwirkung der staatssozialistischen Diktatur in der DDR – deren Aufarbeitung wird andauern. Aus dieser Edition wird man hierfür viel hilfreiches Material erhalten.

Gerhard Hirscher

Paul Krugman: Schmalspurökonomie. Die 27 populärsten Irrtümer über Wirtschaft, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2000, 245 Seiten, 49,80 DM.

Es gibt wenige herausragende Ökonomen, die in der Lage sind, komplexe volkswirtschaftliche Zusammenhänge ausschließlich verbal, d. h. ohne den in der Wissenschaft kaum mehr wegzudenkenden mathematischen Apparat, und damit auch für den interessierten Laien verständlich darzustellen. Gerade in Deutschland scheint für die Mehrheit der akademischen Volkswirte noch immer die Anekdote zuzutreffen, die von einem der hoffnungsvollsten jungen Nachwuchsprofessoren der hiesigen Disziplin kolportiert wird: Nachdem er in seinem Bestreben, die Öffentlichkeit an den Früchten seiner theoretischen Arbeiten teilhaben zu lassen, einen Aufsatz für eine große Tageszeitung verfasst hatte, meldete sich der zuständige Redakteur bei ihm und bat ihn, den Artikel doch so umzuarbeiten, dass er auch für den Nichtfachmann lesbar und von deutlicherer wirtschaftspolitischer Relevanz sei. Anstatt dies jedoch auch nur zu versuchen, kassierte er beleidigt den Aufsatz mit den Worten: „Wenn Sie das so nicht wollen, dann ziehe ich mich eben wieder in meinen Elfenbeinturm zurück!“ Sprach's und vermied seitdem alle weiteren Kontakte mit der profanen Welt außerhalb der Universität.

Zu den wenigen Vertretern der Ausnahmeerscheinung, im Gegensatz dazu auch ein breiteres Publikum für ökonomische Zusammenhänge interessieren zu können (und zu wollen), zählt ohne Zweifel Paul Krugman, Volkswirtschaftsprofessor am Massachusetts Institute of Technology und heißer Anwärter auf einen der Wirtschaftsnobelpreise der nächsten Jahre. Dies beweist er nach der Abrechnung mit den vulgärökonomischen Ansichten der „Pop-Ökonomen“ zur Globalisierung (in: „Der Mythos vom globalen Wirtschaftskrieg“, deutsch 1999) auch mit seinem neuesten Buch, das – 1998 in den USA erschienen – endlich auch in

deutscher Sprache vorliegt. Es handelt sich dabei um eine Sammlung von populärwissenschaftlichen Aufsätzen aus den Jahren 1993 bis 1997, die auch für den deutschen Leser interessant sind. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die im Untertitel bereits angesprochene Auseinandersetzung mit Allgemeinplätzen, die in der wirtschaftspolitischen Diskussion immer wieder aufscheinen und durchaus auf den ersten Blick einleuchtend erscheinen, davon jedoch aus wissenschaftlicher Sicht nicht richtiger werden.

Paul Krugman ist sicherlich kein konservativer Ökonom. Nachdem er in den achtziger Jahren noch Ronald Reagans Council of Economic Advisers angehört hatte, beriet er 1992 bereits Bill Clinton im Präsidentschaftswahlkampf und hat sich seitdem immer wieder sehr kritisch gerade gegenüber allzu simplen ökonomischen Glaubenssätzen von Seiten der Republikaner geäußert. Er nimmt jedoch auch die bestehende Regierung nicht aus seiner teilweise ziemlich harschen Kritik aus. Am ehesten charakterisiert man Krugmans populäres Werk vielleicht als Produkt eines unabhängigen, gegenüber ideologischen Verbrämungen wie akademischen Modeerscheinungen der Wirtschaftstheorie und -politik sehr aufmerksamen, brillanten Wissenschaftlers, der es auch als seine Aufgabe ansieht, die Resultate seiner Forschung in den allgemeinen politischen Prozess einzubringen.

Ausgangspunkt seines Ansatzes ist dabei die durchaus selbstbewusste Annahme, dass „der ungeschulte Leser oder Hörer selbst ökonomisches Geschwätz der haltlosesten Sorte nicht als solches erkennt. Und da ich mich nicht darauf verlassen kann, dass sonst jemand die Aufklärungsarbeit übernimmt (...), bleibt mir schlicht nichts anderes übrig, als selbst zur Feder zu greifen“ (S.10). Das Resultat dieser Bemühungen sind zumeist recht flott geschriebene, aber fest im Fundus der ernsthaften Wirtschaftsforschung verwurzelte Aufsätze, in denen er meisterhaft aktuelle Glaubenssätze und Aktivitäten der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspresse kritisiert. Dass er dabei oft ganz grundsätzlich und bisweilen sehr provokativ gegen den Zeitgeist schreibt, dem auch die Volkswirtschaftslehre nicht abhold ist, macht die Sache nicht nur originell und lehrreich, sondern auch in höchstem Maße unterhaltsam.

Diese Meisterschaft beweist er auch im vorliegenden Buch wieder. Ob er sich mit den Auswirkungen von technologischem Fortschritt und Globalisierung auf den Arbeitsmarkt, den politischen Wurzeln der französi-

schen Volkswirtschaft, dem europäischen (deutschen) Fetischismus absoluter Geldwertstabilität, dem „Virus“ und „Blödsinn“ der US-amerikanischen Angebotstheoretiker, den Währungskrisen in Mexiko und Asien, dem angeblichen Ende von Konjunkturzyklen in der „new economy“, der Finanzierung des Gesundheitswesens oder der ökonomischen Position zur Umweltpolitik beschäftigt: Immer gelingt es Krugman, wirtschaftspolitisch und publizistisch populären (oder populistischen) Auffassungen Ergebnisse der ökonomischen Standardtheorie entgegenzusetzen (die er im Übrigen zum Teil maßgeblich mitgestaltet hat) und ihre Schwächen bloßzulegen.

So ist es in der Politik mittlerweile en vogue, bei allen sich bietenden Gelegenheiten die technologischen Fortschritte in den Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnologie zu beschwören und den Eindruck zu vermitteln, der darin zum Ausdruck kommende technische Fortschritt verändere die Grundstrukturen und Gesetzmäßigkeiten der modernen Wirtschaft völlig. Paul Krugman holt diese Auffassung, die sich nicht zuletzt auch im „Paradigma“ der „new economy“ niederschlägt, auf den Boden der Tatsachen zurück, indem er auf die tatsächlichen Veränderungen der Lebensumstände im Vergleich zur Zwischen- und Nachkriegszeit verweist. Sein lapidares Fazit lautet: „Die Vorstellung, wir lebten in einer Epoche des dramatischen technischen Fortschritts, beruht auf kollektiver Aufgeregtheit, mehr nicht. In Wahrheit nämlich passiert nicht allzu viel. Jedenfalls nicht in fundamentaler Hinsicht.“ (S.124)

Bezüglich der Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Strukturen der Wirtschaft des 21. Jahrhunderts ist Krugman sehr skeptisch gegenüber der Betonung der Informationswirtschaft mit ihrer „immateriellen Produktion“. Denn einerseits „muss eine Volkswirtschaft (...) die Bedürfnisse der Verbraucher befriedigen. Diese aber fordern außer Informationen vor allem auch handfeste Waren“ (S.235). Dies gelte im globalen Maßstab insbesondere für den erheblichen Nachholbedarf der sich gerade industrialisierenden Länder. Darüber hinaus „scheinen die Propheten einer 'Informationswirtschaft' das ökonomische Einmaleins nicht ganz beherrscht zu haben. Denn wenn etwas in großen Mengen vorhanden ist, verbilligt es sich zwangsläufig. In einer von Informationen überfluteten Welt ist der Marktwert der Information als solcher ausgesprochen gering. Außerdem gilt ganz allgemein folgendes Gesetz: Je effizienter etwas hergestellt werden kann, desto stärker sinkt die Bedeutung der betreffenden Tätigkeit“ (S.235f.).

Nach Krugman ist der gegenwärtige Boom in der IT-Industrie damit lediglich ein temporäres Phänomen. Im Laufe der nächsten hundert Jahre werde der technologisch bedingte Wertverfall kreativer IT-Produkte vielmehr zu einer Symbiose dieses Bereiches mit den alteingesessenen Produzenten konventioneller Güter und Dienstleistungen, etwa über intensives Sponsoring, führen. Es werde also langfristig unmöglich, „aus Wissen direkt Kapital zu schlagen“ (S.242).

Seinen Hang zur polemischen Klarheit seiner Haltung demonstriert Krugman auch, wenn er Wirtschaftspublizisten und -politikern vorwirft, sich nur ungenügend mit der ökonomischen Denkungsart und Disziplin zu befassen und sich stattdessen lieber mit Schlagworten zu schmücken und populären Modeerscheinungen hinterherzulaufen: „Sie betreiben Ökonomie in Juristenmanier: Erst bilden sie sich eine Meinung zu dem Fall, dann suchen sie nach möglichst vielen Argumenten, die diese Meinung stützen können. Gleichzeitig sind sie der Auffassung, dass die Grunderkenntnisse der Ökonomie (...) in genau der gleichen Weise gewonnen wurden. Doch damit liegen sie völlig falsch. (...) Ein richtiger Ökonom fängt niemals mit der Wirtschaftspolitik an, sondern mit der Wirtschaftsanalyse, er fragt sich also: 'Wie funktioniert die Welt?'“ (S.134f.)

Gerade auch den Praktikern von Wirtschaft und Politik weist er ein bedeutendes Maß an Verantwortung dafür zu, dass sich wirtschaftspolitische Strategien oftmals eher an ideologischen Zielen und irrationalen Vorstellungen orientieren als an wissenschaftlichen Fakten: „Was man Geschäftsleuten, Politikern und so weiter einfach vorhalten muss, ist, dass sie sich gerne lang und breit über Wirtschaftsfragen auslassen, jedoch alles ablehnen, was nur im Geringsten mit Lernen zu tun hat. (...) Und schon gar nicht mögen sie sich mit ihrer Ansicht nach läppischen Parabeln auseinander setzen (der Tuch/Wein-Geschichte [hier spielt er auf das klassische Beispiel an, mit dem David Ricardo das Prinzip des komparativen Kostenvorteils im internationalen Freihandel erläutert, Anm.d.Verf.] (...) usw.). Dogmatisierendes Geschwätz über Globalisierung und die so genannte 'neue Ökonomie' fällt ja auch viel leichter – und macht sich immer gut.“ (S.137)

Gewiss schießt Krugman bisweilen auch rhetorisch und inhaltlich über das Ziel hinaus. Doch die daraus resultierenden Übertreibungen sind verzeihlich, dienen sie doch der Anregung zur kritischen Hinterfragung von Auffassungen, die in der wirtschaftspolitischen

Diskussion allzu oft dogmatischen Charakter gewonnen haben. Originell und bedenkenswert sind Krugmans Folgerungen allemal. Insgesamt zeigt Paul Krugman auch hier wieder in sehr versierter Weise, dass „wir uns hüten müssen, die Leute allein schon wegen ihres Namens oder ihrer einflussreichen Position ernst zu nehmen, vor der Vorstellung, allgemein vertretene Ansichten könnten doch wohl so falsch nicht sein“ (S.109).

Ralph Rotte

Frank Golczewski/Gertrud Pickhan: Russischer Nationalismus: die russische Idee im 19. und 20. Jahrhundert, Darstellung und Texte. Vandenhoek & Ruprecht, Göttingen 1998, ISBN 3-525-01371-X, 308 Seiten, 39,00 DM.

Das aus der Feder zweier bekannter Russland-Experten kommende Buch hat gerade angesichts des Verhaltens Moskaus zum Kosovo-Konflikt und gerade seiner Worte gegenüber Belgrad „Wir sind alle slawische Völker“ an Aktualität gewonnen. Diese Worte könnten nämlich erster Ausdruck eines vielleicht neuen aufkommenden Nationalismus sein.

Derartige Gedankengänge gehen in Russland bis ins 16. Jahrhundert zurück, die später zu einem politischen Pragmatismus in der Bedrohungssituation durch die Invasion Napoleons wurden, bald sollte ein „volksverbundener Patriotismus“ das Gegengewicht zu modernen westlichen Ideen sein. Verstärkt wurde dies durch die Slawophilen, die besonders die durch Peter den Großen propagierte „Europäisierung“ Russlands ablehnten. Der sich entwickelnde Panslawismus – ein Programm eines politischen Staatenbundes unter Russlands Führung – wollte die Macht des germanisch-romanischen Kulturtypus brechen und durch einen slawischen ablösen. Mit einem sehr großen Detailwissen weiß das Buch all diese Strömungen kurz vorzustellen, was angesichts der Fülle an Fakten indes das Lesen nicht sehr einfach macht und ohnehin ziemliche Kenntnisse der Geschichte Russlands voraussetzt.

Nach der kommunistischen Machtergreifung warnte Lenin zwar wiederholt vor dem Nationalismus der Großrussen gerade seitens des Neo-Slawismus, doch bereits der Umschwung zur Politik „Sozialismus (nur) in einem Land“ ließ Argumentationsstrukturen wiederaufleben, die denjenigen der russischen Nationalisten

zwischen Slawophilie und Panslawismus entsprachen – auch wenn ihre Bezüge zunächst ganz bewusst internationalistisch blieben. Bald kam die Wortschöpfung vom „Sowjetpatriotismus“ auf. Im Zweiten Weltkrieg sprach man vom „Großen Vaterländischen Krieg“ und knüpfte damit absichtlich an die damalige Reaktion auf den Einmarsch Napoleons an – die eigentliche Geburtsstunde des Nationalismus im Lande. Nach 1948 beherrschten nationale Kategorien in ihrer stalinistischen Hochform das politische Denken im Kreml, eine umfassende Russifizierungspolitik setzte ein. Unter dem Deckmantel eines neuartigen „Sowjetvolkes“ entstand großrussischer Chauvinismus.

In der folgenden Zeit von Chruschtschow und Breschnew traten dann nationalistische „Disidenten“ auf den Plan. Die wichtigsten von ihnen wurden einmal die konservativ-nationalistischen „Abweichler“, die einen Rückbezug auf das frühere Russland anstrebten. Als ihre „Leitfigur“ wird man zweifellos Alexander Soltschenizyn ansehen müssen, der mit der Ablehnung des Sowjetstaates ebenfalls eine solche des „weichen“ Westens verband, was andererseits mit der Annahme einer spezifischen russischen Geisteshaltung einherging. Die Neo-Stalinisten wiederum fordern ebenfalls den Fortbestand des Sowjetimperiums, glauben aber, dass dieses nur durch ein Festhalten an den „reinen“ kommunistischen Prinzipien zusammengehalten werden könne. Die „Neue Rechte“, bei der einige Gruppierungen sogar ein faschistisches Russland wünschen, beurteilt die kommunistisch-stalinistische Vergangenheit bis heute immer noch positiver als die ersten liberalen Schritte im heutigen Russland. So konnten bei den Parlamentswahlen 1993 im Lande Kommunisten und Radikal-Nationalisten zusammen dann auch mehr Stimmen für sich gewinnen als die Reform-Gruppierungen. Sowjetimperiales Denken erwies sich als ein mit Nationalismus kompatibles, wenn nicht gar symbiotisches Phänomen.

Zur Gegenwart und für die nächste Zukunft wird man wohl feststellen müssen: Je stärker das Selbstwertgefühl der Russen beschädigt ist, desto attraktiver sind integrierende Gedankengebäude, die mittels eines Rückgriffs auf angeblich ideale Zustände der Vergangenheit einen Ausweg, wenn schon nicht aus der materiellen, so doch wenigstens aus der ideellen Misere versprechen. Die Verfasser werden wahrscheinlich leider Recht behalten, wenn sie insoweit „keine guten Aussichten“ für Russland sehen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Tanja Wagensohn: Von Gorbatschow zu Jelzin. Moskaus Deutschlandpolitik (1985 – 1995) im Wandel, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2000, ISBN 3-7890-6640-0, 366 Seiten, 98,00 DM.

Die Frage ist keinesfalls nur von historischem Interesse: Ist das Jahrzehnt von Beginn der „Perestrojka“ bis in die Mitte der 90er-Jahre, als innenpolitische Themen, vor allem die soziale Frage, außenpolitischen Themen zum Teil den Rang abzulaufen begannen, eher mit dem Begriff „Kontinuität“ oder „Bruch“ zu charakterisieren? Vor allem für eine Beurteilung der russischen Deutschlandpolitik ist es von größter Bedeutung zu wissen, ob es gute Gründe zur Annahme gibt, dass die unter Gorbatschow deutlich werdende Entideologisierung bzw. Verpragmatisierung unter Jelzin weiter vertieft wurde, weil man dann nämlich davon ausgehen kann, dass eine dergestalt bereits Tradition gewordene Deutschlandpolitik auch unter Jelzins Nachfolger nicht beendet werden dürfte. Echte Kontinuitätsbrüche waren und sind kein Merkmal russischer Außenpolitik. Das gilt übrigens auch sowohl für die vor- als auch für die nachsowjetische Zeit.

Tanja Wagensohn, Verfasserin der vorliegenden Arbeit (gleichzeitig auch die Dissertation) kommt auf der letzten Seite zu einem ähnlichen Resümee: „Moskaus Deutschlandpolitik war zwischen 1985 und 1995 einem gravierenden Wandel der politischen Strukturen und Prozesse unterworfen. Aus einem totalitären System entstand eine Demokratie; die politischen Akteure wechselten; die Teilung Europas und Deutschlands endete. Doch die Inhalte, Aufgaben und Gegenstände der russischen Deutschlandpolitik in der Ära Gorbatschow waren denen der Jelzin-Regierung bis 1995 zum Verwechseln ähnlich.“

Die Qualität der Arbeit von Wagensohn erschöpft sich allerdings nicht in der Formulierung und Belegung jener Kontinuitätsthese, so hilfreich diese auch für eine Konstituierung des historischen Kontextes russischer Deutschlandpolitik sein mag. Ein mindestens ebenso großer Verdienst liegt in der akribischen, quellengesättigten Darstellung des Zeitraumes 1985 – 1995, die das Thema – Moskaus Deutschlandpolitik – in einen größeren Zusammenhang stellt, was schon für sich genommen angesichts des erstaunlich mageren Forschungsstandes (den die Autorin nichtsdestoweniger fair und korrekt referiert) größten Wert besitzt. Hier liegt m.E. auch der Hauptgewinn, den man aus der Lektüre der Arbeit ziehen kann: Man hat es mit einer sehr sorgfältigen, breit angelegten Darstellung des

thematisierten Zeitraumes zu tun, auf die man mit großem Gewinn zurückgreifen kann, wenn man in der einen oder anderen Hinsicht wissen möchte, „wie das damals eigentlich genau war“.

Es soll natürlich auch nicht verschwiegen werden, dass angesichts des Charakters eines „Nachschlagewerkes“ im besten Sinn dann und wann der hypothetische „rote Faden“ verloren zu gehen droht und die Autorin – was bei einer Dissertation aber mehr als verständlich ist – sich dem Risiko von Theoriebildung wenig ausgesetzt hat.

Trotzdem soll nicht der Eindruck entstehen, als ob das stark narrative Moment der Darstellung eine Affinität zum „gehobenen Journalismus“ suggerieren müsste. Das ist in keiner Weise der Fall. Zu klar ist die Systematik, zu souverän die Auswahl der (in vielen Fällen russischen) Quellen und zu solide die Darstellung.

Bei der Arbeit von Tanja Wagensohn handelt es sich um ein Werk, das die Bezeichnung „wissenschaftlich“ voll verdient und Lücken schließt, deren Fortbestehen eine Auseinandersetzung und Bewertung auch der aktuellen russischen Außenpolitik wesentlich erschweren würde.

Klaus Lange

George Stephanopoulos: All Too Human: A Political Education, Little Brown and Company, Boston/New York/London 1999, ISBN 0316929190, 456 Seiten, 27,95 \$.

George Stephanopoulos traf Bill Clinton erstmals im September 1991. Er arbeitete zu dieser Zeit für den Kongressabgeordneten Dick Gephardt, der sich entschieden hatte, 1992 doch nicht für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Stephanopoulos wollte – obwohl er bei Abgeordneten und Mitarbeitern im Kongress angesehen war und für Gephardt hinter den Kulissen eine von vielen beachtete politische Arbeit leistete – seine Stellung aufgeben und für einen Präsidentschaftskandidaten arbeiten, dessen Wahl gewinnen helfen und so in das Zentrum der Macht gelangen.

Präsidentschaftswahlen sind eines der großen Themen der amerikanischen politischen Literatur. Seit Kennedys Wahlkampf haben politische Weggefährten der Kandidaten, Journalisten und Wissenschaftler über die Auseinandersetzungen im Vorfeld der parteiinternen

Auswahl des Kandidaten und schließlich über den Wahlkampf selbst geschrieben. Zuletzt erschien – anonym von einem Journalisten verfasst – *Primary Colors*, ein formidabler Schlüsselroman über Clintons Kampf um die Nominierung durch seine Partei. Jeder Leser dieses Romans weiß von der Verführung der Macht, den Möglichkeiten, seine Karriere zu fördern, die einem Berater offen stehen. Vieles davon mag romantische Legende sein und im Alltag von Pressekonferenzen, mittelmäßigen Hotels und bürokratischer Routine untergehen. Der Zauber aber, mittels einer erfolgreichen Campaign ganz nach oben zu kommen, bleibt ungebrochen. Stephanopoulos lässt seinen Leser daran teilhaben – der erste Teil des Buches liest sich wie eine dokumentarische Ergänzung zu *Primary Colors*. Ausführlich und detailgetreu, um Geschichten aus seiner eigenen Biographie ergänzt, beschreibt Stephanopoulos Clintons Kampf um die Kandidatur und schließlich um das Amt. Dabei gelingt ihm eine spannende Schilderung der Vorwahlkämpfe und präzise Portraits Clintons, der Gegenkandidaten und ihrer Mitarbeiter. Stephanopoulos gibt alles für den Erfolg seines Kandidaten. Er schildert sich als einen „Gläubigen“, erfüllt von seiner Aufgabe. Das Wort ist mit Bedacht gewählt: Stephanopoulos entstammt einer griechisch-orthodoxen Priesterfamilie – in seiner Jugend wollte er Geistlicher werden. Wiederholt verweist er auf diese frühe Berufswahl, die er in Bezug setzt zum Ehrgeiz eines Kindes von Einwanderern. Die griechischstämmigen Amerikaner bezeichnet er als seine „erweiterte Familie“. Ihnen möchte er beweisen, was er kann. Die Spannung zwischen der für den Erfolg notwendigen Pragmatik des politischen Alltags und den Erwartungen des „Gläubigen“ durchziehen das ganze Buch. Denn von Anfang an sind da auch Zweifel: Clinton, so schreibt Stephanopoulos, ist recht eigentlich nicht ein Politiker, den man in den USA als liberal bezeichnen würde (im politischen Kontext Deutschlands würde man liberal mit linksliberal oder sozialdemokratisch übersetzen). Den „Neuen Demokraten“ des Südens begegnet Stephanopoulos mit Misstrauen. Der Held des Autors ist daher Mario Cuomo, der Gouverneur von New York, von dem sich der linke Flügel der Demokraten die Bereitschaft zur Kandidatur erwartete. Hamlethaft jedoch zögerte der Gouverneur und kandidierte schließlich nicht. Die Passagen zu Cuomos Zögern und Koketterie und seiner Ablehnung von Clintons Angebot, als Richter an den Obersten Gerichtshof zu gehen, gehören zu den besten des Buches. Erzählerisch vermittelt der Autor einen Einblick in die komplizierten Mechanismen amerikanischer Politik. Das Por-

trait des Präsidenten selbst bleibt jedoch seltsam blass. Clintons komplexe Persönlichkeit überfordert die literarische Begabung des Autors.

In einer Hinsicht aber geht Stephanopoulos über frühere Beschreibungen von innerparteilichen und nationalen Wahlkämpfen hinaus: Stephanopoulos war einer der Ersten jener ausschließlich auf die öffentliche Wirkung ihres Kandidaten bedachten Berufspolitiker, die sich nicht selbst für ein Amt zur Verfügung stellen wollten, sondern in zweiter Reihe die strategischen und taktischen Planungen übernahmen. Spin Doctors war der später hierfür geprägte Begriff. Stephanopoulos vertrat ein Konzept, das bald in Großbritannien, Deutschland und zuletzt in Israel mit Erfolg kopiert wurde. Sein biografisches Selbstportrait in „All too Human“ illustriert dieses Erfolgskonzept auf das Anschaulichste: Stephanopoulos ist überzeugt von der Notwendigkeit von Clinton im Wahlkampf angekündigten Reformpolitik. Er glaubt, Clinton noch weiter in die von ihm gewünschte Rolle drängen zu können. Er ist aber auch bereit, notwendige Kompromisse einzugehen. Er ist nicht naiv, sondern, wo es nötig ist, pragmatisch und machtpolitisch versiert. Der Erfolg ist (fast) so wichtig wie der Inhalt. Stephanopoulos erkennt zu spät, dass eine solche Politik in einem notwendigen Widerspruch zu grundlegenden, nur langfristig zu verwirklichenden Wertüberzeugungen steht. Das Weiße Haus wird für Berater wie Stephanopoulos zu einem Bazar, auf dem feilgeboten wird, was nach außen wirkt. Für alle eben etwas.

So weit liest sich das Buch mit Vergnügen, über die Selbstgefälligkeit des Autors – leider von nur wenig Selbstironie in Schranken gehalten – sieht man hinweg. Dann ändert sich der Ton: Die zweite Hälfte des Buches beschreibt den Abstieg des George Stephanopoulos. Da ist zuerst die zögerliche, an politischen Machtkonstellationen und parlamentarischem Widerstand scheiternde Politik der ersten beiden Amtsjahre Clintons. Stephanopoulos beschreibt diese Politik, die oft dilettantisch geplant und ohne kohärente Struktur ist. Clintons Popularität sinkt. Fiasko reiht sich an Fiasko. Die mäßigen Erfolge der Administration hebt Stephanopoulos zwar hervor, ohne jedoch den Gesamteindruck verändern zu können. Er beschönigt auch nicht. Der Politik der Clinton-Administration fehlt es an Struktur – stattdessen findet eher ein tägliches Krisenmanagement statt. Abhilfe ist vonnöten, und so tritt der Schurke auf: Dick Morris. Morris ist ebenfalls Berater, nur – so Stephanopoulos – einer ohne Überzeugungen. Das

Portrait ist gelungen – Morris hatte allen Grund, sich mit einer bösen Besprechung von Stephanopoulos Buch zu revanchieren. Zwischen den beiden kommt es zum Machtkampf. Stephanopoulos verliert im Weißen Haus mehr und mehr an Einfluss. Obwohl er bekannt ist und die Medien über ihn berichten, wird er zunehmend an den Rand gedrängt. Der Erfolg, der über so manches hinwegtröstet, bleibt aus. Stephanopoulos schildert seinen Abstieg, seine Depressionen, die Angst, völlig von der Macht verbannt zu werden. Er sucht Hilfe bei Psychologen und Ärzten. Er wirft Clinton Verrat vor. Das Ganze liest sich interessant, als Einblick in die Psyche eines in Macht und die Perzeption von Einfluss verliebten Menschen – die Analyse der politischen Veränderungen aber bleibt dürftig. Zunehmend überwiegt auch das Selbstmitleid des Autors – so sehr interessieren die Probleme des Helden nun auch wieder nicht.

Letztlich versäumt es Stephanopoulos, die Veränderungen der Politik Clintons nach den Kongresswahlen 1994 eingehend zu analysieren. Seine Erzählung ist als Hintergrundinformation über die Intrigen und Machtkämpfe am Hofe Clintons interessant, aber die Konturen der Zeit von 1994 bis zum Wahlkampf im Sommer und Herbst 1996 sind nicht in der Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse, zwischen Stephanopoulos und Morris zu suchen. Die interessanten Einblicke in Machtmechanismen, das kluge Selbstportrait des ersten Teils – solche Passagen fehlen nun. Nur vom verzweifelten Kampf des Helden und seinen Enttäuschungen ist zu lesen.

Nach vier Jahren – Clintons Wiederaufstieg und Wahlsieg gilt als gesichert – verlässt Stephanopoulos das Weiße Haus. Wegen einer lächerlichen Affäre musste auch Morris gehen – ein schwacher Trost. Der Abschied fällt Stephanopoulos schwer – in einem Epilog schildert er seine persönliche Enttäuschung über den Menschen Clinton angesichts der Ereignisse des Jahres 1998. Was hätte nicht alles erreicht werden können, wenn dieser gute Präsident ein guter Mensch gewesen wäre – so Stephanopoulos am Ende seines Buches. Damit wird er Clinton nicht gerecht.

Dietmar Herz

Alison Jamieson: The Antimafia. Italy's fight against Organized Crime. Foreword by Luciano Violante, Macmillan Press Ltd., London 2000, 257 Seiten, 15.99 £.

Im Mai und Juni 1992 wurden die Richter Giovanni Falcone und Paolo Borsellino von der sizilianischen Mafia ermordet; mit den Richtern starben Falcones Frau und acht Beamte der Eskorte. Nach den beiden Attentaten schien der Staat erstmals entschlossen, die Mafia umfassend und anhaltend zu bekämpfen. Längst überfällige Gesetze wurden verabschiedet, die Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden und deren Effizienz wurden verbessert. Gleichzeitig formierten sich zahlreiche Bürgerbewegungen, die gegen die Mafia demonstrierten und deren Wurzeln in der Zivilgesellschaft zu bekämpfen suchten.

Alison Jamieson beschreibt und bewertet die Entwicklung dieses Kampfes (Antimafia) in den vergangenen acht Jahren. Die ersten beiden Kapitel sind geeignet, Leser, die sich bisher kaum mit der sizilianischen Mafia (Cosa Nostra) beschäftigt haben, in das Thema einzuführen. Die Entwicklung von Mafia und Antimafia und die Ereignisse des Jahres 1992, ihre Vorgeschichten und Folgen werden kurz, aber verständlich skizziert.

Im dritten und vierten Kapitel wird die politische Reaktion auf die Attentate – parlamentarische Untersuchungen, Gesetze und Reformen – in ihrer Wirkung dargestellt. Jamieson berichtet auch über das Nachlassen der Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, über Konkurrenz- und Kompetenzgerangel bei den Sicherheitsorganen und Justizbehörden und über die Schwächung des Kampfes auf politischer Ebene durch die persönliche Schwäche von Beamten und Politikern und durch die innenpolitischen Krisen und Debatten, die Italien seit 1992 erlebte.

Dem Leser scheint es, als sei Italien, nur wenige Jahre nach dem Tod der beiden Richter, um Jahrzehnte zurückgeworfen. Dann aber, im fünften Kapitel, kommt Jamieson zum zweiten Aspekt ihres Themas: der Entwicklung einer Antimafiabewegung in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft: Bis 1995 wurden über 600 Gruppen gegründet, viele geführt von Angehörigen von Mafioptern und daher weniger politisch als moralisch inspiriert. Gewerkschaften, Unternehmerverband und auch die katholische Kirche, die nicht immer eindeutig Stellung gegen die Mafia bezogen hatte, engagierten sich. Partnerschaften zwischen nord- und süditalienischen Schulen entstanden. Die kritische Auseinandersetzung mit der Mafia wurde – nicht nur in Süditalien – Teil des Unterrichts. Vielerorts wurde die Mauer des Schweigens durchbrochen, aber – und auch das übersieht Jamieson nicht – im Süden blieb das Schulwesen marode, die Arbeitslosigkeit

hoch und die Verwaltung zumeist ineffizient und häufig bestechlich.

Die Ermordung der Richter führte nicht nur zu einer Massenbewegung und offener Solidarität in Italien, sondern – so die Interpretation Jamiesons – war auch ein Katalysator für die internationale Zusammenarbeit in der Bekämpfung der Mafia. In Kapitel sechs wird über die bilateralen Verträge Italiens (bis 1994 schloss Italien 30 Abkommen mit 25 Ländern) und über das Engagement internationaler Organisationen (UN, EU) und ihrer Institutionen berichtet.

Im Schlusskapitel betrachtet Jamieson die Morde an den Richtern aus der Sicht der Mafia. Für diese waren die Attentate des Jahres 1992 – ebenso wie die Zündung von Autobomben in Rom, Florenz und Mailand im Sommer 1993 und die Ermordung des mafianahen Politikers Salvo Lima im Frühjahr 1992 – Teil einer „Strategie der Gewalt“. Als die politischen Verbündeten der Mafia, vor allem die sizilianischen Christdemokraten, durch die innenpolitische Entwicklung Italiens ihre Macht verloren hatten, sah sich die Mafia ohne politische Helfer und von der neuen Ordnung bedroht. Die Strategie der Gewalt zielte darauf, ein neues „Gleichgewicht zwischen Mafia und Staat“ herzustellen. Jamiesons Überlegungen darüber, ob und zu welchem Preis dies gelang, sind lesenswert.

Auch wenn im Dickicht der (sich manchmal widersprechenden) Quellen die Autorin einige Widersprüche in ihrer Argumentation übersehen, überzeugt das Buch aus zwei Gründen: Zum einen dokumentiert die Autorin wichtige Fakten und Zahlen zur Entwicklung von Mafia und Antimafia, zum anderen lässt Jamieson auch die Menschen zu Wort kommen, die sich durch Zivilcourage oder Professionalität auszeichnen und für Freiheit und Gerechtigkeit und gegen die Mafia kämpfen.

Nicht zuletzt ist das Buch ein lauter Ruf nach mehr Taten. Weil die Mafia die Demokratie bedroht und die freie Wirtschaft schädigt, darf der Kampf gegen sie nicht erlahmen. Weitere Taten müssen folgen. Jamieson begründet und illustriert die Notwendigkeit dieser Taten und gibt Beispiele dafür, was durch Mut, Entschlossenheit und Bereitschaft zur Kooperation im Kampf gegen die Mafia erreicht werden kann. Sie erläutert erfolgreiche Strategien und erklärt, welche Hindernisse noch immer im Weg stehen. Dieser Ruf von Alison Jamieson sollte Gehör finden.

Enrico Palumbo

Detlef J. Blesgen: Erich Preiser: Wirken und wirtschaftspolitische Wirkungen eines deutschen Nationalökonomens (1900 – 1967), Springer Verlag, Berlin/Heidelberg u. a. 2000, 866 Seiten, 198,00 DM.

Deutsche wirtschaftswissenschaftliche Traditionen und Denkschulen spielen in der gegenwärtigen Mainstream-Volkswirtschaftslehre kaum mehr eine Rolle. Betrachtet man den Ausbildungskanon der heutigen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und die Masse der ökonomischen Literatur, stellt man unweigerlich eine übermächtige Dominanz theoretischer und wirtschaftspolitischer Vorstellungen fest, die aus dem angelsächsischen Raum stammen. Während dieser Primat US-amerikanischer und britischer Wirtschaftstheorie einerseits auf eine nicht per se negative Dominanz von im weitesten Sinne liberal geprägten Denkmustern verweist, hat sie andererseits für die Praxis der Wirtschaftspolitik den gravierenden Nachteil, dass die daraus resultierenden Implikationen oftmals nicht auf die gesellschaftlichen, kulturellen und rechtlichen Bedingungen Kontinentaleuropas übertragbar sind. Nicht umsonst mischen sich gerade herausragende Wirtschaftstheoretiker in Deutschland im Unterschied zu den USA selten in die tagespolitische Diskussion ein und verbleiben lieber in ihrem akademischen Elfenbeinturm, der sich immer weiter von der politischen Praxis entfernt.

Umso erfrischender ist es vor diesem Hintergrund, mit dem vorliegenden Werk von Detlef Blesgen ein Buch vorzufinden, das die Volkswirtschaftslehre wieder mit konkretem Leben und Politikbezug erfüllt, indem es sich der Person und dem Schaffen eines der herausragendsten und originellsten, jedoch leider an den Universitäten weitgehend vergessenen deutschen Ökonomen der Nachkriegszeit annähert. Der umfangreiche Band, der aus einer Dissertation an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen hervorgegangen ist, zeichnet sich dabei insbesondere durch seine Materialfülle – allein der wissenschaftliche Apparat des Werkes macht fast die Hälfte seines Umfangs aus – und die Detailtreue der lesenswerten Darstellung aus.

Erich Preiser ist in der Volkswirtschaftslehre insbesondere für seine Beiträge zur Konjunktur- und Wachstums- sowie zur Verteilungstheorie bekannt. Im ersten Teil seines Buches behandelt Blesgen die Entwicklung der Preiserschen Theorie vor dem Hintergrund seiner biografischen und akademischen Entwicklung. Dieser Teil ist auch dahingehend besonders interessant, da er Preisers Stellung zum Na-

tionalsozialismus beleuchtet. Immerhin erhielt Preiser im April 1937 seine erste Berufung zum außerordentlichen Professor an der Universität Rostock, ein Umstand, der nur mit der formellen Billigung der Nationalsozialisten möglich war. Nach 1945 wurde Preiser dieser Umstand in der SBZ vorgeworfen und führte zu seiner wiederholten Suspendierung an der Universität Jena, an der er 1940 bis 1946 tätig war

Tatsächlich gelingt es Blesgen jedoch, überzeugend zu zeigen, dass Preiser trotz seiner formalen Mitgliedschaft in SA, NSDAP und NS-Rechtswahrerbund keineswegs ein überzeugter Nationalsozialist war. Höchstens zu Beginn des Regimes setzte er aufgrund seiner charakteristischen Suche nach einem „dritten Weg“ zwischen Liberalismus und Kommunismus gewisse Hoffnungen in den linken Flügel der NSDAP. Diese erübrigten sich mangels eines theoretischen Konzeptes und politischer Durchsetzungsfähigkeit des sozialrevolutionären Parteiflügels gegenüber Hitler jedoch schnell.

Sowohl in seinen Arbeiten wie in seinen Veranstaltungen zeigte sich Preiser durchaus kritisch gegenüber dem NS-Gedankengut und konzentrierte sich auf rein wissenschaftliche Inhalte anstelle ideologischer Verbrämung, was ihm einige Probleme bei seinem beruflichen Fortkommen bereitete. Seine Bindung an das akademische Leben und seine Verantwortung als Familienvater erforderten natürlich ein gewisses äußeres Arrangement mit dem Regime, nachdem nach 1933 keine Aussicht auf eine Berufung ins Ausland mehr bestand. Nach seiner Berufung nach Jena 1940 schloss er sich jedoch schnell dem oppositionellen Gesprächskreis um Ricarda Huch an. Ab 1943 war er außerdem Mitglied des nationalökonomischen Freiburger Kreises mit Walter Eucken, Adolf Lampe, Günter Schmölders, Heinrich von Stackelberg und anderen, die wirtschaftspolitische Konzeptionen zur Nachkriegszeit auch für die Mitglieder des Kreisauer Kreises um Carl Goerdeler erarbeiteten.

Ausgehend von der gesellschaftlichen Trennung zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital – Arbeiter werden in der machtpolitischen Tradition Franz Oppenheims vom Besitz an Kapital und Grundbesitz weitgehend ausgeschlossen –, beginnt der wirtschaftliche Aufschwung in Preisers Konjunkturtheorie typischerweise mit einem exogenen Überangebot an Arbeit. Dies führt über den resultierenden Druck auf die Löhne zu einer Verschiebung der Einkommensquoten zugunsten der Gewinnquote der Unternehmer,

die entsprechend ihre Investitionen erhöhen werden, zumal die im Zuge wachsender Nachfrage wieder steigenden Löhne den Gewinnerhöhungen zeitlich hinterherhinken. Der somit letztlich durch eine temporäre Verschiebung der Einkommensverteilung induzierte Aufschwung endet erst, wenn zusätzliche Erweiterungsinvestitionen mangels verfügbarer unbeschäftigter Arbeit nicht mehr getätigt werden können und nunmehr zu Lohnsteigerungen führen. Sobald sich die Unternehmer bewusst werden, dass eine Vollauslastung der im Boom übermäßig getätigten Erweiterungsinvestitionen nicht dauerhaft gewährleistet werden kann, stellen sie ihre Investitionstätigkeit ein. Sie „sterilisieren“ ihre bis dahin investierten Gewinnanteile durch Sammlung im Unternehmen oder auf der Bank. Ausbleibende Investitionen bedeuten jedoch Beschäftigungsrückgang, sinkende Löhne und Gewinne, kurz den Beginn der Rezession, welche durch die anfänglich noch hohe Konsumnachfrage lediglich verzögert wird. Der Abschwung geht so weit, bis die Löhne aufgrund des Existenzminimums nicht weiter sinken können.

Die Besonderheit von Preisers Theorie, die auf Klassikern wie Robert Malthus oder Karl Marx aufbaut, liegt nun darin, dass mit dem Erreichen der konjunkturellen Talsohle ein neues Quasigleichgewicht der Volkswirtschaft erreicht wird. Aus diesem folgt im Unterschied zu anderen zyklischen Konjunkturtheorien nicht automatisch wieder ein Aufschwung. Ein solcher erfordert neue Anreize für die Unternehmen, ihr überschüssiges, „geparktes“ Finanzkapital zu investieren. Diese können entweder in besonderen Gewinnchancen außergewöhnlich erscheinender Innovationen im Sinne Josef Schumpeters liegen oder in der Eroberung fremder Märkte, wodurch sich wieder die Verbindung zur ökonomischen Imperialismustheorie ergibt.

Noch vor John Maynard Keynes hat Preiser damit auf die Möglichkeit eines Gleichgewichts bei Unterbeschäftigung und die psychologischen Faktoren unternehmerischer Investitionsentscheidungen und konjunktureller Bewegungen hingewiesen. Und noch ein weiterer Punkt verweist auf Preisers Nähe zu Keynes: Nachdem es nicht Kapitalmangel ist, der die Unternehmer vom Investieren abhält, und damit auch der Zins mangels Kreditfinanzierung von Investitionen in seinem Modell im Gegensatz zur Neoklassik keine Rolle spielt, kommt dem Staat in Krisensituationen eine zentrale Rolle zur Beschäftigungssteigerung zu. So sprach sich Preiser bereits 1931, also zu Hochzeiten der Deflationspolitik der Weimarer

Republik, ganz explizit für staatliche kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus. Sie sollten das brachliegende Kapital investitions- und nachfragewirksam nutzen und den Anstoß zum Aufschwung geben.

Preiser forderte damit als einer der Ersten eine antizyklische Fiskalpolitik, ohne ihr deswegen den Status einer „Heilslehre“ zu geben, den sie nach 1945 eine Zeit lang hatte. Eine dauerhafte Überwindung des Konjunkturproblems ist nach Preiser nur durch strukturelle Veränderungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung möglich, die auf größere Gleichmäßigkeit ausgerichtet ist. Auch hier soll der Staat durchaus deutlich lenkend eingreifen. Das ordnungspolitische Ziel Preisers ist vor diesem Hintergrund eine konjunkturelle Wirtschaftslenkung in einer „vom Staat geordneten und überwachten Marktwirtschaft“. Sie soll die postulierte Unfähigkeit der Wirtschaft zur selbststeuernden Stabilität unter Beibehaltung von Privateigentum und Markt ausgleichen, nicht zuletzt aus sozialen Gründen.

Blesgen gelingt es, die theoretisch fundierte, grundsätzlich interventionsfreundliche Haltung Preisers durchgängig in seiner Darstellung von Preisers Wirken in der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik nach 1946 als Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirates“ deutlich zu machen, die den zweiten Teil des Buches ausmacht. Das Ziel einer „gelenkten Marktwirtschaft“ wurde – in unterschiedlichen Ausprägungen und Begrifflichkeiten – durchaus auch von anderen führenden Ökonomen der Zeit verfolgt, jedoch kaum in der Originalität und analytischen Stringenz Preisers. Die Selbständigkeit der Preiserschen Positionen machte ihn bei den teilweise sehr umstrittenen Themen der Neuordnung der bundesdeutschen Nachkriegswirtschaft immer wieder zum pragmatischen Vermittler zwischen neoliberalen und eher planwirtschaftlichen Extrempositionen. Auf die Vielzahl der Fragen und Stellungnahmen von der Währungsreform bis z. B. zur Etablierung des Rentensystems soll hier nicht weiter eingegangen werden. Blesgens detaillierte und kenntnisreiche Darstellung vermittelt jedoch ein lebhaftes und tief gehendes Bild der verschiedenen Einstellungen und wissenschaftlichen Positionen bei der theoretischen und institutionellen Verankerung der sozialen Marktwirtschaft durch die deutsche Wirtschaftspolitik der fünfziger und sechziger Jahre.

Wichtig bleibt die grundsätzliche Skepsis Preisers an eher naiven neoliberalen Vorstellungen einer dauerhaften Beseitigung der Arbeits-

losigkeit in einer geldwirtschaftlich stabilen Marktwirtschaft. Diese Skepsis verband er mit der Forderung nach möglichst großer Chancengleichheit zwischen Besitz und Nicht-Besitz sowie nach einer staatlichen Gewährleistung der sozialen Sicherheit. Besonders interessant erscheinen auch unter gegenwärtigen Vorzeichen seine Forderungen nach einer Teilhabe der Arbeiter am Kapital durch die Schaffung von „Arbeiter-Investment-Trusts“, Investivlohnmodelle, Gewinnbeteiligungen und Sparförderung. An die Stelle des Ende der fünfziger Jahre um sich greifenden „Wachstumsfetischismus“ um fast jeden Preiser, der sich auch heute noch durchaus großer Beliebtheit in der wirtschaftspolitischen Diskussion erfreut, setzte er die Forderung eines „möglichst stabilen Wachstums“. Dieses Konzept findet heute unter dem Schlagwort der Nachhaltigkeit wieder neue Beachtung.

Von bleibendem Wert ist damit insbesondere Erich Preisers im Grunde genommen gesellschaftspolitischer, die engen Grenzen des akademischen Faches sprengender Ansatz der Volkswirtschaftslehre. Dieser Ansatz lässt sich nicht auf irgendwelche „Schulen“ oder Moden reduzieren, wie es sie heute in der Ökonomie gibt.

Preisers Bewusstsein der sozialen Einbettung jeden wirtschaftlichen Handelns und damit der politischen Verantwortung des Wirtschaftswissenschaftlers verlieh ihm eine grundsätzliche Skepsis gegenüber allzu simplen wirtschaftspolitischen Erfolgsrezepten und theoretischen wie ordnungspolitischen Ewigkeitspostulaten.

Gerade gegenüber aus den USA „importierten“ Ansätzen der Volkswirtschaftslehre würde man sich auch heute bisweilen eine ähnliche Skepsis an den deutschen Universitäten wünschen. In diesem Sinn bleibt für ihn und seine bis heute fortdauernde Aktualität ein Zitat Ludwig Erhards aus dem Jahr 1957 geradezu programmatisch, das Blesgen an den Schluss seines Buches stellt: „Ich glaube nicht, dass es sich bei der wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Gegenwart gleichsam um ewige Gesetze handelt. Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, dass zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer richtig und nützlich ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen 'Fortschritt' mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen.“

Ralph Rotte

Dietmar Wendt: Erfolg mit eQ: Wie Sie in der neuen Welt des e-business Karriere machen, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2000, ISBN 3-593-36438-7, 228 Seiten, 39,80 DM.

Die Abkürzung „eQ“ steht für „elektronische Intelligenz“, womit die besondere Fähigkeit zum intelligenten Umgang mit der digitalen Technik gemeint ist. Intelligenz wird grundsätzlich als die Befähigung zum Erkennen und Lösen von Problemen interpretiert. Der Autor geht kurz auf Howard Gardners „Multiple Intelligenztheorie“ ein, erwähnt Jean Piagets „Genetische Epistemologie“ und setzt sich an mehreren Stellen mit Daniel Golemans „Emotionaler Intelligenz“ auseinander. Die elektronische Intelligenz oder „eQ“ gehört zu den „lebensklugen Intelligenzen“. eQ bezeichnet die Summe von Fähigkeiten, die ihr Besitzer aktiv entwickeln muss, um sich in einer zunehmend komplexeren und immer mehr vernetzten Welt zurechtzufinden und, wenn er das will, Karriere zu machen. Erfolg und Karriere stehen im Zentrum von eQ. Dietmar Wendt fasst seine Einsichten in einer „Erfolgsformel für das neue Jahrtausend“ zusammen: „eQ = IQ + EQ + X“. IQ steht hier für Rationalität, also Sprache, Denken, Logik, Abstraktion, schlussfolgerndes Denken usw., EQ hingegen insbesondere für Emotionalität, also Spielreue, Neugier, Intuition, Phantasie, Flexibilität usw. Der wichtige Faktor X ist entscheidend für eQ und schließt drei Schlüsselkompetenzen ein: den Umgang mit digitalen Techniken, die Loslösung von Zeit und Raum und die Fähigkeit zum „Networking“ und zum vernetzten Denken.

In den nachfolgenden acht Abschnitten seines Werkes beschäftigt sich der Autor mit der Abhängigkeit des e-Business vom eQ, mit der neuen und revolutionären e-Society und mit dem neuen eQ-Lernen, d. h. den Möglichkeiten der Karriereplanung mit Hilfe von eQ. Als Schlussfolgerungen aus der eQ-Formel diskutiert er neue Formen der Mitarbeiterführung, Anregungen für neue Organisationsformen und neue Geschäftsimpulse.

Eine zusammenfassende Würdigung des Werkes erlaubt nur stichwortartige Hinweise auf einige wiederkehrende Argumente. Somit kann hier weder Vollständigkeit beansprucht noch Systematik erreicht werden. D. Wendt erwähnt in Verbindung mit der elektronischen Intelligenz (eQ) immer wieder die „Loslösung von Zeit und Raum“. Er meint hier nicht den Zeitfaktor als „Quantenbegriff“ (vgl. etwa D. Deutsch oder C.F. von Weizsäcker). Er versteht darunter vielmehr die „Global Generation“, die

weltweit kommuniziert und handelt und dabei keine Einschränkungen durch Raum- oder Zeitgrenzen erfährt. In Verbindung mit eQ ist die Zeit nicht primär als „Konstrukt des menschlichen Gehirns“ gedacht. Es geht auch nicht um das „Paradox der Zeit“ (I. Prigogine). Primär ist die gelebte und erlebte Zeit gemeint. Durch eQ wird die Trennung zwischen Arbeit und Privatleben aufgehoben. Mit den neuen Kommunikationsmitteln kann jeder auch in der Privatwohnung, ja sogar am Strand seine Arbeit erledigen. „Die berufliche Tätigkeit ist damit weder an einen bestimmten Arbeitsplatz (Raum) noch an eine festgelegte Arbeitszeit (Zeit) gebunden.“ Die drei Schlüsselkompetenzen – digitale Phantasie, Loslösung von Zeit und Raum sowie das Networking – bestimmen, wie bereits oben erwähnt, den wichtigen Faktor X in der Erfolgsformel zur Kennzeichnung der elektronischen Intelligenz. Die digitale Technik intelligent zu benutzen, ihre speziellen Merkmale zu akzeptieren und sie mit der eigenen Arbeitsweise und den eigenen Fähigkeiten abzustimmen, macht somit den Kern von eQ aus. Es kommt dabei entscheidend auf schnelle, sichere und störungsfreie Mobilität an. Dies geschieht, wenn Mensch und Technik zu einem neuen Organismus verschmelzen.

Durch das Internet kann eine neue „klassenlose Gesellschaft“ entstehen. Es entwickelt sich eine Art „virtuelles Weltbürgertum“. Die Erde wird zum globalen Dorf. Wichtige Kompetenzen, die im Zusammenhang mit der Informations- und Kommunikationstechnologie immer wieder erwähnt werden, sind: Kreativität, Phantasie, Flexibilität, eine rasche Auffassungsgabe, die Fähigkeit zum Kombinieren und Transferieren.

Damit die Leserinnen und Leser die praktischen Konsequenzen aus den jeweiligen Teilabschnitten der „eQ-Analyse“ ziehen können, hat der Autor seine Ergebnisse jeweils in klare und dezidierte Handlungsanweisungen und Kernsätze zusammengefasst. Damit es im immer dichter werdenden „Datenschwungel“ nicht zu mentalen „Verdauungsstörungen“ und zu dem neuen Krankheitsbild der „Fragmentia“ (Zersplitterung des Wissens durch unvollständige Informationshäppchen) kommt, braucht man die „Emotionale Intelligenz“ (EQ). Sie schafft die erforderliche Stabilisierung der Persönlichkeit. „Ganzheitliches Denken“ verhindert darüber hinaus das so genannte „Karoshi“. Symptome dieses Krankheitsbildes sind ständige Übermüdung, hohe Reizbarkeit, sprunghaftes Denken, Unfähigkeit zum zusammenhängenden Sprechen und hoher Bluthochdruck bis hin zum tödlichen Zusammenbruch.

Eine wichtige Konsequenz der elektronischen Intelligenz (eQ) ist der „e-Chef“ als Führungspersönlichkeit. Dieser legt sich auf keinen typischen Führungsstil mehr fest, sondern nutzt für die leitende Position gezielt diejenigen Aspekte und Mittel, die innerbetrieblich weiterführen. Phantasie, Vernetzung der Führungsmodelle und Loslösung von bestehenden Mustern sind auch im Management das Rezept für erfolgreiche und zielstrebige Mitarbeiterführung mit eQ. Es handelt sich hierbei um das ebenfalls ganzheitliche „organische Management“, was D. Wendt folgendermaßen zusammenfasst: „Wer auf 'Führung mit Herz' setzt, wird ein erstaunliches Entwicklungspotenzial bei seinen Mitarbeitern entdecken und vielleicht ganz neue, ungeahnte Ziele erreichen.“

Die elektronische Intelligenz (eQ) hat auch erhebliche Konsequenzen für das Lernen – innerhalb und außerhalb der Schule. Die Universitäten und Schulen müssen raus aus dem Elfenbeinturm der „reinen Lehre“ und werden durch private Akademien und Institute mehr und mehr Konkurrenz bekommen. Neben „ler-

nendem Spielen und spielendem Lernen“ wird es immer vielfältigere Wege geben, sich Wissen anzueignen, da Informationen allen Menschen mit ausreichendem eQ mühelos und überall zugänglich sein werden. Letztlich ist nur das Resultat, nämlich Fachwissen und eQ, entscheidend und nicht der Weg, wie man dorthin gelangt ist. „Respektlose Querdenker“ sind für innovative Prozesse besonders wichtig. Die heranwachsende digitale Generation (so genannte „Net-Kids“) bringt bereits die gewünschte Unbefangenheit gegenüber der digitalen Technik mit.

Da das Werk sehr flüssig, gut verständlich und an vielen Stellen erfrischend unbefangen formuliert ist, sind die Voraussetzungen gut, ein Bestseller zu werden. Darüber hinaus ist es dem Autor hervorragend gelungen, komplizierte Zusammenhänge präzise, übersichtlich und überzeugend darzustellen. Das Buch fordert seine Leserinnen und Leser zum „Mitmachen“ auf. D. Wendt ruft uns zu: „Packen wir's an!“

Gottfried Kleinschmidt

Ankündigungen

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können von Interessenten bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München bestellt werden:

- **Sonderausgabe der POLITISCHEN STUDIEN**
Auftrag Prävention.
Offensive gegen sexuellen Kindesmissbrauch
(Schutzgebühr 10,00 DM)
- **Berichte & Studien**
 - Organisierte Kriminalität. Bestandsaufnahme, Transnationale Dimension, Wege der Bekämpfung (Schutzgebühr 10,00 DM)
 - Die Arbeitnehmer-Union in der CSU. Geschichte und Strukturen der CSA von 1953 bis 1990 (Schutzgebühr 10,00 DM)
 - Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien (Schutzgebühr 10,00 DM)
 - Osttimor und die Krise des indonesischen Vielvölkerstaates in der Weltpolitik (Schutzgebühr 10,00 DM)
- **aktuelle analysen**
 - Krieg in Tschetschenien
 - Populisten auf dem Vormarsch?
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- **Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen**
 - Qualitätssteigerung im Bildungswesen. Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegien
 - Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa. Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts
 - Von der ewigen Suche nach dem Frieden.
Neue und alte Bedingungen für die Friedenssicherung
 - Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt. Ausgewählte Aspekte.
 - Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven
 - Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsperspektiven
 - Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?

Über den Buchhandel zu beziehen:

- Bernd, Rill (Hrsg.): Fünfzig Jahre freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat – Vom Rechtsstaat zum Rechtswegestaat, Baden-Baden 1999. (ISBN 3-7890-6238-3)
- Reinhard C. Meier-Walser/Gerhard Hirscher (Hrsg.): Krise und Reform des Föderalismus. Analysen zu Theorie und Praxis bundesstaatlicher Ordnungen, München 1999. (ISBN 3-7892-8019-4)

Autorenverzeichnis

Daniel Dietzfelbinger, Dr.,

Mitarbeiter der MAN AG, Bereiche Berufsbildung, Technikbewertung, Vorschlagswesen, Sicherheitsmanagement sowie Fragen der Unternehmens- und Wirtschaftsethik, München

Andreas Feser,

wissenschaftlicher Mitarbeiter der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Berlin

Roland Fleck, Dr.,

Berufsmäßiger Stadtrat und Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg, Vorsitzender der Wirtschaftsreferenten Konferenz Nürnberg – Fürth – Erlangen – Schwabach

Jutta Engbers, Dr.,

Rechtsanwältin, Friesoythe

Ludger Helms, Dr.,

wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft, Humboldt-Universität zu Berlin

Hans-Joachim Heusler, MR,

Bayerische Staatskanzlei, München

Siegfried Höfling, Prof., Dr.,

Referent für Technologie und Zukunftsfragen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München

Dieter Kiehl,

freier Journalist und Publizist, Lehrbeauftragter an der Universität München

Hans-Joachim Lindstadt, Dr.,

Leiter der Abteilung Volkswirtschaft und Verkehr der IHK Nürnberg und Mittelfranken

Christian Löfflmann,

Sparkassen Verband Bayern, München

Reinhard C. Meier-Walser, Dr.,

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen sowie Chefredakteur der POLITISCHEN STUDIEN der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München

Patrick Moreau, Dr.,

Forschungsdirektor am CNRS (Centre National de la Recherche Scientifique) Paris/Berlin

Markus Söder, Dr., Mdl.,

Vorsitzender der CSU-Medienkommission, Sprecher für Innovation, Forschung und Technologie der CSU-Landtagsfraktion, München

Steffen Städtler,

Geschäftsführer der Dr. Städtler GmbH, München